

Zeitgeschichte in Hamburg · 2011



FZH Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2011

INHALT

KIRSTEN HEINSOHN, AXEL SCHILDT UND DOROTHEE WIERLING	
Vorwort	7
■ AUS DER FORSCHUNG	
HENNING TÜMMERS	
»Heaven can wait« Reaktionen auf die Aids-Bedrohung in Hamburg	13
CHRISTOPH STRUPP	
Kooperation und Konkurrenz. Herausforderungen der Hamburger Hafengewirtschafts- politik in den 1960er und 1970er Jahren	31
ALEXANDRA JAEGER	
Der Radikalenbeschluss in Hamburg in den 1970er Jahren	55
JOSEF SCHMID UND FRANK BAJOHR	
Gewöhnlicher unternehmerischer Opportunismus? Zum Werdegang Kurt A. Körbers im Nationalsozialismus	73
■ BERICHTE AUS DER FORSCHUNGSSTELLE	
DOROTHEE WIERLING	
Verabschiedung in den Ruhestand: Prof. Dr. Ursula Büttner	102
ANGELIKA VOSS	
Das Beate-Uhse-Archiv in der wissenschaftlichen und medialen Öffentlichkeit	105
MAIKE RAAP	
Nacht des Wissens 2011	113

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg,
Hamburg 2012
Umschlagabbildung: Janine Schemmer / Maike Raap (Vorderseite),
Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Rückseite)
Redaktionsteam: Knud Andresen, Linde Apel, Kirsten Heinsohn,
Maike Raap, Janine Schemmer, David Templin
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg
Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg

1. Auflage 2012

■ TAGUNGSBERICHTE

KNUD ANDRESEN UND CLAUDIA KEMPER

- Strukturwandel und Protest. Hamburg und
Norddeutschland seit den 1970er Jahren.
Tagung der FZH am 23./24. September 2011 117

LINA NIKOU UND JANINE SCHEMMER

- Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms (1943)
und ihre Familien. Abschlusstagung des
interdisziplinären Forschungsprojekts,
11./12. November 2011 130

■ TÄTIGKEITSBERICHT 2011

139

VORWORT

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) legt mit diesem Jahresbericht ihre Forschungs- und Arbeitsbilanz für das Jahr 2011 vor – eine Aufstellung der Leistungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unbestritten ist, dass für ein wissenschaftliches Institut die Forschungsarbeit und ihre Ergebnisse stets im Vordergrund stehen. Aber nicht nur in diesem Jahr zeigt die Bilanz auch, wie sehr der Erfolg wissenschaftlicher Arbeit auf der Zusammenarbeit mit staatlichen und privaten Geldgebern basiert und wie wichtig die Leistungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind, die sich um Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung und fachliche Betreuung der eigenen Publikationen kümmern.

Nach außen sind die Bibliothek sowie das Archiv der Forschungsstelle die Einrichtungen, die die interessierte Öffentlichkeit mit wichtigen Serviceleistungen versorgen. Wie schon in den letzten Jahren ist der Bestand an Büchern und Archivalien stetig gewachsen, sind zahlreiche kleine und große Anfragen beantwortet worden; vielen Besuchern konnten wir mit Hinweisen auf Literatur und Archivalien helfen. Der Bedarf an geprüften historischen Informationen oder Archivalien seitens der Medien – vom Rundfunk bis zu Tages- und Wochenzeitungen – ist nach wie vor groß und wird wohl noch weiter wachsen.

In der Werkstatt der Erinnerung (WdE) sind auch in diesem Jahr viele neue Interviews sowie biographische Materialien erarbeitet worden. Außerdem entfalteten die Mitarbeiterinnen Initiativen zur Vermittlung der Forschungsergebnisse in die interessierte Öffentlichkeit. Hier ist zum Beispiel auf die Beteiligung an der Expertenrunde zur Entwicklung eines Dokumentationszentrums und Gedenkortes »Hannoverscher Bahnhof« zu verweisen, auf Beratungen zur Praxis der Oral History und schließlich – pünktlich zum Ende des Jahres fertiggestellt – auf eine Homepage der Werkstatt der Erinnerung in der FZH zum Thema »Jeckes«, auf der Interviewausschnitte mit emigrierten deutschen Juden und vieles mehr zu sehen und zu hören sind (<http://www.werkstatt-der-erinnerung.de/jeckes/jeckes.html>).

Die Präsentation zeithistorischer Forschungsergebnisse nicht nur im World Wide Web, sondern auch in Form von Publikationen und Vortragsveranstaltungen, stellt einen Schwerpunkt der Vermittlungsarbeit der FZH dar. Im Jahr 2011 sind sechs Bücher in unseren Reihen erschienen, darunter zwei hervorragende Magisterarbeiten zum »Besuchsprogramm für ehemalige jüdische Hamburger« und zur »Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968 bis 1972«, ein Jubiläumsband anlässlich des 60. Geburtstages von Axel Schildt mit ausgewählten zeithistorischen Beiträgen, ein Sammelband zur Intellektuellengeschichte zwischen 1930 und 1950, eine Dissertation zur Geschichte der englischen Besetzung in Hamburg 1945 bis 1948 und schließlich eine kommentierte und wissenschaftlich bewertete Ausgabe von Berichten ausländischer Diplomaten aus dem Deutschen Reich von 1933 bis 1945.

Eine größere wissenschaftliche Tagung im September widmete sich der unter Zeithistorikern intensiv diskutierten These vom Strukturbruch der 1970er Jahre und suchte diese regionalhistorisch zu überprüfen, schließlich klang das »Feuersturmprojekt« mit einer Tagung im November aus. Veranstaltungsreihen, Vorträge und Diskussionen sowie die Beteiligung der FZH an der »Nacht des Wissens« rundeten unsere Angebote für die Öffentlichkeit im Jahr 2011 ab.

Grundlage für die sehr erfolgreichen Vermittlungstätigkeiten waren die wissenschaftlichen Projekte der FZH. In diesem Jahr wurden zwei wissenschaftliche Projekte abgeschlossen, zum einen die Ausgabe der Konsulatsberichte aus Deutschland zwischen 1933 und 1945 von Frank Bajohr und Christoph Strupp, zum anderen die Forschungen von Knud Andresen über jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. In allen vier Forschungsbereichen der FZH wird weiter an den laufenden Arbeitsvorhaben

gearbeitet. Die im Jahre 2011 neu aufgenommenen oder in Vorbereitung befindlichen Forschungsvorhaben zeigen, dass wir auch weiterhin einen zentralen Forschungsschwerpunkt im Bereich »NS-Herrschaft, ihre Folgen und ›zweite Geschichte« haben werden. Dabei steht der Bezug zur hamburgischen Geschichte im Vordergrund, etwa mit dem Projekt »Hamburg im Osten 1933 bis 1945«, das von Frank Bajohr und Birthe Kundrus konzipiert wird, oder bei Lina Nikous Forschungen zu den bundesdeutschen Besuchsprogrammen für ehemalige Verfolgte. Im Bereich »Das lange 20. Jahrhundert« stand 2011 das »Kaffeeprojekt« unter der Leitung von Dorothee Wierling im Zentrum; die Dissertation von Monika Sigmund über den deutsch-deutschen Kaffeekonsum ist fertiggestellt und wird Anfang des Jahres eingereicht, die abgeschlossene Dissertation von Christiane Berth über die Beziehungen Hamburgs mit Zentralamerika wird für eine Buchpublikation vorbereitet. Das Teilprojekt über die Hamburger Kaffeehändler (Dorothee Wierling) ist zum großen Teil niedergeschrieben. Ende 2012 soll zur Kaffee-Geschichte eine abschließende internationale Tagung in Hamburg stattfinden.

Die beiden weiteren Forschungsschwerpunkte – »Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« und »Perspektiven der jüngsten Geschichte« – weisen insgesamt neun laufende bzw. begonnene Forschungsprojekte auf. Im Bereich der Regionalgeschichte ist außer den Forschungen zum Hamburger Hafen von Christoph Strupp und Janine Schemmer im Jahre 2011 auch eine Publikation mehrerer Beiträge zur Stadtgeschichte Hamburgs nach 1945 erarbeitet worden, deren Veröffentlichung für 2012 vorgesehen ist. Auch 2011 war die FZH wieder Gast der Alfred Toepfer Stiftung F. V. S auf Gut Siggen, um den Projektverbund zu »Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« konzeptionell zu schärfen. Wir bedanken uns sehr für diese großzügige Unterstützung durch die Stiftung.

Für den Forschungsschwerpunkt der jüngsten Zeitgeschichte ist ein neues Projekt von Axel Schildt eingeworben worden, der eine Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik schreiben wird und dafür von der Volkswagen- und Fritz-Thyssen-Stiftung im Rahmen des Programms »Pro Geisteswissenschaften / opus-magnum« gefördert wird. Seit Oktober 2011 ist er für dieses Projekt beurlaubt, Kirsten Heinsohn hat seine Vertretung bis September 2013 übernommen.

2011 hat die FZH weitere Weichen für die Zukunft gestellt. Im Bereich der Serviceeinrichtungen ist beispielsweise die Leiterin des Archivs, Angelika Voß, an einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Hamburger Archivverbundes beteiligt. In der Werkstatt der Erinnerung arbeitet die Leiterin, Linde Apel, an einem zukunftsfähigen EDV-Konzept, das neue technische Optionen nutzt. Für dieses Projekt hat uns die Behörde für Wissenschaft und Forschung großzügig Sondermittel zur Verfügung gestellt. Die laufenden Projekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im nächsten Jahr durch neue Forschungsvorhaben ergänzt, so unter anderem mit einer vergleichenden Studie zu »verruften Vierteln« in großen Städten. Dieses Projekt wird von einer neuen Mitarbeiterin ab Februar 2012 für fünf Jahre bearbeitet. Sie ergänzt dann unsere wissenschaftliche Crew, die 2011 durch den Ruhestand von Ursula Büttner kurzfristig verkleinert wurde.

Gute wissenschaftliche Arbeit benötigt immer eine ausgezeichnete Infrastruktur und natürlich eine solide Finanzierung. Dass wir beides im Jahre 2011 hatten, verdanken wir der Behörde für Wissenschaft und Forschung, vor allem Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung »Außeruniversitäre Einrichtungen«. Die 2010 noch angekündigten Sparvorhaben wurden für die FZH zurückgenommen und die Behördenleitung hat es sogar geschafft, noch zusätzliche Mittel für besondere Ausgaben zuzuweisen. Für diesen großen Vertrauensbeweis in die wissenschaftliche Kapazität der FZH bedanken wir uns sehr!

Wie der Tätigkeitsbericht belegt, ist auch die Unterstützung der FZH durch die Drittmittelgeber nach wie vor sehr positiv. Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Volkswagen-Stiftung, der Fritz Thyssen-Stiftung, der ZEIT-Stiftung Ebelin und

Gerd Bucerius, der Hans-Böckler-Stiftung, der Alfred Toepfer Stiftung F. V. S., der Katharina und Gerhard Hoffmann-Stiftung, der Köhlerstiftung sowie der Senatskanzlei herzlich für ihre großzügige Förderung unserer Arbeit in diesem Jahr.

Wollen wir unsere Forschungs- und Vermittlungsarbeit erfolgreich fortsetzen, so sind wir weiterhin auf die Unterstützung der Hansestadt und der Drittmittelgeber angewiesen. Die Bilanz des Jahres 2011 zeigt uns, dass wir wohl auch für die Zukunft auf diesen Beistand hoffen können.

Kirsten Heinsohn, Axel Schildt und Dorothee Wierling
Dezember 2011

HENNING TÜMMERS

- »HEAVEN CAN WAIT«
REAKTIONEN AUF
DIE AIDS-BEDROHUNG IN
HAMBURG

ANMERKUNGEN

- 1 Zum Folgenden vgl. Bernhard Rosenkranz / Gottfried Lorenz, Hamburg auf anderen Wegen. Die Geschichte des schwulen Lebens in der Hansestadt, Hamburg 2005, S. 225; Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 11/59, 30.1.1985, 3425 C.
- 2 Schreck von drüben, in: Der Spiegel, Nr. 22 (31. 5. 1982), S. 187 ff.

HENNING TÜMMERS

»HEAVEN CAN WAIT«

Reaktionen auf die Aids-Bedrohung in Hamburg

Völlig unerwartet schien eine kleine Gruppe Hamburger Bürger mit der Aids-Gefahr konfrontiert zu werden: Von einer Sekunde auf die nächste war der junge Mann, der am 13. November 1984 schon eine ganze Weile mit einem Linienbus des Hamburger Verkehrsverbunds unterwegs gewesen war, kreidebleich geworden und anschließend zusammengebrochen.¹ Die 30 Fahrgäste um ihn herum hatten den Kollaps zwar beobachtet; anstatt dem 22-Jährigen jedoch selbst zu Hilfe zu eilen, alarmierten sie die Polizei. Die herbeigerufenen Beamten richteten den Mann auf und brachten ihn ins nächste Krankenhaus. Die verängstigten Fahrgäste, die sich geweigert hatten, den Kranken anzufassen, äußerten gegenüber der Polizei, er habe sicherlich jene ominöse Krankheit, die junge Männer seit geraumer Zeit heimsuche: »Aids«. Nur wenig später wurde der gesamte Linienbus desinfiziert, anschließend folgte die Reinigung des Streifenwagens, in dem der Kranke abtransportiert worden war. Wie sich herausstellte, war dies jedoch unnötig gewesen, denn der junge Mann hatte nicht Aids, sondern Diabetes.

Die panischen Reaktionen der Fahrgäste an diesem Novembertag kamen nicht von ungefähr. Seit Monaten brachten die Medien Meldungen über eine neue, tödliche Bedrohung, die Ärzten auf der ganzen Welt Rätsel aufgab. Bereits im Frühjahr 1982 hatte *Der Spiegel* über den »Schreck von drüben«² berichtet – eine Krankheit ohne Namen, die in kurzer Zeit zum Tode führe und sich unaufhaltsam auf die Bundesrepublik zubewege. In den USA vervielfache sich seit 1981 in rasender Geschwindigkeit die Zahl der Fälle, in denen junge, homosexuelle Männer von braunen Hautknoten befallen werden, die oftmals den gesamten Körper bedecken. Während sich bei einigen diese »Kaposi-Sarkome« zeigten, litten andere an Lungenentzündung, Durchfall oder hohem Fieber. Laut *Spiegel* werde diese neue »Pest« in Westdeutschland nicht mehr lange auf sich warten lassen: »Die nächsten Erkrankungen erwarten Experten in den Ballungsräumen der

Homosexualität: Athen, Rom, London und Berlin.«³ 1983, inzwischen hatten Wissenschaftler der Bedrohung den Namen »Aids« (*Acquired Immunodeficiency Syndrome*) gegeben, hieß es: »Mindestens 100 Deutsche sind bereits erkrankt, sechs in den letzten Wochen gestorben. [...] In den nächsten zwei Jahren wird die Zahl der ›Aids‹-Kranken dramatisch zunehmen.«⁴ Mittlerweile hatte das Bundesgesundheitsamt auch die ersten Frauen und Kinder registriert, die sich mit dem Krankheitserreger, dem HI-Virus, infiziert hatten. Aids war damit zu einer Bedrohung für die gesamte Gesellschaft geworden.

»Vielleicht ist Aids die größte moralische, medizinische, gesellschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit«, schrieb Bundesgesundheitsministerin Rita Süsmuth 1987 in einer kleinen Publikation und erklärte damit die neue Krankheit zu einer Zäsur.⁵ Zu dieser Auffassung der CDU-Politikerin hatten mehrere Faktoren beigetragen: die Tatsache, dass die Medizin nach ihrem Siegeszug gegen Pest und Cholera der neuen Krankheit völlig hilflos gegenüberstand; die vermutete hohe Infektionsdunkelziffer, bedingt durch die außergewöhnlich lange Inkubationszeit; die Meldungen, wonach sich halbjährlich die Zahl der Aids-Kranken verdoppele und schließlich die soziale Exklusion, die Betroffenen das Leben zusätzlich erschwerte. Gefährdet waren vor allem Großstädte wie Hamburg, in denen sich das Virus durch Drogenkonsum, Prostitution und die homosexuelle Szene schnell verbreiten konnte.

Aber obwohl in bundesdeutschen Ballungsräumen Aids als »Katastrophe schlechthin« und »Bedrohung Nr. 1«⁶ galt, existieren bislang kaum zeithistorische Lokalstudien über den Umgang mit der Seuche.⁷ Auch das Beispiel Hamburg als zweitgrößte Stadt der alten Bundesrepublik ist bislang nur rudimentär erforscht.⁸ Der vorliegende Beitrag will einige Untersuchungsfelder

in Bezug auf die Aids-Bedrohung in der Hansestadt während der Hochphase politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zwischen 1983 und 1994 abstecken und fragen, wie Teile der Gesellschaft auf Aids reagierten, welchen Charakter die Gegenmaßnahmen hatten und inwieweit mit dem Auftreten von Aids gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse einhergingen. Im Fokus stehen die Homosexuellen als Hauptbetroffenengruppe, die Landesregierung, verantwortlich für die Gesundheitsfürsorge und den Schutz der Bürger, und die evangelische Kirche.

1. Protest und Selbsthilfe

Für die Homosexuellen bedeutete Aids in gleich mehrfacher Hinsicht eine Bedrohung: Weil sie die Hauptbetroffenen waren, gefährdete das HI-Virus ihre Gesundheit und ihr Leben überproportional stärker als andere. Der Hamburger Senat konstatierte 1989, dass 79,2 Prozent aller Aids-Patienten des Bundeslandes homo- oder bisexuelle Männer seien.⁹ In weitaus geringerem Maß waren Heterosexuelle (5,2 Prozent), Fixer (2,8 Prozent) und Empfänger von Blutkonserven (2,0 Prozent) mit dem HI-Virus infiziert.¹⁰ Der Anteil weiblicher Prostituierten lag erstaunlicherweise nur bei rund einem Prozent – offensichtlich waren die Frauen bislang in der Lage gewesen, sich ausreichend zu schützen.¹¹

Daneben erklärten Teile der Bevölkerung und der Medien die Gruppe der Homosexuellen zu Sündenböcken; vielfach war die Rede von der »Homosexuellen-Seuche« Aids.¹² Beispielsweise druckte der *Spiegel* Äußerungen des Bakteriologen Franz Fehrenbach, der erklärte: »Für die Homosexuellen hat der Herr immer eine Peitsche bereit.«¹³ Für schwule Männer

Furcht vor einer neuen Seuche – eine Fallstudie, in: *Publizistik* 52 (2007), S. 524 – 538.

8 Siehe Peter Raschke / Claudia Ritter, *Eine Großstadt lebt in Angst. Strategien der Prävention und Hilfe am Beispiel Hamburgs*, Berlin 1991.

9 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 13/3561, 11.4.1989, S. 32.

10 Während die Hamburger Gesundheitsbehörden 1982 nur einen einzigen Aids-Fall registrierten, waren es 1986 70 Fälle und 1993 bereits 945. Was die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen betraf, so entsprach die Aidsproblematik in Hamburg in etwa der in der Bundesrepublik insgesamt. Dazu und zu den Zahlenangaben: Heinz Renn: *Epidemiologische Fakten und Konzepte*, in: Raschke / Ritter, *Großstadt*, S. 286; Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 13/3561, 11.4.1989, S. 32; Drucksache 15/721, 22.3.1994, S. 24.

11 Siehe dazu Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 14/4669, 14.9.1993, S. 1.

12 Aids: Eine Epidemie, die erst beginnt, in: *Der Spiegel*, Nr. 23 (11.7.1983), S. 144.

13 Schreck von drüben, in: *Der Spiegel*, Nr. 22 (31.5.1982), S. 189.

3 Ebd., S. 189; Wie die Pest, in: *Der Spiegel*, Nr. 28 (11.7.1983), S. 146 f.

4 Aids: Eine Epidemie, die erst beginnt, in: *Der Spiegel*, Nr. 23 (6.6.1983), S. 144.

5 Rita Süsmuth, *AIDS. Wege aus der Angst*, Hamburg 1987, S. 18.

6 Stephan Dressler, *Gib Aids eine Chance*, in: Ders. / Klaus-Michael Beier (Hg.), *Aids und Ethik*, Berlin 1994, S. 27.

7 Bislang erwähnen Zeithistoriker Aids lediglich in Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik; vgl. Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 674 f.; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. 1982 – 1990*, München, S. 325 f.; Edgar Wolfrum, *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 411. Siehe zum sozialwissenschaftlichen Forschungsstand die Reihe »Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Aids-Forschung«, herausgegeben von Wolfgang Heckmann, Hans Jäger und Rolf Rosenbrock. Für die Kultur- und Medienwissenschaften beispielsweise: Brigitte Weingart, *Ansteckende Wörter. Repräsentationen von Aids*, Frankfurt am Main 2002; Petra Eiden / Klaus Schönbach, *Aids erreicht Deutschland. Die Bild-Zeitung und die*

HENNING TÜMMERS
 ■ »HEAVEN CAN WAIT«
 REAKTIONEN AUF
 DIE AIDS-BEDROHUNG IN
 HAMBURG

stellte dies eine Bedrohung ihrer hart erkämpften, aber immer noch zarten Emanzipation dar. Nach NS-Verfolgung und trotz der Kriminalisierung homosexueller Handlungen nach Kriegsende, der polizeilichen Überwachung so genannter Freundschaftslokale und des Einbaus von Observationsspiegeln in öffentlichen Toiletten, hatte sich seit den späten 1940er Jahren eine schwule Szene etablieren können.¹⁴ Vor allem seit Rosa von Praunheims Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt«, der heute als Initial für die Schwulenbewegung in den 1970er Jahren gilt, war viel passiert: In Hamburg hatten sich Schwulengruppen zusammengeschlossen, Cafés und der erste Sex-Shop für Homosexuelle waren eröffnet worden. Im Sommer 1980 hatten 1500 Schwule und Lesben nach amerikanischem Vorbild der »Gay Pride Week« eine Aktionswoche durchgeführt und im Rahmen dieser ersten groß angelegten Demonstration eines erstarkenden Selbstwertgefühls gegen die Sammlung von Daten sowie die Observation homosexueller Männer durch die Hamburger Polizei protestiert.¹⁵ Danach waren auf Anordnung des Innensenators Werner Staak die Einwegspiegel in den »Klappen« entfernt worden.

Schließlich spaltete Aids, wie der Hamburger Schriftsteller Hubert Fichte 1985 in seinem Werk *Tagebuch* eindrucksvoll beschrieb, die homosexuelle Szene, was ein geschlossenes Agieren erschwerte.¹⁶ Fichte zeichnete das Bild einer teils stark verängstigten, teils ignoranten Szene: Während einige seiner Bekannten seit Aids nur noch geschützten Geschlechtsverkehr praktizierten (»Mike nimmt sogar zwei Präser«), war bei anderen Aids »kein Gegenstand des Gesprächs mehr«. Zuweilen begegnete Fichte purem Fatalismus: »Sehr heftige Szene in den Büschen an der Alster. [...] Man kann sich auch nicht jede Sekunde mit dem potentiellen Tod befassen.«

Sofort reagierten Teile der Szene auf diese unterschiedlichen Bedrohungsquellen. Gleichsam als natürlicher Reflex auf die zunehmende Diskriminierung Homosexueller formierten sich Anfang der 1980er Jahre politisch engagierte Männer aus dem Umfeld der Schwulenbewegung. Neben dem Ziel, der Diffamierung Schwuler so schnell wie möglich Einhalt zu gebieten, trieb sie noch ein zweites Motiv an: der Wunsch, sich der Öffentlichkeit gegenüber als eine handlungsstarke und seriöse Gruppe zu präsentieren, die in der Lage ist, Probleme eigenverantwortlich zu lösen. Ein schnelles und geschlossenes Agieren (zumindest eines Teils) der Szene sollte die durch Aids bedrohte Ordnung der *Gay Community* stabilisieren und ihr eine achtbare Identität verleihen.¹⁷ Dazu gehörte auch, Betroffene, die mit dieser, von Verantwortung und zielstrebigem Handeln gekennzeichneten Identität unvereinbar waren (beispielsweise Drogensüchtige), auszugrenzen. Weil die Protagonisten folglich nach gesellschaftlicher und politischer Anerkennung und Partizipation strebten, waren dies im Grunde die alten Ziele der Schwulenbewegung, die nun im Zuge der Aids-Bedrohung erneut artikuliert wurden.

Auf öffentliche Diskriminierungen reagierte man mit öffentlichem Protest: Schon 1983 riefen Homosexuelle zum Boykott gegen den *Spiegel* auf.¹⁸ Unterstützung bekamen sie dabei von dem Sexualwissenschaftler Martin Dannecker und der feministischen Publizistin Alice Schwarzer, die in einem offenen Brief eine sachlichere Berichterstattung forderten. Weitere Aktionen folgten: Als am 14. November 1984 die *Bild*-Zeitung über den vermeintlich Aids-Kranken im Bus des HVV berichtete und fragte: »Hat sich jemand mit der tödlichen Seuche infiziert?«, kam es abermals zu Protest. Und als Mitte der 1980er Jahre die Vertreter einer restriktiven Seuchenpolitik – allen voran der bayerische Staatssekretär Peter Gauweiler, der Zwangsinternierungen, Zwangstests und eine namentliche Meldepflicht für Infizierte forderte – lautstark in die Öffentlichkeit traten, machte die 1979 gegründete »Unabhängige Homosexuelle Alternative e.V.« (UHA), eine Hamburger Interessenvertretung für Schwule und Lesben, mobil. 100 Protestierende empfingen Gauweiler, der im Mai 1987 mit seiner Mutter das Musical *Cats* besuchte, vor dem Operettenhaus mit einem Pfeifkonzert und aufgeblasenen Kondomen.

Überdies setzten Homosexuelle auf Selbsthilfe. Hier zeigten sich deutliche historische, aber auch transnationale Bezüge, denn Entwicklungen in den USA dienten als Vorbild. Dort hatten sich seit den frühen 1970er

14 Vgl. Rosenkranz / Lorenz, Hamburg, insbesondere S. 39 – 50; S. 67 – 80; S. 88 – 94; S. 100 – 122; S. 149 – 169; Gottfried Lorenz, Hamburg als Homosexuellenhauptstadt der 1950er Jahre – Die Homophilen-Szene und ihre Unterstützer für die Abschaffung des § 175 StGB, in: Andreas Pretzel (Hg.), Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945. Ohnmacht und Aufbegehren, homosexuelle Männer in der frühen Bundesrepublik, Hamburg 2010, S. 117 – 151; Burkhard Jellonek / Rüdiger Lautmann (Hg.), Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt, Paderborn u. a. 2002.

15 Dazu Rosenkranz / Lorenz, Hamburg, S. 161 – 166.

16 Siehe Hubert Fichte, Tagebuch. Material für Afrika, Aids, Sahel, Der erste Mensch, in: Der Rabe. Magazin für jede Art von Literatur 34 (1992), S. 63 – 79. Dort auch die folgenden Zitate.

17 Raschke / Ritter, Großstadt, S. 126f.

18 Zum Folgenden Rosenkranz / Lorenz, Hamburg, S. 225 ff.

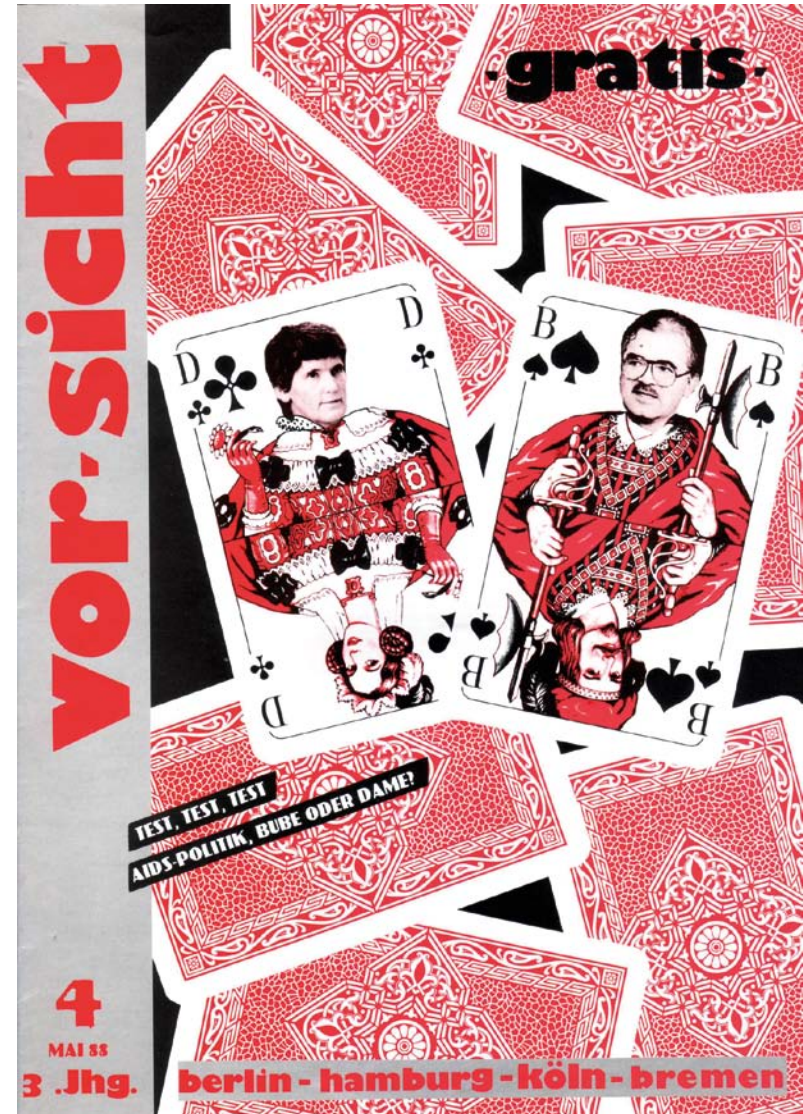
Jahren schwule Männer zusammengeschlossen und Informationen über Gesundheitsprobleme wie Hepatitis oder Syphilis angeboten. Die bald darauf entstandenen »Gay Men's Health Crisis«-Projekte betrachteten die Aids-Aufklärung als eine zentrale Aufgabe.¹⁹ Durch diese Beispiele ermutigt, wurde 1984 die »Hamburger Aids-Hilfe« von UHA-Mitgliedern gegründet, für »Safer Sex« geworben und ein Betreuungsnetz für Infizierte und Erkrankte aufgebaut.²⁰ Die Akteure konnten die soziale Infrastruktur der Schwulenbewegung der 1970er Jahre nutzen, wodurch sich »ein unvergleichbar größeres Mobilisierungspotential zur selbsthelfenden und ehrenamtlichen Arbeit in der Subkultur [bot], als dies für andere Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich zur Verfügung stand.«²¹ Ferner profitierte die Selbsthilfe von der Diskussionskultur der Emanzipationsbewegung, denn Formen des Zusammenlebens und Sexualität waren bereits offen thematisiert und entsprechende Kommunikationsformen erprobt worden.

Allerdings waren sich die Initiativen mit Blick auf die Geschichte der Homosexuellen im 20. Jahrhundert einig, dass ihre Forderungen behutsam gestellt werden müssten – homosexuellenfeindlichen Tendenzen wollte man nicht durch überzogene Ansprüche Vorschub leisten. Das Handeln der schwulen Selbsthilfe glich folglich einem Balanceakt: Zum einen verlangte sie, das Aids-Problem verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen und die Immunschwächekrankheit als eine Bedrohung zu kommunizieren, die auch Heterosexuelle treffen könne. Zum anderen wollte sie das Thema nicht überstrapazieren, denn dies – so die Befürchtung – könne dazu führen, dass sich die Wahrnehmung Heterosexueller von Homosexuellen und die eigene Schwulenidentität, aber auch die Schwulenarbeit allein auf die Aspekte Aids und Tod reduzieren.

19 Siehe Philip M. Kayal, *Bearing witness. Gay Men's Health Crisis and the politics of AIDS*, Boulder 1993.

20 Rosenkranz / Lorenz, *Hamburg*, S. 227.

21 So Raschke / Ritter, *Großstadt*, S. 126.



Rita Süßmuth und Peter Gauweiler als symbolische Kontrahenten in der Aids-Politik auf dem Titelblatt der bundesweit vertriebenen Selbsthilfezeitung »Vor-Sicht«, Mai 1988. Quelle: FZH, Archiv

Tatsächlich kam es zu einer paradoxen Entwicklung: Einerseits stabilisierte die Gründung der schwulen Selbsthilfe Teile der Szene, andererseits führte sie zu Abspaltungen.²² So gab es jene in der Aids-Arbeit Engagierte, die sich selbst als schwul bezeichneten und den Dialog mit der Politik und den Bürgern suchten; jene, die ihr Schwulsein ungleich radikaler formulierten und sich scharf von Heterosexuellen abgrenzen wollten und Männer, die ihre Sexualität zu verheimlichen suchten und Aids gänzlich beschwiegen.

Gleichwohl führten die Anfang der 1980er Jahre entwickelten Konzepte aus Sicht der Akteure zum Erfolg: Ihrer Meinung nach brachten ihnen ihre Politik der Gegenwehr und des Protests, die aus den Erfahrungen einer sexuell diskriminierten Subkultur resultierte, sowie die private Institutionalisierung eines Selbsthilfenetzes politische Anerkennung und Partizipation ein.²³ Denn seit 1984 würdigten die Gesundheitsbehörde und die Landesärztekammer die Maßnahmen der Hamburger Homosexuellen und wiesen explizit auf die Angebote der Selbsthilfegruppen hin. Als bald resultierte daraus eine Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Instanzen. Der ursprüngliche Charakter der Schwulenbewegung der 1970er Jahre als Teil der neuen sozialen Bewegungen ging durch die nun forcierten Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozesse verloren.²⁴

2. Die »Hamburger Linie«

Über diese im Nachhinein als »Hamburger Linie« bezeichnete Aids-Politik bestand Mitte der 1980er Jahre in der Bürgerschaft Konsens. Obwohl am 12. Dezember 1984 der CDU-Abgeordnete Eduard Prosch eindringlich im Landesparlament auf die Seuchengefahr und

die schleichende Verunsicherung der Hamburger Bevölkerung hinwies, reagierte das Gros der Anwesenden verhältnismäßig nüchtern. Umfassende staatliche Eingriffe, folglich auch restriktive Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung, wurden abgelehnt. Stattdessen setzte die Regierung auf das Verantwortungsgefühl der Bürger: »Bei dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ist im wesentlichen die Aufklärung der Bevölkerung über die Erkrankung und ihre Übertragungswege geeignet, die Ausbreitung zu verhindern; der Bürger wird auf diese Weise in die Lage versetzt, sich durch entsprechendes Verhalten dem Risiko einer Infektion nicht auszusetzen.«²⁵

Bereits 1983 hatten die Gesundheitsbehörde und die Landesärztekammer Fortbildungstage zum Thema Aids veranstaltet und mehrere Tausend Merkblätter verteilt. Darüber hinausgehende Maßnahmen, so bestimmte das Parlament, sollten »verhältnismäßig« sein. Entsprechend erklärte der Senat im Dezember 1984: Es bestehe »gegenwärtig kein Anlaß, besondere Rechtsvorschriften über Aids zu erlassen oder die Schaffung solcher Rechtsvorschriften anzuregen. Insbesondere hält der Senat die Einführung einer Meldepflicht im Ergebnis für nicht geeignet, zur Eindämmung dieser Krankheit beizutragen.«²⁶ Damit stellte sich die Regierung gegen die Forderung einiger CDU-Abgeordneter, eine »angewandte Gesundheitsfürsorge« zu implementieren, die die Rechte des Einzelnen zugunsten der Allgemeinheit beschneiden sollte. »Ich meine«, so Dr. Sieghard-Carsten Kampf Anfang 1985, »da darf man nicht in der Rücksicht auf eine kleine Minderheit [...] die Interessen der großen Mehrheit mißachten.«²⁷

SPD und GAL kritisierten scharf die »Panikmache« und »böartige Hetze« der CDU, die auf eine Diskriminierung der Betroffenen, vor allem der Homosexuellen, hinauslaufe und setzten sich für eine »liberale« Aids-Politik ein.²⁸ Der Sozialdemokrat Jan Jalass relativierte das Bedrohungspotential der Seuche, indem er auf die Zahl der jährlich an Krebs Erkrankten hinwies. Da bislang keine »nachprüfbaren Informationen« über die Entwicklung der Seuche existierten, sollte man besonnen handeln. Nur durch Vertrauen in die Politik könne unter den Betroffenen die Bereitschaft zur Mitarbeit gefördert werden. »Was wir auf keinen Fall wollen«, betonte Jalass, »ist, daß eine Minderheit – die zwar mit dem Jahr 1969 legalisiert worden ist, aber nach wie vor diskriminiert wird – durch das Vehikel Aids wieder in eine Ecke gestellt wird, wo sie nicht hingehört.« Der GAL-Politiker Michael Herrmann, der sich ebenfalls vor die Gruppe der

22 Zum Folgenden ebd., S. 90.

23 So Rosenkranz/Lorenz, Hamburg, S. 228.

24 Vgl. Sebastian Haunss, Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 206 ff.

25 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/3265, 12.11.1984, S. 2.

26 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/3422, 18.12.1984, S. 2.

27 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 11/59, 30.1.1985, 3426 A-B.

28 Zum Folgenden ebd., 3427 A-3430 C.

Homosexuellen stellte, unterstrich: »Die Freiwilligkeit von Untersuchungen ist festzustellen und sicherzustellen; die Beratung, Untersuchung und Forschung muß grundsätzlich anonym sein.« Auch Senatorin Christine Maring von der SPD kritisierte die Äußerungen aus den Reihen der CDU und betonte, das Thema Aids sei nicht geeignet, um daraus »Kapital parteipolitischer Art« zu schlagen. Weil Aids das Gesundheits- und Sozialwesen mit »neuen Problemen« konfrontiere, so kündigten die Sozialdemokraten an, müssten zu deren Lösung auch »neuartige Wege« beschritten werden.²⁹

Dies sahen im Herbst 1985 selbst jene CDU-Abgeordneten ein, die anfangs noch »Isolierstationen« für HIV-Infizierte gefordert hatten. Nun erhoben sie ebenfalls die Aufklärung der Bevölkerung, die Eigenverantwortung der Bürger und zielgruppenorientierte Informationskampagnen für Homosexuelle, Drogenabhängige und Prostituierte zur politischen Maxime.³⁰ Dem klassischen Instrument des Bundesseuchengesetzes aus dem Jahr 1961, das Meldepflicht, Ermittlungen, Absonderungen und Tätigkeitsverbote legalisierte, kehrten Mitte der 1980er Jahre somit sämtliche Parteien in Hamburg den Rücken. Sie schlugen stattdessen mithilfe moderner Kommunikationsformen (etwa einem »Medienpaket« für Schulen) einen neuen Weg der Seuchenbekämpfung ein: Die Regierung stellte das Vertrauen in die Bürger und die Freiheit des Individuums über Restriktion und Zwang. Sexualität und Kondomgebrauch sollten enttabuisiert werden.

Ob diese liberale Hamburger Aids-Politik, wie von Sozialwissenschaftlern behauptet, lediglich politisches Kalkül war, nämlich eine öffentlichkeitswirksame Reaktion auf die harte »bayerische Linie«, erscheint zweifelhaft.³¹ Denn zum einen zeichnete sich bereits vor Gauweilers radikalen Plänen zur Eindämmung der Seuche ein parteiübergreifender Konsens ab, wonach

eine zielgruppenorientierte Aufklärung Zwangsmaßnahmen vorzuziehen sei. Zum anderen dokumentieren die Sitzungsprotokolle der Hamburger Bürgerschaft eine intensive Auseinandersetzung über die mögliche Wirkung einzelner Maßnahmen. Schon bald stand für das Parlament fest, dass die wesentlichen Vorgaben des Bundesseuchengesetzes, die allesamt auf die Identifikation des Ansteckungsherdes zielten, ins Leere laufen. Denn aufgrund der jahrelangen Inkubationszeit seien solche Maßnahmen im Fall von Aids wirkungslos.³² Aus dem gleichen Grund verzichtete Hamburg auch darauf, Tätigkeitsverbote im Rotlichtmilieu auszusprechen, da HIV-Tests noch keine absolute Sicherheit bieten würden und Prostituierte sich unmittelbar nach der Testung gleich beim nächsten Freier anstecken könnten. Es sei sinnvoller, an deren Verantwortungsgefühl zu appellieren und für »Safer Sex« zu werben. Hamburg agierte hinsichtlich der Gruppe der Prostituierten folglich weniger restriktiv als die Gesundheitsministerkonferenz, die 1987 eine Entschließung zum Umgang mit Aids veröffentlichte, wonach durchaus Tätigkeitsverbote ausgesprochen, allerdings mit Ausstiegsprogrammen kombiniert werden sollten.³³

Zur »Hamburger Linie« gehörte ferner, die Arbeit der Selbsthilfegruppen zu unterstützen, was aufgrund ihrer mehrheitlich gemäßigten Haltung nicht sonderlich schwerfiel. 1986 teilte der Senat mit: »Die Grundkonzeption zu Aids sieht vor, unter Einbeziehung aller Kräfte, die professionell oder im Bereich Selbsthilfe/Beratung mit der Aids-Problematik beschäftigt sind, eine breite Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung konkreter, aufeinander abgestimmter Konzepte zur Lösung der zahlreichen Einzelprobleme, die Schaffung der notwendigen Behandlungs- und Beratungseinrichtungen für Betroffene, Gefährdete und deren Angehörige zu leisten. [...] Die Komplexität des Themas läßt auf erfolgreiche Arbeit im Kampf gegen Aids nur hoffen, wenn Mediziner und Selbsthilfegruppen, Beratungseinrichtungen und soziale Dienste, staatliche Stellen und engagierte Bürger zusammenwirken.«³⁴

Der Kontakt zwischen den Behörden und privaten Organisationen intensivierte sich Mitte der 1980er Jahre. Die staatlichen Stellen profitierten von den Kommunikationsstrategien homosexueller Aktivisten und diesen gelang es, Einfluss auf die Entwicklung der landesweiten Aids-Arbeit zu nehmen. Die Landesregierung ließ zu, dass private Gruppen in einem genuin staatlichen Bereich – dem Gesundheitsschutz – mehr Einfluss erhielten.

29 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/6878, 16.9.1986, S. 1.

30 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/4952, 18.9.1985.

31 Raschke/Ritter, Großstadt, S. 23.

32 Siehe Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 13/3561, 11.4.1989, S. 9.

33 Entschließung der Gesundheitsministerkonferenz vom 19./20. November 1987, abgedruckt in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 13/3561, 11.4.1989, S. 37.

34 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 11/6272, 13.5.1986, S. 1 f.

gesundheitsladen hamburg
info nr 39

Erklärung zu AIDS

AIDS — Kampf gegen die Krankheit oder gegen die Kranken?

Wir fordern: AIDS darf nicht zur Seuche erklärt werden!

Denn:

- Es gibt zur Zeit keine wirksame Methode, um die Verbreitung von AIDS zu stoppen.
- Der Nachweis des HTLV-3-Virus im Blut durch den gleichnamigen Test sagt weder, ob man von AIDS erkrankt ist, noch ob man selbst ansteckend an AIDS erkrankt ist.

Wir fordern: Beratung statt Verfolgung!

Denn:

- Die Anwendung des Bundesgesundheitsgesetzes mit seiner Erhebungs-, Zwangs- und Strafmöglichkeiten schürt die Angst und bewirkt, daß kranke Menschen nicht mehr zum Arzt gehen.
- Staatliche Maßnahmen führen die Betroffenen in die Isolation, obwohl sie dringend die Hilfe von Freunden, Angehörigen, Kollegen und medizinischen Fachkräften benötigen.
- Durchführung von HIV-3-Untersuchungen ist eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte auf die körperliche Unverletzlichkeit der Person und über die kollektive Kontrolle der Person, an AIDS zu erkranken, erforderlich.

Wir fordern: AIDS-Untersuchungen grundsätzlich anonym!

Denn:

- Jeder, dessen Blut in Hamburg auf HTLV-3-Antikörper untersucht wird, gerät automatisch in gewisse Schwierigkeiten, wenn das Testergebnis positiv ist, auch in anderen Städten und Ländern, gleichgültig ob die Befragung im Rahmen einer Studie des Bundesgesundheitsgesetzes.
- Dies soll in Zukunft auch für alle Blutspender gelten, bei denen dieser Test positiv ausfällt.

Solange der Staat und die Behörden ihre Seuchen- und Grenzschutzpläne nicht ersatzlos aufgeben haben und solange nicht gewährleistet ist, daß AIDS-, bzw. HTLV-3-Untersuchungen **anonym** erfolgen, rufen wir auf:

- **„Gibst keine Blut, mach!“**
- **Verweigert die Untersuchung Eures Blutes durch den HTLV-3-Test!**
- **Stellt Euch keinen Forschungsprojekten zur Verfügung, bei denen es um AIDS geht!**

Für Fragen im Zusammenhang mit AIDS und für juristische und vertrauliche Beratung stehen in Hamburg drei Beratungsstellen zur Verfügung:

Beratungsstelle vom HIV-3-Test e.V. Lilienthalstraße 44, 101 11 Tel. 24 34 52 088, 04, Pk. 10-22 Uhr	Beratungsstelle/Praxis des Hans-Johannes-Schäfer e.V. (HJS) Lilienthalstraße 44, 101 11 Tel. 32 34 43 022-19320 und bis 16-18 Uhr	Beratungsstelle von Mag. Christoph Cramer Bergstraße 3, 101 52 Tel. 279 05 89 38 und Pk. 19-22, Di. 16-18 Uhr
--	---	---

Siehe im allgemeinen Programm...
 HJS: Hansestr. 10, 20093 Hamburg 1
 Hamburg, 7.12.84

Veranstaltung am
Montag 14. 1. 85
Werkstatt 3, Saal
Nernstweg 32
20 Uhr

Flugblatt der Aktionsgemeinschaft der Hamburger Schwulen-Gruppen

Mit Veranstaltungen und Erklärungen versuchten Aktivisten aus Aids-Gruppen die Öffentlichkeit zu informieren. Quelle: FZH, Archiv

der Aidspolitik bundesweites Musterbeispiel einer intermediären Institution«³⁵ darstellte, ins Leben gerufen. Hier kamen Behördenvertreter, Aktivisten, Vereine und Gruppen zusammen, um gemeinsam Strategien zur Bekämpfung der Seuche zu erarbeiten. Die Sozialdemokratin konzidierte, dass der Staat bei Aids an seine Grenzen stoße: »Die Verantwortung für die eigene Gesundheit muß in erster Linie jeder selbst übernehmen. Der Staat kann diese Verantwortung nicht tragen. [...] Der Staat muß aber das notwendige Wissen vermitteln, mit dessen Hilfe der einzelne sich selbst schützen kann. [...] Der Staat kann das Aidsproblem nicht allein bewältigen. Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen ist notwendig.«³⁶

1989 legte das »Landesprogramm Aids«, das aus Diskussionen im Arbeitskreis hervorgegangen war, die drei Leitlinien der Hamburger Aids-Politik fest: Prävention durch Aufklärung und freiwillige HIV-Tests, Beratung und Betreuung Infizierter sowie medizinische und psychosoziale Versorgung Erkrankter.³⁷ Mit diesen Maximen sollte der Ausbreitung der Seuche entgegengewirkt, Betroffenen Hilfe zuteil und der Angst vor Aids wirksam begegnet werden. Der Senat zementierte damit seine Abkehr vom »klassischen«, restriktiven Seuchenschutz und unterstrich die Notwendigkeit einer Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Stellen. Allerdings war der politische Einflussbereich zum Teil eingeschränkt: In den der Justizbehörde unterstellten Haftanstalten mangelte es an Kondomen, und wer sich nicht freiwillig auf HIV testen lassen wollte, wurde separiert und behandelt, als sei er infiziert.³⁸

Ogleich die Bundesregierung Anfang der 1990er Jahre die finanziellen Mittel für Präventionsprogramme drastisch kürzte, genossen die Aids-Prävention, die Aufklärung der Bürger und die Betreuung Infizierter in Hamburg weiterhin einen hohen Stellenwert. Zentrale Anlaufstellen wie »Hein & Fieta« in St. Georg konnten durch Landesmittel weiter finanziert werden.

3. Aids und Kirche

Zeitlich verzögert, aber nicht weniger bemerkenswert waren Entwicklungen innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hamburgs. Seit Beginn der Berichterstattung war mit der Debatte über Aids auch eine Diskussion über Wertvorstellungen und Moral einhergegangen, in der Vertreter der Kirchen

35 Raschke/Ritter, Großstadt, S. 85.

36 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 13/16, 14.1.1988, 871 C-D.

37 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 13/3561, 11.4.1989.

38 Siehe Raschke/Ritter, Großstadt, S. 190–193.

■ HENNING TÜMMERS
 »HEAVEN CAN WAIT«
 REAKTIONEN AUF
 DIE AIDS-BEDROHUNG IN
 HAMBURG

und Religionswissenschaftler konservative Ansichten über Sexualität proklamierten. Der Augsburger Theologe Joachim Piegsa konstatierte 1987: »Der körperlichen Immunschwäche können wir erst dann wirksam begegnen, wenn wir die vorausgegangene geistig-moralische Immunschwäche überwinden.«³⁹ Und auch die Evangelische Kirche in Deutschland sah Ende der 1980er Jahre einen Konnex zwischen persönlicher Schuld und Krankheit.⁴⁰

Bei jungen Gläubigen wie dem Theologiestudenten Miguel-Pascal Schaar stießen solche Äußerungen zunehmend auf Kritik. Schaar, der Anfang der 1990er Jahre im Kirchenkreis Altona eine Predigtbeauftragung erhalten hatte, beobachtete noch lange nach dem Beginn der Aids-Bedrohung eine Stigmatisierung Erkrankter und eine wachsende Zahl an Neuinfektionen – zugleich aber auch das Abflauen politischen Engagements. Als im Herbst 1991 am Rande der Deutschen Bischofskonferenz Mitglieder der Aids-Aktionsgruppe ACT UP von Gottesdienstbesuchern tätlich angegriffen wurden und der Fuldaer Bischof Johannes Dyba Homosexuelle als »randalierende Aids-Positive«⁴¹ beschimpfte, intensivierte Schaar seine Bemühungen, gegen das wachsende Negativbild in der Kirche anzuarbeiten.⁴² Die Initiativen des Studenten fielen im Kirchenkreis Altona auf fruchtbaren Boden. Bereits vor dem Eklat in Fulda hatte er in seiner Gemeinde etwas bewegen können: Im Sommer war in der Friedenskirche ein Theaterstück der Aids-Hilfe aufgeführt worden und im September schloss sich der Kirchenvorstand der Aktion »Farbe bekennen« der »Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e. V.« an.⁴³ Diese Solidaritätserklärung achtete die Entwicklung individueller Lebenskonzepte und brach in spektakulärer Weise mit überkommenen Moralvorstellungen: »Als christliche Gemeinde sind wir ein Leib mit vielen Gliedern.

Jeder Teil hat seine besonderen Charismen, die sich in unterschiedlichen Begabungen und Lebensformen verwirklichen. [...] Sexualität ist ein Teil der Schöpfung Gottes, die in unterschiedlichen Ausprägungen – Hetero-, Homo-, und Bisexualität – existiert. [...] Jeder Mensch, egal ob hetero-, homo- oder bisexuell, hat das Recht, seine Sexualität zu leben.«⁴⁴

Nach einem Gottesdienst zum Thema »Aids und Kirche« im Oktober 1991 gründeten Schaar, Aktivisten der Schwulenbewegung und Gemeindeglieder den »Ökumenischen Arbeitskreis Aids«, der sich Anfang 1992 »Hamburg Leuchtfeuer« nannte. Der Theologiestudent und die Mitglieder des Arbeitskreises wollten das Pflege- und Betreuungskonzept des »London Lighthouse« nach Hamburg transferieren und weitere Gottesdienste ausrichten.⁴⁵ Monate später veranstaltete »Hamburg Leuchtfeuer« den ersten ökumenischen »Aids-Gottesdienst«, an dem Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die designierte Bischöfin Maria Jepsen (bereits die Wahl der emanzipierten Theologin war eine Sensation und symbolisierte einen Aufbruch innerhalb der protestantischen Kirche) und rund 500 Hamburger Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. In der Ausgestaltung der Feier »Celebrate your life« wurden Traditionen und neue Formen zugleich geübt. Während man den Ablauf traditioneller Gottesdienste wahrte, interpretierte Vikar Niels Christiansen in St. Katharinen den Psalm 22 neu, begleitete der Schwulenchor Schola Cantorosa den Gottesdienst mit Gesangseinlagen, und »Hein & Fiete« legten auf dem »Markt der Möglichkeiten« in der Kirche Kondome aus. Eine Kirchenzeitung bezeichnete den Gottesdienst als einen »Durchbruch« – er habe ein »neues Kapitel Kirchengeschichte« geschrieben – und die überregionale *taz* lobte: »Die Amtskirche kommt allmählich in die Puschen.«⁴⁶

Auch der zweite, 1993 von Schaar organisierte ökumenische Aids-Gottesdienst »Heaven can wait« war durchaus ein Erfolg. Allerdings konnte er nicht den Effekt seines Vorgängers erzielen. Der *Gay Express*, ein Schwulenmagazin für Hamburg und Berlin, beklagte das geringere Interesse der Medien und die Tatsache, dass nur die zweite Garde der politischen Klasse aus Bonn den Weg nach Hamburg gefunden hatte.⁴⁷ Nicht Rita Süßmuth war angereist, sondern ihre Stellvertreterin Renate Schmidt. Die *Nordelbische Kirchenzeitung* erklärte dies damit, dass zwölf Jahre nach den ersten Meldungen Aids und HIV »normal« geworden seien.⁴⁸ Tatsächlich hatte die Bedrohungswahrnehmung in Hamburg 1993 ihren Höhepunkt

39 Joachim Piegsa, AIDS, in: Katholische-sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach (Hg.), Kirche und Gesellschaft, Nr. 144 (1987), S. 8.

40 Siehe Wirsching, Abschied, S. 326.

41 »Römischer Furz«, in: Der Spiegel, Nr. 44 (28.10.1991), S. 97.

42 Miguel-Pascal Schaar (Hg.), Was bleibt? Vier Jahre Aufbau kirchlicher Aids-Arbeit in Hamburg, eine Bestandsaufnahme, Hamburg 1995, S. 47.

43 Siehe ebd., S. 107.

44 Solidaritätserklärung »Farbe bekennen«, in: ebd., S. 15 f.

45 Ebd., S. 47.

46 »Hamburg, 12. Juli, 18 Uhr: Ein neues Kapitel Kirchengeschichte«, in: Nordelbische Kirchenzeitung, Nr. 29, 19.7.1992, S. 6; »Gottesdienstthema Aids«, in: taz, 10.7.1992, S. 17.

47 »Ökumenischer Gottesdienst in Hamburg«, in: Gay Express, Oktoberausgabe 1993, S. 30 f.

48 »Der Himmel kann warten«, in: Nordelbische Kirchenzeitung, Nr. 37, 19.9.1993, S. 3.

überschritten. Das zeigte sich auch auf den Werbeplakaten für den Gottesdienst, auf denen nicht etwa von einer »Aids-Katastrophe«, sondern lediglich von einer »Aids-Krise« die Rede war.⁴⁹ »Heaven can wait« markierte das Ende einer Phase, in der Angst und Unsicherheit im Umgang mit Aids Hamburg geprägt hatten.

Dass sich zwar innerhalb der Gemeinde Altona ein spürbarer Wandel vollzogen, dieser indes nicht überall Platz gegriffen hatte, demonstrierte eine Äußerung, die den mittlerweile zum Altonaer »Aids-Beauftragten« avancierten Schaar während der Gottesdienstvorbereitung traf. Ein Oberkirchenrat, der das Novum der Aidsgottesdienste heftig kritisierte, spottete: »Wenn ich Sie so ansehe, dann kriegen Sie ja auch noch Aids.«⁵⁰ Gleichwohl konnten derartige Stimmen weitere Institutionalisierungsprozesse nicht mehr aufhalten. Dazu zählte die Einrichtung des ersten »Aids-Büros« der Nordelbischen Kirche ebenso wie die Ausschreibung einer »Aids-Pfarrstelle« des Kirchenkreisverbands der Hansestadt, zu deren Aufgaben die Vernetzung mit Beratungsstellen und Krankenhäusern sowie die seelsorgerische Begleitung von Erkrankten und Sterbenden zählten. Der Hamburger Rainer Jarchow wurde Anfang 1994 der erste evangelische »Aids-Pastor« der Bundesrepublik.⁵¹ Während seiner Tätigkeit als Seelsorger konnte er in den darauf folgenden Jahren einen Rückgang der Bedrohung durch eine bessere medizinische Versorgung von Aids-Kranken registrieren. Hatte er zu Beginn seiner Amtszeit jährlich noch bis zu 500 Beerdigungen ausrichten müssen, so lag aufgrund neuer Therapien zum Ende seiner Tätigkeit 2004 die Zahl nur noch im einstelligen Bereich.⁵²

Fazit

»Aids wird die Gesellschaft verändern, und Aids hat die Gesellschaft schon verändert«, konstatierte im Januar 1988 die FDP-Politikerin Meta Stölklen im Hamburger Parlament.⁵³ Tatsächlich brachte die neue Immunschwächekrankheit in der Hansestadt während der 1980er Jahre signifikante Entwicklungen hervor. Teilweise (man denke an die erste Aktionswoche der Schwulenbewegung 1980) verstärkte und beschleunigte Aids dabei jedoch lediglich Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse, die bereits im Entstehen begriffen waren. Teilweise wirkte die Krankheit aber auch selbst als Katalysator des Wandels; die Unsicherheit über den Verlauf der Aids-Bedrohung zu Beginn des Jahrzehnts hatte für all jene, die gesellschaftliche und politische Veränderungen herbeiführen und verkrustete Strukturen aufbrechen wollten, neue Handlungsräume eröffnet.

Im Moment der Bedrohung offenbarten sich im Bewältigungshandeln der Akteursgruppen konstitutive Elemente ihrer Ordnungen. Dabei zeigte sich, dass Aids sowohl neuartige Bewältigungsstrategien evozierte als auch vertraute reaktivierte. Vor allem die Reaktion der Homosexuellen hatte historische Bezüge. Formen der Kommunikation und des Protests, die bereits während der Schwulenbewegung beziehungsweise der neuen sozialen Bewegungen erprobt worden waren, wurden in den 1980er Jahren fortgeführt. Auch die in den 1970er Jahren von Aktivisten aufgebaute Infrastruktur konnte zugunsten der Aids-Selbsthilfe genutzt werden. Darüber hinaus sind jedoch auch neue Erfolge zu konstatieren: So hat Aids den Dialog zwischen Homosexuellen und den politisch Verantwortlichen in Hamburg gefördert, die schwule Szene sichtbarer gemacht und Homosexualität enttabuisiert. Allerdings ist noch unbekannt, ob dadurch wirklich jener bedeutende Integrationsschub zustande kam, von dem die einstigen Akteure noch heute berichten.⁵⁴ Einige Sozialwissenschaftler äußerten, Aids habe lediglich zu einer »tolanteren gewordenen Ausgrenzung«⁵⁵ schwuler Männer geführt. Dies, und die Frage nach einer nachhaltigen sozialen und sexuellen Verhaltensänderung homosexueller Männer stellen Themen dar, die erst noch von der Zeitgeschichte erschlossen werden müssen, wobei das Zusammenspiel von bereits existierenden gesellschaftlichen Aufbrüchen als Folge der Emanzipationsbewegung und Aids als alleiniger Ursache zu hinterfragen ist.

49 Siehe Schaar, Was bleibt, S. 76.

50 »Wenn ich Sie so sehe, kriegen Sie auch Aids ...«, in: Hamburger Morgenpost, 11.9.1993, S. 12.

51 Rosenkranz / Lorenz, Hamburg, S. 229.

52 Ebd., S. 231.

53 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 13/16, 14.1.1988, 865 B.

54 So Rosenkranz / Lorenz, Hamburg, S. 228.

55 Raschke / Ritter, Großstadt, S. 128.

HENNING TÜMMERS
 ■ »HEAVEN CAN WAIT«
 REAKTIONEN AUF
 DIE AIDS-BEDROHUNG IN
 HAMBURG

56 Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. ergänzte Auflage, Göttingen 2010.

CHRISTOPH STRUPP
 ■ KOOPERATION UND
 KONKURRENZ

ANMERKUNGEN

- 1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Konferenz: Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren, FZH, Hamburg 23.9.2011. Ich danke Jessica Erdelmann für ihre Recherchen im Hamburger Staatsarchiv.
- 2 Helmuth Kern, Region Unterelbe auf dem Weg in das Jahr 2000, in: Ernst Schmacke (Hg.), Hamburg auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen, Düsseldorf 1970, S. 1 – 19 (Zitate: S. 1 – 2). Nach Oliver Driesen, Welt im Fluss. Hamburgs Hafen, die HHLA und die Globalisierung, Hamburg 2010, S. 138, stammten die Formulierungen von einem Mitarbeiter der Wirtschaftsbehörde. Sie entsprachen aber Kerns Plänen. Vgl. auch Helmuth Kern, Ein Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe, Hamburg 1970.

Bemerkenswert ist insbesondere der Umbruch im politischen Bereich, manifestiert durch eine beispiellose Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Stellen. Die Regierung lehnte die Anwendung althergebrachter Maßnahmen der Seuchenbekämpfung ab und beschrift durch den Dialog mit privaten Initiativen einen neuen Weg. Dadurch wurde die traditionell staatliche Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bürger in den privaten Bereich ausgelagert. Vertrauensvoll versuchte der Senat, das Verantwortungsgefühl des Einzelnen zu stärken und über Aufklärungsangebote Verhaltensänderungen herbeizuführen. Partizipation, Präsenz bei gleichzeitiger Zurückhaltung und Achtung der Freiheiten des Individuums waren die Leitmotive der liberalen Aids-Politik. Die Frage danach, inwieweit die »Hamburger Linie« das Vorgehen in anderen Bundesländern beeinflusste und Modellcharakter besaß, stellt ein weiteres Forschungsdesiderat dar.

Die Entwicklung innerhalb der evangelischen Kirche, die im Wesentlichen auf die Initiativen eines jungen Theologiestudenten zurückging, war nicht minder spektakulär. Am Beispiel der »One Man Show« Miguel-Pascal Schaars wird greifbar, welche Handlungsmöglichkeiten sich durch die Aids-Bedrohung während der 1980er und 1990er Jahre Einzelpersonen erschlossen, um wirkungsvoll auf gesellschaftliche Probleme hinzuweisen und Wandlungsprozesse in Gang zu setzen.

Zusammengenommen können die Antworten auf die in diesem Beitrag aufgeworfenen Fragen sowie weitere Tiefenanalysen in den drei skizzierten Untersuchungsfeldern nicht nur helfen, den Umgang mit der Aids-Bedrohung in Hamburg und ihre Nachwirkungen schärfer zu konturieren. Sie können auch dazu beitragen, Überlegungen zur historischen Verortung des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts empirisch zu untermauern.⁵⁶

CHRISTOPH STRUPP

KOOPERATION UND KONKURRENZ

Herausforderungen der Hamburger Hafenwirtschaftspolitik in den 1960er und 1970er Jahren¹

Im Jahr 1970 veröffentlichte der Hamburger Wirtschaftssenator Helmuth Kern (SPD) einen Beitrag über die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung der Unterelbe-Region, der mit einer spektakulären Zukunftsvision begann: Geschildert wurde der Landeanflug auf den – imaginären – Großflughafen Kaltenkirchen im Jahre 2000. »Unter uns herrscht reger Schiffsverkehr in und aus Richtung Elbmündung, darunter sehr große Einheiten, die weder Hamburg ansteuern noch den Nord-Ostsee-Kanal befahren werden, deren Ziel vielmehr das Hamburger Vorhafen- und Industriegebiet Neuwerk ist. Dort war in den 70er Jahren erfolgreich die Chance genutzt worden, die natürlichen Vorzüge dieses Gebiets [...] mit relativ geringen Mitteln für die Entwicklung eines küstennahen Industriegebietes zu aktivieren. Große Betriebe der chemischen und metallurgischen Industrie, eine große Werft sowie ein Atomkraftwerk entstanden um die alten Inseln Neuwerk und Scharhörn herum, bzw. an deren Stelle, und ein fester Damm verbindet das Gebiet mit dem benachbarten Cuxhaven und den Wirtschaftszentren des Unterelbe- und Unterweserraumes.«² Neben der Versorgung der dortigen Industrien sah Kern erweiterte Möglichkeiten für den Umschlag von Massen- und Stückgut durch Fernstraßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffverbindungen ins Hinterland. Hamburg und die bremischen Häfen kooperierten in der Abwicklung dieses Umschlages und dadurch sei es »den großen deutschen Stückguthäfen gelungen, ihre Position in dem immer noch harten Wettbewerb zwischen den europäischen Häfen erheblich zu festigen«. Entlang der Elbe zog sich dann in der Vision Kerns eine Kette neuer Verkehrswege, Industrieanlagen und (Atom)kraftwerke. Auch in Hamburg selbst sollte sich die Hafenindustrie weit nach Westen ausgedehnt haben. Strenge Umweltschutzregelungen sorgten dafür, dass die Lebensqualität der Menschen nicht litt – im Gegenteil: Aufgespülte Strandflächen am Verbindungsdamm bei Cuxhaven, saubere Luft sowie

CHRISTOPH STRUPP
 ■ KOOPERATION UND
 KONKURRENZ.
 HERAUSFORDERUNGEN DER
 HAMBURGER HAFEN-
 WIRTSCHAFTSPOLITIK
 IN DEN 1960er UND
 1970er JAHREN

eine abwasserfreie Elbe würden auch den Freizeitwert der Region steigern.

Die zu erwartenden räumlichen und arbeitsorganisatorischen Strukturveränderungen im Hamburger Hafen selbst skizzierte Kern eher kurz und weitgehend im Rahmen bereits begonnener Entwicklungen. Dabei ging es vor allem um eine geänderte Flächenaufteilung für die Container. Kern erwartete zudem für Hamburg einen deutlichen Zuwachs im Güterverkehr, bedingt durch die Liberalisierung der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern, durch die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer und schließlich durch die Einbeziehung Skandinaviens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).³

Die Überlegungen Kerns von 1970 waren nicht als intellektuelle Spielerei gedacht, sondern dienten als Rahmen einer wirtschaftspolitischen Blaupause für Hamburg und die gesamte Region. Der Senator beschwor die schon 1917 von Baudirektor Fritz Schumacher angedachten »Entwicklungssachsen« ins Umland mit verdichteten, wirtschaftlich tragfähigen »Kristallisationspunkten« jenseits der Grenzen von Politik und Verwaltung der vier Küstenländer.⁴ Unabhängig von einer tatsächlichen Neugliederung des Bundesgebiets erschien es Kern »notwendig, die Wirtschaftspolitik schon heute so zu betreiben, daß sie die bestehenden Ländergrenzen vergessen macht«, um gegenüber Wachstumsregionen wie dem Rhein-Main-Gebiet, Stuttgart oder München konkurrenzfähig zu sein.⁵

Der Entwurf Kerns führte das 1969 vom Senat vorgelegte »Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland« weiter aus und war von den Idealen »objektiver« wirtschaftspolitischer Steuerung und länderübergreifender Raumordnung geprägt, die Mitte der 1960er Jahre in der bundesdeutschen Politik eine zentrale Rolle spielten.⁶ In den zehn Jahren seiner Amtszeit von 1966

bis 1976 tat Kern viel dafür, seiner Vision zum Durchbruch zu verhelfen. Dennoch wurde der Großflughafen Kaltenkirchen nicht gebaut, Neuwerk und Scharhörn sind seit 1990 Teil des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer, der Ausbau der Atomkraft erreichte nicht das geplante Ausmaß und auch die Diversifizierung der städtischen Wirtschaftsstruktur durch neue Industrieansiedlungen im Hafen blieb hinter den Erwartungen zurück. Die Gründe für diese ambivalente Bilanz der Zukunftsplanungen Kerns und der SPD-geführten Senate unter den Bürgermeistern Herbert Weichmann (1965 – 1970) und Peter Schulz (1970 – 1974) sind vielfältig und sollen im Folgenden für drei miteinander verbundene Bereiche – die Reform der Hafenorganisation, die Pläne zur räumlichen Ausdehnung und die Industriepolitik im Hafen – näher beleuchtet werden.

Der Hafen als Mittelpunkt Hamburger Wirtschaftspolitik

Der Hamburger Hafen war für die Wirtschaftspolitik und das Selbstverständnis der Hansestadt auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung. Allerdings hatten sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach den von Kriegen und Krisen geprägten Jahrzehnten seit 1914 weiter verschlechtert: Die Teilung Europas mit dem Verlust des Hinterlandes in Mittel- und Osteuropa und die Entstehung der westeuropäisch orientierten EWG begünstigten Bremen und die Rheinmündungshäfen Rotterdam und Antwerpen. Mittelfristig wirkte sich dies aber weniger dramatisch aus als in den frühen 1950er Jahren parteiübergreifend befürchtet worden war.⁷ Zunächst profitierte man von der 1950 mit dem Korea-Krieg einsetzenden Nachfrage nach Rohstoffen,

Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz, hg. vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2011, S. 7 – 77, hier S. 34 – 55; ders., Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, Hamburg ²2003, S. 362 – 401.

⁷ Vgl. Christoph Strupp, Das Tor zur Welt, die »Politik der Elbe« und die EWG. Hamburger Europapolitik in den 1950er und 1960er Jahren, in: Clio online: Themenportal Europäische Geschichte: <http://www.europa.clio-online.de/2010/Article=455>.

³ Vgl. Kern, Region Unterelbe, S. 4 f.

⁴ Vgl. Sylvia Necker / Meik Woyke, Vom Achsenkonzept zur Metropolregion. Stadt- und Regionalplanung für den Großraum Hamburg seit dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 95 (2009), S. 143 – 166, hier S. 144 – 146.

⁵ Kern, Region Unterelbe, S. 19. Vgl. ausführlich ders., Modell. Vgl. zum Hintergrund Hamburger Zukunftssängste z. B. die düsteren Prophezeiungen der Schweizer Prognos AG für die Entwicklung Hamburgs und Bremens bis 1980 in: »Prognos-Prognose«. Trist im Revier, in: Der Spiegel, Nr. 27 (27.6.1966), S. 26.

⁶ Vgl. Wolfgang Michalski, Hamburg. Erfolge und Erfahrungen in der globalisierten Welt, Hamburg 2010, S. 409 – 412; Necker / Woyke, Achsenkonzept, S. 161 f. Vgl. aus der Literatur Dirk van Laak, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 305 – 326, hier S. 316 – 321; Michael Ruck, Von der Utopie zur Planung. Sozialdemokratische Zukunftsvisionen und Gestaltungsentwürfe vom 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre, in: ders. / Michael Dauderstädt, Zur Geschichte der Zukunft.

8 Vgl. Peter Bartsch, Die Entstehung und der Auftrag des Gesamthafenbetriebs (GHB) und der Gesamthafenbetriebs-Gesellschaft m.b.H. (GHBG) und ihre Entwicklung seit 1945, in: Erich Rumpel (Hg.), Menschen im Hafen 1945 – 1998, Hamburg 1998, S. 46 – 63.

9 Vgl. zuletzt den Überblick bei Driesen, Welt im Fluss, S. 128 ff.

10 Vgl. Kai Kähler, Zwischen Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsbetrieb. Hamburgs öffentlicher Hafenbetrieb im Wandel, 1910 – 1970: Von staatlicher Kaiverwaltung in den freien Wettbewerb, Bremen 2010; Matthias Rademacher, Die Entwicklung des Hamburger Hafens und Hafenrechts von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart, Hamburg 1999; Driesen, Welt im Fluss, S. 81 – 84.

11 Alle Kraft für den Hafen, in: Hamburger Abendblatt (HA) 5.6.1963.

12 Vgl. Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik, hg. vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1965, S. 13 f.; Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 265 – 267. Akten der Hafenkommission in: Staatsarchiv Hamburg (StaHH) 371-16 II, 1397-1400: Finanzierung von Investitionen im Hamburger Hafen, Bd. 1 – 4. Vgl. aus zeitgenössischer wissenschaftlicher Perspektive Dieter Haseke, Die Strukturwandlungen im Gütertransport über See in ihren Wirkungen auf die Investitionspolitik der Seehäfen, Diss. München 1971.

13 Vgl. Alexander Klose, Das Container-Prinzip. Wie eine Box unser Denken verändert, Hamburg 2009; Reimer Eilers, Das neue Tor zur Welt. Vierzig Jahre Container im Hamburger Hafen, Hamburg 2009; Zitat: Folker Fröbe, »Container-Fieber« ausgebrochen, in: HA 8. – 9.1.1966.

Investitions- und Konsumgütern. Zwar lagen die Zuwachsraten beim Umschlag im europäischen Vergleich unter dem Durchschnitt, aber 1956 wurde der Höchststand aus der Vorkriegszeit überschritten. In den 1960er Jahren setzte sich diese positive Entwicklung fort. Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in den Weltmarkt trug dazu bei, dass Hamburgs Platz in der ersten Reihe der europäischen Überseehäfen nicht in Gefahr geriet.

Der Wiederaufbau nach dem Ende alliierter Beschränkungen Ende der 1940er Jahre hatte für ein Jahrzehnt im Zeichen des Hafens der Vorkriegszeit gestanden – allerdings mit einer organisatorischen Neuerung, nämlich der 1951 geschaffenen Gesamthafenbetriebsgesellschaft für die tageweise beschäftigten Hafentarbeiter.⁸ Die 1960er Jahre stellten eine Umbruchphase dar, die im Rückzug des »Hafensensors« (1953 – 1957) und langjährigen Vorstands der Hamburger Freihafen- und Lagerhaus-Gesellschaft (HHLA) (1946 – 1953/ 1957 – 1967) Ernst Plate und dem Aufstieg Helmuth Kerns zum Wirtschaftssenator (1966 – 1976) bzw. HHLA-Vorstand (1976 – 1991) auch personell ihren Ausdruck fand. Im Lauf der 1970er und 1980er Jahre entwickelte sich der Hafen von einem Handelsplatz, dessen Aktivitäten sich rund um die Kais, Schuppen und Lagerhäuser am Wasser konzentrierten, zunehmend zu einer Transitstation, bei der im Rahmen weltweiter Logistikketten Rohstoffe und Fertigwaren immer kürzer im Hafen verblieben.⁹ Selbst in seiner räumlichen Struktur sieht der Hafen heute anders aus. Es gibt weniger Hafenbecken, die schmalen Piers mit ihren Lagerschuppen sind breiteren Kaiflächen für den Containerumschlag gewichen und durch die Freigabe des stadtnahen Geländes der heutigen HafenCity und den Bau des Container-Terminals Altenwerder stromabwärts hat sich auch der geographische Schwerpunkt verlagert.

1. Die Reform der Hafenorganisation

Eine Schlüsselrolle für die Weiterentwicklung der Hafenwirtschaft im engeren Sinn kam der Hafenorganisation zu. Die beherrschende Stellung der Stadt, die sich u. a. aus den Vorgaben der Tarife und der Kontrolle über Grund und Boden ergab – Grundstücke wurden im Hafen auf maximal 30 Jahre verpachtet und konnten nicht gekauft werden –, stand dabei zu keinem Zeitpunkt in Frage. Im April 1935 hatte man die städtische Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft und die staatliche Kaiverwaltung zu einem Unternehmen verschmolzen, das ab 1939 als HHLA firmierte. Die HHLA nahm einerseits weiterhin behördliche Aufgaben wahr, verwaltete die Grundstücke, wies Schiffs Liegeplätze zu und war für die Hafenwerbung zuständig. Andererseits war sie aber als Betreiber von Kaianlagen, Lagerschuppen usw. auch selbst in Konkurrenz zu anderen Unternehmen wirtschaftlich aktiv.¹⁰

In den 1950er und frühen 1960er Jahren traten die Probleme dieses Arrangements, das durch die Einbeziehung weiterer offizieller Stellen noch verkompliziert wurde, deutlich zutage. »Zu viele Ämter, Beiräte, Ausschüsse und Abteilungen sind am Hamburger Hafen beteiligt«, kritisierte das *Hamburger Abendblatt* 1963.¹¹ Mangel an Kaistrecken, veraltete Anlagen und Abfertigungsmethoden beschränkten den Umschlag. Die Weiterentwicklung des klassischen Handelshafens, der Aufschwung von Massengütern wie Kohle, Öl und Eisenerz sowie die im Hafenerweiterungsgesetz von 1961 vorgesehene Erschließung neuer Flächen in Altenwerder und Moorburg erforderten umfangreiche Investitionen. Die Herausforderungen, die sich für die Stadt aus diesen Entwicklungen ergaben, hatten bereits Kerns Amtsvorgänger Edgar Engelhard (FDP) beschäftigt. In den 1965 verabschiedeten »Leitlinien der Hamburger Wirtschaftspolitik« war mit Blick auf den Hafen bereits von erhöhter Konkurrenzfähigkeit, einem günstigen »Verhältnis von Aufwand und Ertrag« und freier Entfaltung unternehmerischer Initiative die Rede. Im Juli 1965 hatte der Senat die Einsetzung einer Kommission für Hafenfragen beschlossen und parallel fanden bereits Gespräche über die zukünftige Entwicklung der HHLA statt.¹²

Einen wesentlichen Katalysator für Reformen stellte das »Container-Fieber« der zweiten Hälfte der 1960er Jahre dar.¹³ Während man sich in Bremen frühzeitig auf den Wandel im Gütertransport eingestellt hatte und

14 Vgl. Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 268–271.

15 Vgl. für die Forderungen nach Spezialisierung z. B.: Heinz Michaels, Nur Platz für einen Hafen. Im Containerverkehr wird Hamburg unterliegen, in: Die Zeit 51 (22.12.1967). Vgl. dagegen die Hamburger Position in: Harm Westendorf, Kooperation der deutschen Seehäfen im Containerverkehr?, in: Deutsche Verkehrszeitung 16.11.1967; Helmut Kern, Konzentration oder Kooperation im Containerumschlag an der deutschen Küste? in: Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 112, 12.1.1968.

16 Vgl. Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 276f.; Driesen, Welt im Fluss, S. 140.

17 Vgl. Günther Schumann, Wer schläft denn da im Hafen? in: BILD-Zeitung 11.11.1966, S. 7. Reaktion Kerns in: StaHH 371-16 II, 1323; Bericht über die Lage und Entwicklungsaussichten des Hamburger Hafens – Hafenreport, Bd. 1: 1.9.1966 – 16.12.1966, Brief Kerns an Bürgermeister Weichmann und alle Senatoren, 11.11.1966.

18 Vgl. Bericht über die Lage und Entwicklungsaussichten des Hamburger Hafens, hg. von der Behörde für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1967, S. 19–21; Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 287–290.

19 Bericht über die Lage, S. 21–23 (Zitat S. 22). Vgl. zu den unterschiedlichen Reaktionen der Interessengruppen aus der Hafenwirtschaft, auf die hier nicht eingegangen werden kann, Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 281–287.

schon Anfang Mai 1966 das erste Vollcontainerschiff abfertigte, waren Anfragen amerikanischer Reedereien in Hamburg noch im Herbst 1965 von der Hafenverwaltung und der HHLA ablehnend beantwortet worden.¹⁴ Die 1961 von dem Unternehmer Kurt Eckelmann gegründete Euro-Kai KGaA war dagegen am Bau einer Containeranlage interessiert und erlangte die Zusage für ein Gelände auf Waltershof. Anfang 1966 begannen die Bauarbeiten für Hamburgs ersten »Behälterbahnhof«. Die HHLA und mehrere Reedereien zogen nach und innerhalb von zwei Jahren standen die ersten Containerkräne und Stapelflächen bereit. Nachdem die Entscheidung für die Container gefallen war, traten Senat und Hafenwirtschaft Überlegungen in Teilen der Presse und im Bremer Senat energisch entgegen, dass sich auf dem europäischen Kontinent neben Rotterdam nur ein weiterer Containerhafen werde behaupten können und dass es deshalb sinnvoller sei, einen neuen Hafen an der Küste bei Bremerhaven zu bauen.¹⁵

Der Beginn des Containerverkehrs bedeutete aber nicht nur einen Wendepunkt in der technischen Abwicklung des Umschlags im Hafen, sondern schuf auch Fakten in der Diskussion über die Hafenorganisation: Die Euro-Kai hatte nämlich für ihr Engagement die Zulassung zum uneingeschränkten Kaibetrieb, d. h. ohne Bindung an bestimmte Reedereien bzw. Verkehre, gefordert. Dabei konnte man auf einen parallel entschiedenen Fall verweisen, bei dem die HHLA mit der Spedition Kühne & Nagel erstmals einem Privatunternehmen uneingeschränkte Umschlagsrechte an einer Kaistrecke gewährt hatte. Faktisch hatte damit bereits Anfang 1966 der offene Wettbewerb Einzug in den Hafen gehalten.¹⁶

Der politische Meinungsbildungsprozess hinkte dieser Entwicklung hinterher. Erst im Herbst 1966 deutete Senator Kern sein Interesse an Strukturreformen an,

die für mehr Konkurrenz und Beteiligung privaten Kapitals sorgen sollten. Im November 1966 skizzierte er nach einer Polemik der BILD-Zeitung sein Konzept zunächst intern in einer ausführlichen Stellungnahme für Bürgermeister Weichmann und seine Senatskollegen. Im Fokus standen dabei die Stellung der HHLA und die Wirtschaftsbehörde selbst, denn es ging Kern nicht um einen Rückzug des Staates aus dem Hafen.¹⁷

Gebündelt wurde die Diskussion durch den im April 1967 in der Bürgerschaft vorgelegten »Hafenreport«. Darin wurde ein Investitionsbedarf von rund 510 Mio. DM für das alte Hafengelände und 350 Mio. DM für das Hafenerweiterungsgebiet errechnet¹⁸ – Summen, die aus dem städtischen Haushalt keinesfalls zu bewältigen waren, zumal der neue SPD-Senat auch in den Wohnungsbau und das Bildungswesen investieren wollte. Die Alternative sah man in einer »Aktivierung privatwirtschaftlicher Initiative«. Dies setzte aber eine Neuregelung der Funktionen der HHLA sowie größere Freiheiten bei der vertikalen und horizontalen Integration von bisher zunftähnlich organisierten Hafendiensten in größeren Unternehmen voraus. Die HHLA sollte privaten Kaibetrieben nicht mehr übergeordnet sein, sondern gegenüber der Wirtschafts- und Finanzbehörde gleichberechtigt um Grundstücke und Investitionen konkurrieren. Alle Anbieter sollten ihren Umschlag bei den Reedereien frei akquirieren können. Langfristig wurden sogar eine Aufgabe des staatlich vorgegebenen Kaitarifs und damit die Möglichkeit des Preiswettbewerbs in Aussicht gestellt.¹⁹

Innerhalb der Wirtschaftsbehörde war beim Amt für Verkehr eine neue Dienststelle »Hafendirektion« vorgesehen, die hoheitliche und hafenpolitische Zuständigkeiten zusammenfassen sollte. Die Konzentration von Planung und Disposition der Grundstücke in einer Hand erfolgte nicht nur mit Blick auf die klassische Hafenwirtschaft, sondern sollte auch Industrieansiedlungen erleichtern. Ende Mai 1967 nahm die Hafendirektion unter dem Leitenden Regierungsdirektor Harm Westendorf, der in der Wirtschaftsbehörde den Entscheidungsprozess mit zentralen Stellungnahmen begleitet hatte, ihre Arbeit auf.

Die Reform der Hafenordnung bedurfte dagegen noch intensiver Abstimmung zwischen allen Beteiligten und trat erst im Juli 1970 in Kraft. Die HHLA hatte sich nach anfänglichen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit Konkurrenten auf ihre neue Rolle eingestellt und wurde nun wie geplant zu einem (städtischen) Logistikunternehmen umgestaltet. Ihr

Eigenkapital wurde nach schwierigen Verhandlungen mit der Wirtschafts- und Finanzbehörde schrittweise auf fast 100 Mio. DM erhöht, damit sie sich wie die anderen Unternehmen auch bei der Finanzierung der Suprastruktur im Hafen engagieren konnte. Für weiterhin zu erbringende gemeinwirtschaftliche und soziale Leistungen erhielt sie Zuschüsse. Hilfreich waren die Erfolge in der Anwerbung von Containerverkehren, mit denen man den anfänglichen Vorsprung Bremens allmählich einholte. Ende Mai 1968 hatte mit der US-amerikanischen »American Lancer« auch in Hamburg der Liniendienst mit Vollcontainerschiffen begonnen.²⁰ Zehn Jahre später betrug der Anteil der Container am Stückgutumschlag bereits 30,7 Prozent. »In den Naturschutzpark früherer Jahre ist jetzt endlich der Wettbewerb eingezogen«²¹, formulierte das *Hamburger Abendblatt* 1970. Das Ziel der Wirtschaftsbehörde, sich in Zukunft auf die Finanzierung der reinen Infrastruktur zu beschränken und die Suprastruktur der Privatwirtschaft überlassen zu können, ohne dabei den Einfluss der Stadt im Hafen aufzugeben, wurde erreicht, auch wenn die finanziellen Lasten für den öffentlichen Haushalt insgesamt wegen des wirtschaftlichen Wachstums im Hafen nicht sanken.

Die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre unter den Schlagworten der Liberalisierung und Flexibilisierung betriebene Organisationsreform im Hafen stellte nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen Erfolg dar, sondern kann auch als gelungenes Beispiel politisch gesteuerten Strukturwandels gelten. Der Senat agierte nach eigenem Verständnis im Hafen auf einem zentralen Feld Hamburger Wirtschaft, dessen nationale Bedeutung man seit den frühen 1950er Jahren immer wieder hervorgehoben und 1952 sogar in der Präambel der Verfassung festgeschrieben hatte. Zugleich wehrte er sich aber gegen Einflussnahmen

von außen – sei es eine gemeinsame Hafenplanung mit Bremen, verkehrspolitische Maßnahmen des Bundes oder gar EWG-Vorgaben aus Brüssel. Ein Spannungsverhältnis zu Kerns Konzept regionaler Zusammenarbeit war dabei nicht zu übersehen.

2. Wandel der räumlichen Struktur des Hafens

Der Siegeszug der Container leitete neben dem organisatorischen Wandel auch wichtige Veränderungen in der räumlichen Struktur des Hafens ein: Die Anzahl der Hafenbecken wurde verringert, dafür stiegen die Flächen für Lagerung und Umschlag an. Schon Ende der 1950er Jahre waren Wirtschaftsbehörde und HHLA aber auch zu der Erkenntnis gelangt, dass der Hafen insgesamt wachsen musste, um den Anforderungen durch zusätzliche Verkehre und größere Schiffe gerecht zu werden. Außerdem sollte der Hafen verstärkt als Industriestandort genutzt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür schuf das Hafenerweiterungsgesetz vom Herbst 1961. Stadtnah wurden dadurch Flächen im Umfang von 2500 Hektar entlang der Alten Süderelbe in Altenwerder und Finkenwerder als zukünftiges Hafengebiet ausgewiesen. Ende 1973 begann die Umsiedlung der verbliebenen rund 2000 Einwohner Altenwerders.

Der Hafenerweiterungsplan von 1976 bestätigte die Erschließung der Gebiete, aber da ein akuter Flächenbedarf noch nicht bestand – und angesichts der rückläufigen Umschlagszahlen in den 1980er Jahren für längere Zeit nicht zu begründen war –, wurde ein konkretes Nutzungskonzept für die inzwischen geräumten Freiflächen erst in den 1990er Jahren vorgelegt. Von 1999 bis 2002 entstand mit dem weitgehend automatisch betriebenen Containerterminal Altenwerder (CTA) der HHLA und der Hapag-Lloyd AG auf über einem Quadratkilometer Fläche eine der modernsten Umschlagsanlagen der Welt.²² Wirtschaftlich hatte sich die mit dem Hafenerweiterungsgesetz und später auch von Senator Kern propagierte Politik der langfristigen Flächenvorhaltung im Hafen also ausgezahlt, wenn auch mit großer Verzögerung. Ähnlich wie bei der Reform der Hafenorganisation stand bei den etablierten Parteien und den meisten Interessengruppen von der Handelskammer bis zu den Gewerkschaften der räumliche Ausbau des Hafens nicht in Frage und die Senate hatten auf der Grundlage

20 Vgl. Kähler, Wirtschaftsförderung, S. 294 – 307; Driesen, Welt im Fluss, S. 140 f.; Helmuth Kern, Reform der Hafenordnung, in: Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 204, 9.1.1970.

21 Hans Henning Kroll, Neue Ordnung im Hafen, in: HA 10. – 11.1.1970.

22 Vgl. Hafenerweiterung Altenwerder. Zukunft für Hafen und Stadt, hg. von der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1992; Hafen der Zukunft: Terminal Altenwerder, hg. von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 2002. Vgl. zu Widerständen gegen das Projekt z. B. Heike Haarhoff, Hafenkrieg um Altenwerder, in: taz 27.6.1997.

23 Vgl. ausführlich, wenn auch parteiisch, die Chronik des Projektverantwortlichen in der Wirtschaftsbehörde Hans Laucht, Hafengeburtstag Scharhörn. Eine Planung im Spiegel der Zeit (1948 bis 1980), Aumühle 1982.

24 Vgl. Hafen im Watt, in: HA 3.11.1960. Vgl. auch anlässlich des Hafengeburtstags 1964 Ortwin Fink, Der neue Hafen liegt im Meer, in: Die Zeit 19 (8.5.1964), Sonderbeilage Hamburg, S. II.

25 Vgl. Das Loch, in: Der Spiegel, Nr. 22 (24.5.1961), S. 52 – 54.

26 Vgl. Vorhafen bei Neuwerk wird heute noch nicht gebraucht, in: HA 14.7.1967. Vgl. auch die kritischen internen Bemerkungen in: StaHH 371-16 II, 1389: Hamburg Vorhafenplanung an der Elbmündung [Bd. 2]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr / Amt für Wirtschaftspolitik 20 / Schäfer, 27.2.1967, Vermerk: Stichworte zu einem Vermerk von SV vom 2. Januar 1967 über die wirtschaftliche Verwertung von Neuwerk und Scharhörn.

27 Vgl. z.B. StaHH 371-16 II, 1389: Hamburg Vorhafenplanung an der Elbmündung [Bd. 2]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr / Amt für Wirtschaftspolitik 20.2 / Petersen, 4.8.1967: Wirtschaftliche Nutzung von Scharhörn und Neuwerk, Besprechung am 6.7.1967.

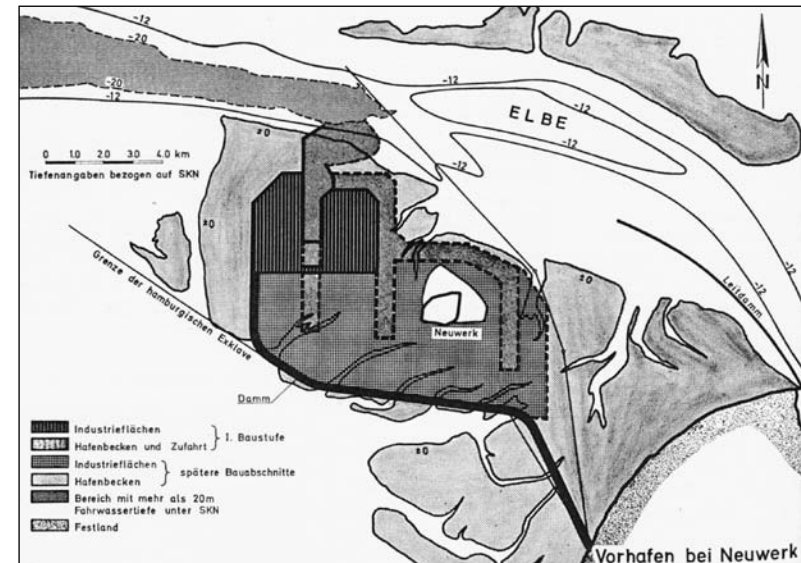
28 Vgl. Lutz, Tiefwasserhäfen, in: Hansa 106 (1969), S. 1304 f.; Laucht, Großprojekt Helgoland, ebd., S. 1305 f.; Tiefwasserhafen-Diskussion, ebd., S. 1159.

29 Vgl. StaHH 371-16 II, 1391: Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung [Bd. 4]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr / Amt für Wirtschaftspolitik 31 / Müller, Entwurf S[enator]-Brief an den Bundesminister für Verkehr mit

eines breiten innerstädtischen Konsenses weitgehende Handlungsfreiheit.

Räumlich und politisch über die Grenzen der Hansestadt hinaus reichte dagegen das zweite, spektakulärere Standbein der Hafenerweiterung: der Tiefwasserhafen bei der Insel Neuwerk in der Elbmündung, der trotz 20 Jahren intensiver Planung letztlich ein Teil des »ungebauten Hamburgs« blieb.²³ Das Projekt war zunächst vom Senat geheim betrieben worden und geriet im November 1960 durch eine Indiskretion von Bürgermeister Max Brauer (SPD) in die Öffentlichkeit. Die Aussicht, durch einen Vorhafen im Wattenmeer ähnlich wie Rotterdam mit dem Europoort für zukünftige Großschiffe gerüstet zu sein und »kein zweites Brügge« zu werden, stieß auf ein positives Echo.²⁴ Wenige Wochen später schloss Brauers Nachfolger Paul Nevermann (SPD) mit Niedersachsen einen Staatsvertrag, in dem Hamburg Rechte in Cuxhaven aufgab und dafür rund 9000 Hektar Land um die beiden Nordseeinseln erhielt. Neben der Löschung von Großtankern mit bis zu 130 000 Tonnen Ladung erwartete man große Erzfrachter, »Schiffe mit Kernenergieantrieb« und »Handelsunterseeboote« als zukünftige Nutzer. Außerdem war auch an weiterverarbeitende Industrie gedacht.²⁵

Zunächst schien es, als würde mit dem Projekt tatsächlich bald begonnen, aber dann zogen sich Auseinandersetzungen mit Niedersachsen über bergbauliche Konzessionsrechte in dem Seegebiet bis Mitte 1967 hin. Kern ging nun von einem Baubeginn in fünf bis zehn Jahren aus. Aus der Sicht potentieller Nutzer bestand kein akuter Bedarf für den Vorhafen: Für Rohöl stand mit Wilhelmshaven bald ein alternativer Tiefwasserhafen zur Verfügung und die erzverarbeitende Industrie deckte ihre Einfuhr vornehmlich über Rotterdam.²⁶ Für Stückgut bzw. die Container kam ein Hafen im Meer aufgrund der geringeren Schiffsgrößen



Dimensionen des bei Neuwerk und Scharhörn geplanten Vorhafens.
Quelle: Hamburger Hafen-Nachrichten, 5.6.1970, S. 4

und der fehlenden Hinterlandanbindung ohnehin kaum in Frage, wie auch den Fachleuten in der Wirtschaftsbehörde frühzeitig klar war.²⁷ Dennoch trieb Hamburg in den folgenden Jahren die Erforschung des Geländes voran, erstellte Fachgutachten und verteidigte Neuwerk gegen alternative Utopien wie den Vorschlag, einen Tiefwasserhafen bei Helgoland zu bauen.²⁸ Als Niedersachsen Wilhelmshaven als »nationalen« Tiefwasserhafen propagierte, erreichte Kern die Einsetzung einer Tiefwasserhafen-Kommission auf Bundesebene, die alle Konzepte prüfen sollte.²⁹

Im Mai 1969 legte der Senator in der Bürgerschaft einen Zwischenbericht vor, in dem er die technische Machbarkeit Neuwerks hervorhob, aber einräumen musste, dass das Projekt immer noch nicht auf Wirtschaftlichkeit durchgerechnet worden war und außerdem keine Abstimmung mit dem Bund und den anderen norddeutschen Küstenländern stattgefunden hatte.³⁰ Ende des Jahres legte Kern einen Planungsentwurf vor, der von einem Hafen für Schiffe bis zu 350 000 t, einer Bauzeit von vier Jahren und Kosten von rund 400 Mio. DM – statt der öffentlich kursierenden Summe

Vorschlag einer Tiefwasserhafenen-Kommission, 2.5.1969: »-S- soll in dem Brief nicht als Sachwalter Hamburgs auftreten sondern gesamtwirtschaftlich argumentieren, keine Selbstanpreisung Neuwerks«.

30 Vgl. Verhandlungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 6. Wahlperiode, 83. Sitzung, 14.5.1969, S. 3819 – 3823.

31 Bauzeit nur vier Jahre, in: HA 30.12.1969.

32 Vgl. Profit im Watt, in: Der Spiegel, Nr. 26 (22.6.1970), S. 38, 41; Vorhafen Neuwerk könnte Zentrum einer Hüttenindustrie werden, in: Die Welt, 11.2.1971. Vgl. auch Hans Laucht, Neuwerk/Scharhörn. Industriefahen am tiefen Wasser. Stand der Vorarbeiten Herbst 1970, Hamburg 1970.

33 Vgl. Hafn Hamburg. Konzepte für morgen. Entwicklungsplan, hg. von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1976, S. 55 f.

34 Vgl. z. B. zum Problem des Hüttenvertrags: StaHH 371-16 II, 1395: Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung [Bd. 8]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr/Amt für Wirtschaftspolitik 10.3, 17.1.1973, handschriftlicher Vermerk.

35 Vgl. Hansestädte: »Wettbewerb unter Freunden«, in: HA 20.4.1972. Eine ähnliche Arbeitsgruppe hatten die Stadtstaaten Ende 1967 vereinbart. Seit 1958 bestand außerdem der »Arbeitskreis Seehafeninteressen« aller Küstenländer.

von 2 Mrd. DM – ausging. Das *Hamburger Abendblatt* kommentierte zwar einerseits zustimmend, Hamburg habe endlich »gezeigt, daß es die Zukunft nicht verpassen will«, räumte aber andererseits ein, weder gebe es »einen ernsthaften Interessenten noch ist die Finanzierung für den Vorhafen im mindesten gesichert«.³¹ Im Zuge seiner Industriepolitik hoffte Kern auch in Neuwerk auf die Ansiedlung von Hüttenwerken, Werften und petrochemischer Industrie.³² Durch das Votum der Tiefwasserhafenen-Kommission des Bundes, die im März 1972 ihren Bericht vorlegte und dabei Vorzüge Neuwerks für einen Industriefahen hervorhob, konnte sich Kern bestätigt fühlen, aber da zugleich die Position Wilhelmshavens nicht in Frage gestellt wurde, nutzte man dasselbe Argument wie im Container-Streit mit Bremen: Zwei Häfen seien besser als einer.

Im Hafenenentwicklungsplan von 1976 war Neuwerk noch enthalten,³³ aber nach dem Ausscheiden Kerns aus dem Senat schwand der politische Rückhalt für das Projekt. Im September 1979 sprach sich die SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft gegen die Fortführung aus, und der Senat folgte wenig später. Im Dezember 1980 legte der neue Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD) erste Pläne für den Ausbau des Fremdenverkehrs und die Einrichtung eines Naturschutzgebiets im Watt vor.

Im Prinzip standen die stadtnahe Hafenerweiterung in Altenwerder und die Planung für den Vorhafen im Watt in den 1960er und 1970er Jahren vor der gleichen Herausforderung, nämlich mit der Aufbereitung eines Geländes zu beginnen, obwohl sich die zukünftigen Bedürfnisse des Hafens nur vage prognostizieren ließen und konkrete investitionswillige Nutzer nicht abzusehen waren. Dies galt verstärkt nach der Wirtschaftskrise 1973/74. Dass der Senat sich mit Altenwerder aber durchsetzen konnte, während der »Industriefahen

Neuwerk« nie über Grobplanungen hinaus kam, hatte mehrere Ursachen. So fehlte es von Anfang an in Politik und Öffentlichkeit an Begeisterung für das Großprojekt, möglicherweise auch, weil Hemmungen bestanden, den für die Identität der Stadt so zentralen Hamburger Stadthafen langfristig von der Entwicklung der Seeschiffahrt abzuschneiden. Zudem waren die Kosten für Neuwerk selbst nach den optimistischen Berechnungen der Wirtschaftsbehörde so hoch, dass ein prophylaktischer Ausbau unrealistisch war. Ein wirtschaftlich vernünftiger Zeitpunkt für den Baubeginn ließ sich nicht ermitteln, weil sich die Grundfrage nach den Nutzern Neuwerks nicht lösen ließ: Prognosen über die zukünftigen Schiffsgrößen schwankten. Der »Zug zur Küste« der Industrie wurde in der Bundesrepublik durch wirtschaftspolitische Setzungen wie die 1959 eingeführte Kohlekottingentierung und dem Hüttenvertrag von 1969 gebremst. Mit ihm hatte sich die deutsche Stahlindustrie für die nächsten 20 Jahre verpflichtet, ihren Steinkohlebedarf nur aus inländischer Produktion zu decken, und damit war der Wettbewerbsvorteil einer hafennahen Verarbeitung billiger Importkohle dahin. Zudem hätten Zweigwerke der Ruhrkonzerne Hamburg kaum zusätzliche Steuereinnahmen verschafft. Intern waren solche Fragen in der Wirtschaftsbehörde frühzeitig und mit pessimistischem Unterton diskutiert worden.³⁴

Dass selbst Kern vor dem Hintergrund der finanziellen Grenzen des Engagements der Stadt, die ja bei der Reform der Hafenenordnung eine wichtige Rolle gespielt hatten, einräumen musste, dass das Projekt ohne Beteiligung des Bundes, der Nachbarländer und privater Investoren nicht zu bewältigen war, lenkt den Blick auf die politischen Widerstände in der Region. Sie waren teilweise durch konkrete Eigeninteressen begründet, besonders bei Niedersachsen, dessen Landesregierungen sich bis in die späten 1970er Jahre gegen jede Beschränkung Wilhelmshavens wehrten, teilweise Ausdruck eines allgemeinen Misstrauens gegen die als expansiv empfundenen Hamburger Pläne. Der »Wettbewerb unter Freunden«, den Hamburg und Bremen im Frühjahr 1972 ausriefen und den Kern und sein Bremer Kollege Oswald Brinkmann mit der Einrichtung einer weiteren Koordinierungskommission feierten, blieb in Wirklichkeit ein scharfer Konkurrenzkampf.³⁵

Unter Druck gerieten die Hamburger Planungen für die Hafenerweiterung mit ihren langen Vorläufen schließlich auch durch die »ökologische

36 Vgl. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 124 – 164; Kai F. Hünenörder, *1972 – Epochen-schwelle der Umweltgeschichte?*, in: Franz-Josef Brüggemeier / Jens Ivo Engels (Hg.), *Konflikte, Konzepte, Kompetenzen. Beiträge zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes seit 1945*, Frankfurt am Main 2005, S. 124 – 144; Patrick Kupper, *Die »1970er Diagnose«. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 325 – 348.

37 Argumente und Aktivitäten in: *Dokumentation gegen das Hamburger Neuwerkprojekt*, hg. von der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Cuxhaven / Land Hadeln e.V., Cuxhaven o.J. (1971); Christian Ritter, *Kein »Schlicktown« – oder Aufstand gegen Hamburg*, in: *Welt am Sonntag*, 18.4.1971; StaHH 371-16 II, 1393; *Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung* [Bd. 6]: Bundesministerium des Innern / Streit an Staatskanzlei, 18.3.1971: *Planung eines Tiefwasserhafens bei der Insel Neuwerk*. Zahlreiche weitere Dokumente in: StaHH 371-16 II, 1394; *Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung* [Bd. 7].

38 Vgl. StaHH 371-16 II, 1395; *Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung* [Bd. 8]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr / Amt für Strom- und Hafenaufbau, August 1971: *Die wichtigsten Planungsgedanken zum Tiefwasserhafen Neuwerk / Scharhörn und zu seinen Wirkungen auf die Umwelt in Stichworten; Stellungnahme zur Eingabe der Naturschutzgesellschaft Cuxhaven e. V. an die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft in Bonn; Ulrich Schmidt, Neuer Hafen für Hamburg*.

Revolution«, die ab 1970 in allen westlichen Industrieländern auf das öffentliche Bewusstsein und die Politik einwirkte.³⁶ In den 1960er Jahren hatte sich in Altenwerder der Widerstand noch auf die unmittelbar Betroffenen beschränkt und war ökonomisch motiviert gewesen. Auch in Neuwerk argumentierte die »Gesellschaft für Natur und Umweltschutz Cuxhaven« mit der Schädigung des Tourismus durch den geplanten »Industriekoloss« vor der Küste. Durch eine Eingabe an den für Umweltfragen zuständigen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) erreichte man im Mai 1971 sogar die Entsendung einer Prüfungskommission nach Hamburg.³⁷ Bis Mitte 1974 sammelten die Cuxhavener 30 000 Unterschriften gegen das »Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes«, während die Hamburger mit Blick auf den Freizeitwert der Region von einer Aufwertung ausgingen, weil der Verbindungsdamm zum Festland auf der Südseite eine Dünenlandschaft bieten sollte.³⁸

Früh wurden die Gegner aber auch von Naturwissenschaftlern mit ökologischen Argumenten unterstützt. So prangerte der Botaniker Otto Rohweder aus Zürich im April 1974 die Zerstörung von 100 km² Watt an und erklärte, »daß Vorteile dieser Industrialisierung nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kämen und daß überhaupt Wirtschaftswachstum nicht gleichzusetzen sei mit wachsender Zufriedenheit.«³⁹ Hamburger Wissenschaftler wie der Hydrobiologe Nicolaus Peters und der Zoologe Reinmar Grimm unterstützten ihn. Mit ihrer Kritik regionaler Wirtschaftskonkurrenz und der Forderung nach einem »ökologischem Gesamtlastplan« für die Unterelbe gelangten sie quasi aus der entgegengesetzten Richtung zu ähnlichen Vorstellungen wie Helmuth Kern über länderübergreifende Kooperation.⁴⁰ Im Mai 1975 setzte die Stadt selbst einen Ausschuss zur Untersuchung gesamtökologischer

Fragen des Watthafenprojekts ein, der zu einem für die Wirtschaftsbehörde positiven Ergebnis kam.⁴¹

In den späten 1970er Jahren wurde auch Altenwerder zu einem Ansatzpunkt der grün-alternativen Umweltbewegung in der Hansestadt und zu einem Thema in den Bürgerschaftswahlkämpfen ab 1982. Die Grün-Alternative Liste (GAL) hielt der offiziellen Hafenspolitik ihre Kritik der Ideologie des Wirtschaftswachstums entgegen und erklärte, den Angaben über den Flächenbedarf im Hafen sei kein Glauben zu schenken. Man bezweifle »grundsätzlich, daß die Behauptungen des Senats stimmen, nur durch die Zerstörung von Altenwerder, Moorburg und Francop könnte die Leistungsfähigkeit des Hafens gewährleistet werden.«⁴² Letztlich kam die Umweltbewegung aber gegen die wirtschaftliche Zentralstellung des Hafens in Politik und öffentlichem Bewusstsein in der Stadt nicht an. Trotz der langen Interimsperiode des geräumten, aber noch keiner Nutzung zugeführten Geländes gelang es nicht, die Hafenerweiterung in Altenwerder zu verhindern, und für das Scheitern des Tiefwasserhafens spielte die ökologische Kritik nur eine Nebenrolle. Der Protest gegen beide Projekte stand zusammen mit der öffentlichen Anprangerung der Verschmutzung der Elbe durch Hafen und Industrie sowie dem teilweise militanten Widerstand gegen die Atomkraftwerke an der Unterelbe dennoch für einen politischen Wandel, der 1970, als Helmuth Kern sein Zukunftskonzept für die Region entwickelte, noch nicht abzusehen war.⁴³

Aufgabe für Generationen, in: *Die Zeit* 30 (19.7.1974) (Zitat ebd.).

39 Horst Schuller, »Industrie bei Neuwerk – das wäre ein Verhängnis«, in: HA 6.4.1974.

40 Vgl. Reinmar Grimm / Nicolaus Peters / Otto Rohweder, *Vorstudie zu einem ökologischen Gesamtlastplan für die Niederelbregion*, Hamburg 1977.

41 Vgl. Heinz-Julius Rieper, *Wissenschaftlicher Ausschuß legt gesamtökologischen Bericht zum Projekt Scharhörn vor*, in: *Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg*, Nr. 495, 9.12.1976. Vgl. aus der Behörde selbst bereits StaHH 371-16 II, 1395; *Hamburgs Vorhafenplanung an der Elbmündung* [Bd. 8]: Gutachten Hans Laucht, Berücksichtigung von Fragen der Umwelteinflussung bei der Planung des Tiefwasserhafens Neuwerk / Scharhörn, Hamburg, Februar 1973.

42 Mitgliederrundbrief der Alternativen Liste Hamburg Nr. 1 (20.1.1982), S. 4. Vgl. auch *Hamburg: Angst vor Alternativen*, in: *Der Spiegel*, Nr. 22 (31.5.1982), S. 17 – 22; »Hände weg von Moorburg«, ebd., Nr. 50 (13.12.1982), S. 42 – 48; Jörg Wischermann, *Anpassung und Gegenwehr. Die Parlamentsbeteiligung der Grün-Alternativen Liste Hamburg und ihre Folgen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre*, Frankfurt am Main 1992.

43 Vgl. »Wehren, verstecken, weglophen«. *Bürger-Opposition gegen Bau von Atomkraftwerken und Industrialisierung der Unterelbe*, in: *Der Spiegel*, Nr. 15 (5.4.1976), S. 89 – 92; *Die Katastrophe wird zum Alltag. Gegen die Industrialisierung der Unterelbe*, hg. von der Libertären Assoziation / Gruppe Schöne Holstenstraße, Hamburg ³1981.

44 Vgl. Hamburg als Industriepplatz, hg. von der Handelskammer Hamburg und der Behörde für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1952.

45 Vgl. das Teilgutachten des Weltwirtschaftlichen Archivs: Wolfgang K. A. Disch, Die industriewirtschaftliche Bedeutung des Hafens und Handelsplatzes Hamburg in Erzeugung und Absatz, Hamburg 1961; Joachim Klaus Zeidler, Sie ziehen ans Wasser. Industrie, Handel, Hafen und Hinterland – Ein »neues Hamburg-Bild«, in: Die Zeit 19 (8.5.1964), Sonderbeilage Hamburg, S. V f.; Paul Nevermann, Hamburgs Weg in die Zukunft. Rede zum Haushalt 1965 vor der Bürgerschaft, gehalten am 9. Dezember 1964, Hamburg 1965, S. 6–14; Hans-Gerhard Voigt, Die Dynamik der industriellen Standortbedingungen in den Welthäfen des kontinentaleuropäischen Kernraumes, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft 35 (1964), S. 48–60.

46 Leitlinien, S. 7. Vgl. auch Besprechung der Großen Anfrage von Blumenfeld und Gen. betr. Hafenerweiterungsgebiet, in: Verhandlungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 6. Wahlperiode, 19. Sitzung, 22.2.1967, S. 723–741.

47 Vgl. StaHH 371-16 II, 1718: Standortwahl der Industriebetriebe [Bd. 1]: Behörde für Wirtschaft und Verkehr / Amt für Wirtschaftspolitik 20.1 / Petersen, 7.12.1966.

48 Vgl. StaHH 371-16 II, 1290: Hafenerweiterungsgesetz [Bd. 1]: Briefwechsel zwischen dem Justitiariat des Amts für Strom- und Hafenbau und dem Amt für Wirtschaftspolitik über die Novellierung des Hafenerweiterungsgesetzes, 14.4.1970 und 5.5.1970.

3. Der Hafen als Ausgangspunkt einer Industrialisierung der Region

Die Reform der Hafenorganisation und die Erweiterung des Hafengebiets waren Teil eines etablierten Musters städtischen politischen Engagements für diesen zentralen Wirtschaftszweig. Dabei hatte es im Hafen oder in unmittelbarer Nachbarschaft neben den Gewerken und Umschlagsbetrieben an den Kais immer schon weitere Unternehmen gegeben, die aus unterschiedlichen Gründen die Nähe zum Wasser schätzten, darunter natürlich vor allem die Werftindustrie und die Petrochemie. Bereits in den 1950er Jahren war in Hamburg, übereinstimmend mit internationalen Entwicklungen, über eine Stärkung der Industriefunktion des Hafens nachgedacht worden.⁴⁴ Das 1961 ausgewiesene Hafenerweiterungsgebiet war ausdrücklich zum Teil für Industrieansiedlungen bestimmt gewesen. Wissenschaftliche Gutachten ebenso wie Stellungnahmen der Handelskammer unterstützten die wechselseitige Ergänzung von Hafen- und Industriepolitik, die der Senat wiederholt zu einem wichtigen Ziel erklärte. Dabei hoffte man neben der klassischen Hafenindustrie auch auf neue Branchen und verhandelte z. B. mit der Volkswagen AG über den Bau eines Zweigwerks auf dem Gelände der 1962 in Konkurs gegangenen Schlieker-Werft.⁴⁵ Die »Leitlinien« von 1965 hatten »unmittelbar wirksame Bemühungen um die Erweiterung und Ergänzung des Hamburger Industripotentials« in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre gestellt.⁴⁶

Auch im Bereich der Industriepolitik bedeuteten die späten 1960er und frühen 1970er Jahre in Hamburg damit eher eine Weiterentwicklung als einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit. Helmuth Kern forcierte allerdings in seiner Amtszeit die Bemühungen

um Industrieansiedlungen und die Einbettung der herkömmlichen (Handels-)hafenfunktion der Stadt in ein breiter angelegtes, Industrie-orientiertes Konzept, das auf bestehenden Stärken aufbauen sollte. Auf welche Dimensionen man dabei hoffte, zeigen z. B. konzeptionelle Überlegungen im Amt für Wirtschaftspolitik über die Auswirkungen der Ansiedlung eines industriellen Großbetriebs mit 10 000 Beschäftigten.⁴⁷ Später zog man intern sogar in Erwägung, von dem Grundprinzip, im Hafen keine Flächen zu verkaufen, abzuweichen, und bemühte sich um die juristische Absicherung eines »modernen Hafensbegriffs«, um auch für Industrieansiedlungen Flächen enteignen zu können.⁴⁸

Kern dachte vor allem hier in größeren räumlichen Kategorien. Es ging ihm um die Bildung industrieller Zentren entlang der Unterelbe bis ins Wattenmeer hinaus nach Neuwerk. Solche Pläne bedeuteten für die angrenzenden Regionen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen ein



Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Stadt und dem Reynolds-Konzern im Hamburger Rathaus am 28. Mai 1969 mit J. Louis Reynolds, Wirtschaftssenator Helmuth Kern und Finanzsenator Gerhard Brandes. Im Hintergrund (mit Zigarre) Bürgermeister Herbert Weichmann. Quelle: Staatsarchiv Hamburg, Conti-Press: StAHH 720-1-388-00_CP 61958-44a

CHRISTOPH STRUPP
 ■ KOOPERATION UND
 KONKURRENZ.
 HERAUSFORDERUNGEN DER
 HAMBURGER HAFEN-
 WIRTSCHAFTSPOLITIK
 IN DEN 1960er UND
 1970er JAHREN

dramatisches Umsteuern von den bisherigen Schwerpunkten in Landwirtschaft und Touristik und setzten massive staatliche Vorleistungen beim Ausbau der Infrastruktur, vor allem im Energie- und Verkehrsbereich, voraus. Die düstere Zukunftsprognose der Prognos AG⁴⁹ und die auch in der Hansestadt spürbare Rezession von 1967/68 schienen aber zu unterstreichen, dass die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze notwendig war. Als Vorbild und Schreckbild gleichermaßen diente einmal mehr Rotterdam: Dessen »Plan 2000« sah mit Milliarden-Investitionen der niederländischen Regierung eine Verfünfachung des dortigen Hafenindustriegebiets auf 24 000 Hektar vor.⁵⁰

Einen ersten Erfolg erzielte Kern 1969 mit der Ansiedlung der Hamburger Stahlwerke des Unternehmers Willy Korf auf Waltershof.⁵¹ Das Leuchtturm-Projekt der Industriepolitik des Senats sollte aber der Bau eines Aluminium-Werks des US-amerikanischen Reynolds-Konzerns werden. Am 28. Mai 1969 unterzeichneten Kern, Finanzsenator Gerhard Brandes und der amerikanische Konzernchef J. Louis Reynolds im Rathaus den Vertrag über die Gründung der »Reynolds Aluminium Hamburg GmbH«. Ihre Anteile wurden zu 90 Prozent von Reynolds und zu 10 Prozent von der Stadt gehalten, um gegenüber der Öffentlichkeit auf die »besondere Möglichkeit der Wahrnehmung des Allgemeininteresses« in der Unternehmenspolitik verweisen zu können. In Aussicht gestellt, aber nicht verwirklicht, wurde von den Amerikanern außerdem, die Hamburger Niederlassung zur Muttergesellschaft ihrer gesamten Europaaktivitäten zu machen und deren Gewinne in der Hansestadt zu versteuern, die europäische Entwicklungsabteilung hier anzusiedeln und eine Bauxit-Reduktionsanlage zu errichten. Im September 1970 gab Kern auf Finkenwerder zunächst für den Bau des Aluminium-Werks buchstäblich den Startschuss, Anfang



»Startschuss« für das Reynolds-Aluminiumwerk am 22. September 1970 mit J. Louis Reynolds, Bürgermeister Weichmann und Senator Kern. Quelle: Staatsarchiv Hamburg. Conti-Press: StAHH 720-1-388-00_CP 67066-8

49 Vgl. »Prognos-Prognose«. Trist im Revier, in: Der Spiegel, Nr. 27 (27.6.1966), S. 26.

50 Vgl. J. U. Brolsma, Havens, kranen, dokken en veren. De Gemeentelijke handelsinrichtingen en het havenbedrijf der gemeente Rotterdam 1882 – 2006, Utrecht 2007, S. 272-274; Rotterdam plant den Delta-Hafen, in: HA 5.4.1969.

51 Vgl. Oliver Driesen, Der Feuermacher Willy Korf. Stahl-Rebell aus Leidenschaft, Hamburg 2005.

52 Überblick in: Aluminium aus »Onkel Kerns Hütte«, in: HA 30.5.1994. Weitere Zusagen nach StaHH 131-2, A 3 1969, Bd. 5: Drucksache für die Senatssitzung Nr. 289, verteilt am 20. Mai 1969, S. 7, 5.

53 StaHH 131-2, A 3 1969, Bd. 5: Drucksache für die Senatssitzung Nr. 289, verteilt am 20. Mai 1969, Ergänzung: Zahlenübersichten zum Projekt Reynolds Aluminium Hamburg GmbH.

54 StaHH 131-2, A 3 1969, Bd. 5: Drucksache Nr. 289, S. 3.

55 Michael Jungblut, Milde Gabe für Konzerne, in: Die Zeit 16 (18.4.1969).

56 StaHH 131-2, A 3 1969, Bd. 5: Drucksache Nr. 289, S. 15, 17; ebd., Ablage 2: Wirtschaftliche Auswirkungen des Projektes »Reynolds Aluminium Hamburg«, S. 4. Hinweis auf die Konkurrenz Rotterdams und Antwerpens auch in: ebd., Bd. 13: Senatsdrucksache Nr. 702, verteilt am 4.11.1969: Erschließung eines Grundstückes im Hafenerweiterungsgebiet für ein Aluminiumwerk, S. 3; Zitat Kern in: »Hier entsteht ein neuer Ruhrpott«. SPIEGEL-Report über die Industrialisierung der Unterelbe, in: Der Spiegel, Nr. 44 (1974), S. 49 – 67, hier S. 57. Vgl. auch den Beitrag des Reynolds-Beraters Bernard Jacknin, Wirtschaftliche Auswirkungen des Projekts »Reynolds Aluminium Hamburg«, in: Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 177, 28.5.1969, das Projekt entspreche in idealer Weise den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Senats.

57 Zitiert nach: »Hier entsteht ein neuer Ruhrpott«, S. 57.

58 »Alu-Hütten müssen in die Wüste«, in: Der Spiegel, Nr. 31

1973 war das Walzwerk und 1974 die erste Ausbaustufe des Schmelzwerks betriebsbereit.⁵²

Schon die Ansiedlung von Korf war subventioniert worden und das Arrangement mit Reynolds wurde nur möglich durch Hamburger Vorleistungen im dreistelligen Millionenbereich für die Erschließung des 126 Hektar großen Betriebsgeländes: Von dem 1969 errechneten Investitionsvolumen von 610 Mio. DM sollte Reynolds zunächst nur 30 Mio. DM tragen, die Stadt dagegen 130 Mio. DM. Hinzu kamen ungesicherte Bürgschaften für bis zu 450 Mio. DM. Außerdem gewährte man Reynolds für die energieintensive Aluminiumherstellung noch einen günstigen, für 20 Jahre garantierten Strompreis der städtischen Hamburger Electricitätswerke (HEW), dessen Kostenunterdeckung von bis zu 83 Mio. DM ebenfalls aus dem städtischen Haushalt auszugleichen war.⁵³ In ihrem vertraulichen Bericht für den Senat hoben Kern und sein Staatsrat Peter Deneffe hervor, dass es in den Verhandlungen mit den Amerikanern, bei denen sich »streng rational begründete Überlegungen mit emotionalen Momenten« gemischt hätten, zunächst um die Herstellung eines »gegenseitigen Vertrauensverhältnisses« gegangen sei. Dadurch seien manche zu Ungunsten Hamburgs abweichende Regelungen zustande gekommen.⁵⁴

»Wer zum Grübeln neigt, mag sich an dieser Stelle fragen, welche Rechtfertigung es wohl dafür gibt, daß deutsche Steuerzahler auf dem Umweg über solche Industrieansiedlungsprogramme die Taschen amerikanischer Aktionäre füllen«, monierte die ZEIT wenige Wochen vor Vertragsabschluss. Die Zeitung verwies auf ein Grundproblem dieser Form von industrieorientierter Wirtschaftspolitik, nämlich den Konkurrenzkampf der Länder um Investoren und die Vielfalt unterschiedlicher Förderprogramme, die es potentiellen Interessenten leicht machten, das Maximale an

Steuergeldern für sich herauszuholen.⁵⁵ Reynolds hatte in den Verhandlungen offen gefordert, Hamburg müsse Wettbewerbsnachteile ausgleichen, die das Unternehmen »angesichts der staatlichen Förderungsmaßnahmen in den meisten anderen Gebieten der Bundesrepublik und auch im europäischen Ausland hinnehmen« müsse. Kern dagegen war stolz darauf, die »hamburgische Industriepalette [...] um einen bisher in Hamburg nicht vertretenen zukunftssträchtigen Materialsektor erweitert« zu haben und sah darin einen »Schallmauerdurchbruch für Industrieansiedlungen«. Eine Gesamtinvestition von rund 600 Mio. DM werde das Augenmerk überseeischer, europäischer und deutscher Konzerne auf Hamburg lenken und großen Firmen würden kleinere folgen.⁵⁶

Zwar siedelten sich mit Bayer und Dow Chemicals tatsächlich weitere industrielle Großbetriebe an der Unterelbe an, aber die Hoffnung auf Reynolds als Initialzündung für weitere Projekte im Hamburger Hafen blieb unerfüllt. Stattdessen wurde das Aluminiumwerk selbst rasch zum Problem. Frühzeitig fuhr die Hütte angesichts des Überangebots an Aluminium auf dem Weltmarkt und der verringerten Konkurrenzfähigkeit durch die DM-Aufwertungen von 1969, 1971 und 1973 Verluste ein.

Als ein wichtigerer Faktor als bei Neuwerk erwies sich schließlich hier die Umweltproblematik, allerdings weniger über öffentliche Proteste, sondern in Form klug angelegter Gerichtsverfahren, die sich das »archaische« Genehmigungsverfahren – so der FDP-Politiker Burkhard Hirsch⁵⁷ – und die Unerfahrenheit bzw. Kulanzbereitschaft Hamburger Behörden in den Anfangsjahren der Umweltschutzgesetzgebung zunutze machten. Die im Dezember 1973 rückwirkend erteilte Bau- und Betriebsgenehmigung enthielt scharfe Umweltauflagen. Eine gerichtliche Stilllegung des Gesamtbetriebs konnte abgewendet werden, aber benachbarte Bauern verhinderten mit ihren Klagen wegen angeblicher Schäden durch Fluoremissionen der Hütte im Sommer 1974 zunächst den Betriebsbeginn der dritten Ausbaustufe des Werks. Dass es dabei nicht nur um die Ökologie ging, sondern auch darum, die Stadt zu einem überteuerten Ankauf der Ländereien im Hafenerweiterungsgebiet von 1961 zu bringen, stellte Kern in einem Gastbeitrag für die ZEIT unter der provokanten Überschrift »Umwelt macht nicht satt« heraus.⁵⁸

Ob die Amerikaner Anfang 1975 dieser Konflikte müde waren oder die Gelegenheit ergriffen, ihr defizitäres Zweigwerk schnell abzustoßen – sie

CHRISTOPH STRUPP
 ■ KOOPERATION UND
 KONKURRENZ.
 HERAUSFORDERUNGEN DER
 HAMBURGER HAFEN-
 WIRTSCHAFTSPOLITIK
 IN DEN 1960er UND
 1970er JAHREN

(29.7.1974), S. 27 – 29; Helmuth Kern, Umwelt macht nicht satt, in: Die Zeit 33 (9.8.1974).

59 Hans Henning Kroll, Hamburg lernt umzudenken, in: HA 24.3.1975.

60 Vgl. Kennzeichen Vielfalt. Hamburg als Industriepplatz, hg. von der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1975; Sicherung der Arbeitsplätze. Leitlinien '75 der Hamburger Wirtschaftspolitik, hg. von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, Hamburg 1976.

61 »Hier entsteht ein neuer Ruhrpott«, S. 49 – 67 (Zitat: S. 52).

62 Vgl. Shin Goto, Globalization and International Competitiveness: The Experience of the Japanese Shipping Industry since the 1960s, in: David J. Starkey / Gelina Harlaftis (Hg.), Global Markets. The Internationalization of the Sea Transport Industries since 1850, St. John's 1998, S. 355 – 383.

63 Vgl. Erik Kloberg, Werftensterben in Hamburg. Der Niedergang des Schiffbaus 1970 – 1988 und die Politik des Senats, Hamburg 1990; Johanna Meyer-Lenz, Vom Frachtschiff zum Container. Zwischen Wachstumseuphorie und Ölschock. Zum Leitbild des optimierbaren Transportmoduls im Deutschen Seeschiffbau der Nachkriegszeit (1945 – 1975) in Westdeutschland, in: Hamburger Wirtschafts-Chronik N. F. 2 (2001/2), S. 7 – 57.

zogen sich jedenfalls abrupt aus dem Gemeinschaftsunternehmen zurück und zwangen die Stadt, zur Rettung ihrer Investitionen und der 1200 Arbeitsplätze weitere Millionenbeträge aufzuwenden. Das Unternehmen wurde mit zusätzlichen Anteilseignern zum 1. Oktober 1975 restrukturiert. Die Hintergründe der Vertragsverhandlungen beschäftigten bis Mai 1978 einen parlamentarischen Sonderausschuss. Weichmann und Kern beharrten darauf, 1969 eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen zu haben und verwiesen ein weiteres Mal darauf, dass es auch darum gegangen sei, europäischen Konkurrenten wie Rotterdam nicht das Feld zu überlassen.

»Wie auch immer das Gerangel um dieses hoch subventionierte und vom Volksmund als ›Onkel Kerns Hütte‹ bezeichnete Unternehmen ausgehen wird, für Hamburgs Wirtschaftspolitik dürfte dies ein Wendepunkt sein.« Man werde sich einen solchen spektakulären Schritt nicht noch einmal erlauben können, kommentierte das *Hamburger Abendblatt*.⁵⁹ Zwar blieb die Einwerbung zusätzlicher Arbeitsplätze aktuell, aber die Handelskammer mahnte an, sich dabei nicht nur auf den Hafen zu konzentrieren, und die Anfang 1976 vorgelegten »Leitlinien« des Senats für die Wirtschaftspolitik mit ihrem Fokus auf Klein- und Mittelbetrieben signalisierten tatsächlich einen Kurswechsel. Unverändert vorgebracht wurde die Forderung nach regionaler Zusammenarbeit und einer wirtschaftspolitischen Überwindung der Landesgrenzen.⁶⁰ An die Stelle »ministerieller Wachstumsbesessenheit und provinzieller Ämterkonkurrenz«, die nicht nur nach Ansicht des SPIEGELS das gesamte Unterelbegebiet gefährdet hatte, sollte endlich Kooperation treten.⁶¹

Viele Probleme der »neuen« Industriebetriebe im Hafen – lokalpatriotisch motivierte Standortkonkurrenz, Fehlsteuerungen durch die staatliche Bereitschaft

zu Subventionen, schwer zu berechnende Einflüsse weltwirtschaftlicher Entwicklungen – galten auch für die klassische Hafenindustrie: die Hamburger Werften. Bis in die frühen 1970er Jahre hatten sich die deutschen Schiffbauer im internationalen Wettlauf um Aufträge der Reedereien, die Anpassung an den raschen Wandel der nachgefragten Schiffstypen sowie staatliche Subventionen und Steuervorteile noch behauptet, auch wenn der Aufstieg vor allem Japans unüberschaubar war⁶² und die mit Unterstützung bzw. Einmischung der Politik über Jahre hinweg betriebenen Fusionsverhandlungen der Großwerften in Hamburg, Bremen und Kiel kommende Schwierigkeiten schon andeuteten. Subventionswettläufe selbst innerhalb der EWG, der Verfall des Dollars und die Stornierungswelle der Reedereien aufgrund der Ölkrise 1973/74 führten angesichts der Überkapazitäten an der deutschen Küste in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aber direkt in die Krise. Bis 1978 waren die bundesdeutschen Werften vom zweitgrößten Schiffsproduzenten auf den 10. Platz zurückgefallen.⁶³

Bilanz: Vom Zukunftsoptimismus zur Krise?

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war von dem Zukunftsoptimismus Anfang des Jahrzehnts in der Realität der Hamburger Wirtschaftspolitik nicht viel geblieben. Die politisch beeinflussten Anpassungsprozesse in der Hafenvirtschaft im engeren Sinn hatten sich allerdings ausgezahlt: Gestützt auf Planungen, die bis in die frühen 1960er Jahre zurückreichten, angetrieben von internationalen Entwicklungen im Güterverkehr, aber in weitgehender politischer Autonomie, hatte Hamburg Reformen in der Hafenvirtschaft durchgeführt und organisatorische und raumplanerische Weichen gestellt, die den Hafen für Jahrzehnte prägen sollten. Selbst die Weltwirtschaftskrise 1973/74 hatte nur zu einem kurzfristigen Einbruch des Umschlags geführt, der im Jahr darauf wieder aufgeholt worden war. Krisenhafte Entwicklungen setzten erst in den frühen 1980er Jahren ein.

Dagegen hatte die Strategie, durch Anwerbung von großen Industriebetrieben im Hafen – oder auch in einem Industriehafen auf Neuwerk – neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Stadt damit in der ersten Liga bundesdeutscher Wachstumsregionen zu etablieren, nicht zu den erhofften Erfolgen geführt, zumal vorhandene Zugewinne durch Einbrüche im

64 Vgl. zu diesem bis heute aktuellen Konfliktfeld zuletzt: Winfried Osthorst, *The Rise of a Container Region. Sectoral Transformation and Environmental Conflicts in Northwest Germany. A Case of Multi-Level Policy Making*, Baden-Baden 2010; Dirk Schubert, *Stürmische Zeiten für die nord-westdeutschen Seehafenstädte*, in: *Raumplanung* 146 (2009), S. 199–204; Claas Wowries, *Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer. Eine Analyse am Beispiel der Seehafenpolitiken Bremens, Hamburgs und Niedersachsens*, Frankfurt am Main 2008.

ALEXANDRA JAEGER

■ DER RADIKALENBESCHLUSS IN HAMBURG IN DEN 1970er JAHREN

ANMERKUNGEN

- 1 Senatsamt für den Verwaltungsdienst an Leppin, 4.10.1972, abgedruckt in: *Berufsverbote in Hamburg. Eine Dokumentation der Jungsozialisten in der SPD Landesverband Hamburg und der Vereinigung demokratischer Juristen* [1973], FZH-Archiv, Ordner Radikalenerlass 1972–1974.
- 2 Vgl. dazu Wolf-Dieter Narr, *Bürger- und menschenrechtliches Engagement in der Bundesrepublik*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main. u. a. 2008, S. 347–362.
- 3 Vgl. Dominik Rigoll, »Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?« *Der Radikalenbeschluss von 1972 und der Streit um die westdeutschen Berufsverbote. Deutsch-deutsch-französische Verflechtungen*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Historische Erinnerung im Wandel. Neuere*

Schiffbau konterkariert wurden. Insgesamt sank von 1960 bis Mitte der 1980er Jahre die Zahl der Industriearbeitsplätze in Hamburg um ein Drittel. Hier hatten sich die Grenzen staatlich gesteuerten Strukturwandels gezeigt: Neben Fehleinschätzungen bei Details und nicht planbaren weltwirtschaftlichen Einflüssen blieb das Konkurrenzverhältnis zu den anderen norddeutschen Küstenländern ein zentrales Problem. Es ließ sich nicht einfach durch einseitige Mahnungen Hamburgs zu regionaler Zusammenarbeit lösen und kam auf den unterschiedlichsten Feldern – von der Planung von Container- und Tiefwasserhäfen über den kosten-trächtigen Wettbewerb um neue Investoren bis zur Verteidigung der eigenen Stellung im Schiffbau – zum Tragen.⁶⁴

Der ideologisch gestützte Konsens der etablierten Parteien und der Interessengruppen in Hamburg über die Ausnahmestellung des Hafens blieb erhalten: Bei diesem ging es nicht nur um Wirtschaft, sondern auch um die Identität der Stadt. Der ökologische Protest gegen Umweltverschmutzung und Flächenverbrauch wurde mindestens bis zu Beginn der 1980er Jahre noch nicht unmittelbar wirkungsmächtig. Die öffentlichen Kampagnen der Cuxhavener Gegner Neuwerks und vor allem die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die zulässigen Emissionen bei Reynolds deuteten aber zumindest an, welchen neuen Herausforderungen sich die Hamburger Hafenwirtschaftspolitik in Zukunft zu stellen hatte.

ALEXANDRA JAEGER

DER RADIKALENBESCHLUSS IN HAMBURG IN DEN 1970er JAHREN

Die Harburger Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin

»Es geht [...] um eine Grundfrage der Demokratie: ob nämlich die im Grundgesetz garantierten Rechte auch im Bereich des öffentlichen Dienstes zu gelten haben. Der ›Fall‹ Elke Leppin ist nicht eine Sache, die diese Lehrerin allein angeht. Hier geht es um die Glaubwürdigkeit unserer Verfassung.«¹

So lautete eine Stellungnahme einer Bürgerinitiative im Hamburger Stadtteil Harburg, die sich 1972/73 dagegen wandte, dass die Volks- und Realschullehrerin Elke Leppin wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue aus dem Schuldienst entlassen werden sollte. Entlassungen und Nichteinstellungen drohten in den 1970er Jahren zahlreichen Lehrern, die wie Leppin in der DKP oder anderen so genannten verfassungsfeindlichen – meist kommunistischen – Organisationen aktiv waren.

Grundlage war der Radikalenbeschluss von 1972, der so genannte Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernhalten sollte und in den 1970er Jahren die politische Öffentlichkeit polarisierte: Zahlreiche Protestgruppen gründeten sich² – sogar im Ausland bildeten sich Komitees gegen die »Berufsverbote«, die die Bundesrepublik der »Gesinnungsschnüffelei« bezichtigten. In Parlamenten, Presse, Universitäten, Parteien und Verbänden wurde über die Verfassungsmäßigkeit des Beschlusses und eine mögliche Liberalisierung der Einstellungspraxis gestritten.³

Im Folgenden beschreibe ich den Protest gegen den Radikalenbeschluss exemplarisch am Beispiel der Harburger Bürgerinitiative, die sich 1972 gründete. Die Bürgerinitiativen, die sich vor allem in den 1970er Jahren als neue Form zivilgesellschaftlichen Engagements entwickelten, sind für die Untersuchung des Radikalenbeschlusses insofern interessant, als

Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung, Berlin 2007, S. 603–623; Gerard Braunthal, Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der »Radikalenerlaß« von 1972 und die Folgen, Marburg 1992.

4 Ich untersuche in meinem Dissertationsprojekt die Umsetzung des Radikalenerlasses in Hamburg von 1971 bis 1987.

5 Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) § 4 Abs. 1 Nr. 2. Zudem muss sich der Beamte »durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten« (BRRG § 35 Abs. 1). Seit 2009: Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) §§ 7 Abs. 1 Nr. 2, 33 Abs. 1 Nr. 3.

6 Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972, in: Hermann Borgs-Maciejewski, Radikale im öffentlichen Dienst. Dokumente, Debatten, Urteile, Bonn 1973, S. 9. Der Radikalenerlass ist bisher weitgehend unerforscht. Einen ersten Überblick bietet die Arbeit des Politikwissenschaftlers Gerard Braunthal, Politische Loyalität. Im Mai 2012 erscheint die erste geschichtswissenschaftliche Arbeit, die das Thema »Radikaler« bzw. politisch Belasteter im öffentlichen Dienst von 1945 bis zur Einführung des Radikalenerlasses untersucht. Der Autorin liegt das unveröffentlichte Manuskript der Dissertation vor: Dominik Rigoll, Von der »streitbaren Demokratie« zur »inneren Sicherheit«.

hier – entgegen dem dominanten Diskurs über »Radikale im öffentlichen Dienst«, der in Medien und Parlamenten ausgetragen wurde – unbekanntere Akteure ins Licht rückten: Lokalpolitiker, Eltern, Lehrer und Pastoren. Gerade das Engagement dieser Personen macht einen spezifischen Umbruchcharakter der 1970er Jahre deutlich: eine gesellschaftliche Öffnung gegenüber Kommunisten. Hatten die Rechte von Kommunisten in der Hochphase des Kalten Krieges im Wesentlichen die KPD selbst und ihre Vorfelddorganisationen beschäftigt, engagierten sich nun auch Nichtkommunisten für DKP-Mitglieder.

Ich skizziere zunächst kurz den Radikalenerlass und das Vorgehen in Hamburg und stelle danach die Arbeit der Harburger Bürgerinitiative sowie die staatlichen Reaktionen dar.⁴ Dabei gehe ich insbesondere auf die Motive für das Engagement in der Bürgerinitiative ein, die den Wandel im Umgang mit Kommunisten deutlich macht.

Kommunisten als Lehrer? Die Kontroverse um Einstellungen in den öffentlichen Dienst in den 1970er Jahren

Am 28. Januar 1972 fassten die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit Bundeskanzler Willy Brandt den Radikalenerlass. Sie verwiesen dabei auf die Beamtenrechtsgesetze in Bund und Ländern, nach denen in den öffentlichen Dienst nur eingestellt werden darf, wer »die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt«.⁵ Die Mitgliedschaft in einer »verfassungsfeindlichen« Organisation sollte nun für Zweifel an der Verfassungstreue ausreichen, die »in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages

[rechtfertigen]«.⁶ In Folge des Beschlusses wurde bei allen Bewerbern für den öffentlichen Dienst und z. T. bei bereits Beschäftigten eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt: Von 1972 bis Mitte der 1980er Jahre wurden bundesweit ca. 3,5 Mio. Personen auf ihre Verfassungstreue hin überprüft, ca. 35 000 wurden als verdächtig gemeldet und etwa 2250 abgelehnt.⁷ Ende der 1970er Jahre wurde die Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Bund und den sozialliberalen Ländern abgeschafft und zunächst abgelehnte Bewerber teilweise eingestellt.⁸

Der Ministerpräsidentenbeschluss und die damit einhergehenden Nichteinstellungen in den öffentlichen Dienst wurden in der öffentlichen Diskussion meist als »Radikalenerlass« oder »Extremistenbeschluss« bezeichnet – der von den Kritikern propagierte Begriff »Berufsverbot« erlangte auch im Ausland Verbreitung.⁹ Die bereits vor dem Beschluss begonnene Debatte um die »Radikalen im öffentlichen Dienst« stand einerseits im Kontext der Ostpolitik der ersten sozialliberalen Koalition, bei der sich die Sozialdemokratie durch Angriffe von konservativer Seite unter Druck sah, sich von Kommunisten zu distanzieren. Andererseits erklärt sich der Radikalendiskurs als Reaktion auf die Linksentwicklung an den Hochschulen seit Ende der 1960er Jahre und die relative Stärke linker studentischer Gruppen, wie dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB), dem Sozialdemokratischen bzw. Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und den zahlreichen maoistischen K-Gruppen.¹⁰

In Hamburg war der MSB im Bundesvergleich besonders stark¹¹ und bildete seit dem Sommersemester 1971 zusammen mit dem SHB eine AStA-Koalition: CDU, Springer-Presse und konservative Professoren beklagten eine »Unterwanderung« der Hamburger Universität durch »Linksextremisten«.¹² Diese Entwicklung

»Verfassungsfeinde« und ehemalige Bedienstete des »Dritten Reiches« im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentlichte Diss., Berlin 2010. Ein Dank geht an Dominik Rigoll für die Überlassung des Textes.

7 Dazu kamen ca. 2000 Disziplinarverfahren, aufgrund derer ca. 250 Beamte entlassen wurden. Hierbei handelt es sich um Schätzungen. Braunthal, Politische Loyalität, S. 9. Es gibt bisher keine quantitative empirische Untersuchung.

8 Vgl. für die Debatten um eine Liberalisierung der Einstellungspraxis in Hamburg Alexandra Jaeger, Der Hamburger Beamtenernennungsausschuss. Ein Grenzmilieu zwischen Sachorientierung und Politisierung zur Zeit des »Radikalenerlasses« 1972–1982, in: Westfälische Forschungen 61 (2011), S. 405–418, S. 414–417.

9 Vgl. z. B. Enzo Collotti, Berufsverbot, repressione e socialdemocrazia nella Germania Federale, in: Belfagor 31 (1976), S. 267–311; Jacques Denis, Liberté d'opinion ... Verboten. Les interdictions professionnelles en R.F.A., Paris 1976, S. 9. Im engen Sinne handelte es sich nicht um Berufsverbote, da die Ausübung des Berufs nicht untersagt wurde. Aufgrund der faktischen Monopolstellung des Staates im Schulbereich kam es diesem aber sehr nahe. Ich verwende den zeitgenössisch weniger verbreiteten und von Dominik Rigoll in die Forschung eingeführten Begriff »Radikalenerlass«, da es sich bei dem Beschluss nicht um einen Erlass handelte und so die problematischen Kategorien der Extremismustheorie nicht benutzt werden müssen. Rigoll, Radikalenerlass, S. 603. Auch der Begriff der »Radikalen« weist Unschärfen auf und ist vor allem

als Konstruktion zu verstehen, aber insofern treffend, als dass vor allem die »radikale Linke« links von der SPD – teilweise auch schon der SHB – unter den Beschluss fiel. Diese bezog sich teilweise selbst positiv auf den Radikalbegriff. Vgl. Bernt Engelmann, *Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777 – 1977*, München 1977.

10 Johann Paul, Reaktionen der Kölner Studentenschaft auf den Radikalenerlass, in: *Geschichte in Köln. Zeitschrift für Stadt- und Regionalgeschichte* 57 (2010), S. 163 – 187, S. 164 ff. Die große Mehrzahl bundesdeutscher Allgemeiner Studentenausschüsse (AStA) wurde von linken Gruppen gestellt. Anne Rohstock, Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«. Hochschulreform und Hochschulrevolte 1957 – 1976, München 2010, S. 365. Bei Studentenparlamentswahlen erreichten SHB und MSB bundesweit durchschnittlich etwa 10 % der Stimmen. Andreas Keller, Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, Marburg 2000, S. 238.

11 Georg Fülberth, KPD und DKP 1945 – 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1992, S. 127.

12 Wolfgang Josing, »Linksextremisten zum entscheidenden Angriff auf Hamburgs Hochschulen bereit«, in: *Die Welt*, 7.12.1971; 28 Professoren warnen: Unterwanderung der Universität ist eine konkrete Gefahr, in: *Die Welt*, 16.12.1971. Die AStA-Koalition verfügt im Wintersemester 1971/72 über 80 % der Mandate

trug dazu bei, dass der sozialliberale Hamburger Senat bereits am 23. November 1971 – also etwa zwei Monate vor dem Radikalenbeschluss – in einer Pressemitteilung erklärt hatte, dass »die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen unzulässig ist«. Dies sollte insbesondere für den Erziehungsbereich gelten und wenn der Bewerber in den Gruppen »besonders aktiv« sei.¹³

Der Senatsbeschluss wurde (nicht nur) in Hamburg sehr kontrovers diskutiert und führte auch in den Regierungsparteien zu Spannungen: In der Hamburger FDP wandten sich die Parteigremien und die Jungdemokraten gegen die eigene Fraktion¹⁴ und in der SPD drängten einige Distrikte und Kreise sowie die Jungsozialisten auf die Rücknahme des Beschlusses.¹⁵ Die ersten Verfahren wegen mangelnder Verfassungstreue wurden in Hamburg fast ausschließlich mit einer Aktivität für die DKP oder eine ihrer Nebenorganisationen begründet. Bereits bei dem ersten Entlassungsverfahren der Lehrerin Heike Gohl hatte sich ein Bündnis zusammengefunden, in dem über Kontaktpersonen in friedenspolitischen Initiativen und im Bildungsbereich Verbindungen zu Sozialdemokraten und Liberalen bestanden.¹⁶ Zur institutionalisierten Zusammenarbeit kam es jedoch erst nach der Gründung der DKP-nahen Initiative »Weg mit den Berufsverboten!« auf dem internationalen Kongress im Mai 1973 in Hamburg.¹⁷ Vorläufer waren drei von der DKP initiierte Bürgerinitiativen, die sich Ende 1972 bzw. Anfang 1973 für drei DKP-Mitglieder formiert hatten, die entlassen bzw. nicht eingestellt werden sollten.

Die »Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin« in Harburg

Elke Leppin unterrichtete seit April 1968 an der Volk- und Realschule Hanhoopsfeld in Harburg, seit Juli 1968 war sie Beamtin auf Probe. Als im Juli 1972 ihre Probezeit auslief, wurde diese zunächst zwei Mal um insgesamt drei Monate verlängert, da die Prüfung ihrer Eignung noch nicht abgeschlossen war.¹⁸ Der Senat entschied schließlich, Leppin zu entlassen, da sie nicht die Gewähr biete, »jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung« einzutreten.¹⁹ Begründet wurde dies mit ihrer Aktivität in der DKP und im Vorstand der DKP-Lehrergruppe.²⁰

Ende 1972 gründeten vier Harburger Bürger, drei Sozialdemokraten und ein Kommunist, eine überparteiliche »Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin« und begannen mit einer Pressekonzferenz am 5. Januar 1973 ihre Aktivitäten.²¹ Die Initiatoren der Bürgerinitiative waren der Meinung, dass sich auch Beamte in legalen Parteien organisieren dürften und bereits »die Ausforschung, welcher Beamte in welcher Partei ist«, unzulässig sei. Die Entlassung schaffe ein »Klima des Mißtrauens und begünstige Gesinnungsschnüffelei«, Leppin drohe ein »lebenslanges Berufsverbot«. ²² Zu den Aktivitäten der Initiative, die sich auf den Stadtteil konzentrierten, gehörten Unterschriftensammlungen, Informationsveranstaltungen und Schreiben an den Senat. Die Resonanz war beträchtlich: Die erste Informationsveranstaltung war mit etwa 200 Personen gut besucht und einen Monat nach Beginn der Kampagne hatte die Initiative ca. 4200 Unterschriften gesammelt, weitere 14 Tage später waren es bereits ca. 5000.²³

des Studentenparlaments. Vermerk Mellmann, Hochschulamt, 7.3.1972, Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 361-5 III, Hochschulwesen III, Abl. 1984, 52.00-10/3, Bd. 1.

13 Staatliche Pressestelle, Grundsätzliche Entscheidung des Senats, 23.11.1971, StAHH, 135-1 VI, Staatliche Pressestelle VI, 1062. Abgedruckt in: Kuratorium für Staatsbürgerliche Bildung (Hg.), *Streitbare Demokratie. Die Debatte in der Hamburger Bürgerschaft am 15.12.1971. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst?*, Hamburg 1972, S. 6.

14 Nach heftiger Debatte, FDP kontra Senat, in: *Die Welt*, 2.12.1971; FDP-Streit um den Senats-Beschluß. Delegierte wollen Radikale nicht grundsätzlich ablehnen, in: *Hamburger Morgenpost*, 2.12.1971.

15 Jungsozialisten gegen den Extremistenbeschluss, in: *Die Welt*, 24.1.1972; Auch »Unbequeme« als Beamte. Bürgermeister Schulz interpretiert Beschluß gegen Radikale, in: *Hamburger Abendblatt* (HA), 11.12.1971. Für kritische Stimmen aus FDP und SPD vgl. auch Erich Frister / Luc Jochimsen (Hg.), *Wie links dürfen Lehrer sein? Unsere Gesellschaft vor einer Grundsatzentscheidung*, Reinbek 1972.

16 Rigoll, Radikalenbeschluss, S. 611 f.

17 Vgl. zur Gründung und den Bündnisproblemen in der Initiative ebd. S. 613 – 617.

18 Schulbehörde an Leppin, 10.7.1972; Schulbehörde an Leppin, 29.9.1972, abgedruckt in: *Berufsverbote in Hamburg. Eine Dokumentation der Jungsozialisten in der SPD Landesverband Hamburg und der Vereinigung demokratischer Juristen* [1973], S. 1.5, FZH-Archiv, Ordner Radikalenerlass 1972 – 1974.

19 Senatsamt für den Verwaltungsdienst an Leppin, 4.10.1972, ebd. S. 1.5.

20 Senat an Leppin, 8.11.1972, ebd. S. 1.7.

21 Führt die Behörde Geheimakten? Der »Fall« Leppin zieht immer weitere Kreise, in: Harburger Anzeigen und Nachrichten (HAN), 6.1.1973.

22 Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin, Dezember 1972, S. 1 f., FZH-Archiv, Ordner Radikalerlass 1972 – 1974.

23 Vermerk Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), 17.4.1973, S. 3 f., STAHH, 131-11, PA, 1764; HAN: Kein Freiraum für Diskussion. Aber die »Bürgerinitiative« informiert weiter, 9.2.1973.

24 Dirk Stegmann, Vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«: Die industrielle Entwicklung Harburgs zwischen 1900 bis 1937, in: Jürgen Ellermeyer / Klaus Richter / Dirk Stegmann (Hg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288 – 1938, Hamburg 1988, S. 295 – 352, S. 296.

25 Klaus Richter, Harburgs erwerbstätige Bevölkerung zu Beginn der Industrialisierung, in: ebd., S. 144 – 157; Jürgen Ellermeyer, Die Industrialisierung Harburgs im 19. Jahrhundert, ebd., S. 158 – 205.

26 Der Landkreis Harburg wurde nicht eingemeindet und ist heute Teil Niedersachsens. Elke

Die Resonanz in Harburg

Der Stadtteil Hamburg-Harburg hat eine lange Geschichte als eigenständige Stadt: Südlich der Elbe gelegen war Harburg zunächst Teil des Königreichs Hannover und wurde 1927 durch eine Zusammenlegung mit Wilhelmsburg zur preußischen Großstadt Harburg-Wilhelmsburg mit gut über 100 000 Einwohnern.²⁴ Durch die Lage an der Süderelbe sowie die seit 1847 bestehende Eisenbahnverbindung nach Hannover hatte sich Harburg zu einem eigenen Hafen- und Industriestandort entwickelt²⁵ und wurde wie Altona und Wandsbek erst durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 ein Teil Hamburgs.²⁶ Diese eigene Stadtgeschichte und die räumliche Trennung – die S-Bahn nach Harburg wurde 1983 eingeweiht – sorgten dafür, dass Harburg auch in den 1970er Jahren in vielen Punkten als von Hamburg weitgehend unabhängiger Stadtteil funktionierte: Formal an Hamburg gebunden, verfügte Harburg durch ein eigenes Stadtzentrum, eigene kulturelle Einrichtungen und eine eigene Zeitung über ein stärkeres Eigenleben als andere Hamburger Stadtteile.²⁷ Das *Hamburger Abendblatt* enthielt eine Harburger Beilage, daher wurde über Harburger Themen kaum im Hamburg-Teil berichtet. Auch daher sei Harburg laut Bernhard Hellriegel, einem Verantwortlichen der Bürgerinitiative, für die Hamburger eine »terra incognita« gewesen.²⁸

Deshalb hatte die Regionalzeitung *Harburger Anzeigen und Nachrichten (HAN)* für lokale Fragen eine besonders wichtige Funktion. Sie deckte nicht nur das Harburger Stadtgebiet, sondern auch den Landkreis Harburg²⁹ ab und schuf so einen eigenen Diskursraum, der auch für das lokale Selbstverständnis und als Abgrenzung zum nordelbischen Hamburg genutzt werden konnte. Für die Aktivitäten der Bürgerinitiative



Unterschriftensammlung in Harburg, 1973.
Quelle: STAHH 720-1-388-00 CP 75585-23.

kann ihre Bedeutung nicht überschätzt werden, da die Zeitung bereits vor der Gründung der Initiative regelmäßig über den Fall Leppin berichtete und den Kritikern viel Raum gewährte. Bereits im ersten Artikel mit dem Titel »Gesetz gegen Radikale schnappte in Harburg zu: Senat setzte Lehrerin »vor die Tür«« wurde ausführlich über den Protest von Eltern und Kollegen berichtet sowie ein Foto von Elke Leppin abgedruckt.

Pahl-Weber: Das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 und seine landesplanerischen Folgen für Harburg, in: ebd., S. 504 – 526, S. 515.

27 Die Wählergemeinschaft Harburg, die noch in den 1990er Jahren »Freiheit für Harburg« durch die Rücknahme des Groß-Hamburg-Gesetzes forderte, drückte allerdings nur die radikalste Form dieser Harburger Distanz zu Hamburg und damit eine Minderheitenmeinung aus. »Harburg hat Hamburg nicht nötig«, in: HA, 27.1.1997. Von der kulturellen Provinzialität Harburgs und der Distanz zur Großstadt Hamburg handelt Heinz Strunks Roman: Heinz Strunk, *Fleisch ist mein Gemüse*. Eine Landjugend mit Musik, Reinbek 2004.

28 Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, Projekt-Archiv. Hellriegel war von 1997 bis 2004 Bezirksamtsleiter in Harburg.

29 Peter Stein, Die Harburger Tagespresse 1750 – 1943, in: Ellermeyer / Richter / Stegmann, Harburg, S. 369 – 382, S. 371.

30 Gesetz gegen Radikale schnappte in Harburg zu: Senat setzte Lehrerin »vor die Tür«, in: HAN, 28.11.1972.

31 Führt die Behörde Geheimakten? Der »Fall« Leppin zieht immer weitere Kreise, in: HAN, 6.1.1973; Unterschriften für Elke Leppin, in: HAN, 29.1.1973.

32 So z. B. Leserbriefe von der Jugendvertretung der Phoenix-Werke und dem Schülerrat des Gymnasiums Göhlbachtal: Sorge, in: HAN, 15.12.1972. Zudem Leserbriefe von Mitgliedern der Bürgerinitiative, die sich auf eine in der HAN erschienene Stellungnahme des CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Günter Boyer bezogen: »Wehren«, in: HAN, 20.1.1973; Günter Boyer, Radikale im öffentlichen Dienst, in: HAN, 15.1.1973.

33 Vgl. z. B. Wilfried Hertz-Eichenrode, Warum zaudert Genscher?, in: Die Welt, 29.11.1971; Karl Denkner, Wenn sich die Gemäßigten nicht aufrappeln, wird der GEW-Vorstand kommunistisch. Ultralinke rüsten zum Sturm auf die Lehrgewerkschaft in Harburg, in: Die Welt, 24.4.1971.

34 Der Lokalteil umfasste in der Regel vier Seiten, dazu kamen zwei Seiten zum Landkreis Harburg und eine Seite »Harburg ganz persönlich« gegenüber zwei Seiten Politik und einer »Aus aller Welt«.

35 Diesseits und jenseits der Elbbrücken, in: HAN, 26.11.1972.

36 1970 erreichte die SPD im Bezirk Harburg 59,5 %, mit einem ähnlichen Ergebnis in der Harburger Innenstadt. Infas-Report Wahlen Hamburg 1974. Analysen und

Der Titel sowie die Bemerkung, nun habe »auch Harburg ein Opfer des umstrittenen Senatsbeschlusses«, macht das lokale Harburger Bewusstsein in Abgrenzung zu Hamburg deutlich. Der Hamburger Senat erschien als anonyme Institution, die eine Lehrerin gegen das Votum von Personalrat und Schulleiter und gegen den Willen von Eltern und Kollegen auf die Straße setzte.³⁰ Über die Bürgerinitiative wurde sehr wohlwollend berichtet und ihre Arbeit dadurch unterstützt, dass die HAN Zeiten und Orte für Unterschriftensammlungen angab und anschließend mit Foto darüber berichteten.³¹ Zudem wurde in Leserbriefen kontrovers über die Arbeit der Bürgerinitiative diskutiert.³²

Diese ausführliche Berichterstattung, die auch Kritikern viel Platz einräumte und sogar Beschlüsse des DKP-Kreisvorstandes zitierte, ist überraschend, da zwar in der Hamburger Lokalpresse auch andere Radikalfälle erwähnt wurden, die Zeitungen der Springer-Presse in ihrer Berichterstattung das Vorgehen gegen »Radikale« jedoch befürworteten und beispielsweise *Die Welt* offen dazu aufrief, den zunehmenden Einfluss der DKP in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu verhindern.³³ Den relativ breiten Raum, den der Fall in den HAN einnehmen konnte, erklärt sich zumindest teilweise aus dem Charakter der Zeitung. Der Lokalteil war generell sehr umfangreich:³⁴ Es wurde ausführlich über diverse lokale Begebenheiten berichtet – vom Kleingartenverein über den Spielmannszug bis zum Kaninchenzüchterverein. Über politische Entwicklungen in Hamburg wurde vergleichsweise selten informiert und die Kolumne »Diesseits und jenseits der Elbbrücken« verdeutlichte die Distanz zum Hamburger Zentrum.³⁵ Die umfassende Berichterstattung der HAN über die mögliche Entlassung einer kommunistischen Lehrerin bedeutete insofern keine Parteinahme für die DKP, sondern illustriert die hohe Bedeutung lokaler



Einsatz für Elke Leppin in Harburg, 1973 (Ausschnitt). Quelle: STAHH 720-1-388-00_CP 75585-31.

Themen. Denn der Fall wurde in Harburg kontrovers diskutiert und erhielt durch die bundesweite Praxis des Radikalenbeschlusses überregionale Relevanz. Gerade die Personalisierung dieser Praxis am Beispiel einer Frau, die als unbescholtene und engagierte Lehrerin beschrieben wurde, barg Identifikations- und Empörungspotential.

Die Unterstützung für Leppin war in der sozialdemokratischen Hochburg Harburg überraschend breit verankert, wenngleich mit Herbert Wehner als langjährigem Harburger Bundestagsabgeordneten der Harburger Kreisverband eher die etablierte Sozialdemokratie repräsentierte.³⁶ Die Zustimmung zur DKP lag bei der Bürgerschaftswahl 1970 in den Ortsteilen der Harburger Innenstadt dagegen nur leicht über dem Hamburger Durchschnitt: 2,5 % gegenüber 1,7 %.³⁷ Im Fall der Lehrerin Leppin engagierte sich aber nun neben den Harburger Jungsozialisten auch der SPD-Distrikt

Dokumente zur Bürgerschaftswahl am 3. März 1974, Bonn-Bad Godesberg 1974.

- 37 Vgl. z. B. Drucksachen D3 und D4, SPD-Landesparteitag 30.6./1.7.1972, Archiv der sozialen Demokratie, SPD Landesorganisation Hamburg, 2190; Auch »Unbequem« als Beamte. Bürgermeister Schulz interpretiert Beschluß gegen Radikale, in: HA, 11.12.1971.
- 38 SPD-Harburg: Entlassung widerrufen, in: HAN, 1.12.1972.
- 39 Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, Projekt-Archiv.
- 40 Die Eltern stehen hinter der umstrittenen Lehrerin. Harburgs SPD fordert Übernahme ins Beamtenverhältnis, in: HA, 5.12.1972; Gesetz gegen Radikale schnappte in Harburg zu: Senat setzte Lehrerin »vor die Tür«, in: HAN, 28.11.1972. Diese Aussagen bestätigte das LfV: Vermerk LfV, 17.4.1973, S. 2 f., StAHH, 131-11, PA, 1764.
- 41 Gesetz gegen Radikale schnappte in Harburg zu: Senat setzte Lehrerin »vor die Tür«, in: HAN, 28.11.1972; SPD rügt Hamburgs Bürgermeister, in: Frankfurter Rundschau, 14.12.1972; Wieder eine politische Entlassung, in: Hamburger Lehrerzeitung (HLZ), Nr. 20/1972, 16.12.1972.
- 42 Vermerk LfV, 17.4.1973, S. 3 f., StAHH, 131-11, PA, 1764.
- 43 Die Eltern stehen hinter der umstrittenen Lehrerin. Harburgs SPD fordert Übernahme ins Beamtenverhältnis, in: HA, 5.12.1972; SPD rügt Hamburgs Bürgermeister, in: Frankfurter Rundschau, 14.12.1972; Peter Homann, Berufsverbot Stop. Der Fall Leppin, in: konkret, Heft 13/1973, 22.3.1973, S. 48–50.

Harburg mit deutlicher Mehrheit gegen ihre Entlassung,³⁸ auf Kreisebene lehnte die SPD mehrheitlich den Protest jedoch ab.³⁹ Allerdings waren drei der vier Verantwortlichen der Bürgerinitiative Mitglieder der SPD. Darüber hinaus spielte der Protest von Eltern und Kollegium eine große Rolle, da ihnen im öffentlichen Diskurs eine hohe Kompetenz in der Beurteilung der Lehrerin zugemessen wurde. Die Eltern stellten sich geschlossen hinter Leppin, die bisher nicht versucht habe, ihre Kinder einseitig zu beeinflussen, ebenso protestierten 25 von 29 Kollegen gegen ihre Entlassung. Zudem setzte sich der Schulleiter für Leppin ein, da im Schulbereich nichts vorliege, was die Vorwürfe rechtfertige.⁴⁰ Außerdem schlossen sich auch Hamburger Organisationen wie die Jungsozialisten, der SPD-Kreis Nord und die GEW den Protesten an.⁴¹ Der Verfassungsschutz stellte fest, dass die Mehrzahl der 130 Erstunterzeichner sowie der »über 4000 Personen, die nach der Herausgabe der Druckschrift unterschrieben haben, keiner extremistischen Organisation« angehörten.⁴² Die Unterstützung ging also deutlich über die DKP hinaus. Harburg blieb in diesem Fall zudem nicht »terra incognita«, denn auch überregional wurde über Elke Leppin berichtet.⁴³

Zusammensetzung der Initiative und Bündnispolitik

Die Zusammensetzung der Harburger Bürgerinitiative war typisch für die DKP-nahen Protestgruppen, da hier neben Kommunisten auch Liberale, Sozialdemokraten, Pastoren und Kollegen von Betroffenen mitarbeiteten. Als Verantwortliche für die Harburger Bürgerinitiative agierten: Helmuth Both, Lehrer und Kollege von Elke Leppin, Bernhard Hellriegel, Rechtsreferendar,

Hildebrand Henatsch, Pastor, und Helmut Stein, Justitiar. Both, Henatsch und Hellriegel waren SPD-Mitglieder, Stein Vertreter der Harburger DKP. Alle traten jedoch ohne Parteibezeichnungen auf, vermutlich weil sich der SPD-Bundesvorstand 1970/71 deutlich von Kommunisten abgegrenzt hatte⁴⁴ und gemeinsame Aktionen mit Kommunisten zu Parteiordnungsverfahren führen konnten.⁴⁵ Die Tatsache, dass diese Zusammenarbeit möglich war, beruhte auf zwei Faktoren: Erstens auf der gesellschaftlichen Liberalisierung und zweitens auf der Bündnisstrategie der DKP.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, beeinflusst durch »1968« und die erste sozialliberale Koalition, sind für die Diskussion über den Radikalenbeschluss und die Entstehung von Bürgerinitiativen nicht zu unterschätzen: Die Politisierung gerade junger Menschen brachte nicht nur kommunistischen Gruppen Zulauf, sondern bewirkte auch ein zunehmendes Engagement sowie eine Liberalisierung in Parteien, Kirchen, Schulen und Hochschulen. Gerade der Slogan »Mehr Demokratie wagen« hatte viele Menschen animiert, in die SPD einzutreten. Dies traf auch auf zwei SPD-Mitglieder der Bürgerinitiative zu: Bernhard Hellriegel, geb. 1945, war 1970 in die SPD eingetreten und machte 1972 das Referendariat im Rahmen seines Jurastudiums. Er war bei den Jungsozialisten aktiv und verortete sich – wie die Harburger Juso-Mehrheit – auf dem Stamokap-Flügel, der durch zahlreiche Eintritte junger Menschen gestärkt worden war.⁴⁶ Hellriegel betont rückblickend, dass für ihn insbesondere eine Umsetzung der im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenrechte – hier die Einstellung in den öffentlichen Dienst ohne Betrachtung politischer Gesinnung – als Abgrenzung von der NS-Zeit für sein Engagement von zentraler Bedeutung gewesen sei: »Für mich war dieser Radikalenerlass eine ganz große Enttäuschung in

- 44 Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 346 ff.
- 45 Vgl. z. B. Juso Roth bestraft, in: HA, 4.11.1971; Hamburger SPD beantragt Ausschluß von Karsten Voigt, in: Die Welt, 8.9.1971.
- 46 Vgl. Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, Projekt-Archiv. Der Stamokap-Flügel berief sich auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die vor allem von DDR-Organen und der DKP propagiert wurde. Demnach seien Staat und Wirtschaft miteinander verschmolzen und die reale Macht ginge von den Monopolen aus. Freimut Duve (Hg.), Der Thesenstreit um »Stamokap«. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973; Dietmar Süß, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 67–104, S. 83.

meinem Staatsverständnis, was ich mir als Schüler [...] und als Jurastudent aufgebaut hatte.«⁴⁷

Auch Hildebrand Henatsch war SPD-Mitglied und verweist in seiner Autobiographie auf die Aufbruchsstimmung Anfang der 1970er Jahre, die ihn zum Parteieintritt bewegt habe. Seit 1970 war er Pastor in einem Harburger Neubaugebiet. Er beschreibt u. a. seine Schwierigkeiten, als Pastor nicht mehr zurückgezogen von der Gemeinde, sondern in einem Haus mitten in einer Sozialsiedlung zu leben. Henatsch erfuhr so hautnah die Lebensbedingungen der Menschen seiner Gemeinde und setzte sich für Verbesserungen ein.⁴⁸

Wie sehr sich neue Ideen seit den 1960er Jahren in der evangelischen Kirche verbreiteten, wird nicht nur an dem Engagement von Henatsch deutlich: 12 Hamburger Pastoren und kirchliche Mitarbeiter unterschrieben den Aufruf der Bürgerinitiative, sechs von ihnen – darunter fünf Harburger Pastoren – begründeten dies in einem Leserbrief an die *HAN* mit einer notwendigen Überwindung des Freund-Feind-Schemas und der »Freiheit zum kritischen politischen Engagement«.⁴⁹ Vermutlich handelte es sich dabei um überwiegend junge Mitarbeiter der evangelischen Kirche wie Henatsch, die Pastorin Ursula Pfäfflin oder den Diakon Karl-Theodor Junge. Diese machten Jugend- und Sozialarbeit, gründeten eine Begegnungsstätte für Deutsche und Migranten⁵⁰ und standen damit im Kontext einer »Linkspolitisation des Protestantismus«.⁵¹ Auch Gerhard Weber, FDP-Bürgerschaftsabgeordneter und langjähriger CVJM-Vorsitzender, hatte den Aufruf unterzeichnet und begründete den Protest aus »christlicher Verantwortung«, da er sich für die Grundrechte und gegen jegliche Diskriminierung einsetze.⁵² Bernhard Hellriegel erinnert sich, dass die evangelische Kirche in Harburg sich dadurch ausgezeichnet habe, dass es dort »eine Menge liberaler, progressiv denkender

Leute« gegeben habe.⁵³ Auch dies war ein Zeichen für den Umbruch der 1970er Jahre: Es entstanden Wechselwirkungen zwischen institutionellen Veränderungen und der neuen politischen Kultur, die neue Formen des Protests wie die Bürgerinitiativen hervorbrachten.

Der Einsatz gegen eine politische Diskriminierung – auch von Kommunisten – motivierte viele Kritiker der »Berufsverbote«. Dies betont auch Hellriegel, der sich dagegen gewandt hatte, dass politische Ziele mit administrativen Mitteln durchgesetzt würden: »Mir, ich glaube auch Henatsch und Both, ging es nicht darum, sich mit der DKP zu solidarisieren, sondern es ging darum, Leuten, die eine andere Auffassung haben, als man selbst, eine faire Teilhabe an dieser Demokratie mit allem was dazugehört, einschließlich Zugang zu öffentlichen Ämtern, zu gewähren. [...] Da fängt die Toleranz ja erst an; mit Gleichgesinnten Toleranz üben, das ist ja kein Thema. Und das fand ich das große Versprechen dieses Landes und nach der Nazidiktatur auch zu dringendst wichtig.«⁵⁴

Zugleich kam es in Teilen der Sozialdemokratie – vor allem bei den Jungsozialisten und dem SHB – zu Aktionsbündnissen mit der DKP bzw. MSB oder SDAJ, die von der sozialdemokratischen Parteiführung nicht gern gesehen wurden, weswegen zunehmend Parteiordnungsverfahren durchgeführt wurden.⁵⁵

Hier zeigt sich der langsame Wandel im Umgang mit Kommunisten: Der Antikommunismus, der in der frühen Bundesrepublik als »konsensfähige Integrationsideologie« gedient und ein massives strafrechtliches Vorgehen sowie das KPD-Verbot zur Folge gehabt hatte,⁵⁶ brach seit Mitte der 1960er Jahre nach und nach auf, so dass z. B. das Strafrecht liberalisiert und schließlich die DKP im Zuge der Entspannungspolitik zugelassen wurde.⁵⁷ Über den Radikalenbeschluss versuchte der Staat allerdings wiederum kommunistische

53 Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, Projekt-Archiv.

54 Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, 42:54, Projekt-Archiv.

55 Faulenbach, sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 351 ff.

56 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955, Göttingen 1991, S. 255. Vgl. Patrick Major, The death of the KPD. Communism and anti-communism in West Germany, 1945 – 1956, Oxford 1998, S. 257 – 265; Bernd Faulenbach: Erscheinungsformen des »Antikommunismus«. Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffs, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2011, S. 1 – 13, S. 7 ff. Zum Strafrecht vgl. Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 – 1968, Frankfurt / M. 1978, S. 325 f.

57 Lena Darabeygi, Der Fall »Blinkfuer«: Das Bundesverfassungsgericht und die »Umgründung« der KPD zur DKP in den Sechzigerjahren, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2010, S. 67 – 80. Zur DKP siehe Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968 – 1984, Paderborn 2006; Fülberth, KPD.

47 Interview mit Bernhard Hellriegel, 16.11.2011, Projekt-Archiv.

48 Hildebrand Henatsch, Im Zweifel für die Hoffnung. Eine Autobiographie, Rosengarten 2005, S. 212 f., 215 ff.

49 Leserbrief »Wehren« von Hildebrand Henatsch u. a., in: *HAN*, 20.1.1973.

50 Pfäfflin wurde laut Henatsch wegen ihres Engagements »die rote Uschi« genannt. Henatsch, Im Zweifel S. 242 f. Zu Junge siehe: http://www.was-fuer-ein-leben.de/anschauen_einzeln.php?id=1131&sec=d60e1497 (letzter Zugriff: 12.1.2012). Alle fünf Pastoren waren zwischen 1934 und 1943 geboren und in Harburg bzw. Wilhelmsburg tätig. Herwarth von Schade, Hamburger Pastorinnen und Pastoren seit der Reformation. Ein Verzeichnis, hg. v. Gerhard Paasch, Bremen 2009.

51 Christian A. Widmann, Der »Linksp Protestantismus« und die evangelischen Kirchen in den 1960er und 1970er Jahren, in: Cordia Baumann / Sebastian Gehrig / Nicolas Büchse (Hg.), Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2011, 211 – 236, S. 217.

52 Gerhard Weber, Leserbrief »Christliche Verantwortung«, in: *Die Welt*, 24.2.1973. Weber war im Arbeitsausschuss der Initiative »Weg mit den Berufsverbote« aktiv und zog sich von dem Engagement erst 1977 zurück als sich die DKP nicht gegen Berufsverbote in der DDR einsetzen wollte. Rigoll, Radikalenbeschluss, S. 615.

Organisationen zu schwächen und vom radikalisierten akademischen Nachwuchs zu isolieren.⁵⁸

Die 1970er Jahre markierten eine Öffnung gegenüber dem Kommunismus: Zahlreiche neue kommunistische Organisationen entstanden, der orthodoxe Marxismus-Leninismus war gerade unter einem beträchtlichen Teil der Studierenden *en vogue* und nicht zuletzt nahm die Zahl der Aktionsbündnisse mit Kommunisten zu. Bereits während der Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren hatte es überparteiliche Bündnisse gegeben, die zum Teil von der KPD und SED initiiert wurden. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften lehnten eine Zusammenarbeit jedoch ab, Bündnisse hatten daher meist nur einen lokalen Charakter. Nach dem Verbot der KPD 1956 war ein offenes Auftreten von KPD-Anhängern kaum noch möglich. Auf kommunaler Ebene gab es in Sachfragen zwar auch Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, es überwog aber die Abgrenzung gegenüber Kommunisten.⁵⁹

Durch die Öffnung in den 1970er Jahren avancierte nun der Antikommunismus in Teilen des linksliberalen und sozialdemokratischen Spektrums zum Feindbild und der »Anti-Antikommunismus« wurde populär.⁶⁰ Während die politische Justiz gegen Kommunisten in den 1950er Jahren in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand und noch weniger Protest hervorbrachte, repräsentiert die Ablehnung des Radikalenbeschlusses und so auch die Harburger Bürgerinitiative eine neue Offenheit gegenüber Kommunisten. Eine relevante Gruppe des linksliberalen Spektrums setzte sich nun gegen deren Diskriminierung ein.⁶¹

Den Kommunisten ermöglichte diese Liberalisierung, ihre Bündnispolitik zu erweitern, was sie z. B. im Protest gegen die »Berufsverbote« versuchten. Dies war im Sinne der DKP-Strategie, ein Bündnis aller »antimonopolistischer Kräfte« zu schaffen: dadurch sollte

gemäß der klassischen leninschen Strategie Einfluss in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erlangt werden.⁶² Dieser These entspricht, dass laut Verfassungsschutz die Gründung der Bürgerinitiative auf eine Initiative von »DKP-Funktionären« zurückging, die Kontakt zu den Jungsozialisten gesucht hätten.⁶³ Außerdem versuchte sie, die Einstellung ihrer Mitglieder durchzusetzen und damit die Schwächung der Partei zu verhindern. In der Parteizeitung *unsere zeit* wurde anhand der Hamburger Bürgerinitiativen erläutert, dass diese den Abbau von Vorurteilen vorantreiben würden und die Kommunisten durch das Anknüpfen an die konkreten Probleme der Menschen als »die konsequenten Interessenvertreter der werktätigen Bevölkerung« auftreten könnten.⁶⁴ Bürgerinitiativen seien eine »neue Form des Klassenkampfes«.⁶⁵

»DKP-gesteuerte« Bürgerinitiative?

Die zentrale Rolle der DKP bei der Entstehung der Bürgerinitiative bzw. die Zusammenarbeit mit einem DKP-Mitglied wurde von Befürwortern des Radikalenbeschlusses genutzt, die Kritik an der Senatspraxis als »DKP-gesteuert« darzustellen und diese damit zu delegitimieren. Der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Günther Boyer warf den Verantwortlichen vor, die Interessen der DKP zu unterstützen: »Ich meine, der zweifelhafte Schutz, der hier einigen politisch Unwissenden gewährt werden soll, ist kein Minderheitenschutz, sondern eine Hilfe für unseren politischen Feind. Und Feinde unserer politischen Grundordnung haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.«⁶⁶ Der Hamburger Verfassungsschutz sprach ausschließlich von einer »DKP-Bürgerinitiative«⁶⁷.

Diese Steuerungstheorie wurde auch in einem Artikel der Zeitung *Die Welt* vertreten, um deutlich zu machen, dass nicht hinter jedem Protest »die Besorgnis von Demokraten« stecke. Es wurde darauf verwiesen, dass Cläre Stein, Ehefrau von Helmut Stein und Mitglied im DKP-Kreisvorstand, Elternvertreterin in der Klasse von Leppin war und somit die entsprechende Unterstützung und die Protestschreiben organisiert haben sollte. Helmut Stein wiederum habe in der DDR studiert und sei als verlässlicher Kader in die Bundesrepublik geschickt worden, wo er als Rechtsreferendar in den 1960er Jahren nicht zugelassen worden sei.⁶⁸ Die Arbeit der

58 Rigoll, Demokratie, S. 760.

59 Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005, S. 410 ff.; Markus Gunkel, Der Kampf gegen die Remilitarisierung. Friedensbewegung in Hamburg 1950 bis 1955, Frankfurt am Main 2009, S. 292 ff.; Michael Werner, Die »Ohne-mich«-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949–1955), Münster 2006.

60 Faulenbach, sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 351 ff. Jeanette Seifert betont, dass sich fast alle von ihr untersuchten sozialdemokratischen »68er« gegen den Radikalenbeschluss engagierten. Jeanette Seifert, »Marsch durch die Institutionen?«. Die »68er« in der SPD, Bonn 2009, S. 163.

61 Braunthal, Politische Loyalität, S. 70–75.

62 Roik, DKP, S. 99 f.

63 Vermerk LfV, 17.4.1973, S. 3, StAHH, 131-11, PA, 1764.

64 Egon Traxler, Die Bürgerinitiative Elke Leppin kämpft gegen das Berufsverbot, in: unsere zeit, 2.3.1973.

65 Ellen Weber, Bürgerinitiativen – Eine neue Form des Klassenkampfes, in: unsere zeit, 2.3.1973.

66 Günther Boyer, Radikale im öffentlichen Dienst, in: HAN, 15.1.1973.

67 Vermerk LfV, 17.4.1973, S. 2, StAHH, 131-11, PA, 1764.

68 Die Harburger und der umstrittene »Fall Leppin«. Gegen die Kündigung Proteste aus der linken Ecke, in: Die Welt, 27.1.1973.

Bürgerinitiative sollte so diskreditiert und die Sozialdemokraten als »nützliche Idioten«⁶⁹ der Kommunisten dargestellt werden.

Auch der Hamburger Senat beurteilte die Initiative als von der DKP gelenkte Aktion und verweigerte deshalb die Diskussion: An der Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative nahm daher auch kein Senatsvertreter teil. Im ersten Entwurf eines Antwortschreibens an die Bürgerinitiative wurde dies damit begründet, dass es sich um eine »DKP-gesteuerte Aktion« und eine »vorprogrammierte Veranstaltung« handele und die Mehrzahl der Teilnehmer auf die Ziele der DKP festgelegt sei.⁷⁰ In der endgültigen Fassung fehlten diese Formulierungen und es wurde auf vermeintliche Sachzwänge verwiesen: Der Senat habe »keinen Freiraum für eine Diskussion«, da seine Position von Verfassung und Gesetz vorgegeben sei, daher sei nur ein »fruchtloser Austausch bekannter Argumente« zu erwarten. Außerdem sei Zurückhaltung in der Öffentlichkeit geboten, da es sich um ein schwebendes Rechtsverfahren handele, an dessen Ergebnis sich der Senat halten werde. Die Äußerung, dass der Senat dieses »ordnungsgemäße Verfahren gegenüber einer öffentlichen Veranstaltung« für die Klärung der Sache vorziehe,⁷¹ zeigt, dass die Sozialdemokraten versuchten, den Protest durch formale Gründe ins Leere laufen zu lassen. Zudem folgten sie einem Antikommunismus, der eher für die 1950er Jahre charakteristisch war, aber gerade in den Verfassungsschutzbehörden fortlebte: Alle Organisationen, bei denen Kommunisten mitarbeiteten, galten als kommunistische Hilfsorganisationen. Das Engagement von Nichtkommunisten wurde in der Regel ignoriert oder diese als »nützliche Idioten« tituliert.

Trotz der zunächst großen Resonanz und insgesamt 7000 gesammelten Unterschriften, stellte die

Bürgerinitiative ab Mai 1973 ihre Aktivitäten ein. Grund hierfür war, dass die Auseinandersetzung nun vornehmlich in einem langwierigen Gerichtsverfahren ausgetragen wurde. Die Bürgerinitiative verfügte also über wenige Möglichkeiten, in diesem Fall weiteren Druck aufzubauen. Das Verfahren gegen Elke Leppin wurde erst nach dem politischen Kurswechsel des Senats 1978 eingestellt, durch den die Regelanfrage beim Verfassungsschutz auf den Sicherheitsbereich beschränkt und bei allen Bewerbern für den öffentlichen Dienst die Verfassungstreue angenommen wurde – was die Bürgerinitiative bereits 1973 gefordert hatte. Im September 1979 – etwa sieben Jahre nach Beginn des Verfahrens – wurde Elke Leppin zur Beamtin auf Lebenszeit ernannt.⁷²

Fazit

Am Beispiel der Harburger Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin ist deutlich geworden, dass sowohl lokale Besonderheiten im Stadtteil Harburg wie auch gesellschaftliche Wandlungsprozesse der 1970er Jahre die Entstehung und Wirksamkeit der Bürgerinitiative förderten. Der vom Hamburger Zentrum separierte Stadtteil verfügte über einen eigenen Diskursraum in den *HAN*, die regelmäßig über die Bürgerinitiative berichteten. In den 1970er Jahren ermöglichte ein offenerer Umgang mit Kommunisten bei einem Teil des linksliberalen Spektrums überhaupt die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Bürgerinitiative und die relativ breite Resonanz auf deren Aktivitäten, die über die DKP-Parteimitglieder hinausging. Dies stärkte die DKP und ihre Mitglieder, denn zum einen verbesserten sich dadurch die Einstellungschancen von Leppin und anderen Betroffenen. Zum anderen erhoffte sich die DKP, den eigenen gesellschaftlichen Einfluss erhöhen zu können. Da der Hamburger Senat – unter Federführung der SPD – das neue zivilgesellschaftliche Engagement vor allem als »DKP-gesteuert« ansah, sich auf keine Diskussionen einließ und sich das Verfahren vor Gericht abspielte, war die Wirksamkeit der Proteste begrenzt. Für die DKP zahlte sich diese Kampagne – neben weiteren lokalen und bundesweiten Aktionen – zwar zahlenmäßig nicht aus: Bei der Bürgerschaftswahl 1974 steigerte sich die DKP lediglich um 0,5 % auf 2,2 %, in Harburg stagnierte sie bzw. hatte leichte

69 Dieser Begriff wurde von Kritikern verwandt, um auf den taktischen Charakter kommunistischer Bündnispolitik zu verweisen. Emil-Peter Müller, Die Bündnispolitik der DKP. Ein trojanisches Pferd, Köln 1982, S. 31.

70 Entwurf Schulze an Bürgerinitiative, StAHH, 131-11, PA, 1764.

71 Schulze an Bürgerinitiative, 5.2.1973, StAHH, 131-11, PA, 1764.

72 Erfolg der Solidarität, in: HLZ, 12/1979, 13.10.1979, S. 12.

ALEXANDRA JAEGER
 ■ DER RADIKALENBESCHLUSS
 IN HAMBURG IN DEN 1970er
 JAHREN

JOSEF SCHMID / FRANK
 BAJOHR
 ■ GEWÖHNLICHER
 UNTERNEHMERISCHER
 OPPORTUNISMUS?

ANMERKUNGEN

- 1 Schlohmoh Gysin, Alfred Toepfer: Nazi oder Humanist?, in: Israelitisches Wochenblatt (Zürich), Nr. 16, 23.4.1999, S. 8-10; Hans Georg, Weiß gewaschen. Stiftung des NS-Sympathisanten Alfred Toepfer bemüht erneut Historiker, in: Neue Rheinische Zeitung, Online-Flyer Nr. 178, 24.12.2008 (zuletzt geprüft am 1.12.2011); Georg Kreis, Zweifelhafter Umgang mit »zweifelhafter Vergangenheit«. Zum anhaltenden Streit um die Alfred Toepfer Stiftung, in: ders., Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze, Bd. 3, Basel 2005, S. 501 – 523.
- 2 Georg Kreis u. a. (Hg.), Alfred Toepfer – Stifter und Kaufmann. Bausteine einer Biographie. Kritische Bestandsaufnahme, Hamburg 2000; <http://toepfer-fvs.de/aktuelle-debatten>.
- 3 Ralf Dahrendorf, Liberal und unabhängig. Gerd Bucerus und seine Zeit, München 2000. Kritisch wurde nur Bucerus' Tätigkeit von 1943 bis 1945 als stellvertretender Geschäftsführer und Syndikus der Diago-Werke Moeller & Co. in Hamburg thematisiert, da es ein Unternehmen war, das für den Bau von Baracken- und Notunterkünften zuständig war und dafür auch jüdische KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter einsetzte.

Verluste. Allerdings bedeutete die Zusammenarbeit mit Kommunisten bzw. das Engagement für die Rechte von Kommunisten eine Veränderung der politischen Kultur, die eine Abkehr vom Radikalenbeschluss erst ermöglichte.

JOSEF SCHMID / FRANK BAJOHR

GEWÖHNLICHER UNTERNEHMERISCHER OPPORTUNISMUS?

Kurt A. Körber und die Dresdner »Universelle« im Nationalsozialismus

Hamburg verfügt über eine lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements, das sich u. a. in einer vielfältigen Kultur des Stiftens und des Mäzenatentums manifestiert. Viele dieser Stiftungen trugen traditionell einen »mildtätigen« Charakter und dienten sozialen Unterstützungszwecken. Fragt man nach bedeutenden Stiftern, die sich in den Jahrzehnten nach 1945 durch ein besonderes gesellschaftspolitisches Engagement ausgezeichnet haben, dann geraten vor allem drei Personen ins Blickfeld: Alfred C. Toepfer (1894 – 1993), Gerd Bucerus (1906 – 1995) und Kurt A. Körber (1909 – 1992). Alle drei wurden mit der Hamburger Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet. Alle drei haben die NS-Herrschaft in Deutschland als Erwachsene und schon damals als in verantwortlicher Funktion Handelnde erlebt. Und alle haben sich nach dem Krieg gesellschaftspolitisch engagiert. Die Wurzeln dieses Interesses von Toepfer, Bucerus und Körber lassen sich freilich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen, zumal ihre politischen Orientierungen und ihre Lebenswege deutliche Unterschiede aufwiesen.

Alfred Toepfer und seine 1931 gegründete »Stiftung F.V.S. zu Hamburg« (heute »Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.«) gerieten wegen ihres Verhaltens und ihrer Aktivitäten im Nationalsozialismus besonders in den 1990er Jahren in die Kritik. Toepfer habe eine zu große Nähe zu NS-Repräsentanten gepflegt und mit seiner Stiftung »pangermanische Ziele« verfolgt.¹ Die Stiftung begegnete dieser Kritik seit Mitte der 1990er Jahre mit einem offenen Umgang mit der eigenen Geschichte und einer kritischen Biographie ihres Gründers.² Das Verhalten Gerd Bucerus' im »Dritten Reich«, der damals als Jurist gearbeitet und dabei auch jüdische Mandanten engagiert verteidigt hatte, blieb dagegen nahezu unumstritten.³

Auch Kurt A. Körber erfuhr zu Lebzeiten kaum Kritik wegen seiner Tätigkeit in der Kriegswirtschaft im »Dritten Reich«. Er hatte nach der

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 seine vier Jahre zuvor bei der Berliner Siemens & Halske AG begonnene berufliche Laufbahn als Ingenieur erfolgreich fortgesetzt. Als 25-jähriger wechselte er 1935 zur »Universelle« Zigarettenmaschinenfabrik J.C. Müller & Co.« in Dresden, der er bis 1947 angehörte. Dort stieg er zum Technischen Direktor auf und legte die Basis für seine weitere Karriere. Im Zweiten Weltkrieg wandelte sich die »Universelle« zu einem Betrieb, in der die Rüstungsproduktion immer deutlicher dominierte, was Körber nach eigener Aussage aktiv mit vorantrieb.⁴ Die »Universelle« profitierte ökonomisch sehr von dieser Umorientierung hin zu einem Rüstungsbetrieb und setzte dabei zunehmend Fremd- und Zwangsarbeiter ein.

Körber machte später aus seiner Tätigkeit in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft kein Geheimnis, betonte aber stets seinen persönlichen Einsatz für einzelne vom NS-Regime verfolgte Kollegen.⁵ Sie vor dem Fronteinsatz zu bewahren, führte er als ein zentrales Motiv für sein aktives und erfolgreiches Engagement in der NS-Kriegsproduktion an. Er verschwieg dabei auch politische Zugeständnisse wie seine NSDAP-Mitgliedschaft nicht, »reduzierte« sie aber nach Kriegsende zunächst auf eine einjährige Dauer, wenig später auf eine bloße »Anwartschaft«. Bei letzterer Version blieb er bis zu seinem Lebensende.⁶

Mit der von ihm 1946/47 ins Leben gerufenen Firma Hauni Werke Körber & Co. KG als Gründungsbetrieb der heutigen, in mehreren ökonomischen Bereichen agierenden Körber AG stieg Körber zu einem international erfolgreichen Unternehmer auf. Durch betriebliche und private Sozialmaßnahmen und die Einführung unkonventioneller Mitbestimmungsverfahren im Unternehmen erregte er in den 1960er und 1970er Jahren wiederholt überregionale Aufmerksamkeit und

fand – ungeachtet der kontroversen Beurteilung einzelner Initiativen – insgesamt große Anerkennung. Parallel initiierte er zahlreiche Stiftungsaktivitäten, die die Ehrenbürgerwürde und viele weitere Auszeichnungen begründeten.

Zudem erwarb Körber sich nach 1945 mit mehreren Initiativen den Ruf eines für kritische Geschichtsaufarbeitung und Völkerverständigung eintretenden Unternehmers. So trug beispielsweise der »Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten« – zunächst unter dem Titel »Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten« – durch seine 1980 bis 1983 durchgeführten Wettbewerbe zum »Alltag im Nationalsozialismus« erheblich zur Popularisierung einer »Geschichte von unten« und der Oral History in der Geschichtswissenschaft bei. Der »Bergedorfer Gesprächskreis« wirkte als Forum für internationalen Austausch und Verständigung vor allem durch eine über Jahrzehnte verfolgte Politik des Dialogs und der Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten, allen voran mit der Sowjetunion.⁷ Körber konzentrierte seine stiftetischen Aktivitäten 1981 in der »Körber-Stiftung«, die seit seinem Tod die kultur- und völkerverbindenden Leitgedanken ihres Gründers auch durch zahlreiche neue Initiativen weiter verfolgt.

Kritik am Verhalten seines Berufszweiges im Nationalsozialismus keimte erstmals durch die bahnbrechende Studie von Karl-Heinz Ludwig über »Technik und Ingenieure im Dritten Reich« ab Mitte der 1970er Jahre auf.⁸ Die inzwischen durch zahlreiche Studien bestätigte These Ludwigs von der »Selbstmobilisierung« von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren hatte Körber bereits zuvor grundsätzlich für seine Person bejaht, indem er sein damals aktives Engagement betonte, wenngleich aus angeblich edlen Motiven. Eine Position wie »Ich diene nur der Technik«,⁹ die viele prominente Zeitgenossen einnahmen und die Mitte der 1990er Jahre heftig in die Kritik geriet, hatte er nicht für sich beansprucht, wenngleich er seine Technikbegeisterung deutlich zeigte und dieser Aspekt in Biographien seiner Person stets Eingang fand. Spätere Weggefährten mutmaßten deshalb zwar mitunter, Körber habe im Nationalsozialismus eine Art »innerer Emigration« vollzogen, aber diese These erscheint wenig plausibel.¹⁰

Körbers Verhalten in der NS-Zeit wurde bis zu seinem Tod nicht mehr näher beleuchtet. Eine Rolle spielte dabei auch, dass die regionale NS-Geschichte Sachsens erst seit den späten 1990er Jahren kritisch untersucht

4 Kurt A. Körber, Das Profit-Programm. Ein Unternehmer geht stiften, Hamburg 1992, S. 18.

5 U. a. ebd.

6 Josef Schmid/Dirk Wegner, Kurt A. Körber. Annäherungen an einen Stifter, Hamburg 2002, S. 32.

7 Ebd.

8 Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974; zur Bedeutung Ludwigs und Bestätigung seiner zentralen These vgl. Wilhelm Füßl/Stefan Ittner (Hg.), Biographie und Technikgeschichte, Opladen 1998 (= BIOS Sonderheft 1998) und Werner Lorenz/Torsten Meyer (Hg.), Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus, Münster 2004.

9 So auch der Titel einer anprangernden Ausstellung, vgl. Monika Renneberg/Mark Walker, Naturwissenschaftler, Techniker und der Nationalsozialismus, in: Ich diene nur der Technik: Sieben Karrieren zwischen 1940 und 1950, Berlin 1995, S. 15–24.

10 Hermann Schreiber, Kapitalist mit Gemeinsinn. Ein Essay über Kurt A. Körber, Hamburg 2009, S. 64.

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

wird¹¹ und die Quellenlage sowohl zur »Universelle« wie auch zur Person Körbers schwierig ist. Vom Unternehmen sind nur wenige Dokumente aus der Zeit vor 1945 überliefert, von den persönlichen Unterlagen Körbers – berufliche wie private – scheinen für die Zeit von 1933 bis Mai 1945 nur noch einige Zeugnisse und amtliche Dokumente wie Patentschriften zu existieren. Erst mit dem Kriegsende wird die Überlieferung dann wieder deutlich dichter.¹²

Zwar bemühte sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre eine lokale »Kommission für Betriebsgeschichte« um eine Rekonstruktion der »Universelle«-Historie, doch arbeitete die Kommission unter politischen Vorgaben durch die SED und zeitigte entsprechend fragwürdige Ergebnisse.¹³ »Körper« war dabei ohnehin kein Thema. Eine seriöse oder gar kritische Darstellung der »Universelle«-Geschichte, die die NS-Zeit miteinschließt, liegt bis heute nicht vor. Es gibt nur stichwortartige Chroniken, die überwiegend auf Zeitzeugenaussagen und auf Unterlagen basieren, die auf die Zeit vor 1933 fokussieren. Ebenso legen die Überlieferungen der staatlichen Instanzen der DDR nahe, dass Körper, der nach seiner endgültigen Übersiedlung nach Hamburg 1947 intensive Kontakte in die DDR und seit den 1960er Jahren in zahlreiche andere Staaten des damaligen Warschauer Vertrages unterhielt, nicht auf seine Dresdner Vorgeschichte hin untersucht wurde.¹⁴

Erst zwei in jüngerer Zeit von der Körper-Stiftung in Auftrag gegebene biographische Studien von Josef Schmid und Dirk Wegner sowie von Hermann Schreiber, die erstmals Überlieferungen in staatlichen und privaten Archiven sowie private Sammlungen einbezogen, widmeten sich diesem Lebensabschnitt intensiv und stießen dabei auf einzelne Mängel, Ungeheimheiten und fragwürdige Akzentuierungen in der

bisherigen Darstellung Körbers im Nationalsozialismus.¹⁵ Nicht nur die Tatsache, dass Körper bereits seit 1. Juli 1940 und nicht wie von ihm behauptet »ab 1944« Mitglied der NSDAP gewesen war, rückten die Autoren erstmals ins Licht der Öffentlichkeit, sondern auch die Rolle der »Universelle« in der NS-Kriegswirtschaft erhielt erste Konturen. Die Autoren dieser beiden Biographien attestieren Körper dennoch, dem Nationalsozialismus zumindest ideologisch fern gestanden zu haben. Vielmehr sei sein Drang, immer gewinnen zu wollen, bereits damals der eigentliche treibende Faktor seines Tuns gewesen. Hinzu käme ein unbestreitbares erfinderisches und unternehmerisches Talent, das Körper unbedingt zur Entfaltung bringen wollte. Körbers Handeln, so lässt sich diese Argumentation zusammenfassen, sei dabei in allen seinen Stationen kaum politisch-ideologisch motiviert, sondern vielmehr von einer gehörigen Portion Opportunismus geprägt gewesen.¹⁶

Doch gibt dieser Befund Anlass, die Rolle Körbers im Nationalsozialismus genauer zu betrachten. Denn die Frage, inwieweit Manager aktiv nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben, ist in der aktuellen Forschung zunehmend in den Hintergrund geraten: »Weniger die ohnehin schwer zu fassende ideologische Gesinnung steht seitdem im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, sondern vielmehr das konkrete Handeln.«¹⁷ Dies umso mehr, als der NS-Staat als eine »gelenkte Marktwirtschaft« zwar das Wirtschaftsgeschehen indirekt steuerte, vor allem durch Gewinnanreize und die Zuteilung von Devisen und Ressourcen, aber keinen direkten Zwang ausübte und die Handlungsautonomie der Unternehmer nicht antastete.¹⁸ Deshalb reicht es nicht aus, sich im vorliegenden Artikel auf biografische Informationen über Kurt A. Körper zu beschränken. Vielmehr sind diese

11 Fundierte Überblicke bieten inzwischen Clemens Vollnhals (Hg.), Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, und Holger Starke, unter Mitwirkung von Uwe John (Hg.), Geschichte der Stadt Dresden, Bd. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart (1871 – 2006), Stuttgart (Theiss) 2006, hier Abschnitt »Von der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges«, S. 263 – 530.

12 Siehe Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (HStAD), 11683 Fa. Universelle-Werke J. C. Müller & Co. Dresden.

13 Allerdings enthalten die dabei gesammelten Zeitzeugenaussagen einige verwertbare Hinweise zur Universelle-Geschichte. Siehe HStAD 11686 VEB Tabak- und Industriemaschinen (TABAKU-NI) Dresden, Nr. 31: Beiträge zur Betriebsgeschichte, 1968 – 1971.

14 Den Verfassern liegen auch die Unterlagen aus dem SAPMO-Bestand des Bundesarchivs Berlin und des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR (BStU) vor. Aber weder dort noch im inzwischen ans HStAD abgegebenen Bestand des NS-Archivs des MfS 13471 finden sich diesbezügliche Unterlagen oder weiterführende Hinweise.

15 Schmid / Wegner, Körper, S. 23 – 46; Schreiber, Gemeinsinn, S. 21 ff.

16 Schmid / Wegner, Körper, S. 32 – 38 und Schreiber, Gemeinsinn, S. 60 – 62.

17 Andreas Heusler / Mark Spoerer / Helmut Trischler, Rüstung und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Eine Einführung, in: dies. (Hg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Im Auftrag von MTU Aero Engines und BMW Group, München 2010, S. 1 – 13, hier S. 3.

18 Christoph Buchheim, Unternehmen in Deutschland und das NS-Regime 1933 – 1945. Versuch einer Synthese, in: Historische Zeitschrift 282 (2006), S. 353 – 390. Werner Plumpe, Unternehmen im Nationalsozialismus. Eine Zwischenbilanz, in: ders. / Werner Abels Hauser / Jan-Otmar Hesse (Hg.), Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 243 – 266; Norbert Frei / Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010.

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

vor dem Hintergrund der Geschichte der »Universelle« zu beleuchten.

Ein weiterer Anlass, Körbers Werdegang in jener Zeit erneut zu untersuchen, resultiert aus neuen Erkenntnissen über die regionale Rüstungswirtschaft. So wurde inzwischen die frühere Annahme widerlegt, Dresden und seine Industriebetriebe hätten keine nennenswerte Rolle in der NS-Kriegswirtschaft eingenommen und man urteile damit sozusagen über Akteure auf einem Nebenschauplatz.¹⁹ Im Gegenteil, so die jüngere Forschung, sei Dresden vor allem gegen Kriegsende als »Rüstungsstandort von erheblicher Bedeutung für Hitlers Kriegführung gewesen«.²⁰ Neue Studien belegen die These, dass die »Universelle« zu den wichtigsten Dresdner Rüstungsbetrieben gehörte.²¹

Etappen und Prägungen Körbers bis 1933

Kurt Adolf Körber wurde am 7. September 1909 in Berlin-Charlottenburg geboren. Sein älterer Bruder Erich und er waren die Kinder von Lina Auguste Rosa und Paul Körber, die beide aus Thüringen stammten. Bis 1923 besuchte Kurt in Berlin die Elementarschule, danach zog die Familie nach Chemnitz. Kurt absolvierte dort die Real- und Höhere Handelsschule. Vater Körber war Techniker und hatte in Berlin bei der Siemens-Schuckert Werke AG gearbeitet. Später übernahm Paul Körber in Zschopau beim Motorrad- und Automobilhersteller DKW (ab 1932 umbenannt in Auto Union AG) eine leitende Position.

Der Vater habe den damals üblichen autoritären Erziehungsstil gepflegt, erzählten spätere Weggefährten Körbers, die Einblicke in seine familiären Verhältnisse erhielten. Vor allem förderte der Vater früh die praktischen Begabungen seines Sohnes Kurt und richtete



Kurt A. Körber (r.) mit Bruder Erich und seiner späteren Frau Anny Hiller auf einer Wandertour im Erzgebirge, 1927. Quelle: Körber-Stiftung

ihm zuhause eine Werkstatt ein. Kurt Körber nutzte dieses Privileg, indem er bereits als 15-Jähriger eine automatisch gesteuerte Sender-Ableseskala für Rundfunkgeräte erfand und sie erfolgreich zum Patent anmeldete. Über die außergewöhnliche technische Begabung hinaus stellte er damals auch früh sein unternehmerisches Talent unter Beweis: Mit Hilfe zweier Pensionäre gelang es ihm, die Erfindung mit einigem Erfolg zu vermarkten. Nach eigener Aussage finanzierte Kurt Körber damit einen Teil seines Studiums der Elektrotechnik am Technikum Mittweida, das er im Herbst

1928 aufnahm. Zuvor hatte er zunächst eine technische Lehre bei der Moll-Werke AG in Chemnitz begonnen, die er aber früh zugunsten einer Lehrstelle bei der dortigen Allgemeine Maschinenbau-Gesellschaft AG wieder abbrach. Dort schloss er seine Ausbildung erfolgreich ab. Begleitend zu seinem Studium hospitierte er dann zeitweilig im Betrieb, in dem sein Vater tätig war.

Über die Facetten und die Tiefe der politischen Prägungen, die seine Eltern ihrem jüngeren Sohn mit auf den Weg gaben, ist später viel spekuliert worden. Kurt Körber selbst verwies hier häufig auf seinen Auftritt, den er als Neunjähriger auf einer Versammlung der USPD gehabt habe. Dort ließ ihn seine Mutter, die offen mit den politischen Idealen von Rosa Luxemburg sympathisierte, das Gedicht rezitieren: »Und käme Christus noch einmal, die Welt von Sünde zu befrei'n, fürwahr er wär' ein Sozialist und kämpfte mit in unsern Reih'n.« Obwohl Körbers Mutter Zeitzeugen zufolge bis zu ihrem Tod 1984 einen starken moralischen Einfluss auf ihn ausübte, ist Kurt Körber kein Sozialist geworden. Doch sein Biograph

¹⁹ Noch 2006 vertrat Matthias Gretzschel bei seiner Darstellung der Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 die These, »drei Monate vor Kriegsende war Dresdens ohnehin eher unterdurchschnittliche Bedeutung für die deutsche Rüstungswirtschaft ganz sicher zu vernachlässigen.« Matthias Gretzschel, Als Dresden im Feuersturm versank, Hamburg ²2009, S. 58.

²⁰ Rolf-Dieter Müller, Die militärische Bedeutung Dresdens im Frühjahr 1945 und die Auswirkungen der alliierten Luftangriffe, in: ders. u. a. (Hg.), Die Zerstörung Dresdens am 13./15. Februar 1945. Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen, Göttingen 2010, S. 75 – 99, hier S. 75.

²¹ Z.B. Heinz Schulz, Rüstungsproduktion im Raum Dresden 1933–1945, Dresden ²2005.



Während seines Ingenieursstudiums im sächsischen Mittweida 1928 trat Körber in die Burschenschaft »Cheruskia« ein. Quelle: Körber-Stiftung

Hermann Schreiber vermutet »in diesem Kindheitserlebnis die Keimzelle des sozialen Engagements des Stifters Körber.«²² Manches spricht hingegen dafür, dass sich Körber in seinen Jugendjahren eher an dem national gesinnten Vater orientierte, ohne sich dabei partei- oder tagespolitisch besonders zu exponieren. Körber gehörte zu den jüngsten Jahrgängen der »Kriegsjugendgeneration« des Ersten Weltkriegs, die in einer Atmosphäre aufwuchs, die von Krieg und Nationalismus geprägt war. »Volk« und »Nation«, nicht aber das Individuum bildeten die Bezugspunkte dieser Generation, die sich später gegenüber dem Nationalsozialismus als besonders anfällig erwies.

Die Dominanz der völkischen Studentenbewegung an den deutschen Universitäten in den 1920er Jahren dokumentierte sinnfällig die geistig-politische Ausrichtung vieler Angehöriger der »Kriegsjugendgeneration«.²³

Als Mitglied der Mittweidaer Burschenschaft »Cheruskia«, als farbentragender Student und Sympathisant der bündischen Jugend bewegte sich Kurt Körber in diesem durch die schwärmerische Überhöhung von »Volk« und »Gemeinschaft« gekennzeichneten Dunstkreis, wenngleich er nach außen nicht primär als politisch denkender Mensch, sondern als tüftelnder Techniker in Erscheinung trat.

Ende 1929 brach Kurt Körber trotz hervorragender Beurteilung seiner Leistungen sein Studium ab. Ihm zufolge tat er dies aus Sorge, andernfalls in den Strudel

der sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation in der Weimarer Republik zu geraten. Er bewarb sich bei der Siemens & Halske AG in Berlin. Die Stelle als Revisor in der Verstärker-Abteilung des Wernerwerkes habe er, so berichtete Körber später, dadurch bekommen, dass er sich mit Hilfe eines imitierten Betriebsausweises Zutritt zum Werk verschafft und so bei den maßgeblichen Personen selbst habe vorsprechen können.

Körber blieb jedoch nicht völlig verschont von den heftigen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland. Obgleich ihn seine Vorgesetzten als fleißig und zuverlässig lobten, wurde er im Mai 1932, so die Begründung von Siemens & Halske, »infolge der durch die Wirtschaftslage notwendigen Personaleinschränkungen« arbeitslos.²⁴ Aber bereits nach gut einem Monat stellte der gleiche Arbeitgeber den früheren Mitarbeiter wieder ein. Ab Januar 1933 arbeitete Körber dort als Schalttechniker, ein Jahr später wurde ihm die Ausarbeitung von Bauunterlagen für die Herstellung von Messgeräten der Fernmeldetechnik übertragen.

Erste Erfahrungen nach 1933

In der Nachbarschaft wurde wenige Monate nach dem Machtwechsel 1933 ein jüdischer Arzt »von den Nazis abgeholt«, wie Körber es später formulierte. Seine Mutter trommelte Freunde und Bekannte zusammen, um Unterstützung für dessen Frau und kleine Tochter zu organisieren. Bruder Erich versuchte daraufhin, Kleidung für die Tochter aufzutreiben. Ein Kollege denunzierte ihn, was ihm eine zeitweilige Haftstrafe im KZ Sachsenhausen eingebracht habe.²⁵ Kurt Körber besuchte ihn dort. Noch 1989 war er nach eigener Aussage tief beeindruckt von den »bösen Folgen«, die das politische Engagement der Mutter mit sich gebracht habe.²⁶ Selbst aus dem Abstand von 55 Jahren klingt hier eine Distanzierung Körbers gegenüber dem Engagement der Mutter durch, anstatt an dieser Stelle eindeutig die Verursacher – die Nationalsozialisten – für das Leid des Bruders verantwortlich zu machen. Erich sei frei gekommen, weil sich einflussreiche Nationalsozialisten, die der Vater aus dem Automobilklub kannte und die er um Hilfe gebeten hatte, für ihn eingesetzt hatten.²⁷

Kurt Körber konzentrierte sich in dieser Zeit auf private und berufliche Ziele. 1933 heiratete er seine knapp sechs Jahre ältere Jugendliebe

22 Schreiber, *Gemeinsinn*, S. 17.

23 Ulrich Herbert, »Generation der Sachlichkeit«. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr / Werner Johe / Uwe Lohalm (Hg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potenziale der Moderne*. Detlef Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, S. 115–144; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, 2. durchgesehene und aktualisierte Neuausgabe 2008.

24 Siemens & Halske AG, Zeugnis für Kurt Adolf Körber, Berlin 31.5.1935, zitiert nach: Schmid / Wegner, *Körber*, S. 23.

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

Anna-Katharina Hiller. Bei Siemens & Halske arbeitete er an der Entwicklung eines Farbkontrollgeräts mit, das, mit einer Fotozelle ausgestattet, feinste Farbnuancen erfassen konnte. Die erfolgreiche Tätigkeit der Siemens-Ingenieure, an der Körber maßgeblichen Anteil hatte und womit er die Basis für ein weiteres seiner letztlich knapp 200 Patente legte, sollte 1935 sein Sprungbrett zur »Universelle« werden.

Seine beruflichen Aussichten hatten sich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten deutlich verbessert, die mit ihrer expansiven (Rüstungs-)Dynamik vor allem Technikern und Ingenieuren neue Tätigkeitsfelder erschlossen. Auch Körber sollte in der Folgezeit diese Möglichkeiten aktiv wahrnehmen. Ob er jedoch die NS-Machtübernahme politisch begrüßte, kann mangels Quellen nicht eindeutig belegt werden. Mehr als patriotische »Trinksprüche« und der Beitritt zur Deutschen Arbeitsfront 1934 sind aus Körbers Zeit bei Siemens & Halske nicht bekannt geworden.

Der Weg der »Universelle« in die NS-Rüstungsproduktion

Die »Universelle« Zigarettenmaschinenfabrik J. C. Müller & Co. entstand in der Phase des lokalen industriellen Aufschwungs im späten 19. Jahrhundert.²⁸ Das Unternehmen wurde 1898 als »Compagnie Universelle« von Ingenieur Otto Bergsträßer, einem Pionier der maschinellen Produktion von Zigaretten, gegründet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fand ein erster Konzentrationsprozess in der Zigarettenindustrie statt, in der Dresden zu einer Hochburg dieser Branche wurde. Die »Universelle« nutzte ihren Standortvorteil und expandierte kräftig. Anfangs eine kleine Werkstatt, bezog sie 1911 das erste selbst finanzierte Fabrikgebäude und

beschäftigte 60 Mitarbeiter. In dieser Zeit begann der Aufstieg des seit 1902 zunächst als Hauptbuchhalter tätigen Johann Carl Müller zum Betriebsführer. Müller wurde ab 1915 allein haftender Gesellschafter und das Unternehmen nach ihm umbenannt.²⁹

Im Ersten Weltkrieg beteiligte sich die »Universelle« parallel zur zivilen auch an der Rüstungsproduktion. Etwa 400 Mitarbeiter, überwiegend Frauen, drehten nun vornehmlich Granaten. Die »Universelle« erwarb Anteile an der Eisenwerk Coswig AG und wurde alleiniger Aktionär der Maschinenbau Calberla GmbH in Dresden. 1919 eröffnete die »Universelle« ihre erste Auslandsvertretung in Rotterdam, mit deren Hilfe sie in der Folgezeit ein weltweites Netz an Repräsentanzen aufbaute. Zudem erweiterte sie ihre Produktpalette auf sämtliche Zweige der tabakverarbeitenden Industrie. Maschinen der »Universelle« standen bald in zahlreichen Ländern, für einzelne Staaten wie Griechenland übernahm die Dresdner Firma sogar den Aufbau und die Einrichtung ganzer Tabakmonopole.³⁰

Die Firma erwarb 1919 außerdem in Dresden die Grundstücke Zwickauer Straße 48 – 54, verlegte ihren Stammsitz dorthin und baute diesen in der Folgezeit aus. Den frühen ökonomischen Krisen in der Weimarer Republik mit dem Höhepunkt der Hyperinflation 1923 begegnete das Unternehmen unter anderem durch einen zeitweiligen Einstieg in andere Sparten: Mit einigem Erfolg stellte sie zwischen 1925 und 1927 zwei- und dreirädrige Motorräder her. Weitere Versuche, in anderen Branchen Fuß zu fassen, scheiterten jedoch früh.

In ihrem Kerngeschäft, der Herstellung von Zigarettenmaschinen, agierte das Unternehmen ab Mitte der 1920er Jahre wieder erfolgreich. Damals änderten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen durch eine wachsende Nachfrage nach Zigaretten und durch technischen Fortschritt, den die »Universelle« mit vorantrieb. Die lokale Zigarettenindustrie büßte allerdings in dieser Zeit ihre Vormachtstellung in Deutschland Schritt für Schritt ein. Eine erneute Konzentrationswelle erfasste die Branche, die Zahl der Fabriken reduzierte sich zwischen 1925 und 1933 von 127 auf 42. Der Aufstieg des Reemtsma-Konzerns begann, zu dem die »Universelle« seit 1922 Geschäftsbeziehungen unterhielt.³¹ 1930 übernahm die »Universelle« ihre schärfste Konkurrentin, die United Cigarette Machine Company AG, wodurch sie eine monopolartige Stellung in der Zigarettenmaschinenproduktion in Deutschland errang, die sie durch weitere Firmenzukäufe

25 Es ist ungeklärt, ob dies tatsächlich der einzige bzw. ausschlaggebende Grund für die Inhaftierung gewesen war. Ebd., S. 24.

26 Beide Zitate aus: Kurt A. Körber, Christus wäre Sozialist. Rosa Körber, geb. Nickol, in: Werner Filmer / Heribert Schwan (Hg.), Meine Mutter. Ein deutsches Lesebuch, Düsseldorf 1989, S. 147 – 152, hier S. 150.

27 Schmid / Wegner, Körber, S. 24.

28 Starke, Geschichte Dresden, S. 60.

29 Diese und die folgenden Angaben entstammen den diversen unveröffentlichten Beiträgen zur Betriebsgeschichte der »Universelle«, in: HStAD 11683-27, sowie der gedruckten Broschüre »Gedenkschrift zum 25jährigen Jubiläum von J. C. Müller«, Dresden 1927, in: HStAD 11683-24.

30 Schmid / Wegner, Körber, S. 30.

31 Tino Jacobs, Rauch und Macht. Das Unternehmen Reemtsma 1920 bis 1961, Hamburg 2008, S. 234.

festigte. Zwischen 1928 und 1939 steigerte die »Universelle« die Zahl ihrer Mitarbeiter von rund 600 auf fast 1500.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 änderten sich jedoch erneut die Rahmenbedingungen. Vorübergehend war die Branche durch die Anti-Tabak-Kampagne der Nationalsozialisten verunsichert. Ökonomisch schwerer wog, dass das anfängliche Interesse des NS-Regimes an Devisen hinter zunehmenden Reglementierungen der Ausfuhr zurücktrat. Nicht nur die »Universelle«, sondern die allgemein stark exportorientierte sächsische Industrie litt sehr darunter. Hinzu kam eine wachsende Zurückhaltung ausländischer Kunden auf Grund der antisemitischen Hetze der NS-Regierung.

Die »Universelle« versuchte zunächst, über ihre »neutrale« Vertretung in Rotterdam das Auslandsgeschäft weiterzuführen, was die NS-Regierung aber unter anderem durch ein Steuerstrafverfahren wegen angeblichen Devisenvergehens behinderte. Der Hintergrund war, dass die »Universelle« über die Rotterdamer Dependance erhebliche Vermögenswerte ins Ausland transferiert hatte. Ein jahrelanger juristischer Streit folgte. Bis 1937 erwirtschaftete die »Universelle« zwar noch etwa die Hälfte ihres Umsatzes von etwa acht Millionen Reichsmark (RM) durch das Exportgeschäft, doch die im selben Jahr angeordnete Rückführung von Auslandsbüros ins Reich und vor allem die exporthemmende Devisenbewirtschaftung und -überwachung leiteten im Unternehmen eine Umorientierung ein. 1939 verkaufte die »Universelle« ihre Rotterdamer Vertretung und übertrug ihr auch die Eigentumsrechte an der 1933 in Richmond/ USA gegründeten Firma J. C. Müller Inc.³²

Als 1934/ 35 das NS-Regime mit der heimlichen Aufrüstung begann, stand der Raum Dresden in der

Rangliste der Industrieproduktion an sechster Stelle hinter Berlin, Köln, Hamburg, Leipzig und Essen. Allerdings richtete die mit Sitz in Dresden installierte regionale »Wehrwirtschaftsinspektion IV« anfangs bei nur wenigen Betrieben Abteilungen zur Rüstungsproduktion ein. Die Garnisonsstadt Dresden galt aus Sicht der staatlichen Planer wegen ihrer Grenzlage und ihrer überwiegend kleinteiligen Industrie zunächst als wenig attraktiv für die Aufrüstung. Dies sollte sich erst mit Kriegsbeginn 1939 ändern. Die »Universelle« gehörte jedoch zu den ersten Dresdner Betrieben, in denen 1935 solche Rüstungs-Abteilungen entstanden.³³

In den als »geheim« eingestuften Rüstungsabteilungen waren zunächst nur ausgesuchte und politisch zuverlässige Mitarbeiter tätig. Die »Universelle«, nach der Zeiss Ikon AG und dem Sachsenwerk zu den größten in der Region gehörend, erschien den NS-Behörden vor allem aufgrund ihrer innovativen technischen Ausrichtung als geeignet für die Rüstungsproduktion.

Nur einzelne Mitarbeiter gehörten anfangs NS-Organisationen an. Zum Beispiel wurde der Betriebsratsvorsitzende Erich Buder 1933 Mitglied der NSDAP und Zeitzeugenberichten zufolge in einschlägigen NS-Vereinigungen aktiv.³⁴ Ab 1937 traten weitere »Universelle«-Mitarbeiter der NSDAP bei, darunter der Schwiegersohn Müllers und spätere Betriebsführer Hans Schwerin.³⁵ Spätestens im Zweiten Weltkrieg wirkten dann leitende »Universelle«-Mitarbeiter als Funktionsträger in neu gebildeten lokalen kriegswirtschaftlichen Organisationen und Gremien mit, wobei dies für Körber erst ab 1943 belegt ist.³⁶

In der »Universelle« setzte zügig die Rüstungsproduktion ein. Ab 1936 stellte das Unternehmen Flugzeugteile für die Luftwaffengeschwader in Spanien her, allerdings in bescheidenem Umfang. Zur Erweiterung der Kapazitäten für diesen Produktionsbereich nahm sie 1937 eine große, neu erbaute Montagehalle in Betrieb. Ein Jahr später weitete die »Universelle« die Rüstungsproduktion erheblich aus. Sie avancierte unter anderem zum regionalen Hauptbetrieb für die Zulieferung von Torpedoteilen. Die Torpedoversuchsanstalt (TVA) richtete in der »Universelle« eine Arbeitsstelle ein. Ab 1938 wurden dort Torpedoteile in großen Stückzahlen, später dann ganze Baugruppen hergestellt.³⁷ Im selben Jahr firmierte das Unternehmen um in »Universelle«-Werke J. C. Müller & Co., was mit der veränderten ökonomischen Ausrichtung korrespondierte.

32 Siehe Dokumentation in: Bundesarchiv (BA) Berlin, R 3101-33057.

33 Starke, Geschichte Dresden, S. 435; Michael C. Schneider, Die Wirtschaftsentwicklung von der Wirtschaftskrise bis zum Kriegsende, in: Vollnhals, Sachsen, S. 72 – 84; Schulz, Rüstungsproduktion, S. 8.

34 Diskussionsbeiträge vom 16.4.1970, in: HStAD 11686-31.

35 Am Kriegsende sollen 100 Mitarbeiter der »Universelle« der NSDAP angehört haben. Anhaltspunkte über die »Universelle«-Werke, Ms. Dresden, 13.6.1945, 2 Seiten, hier S. 2, in: HStAD 11683-27.

36 Z. B. nahm Direktor Alwin Herrlich die Funktion des »Abwehrbeauftragten« ein, siehe HStAD 11683-112; weitere Funktionsübernahmen vgl. Lagebericht für die Woche vom 2. bis 8.9.1940, Bl. 152, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg, RW 20/4-2.

37 Schulz, Rüstungsproduktion, S. 75.

38 Mit Beginn des Krieges gehörte die »Universelle« zu den zuverlässigen Lieferanten mit eigenständigen Entwicklungen von Rüstungsgeräten. Vgl. die dazugehörigen Kriegstagebücher der Rüstungsinspektion IV im BA-MA Freiburg, RW 20/4.

39 So Armin Hermann, *Das Zeiss-Werk im Dritten Reich*, in: Christoph Meinel / Peter Voswinckel (Hg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, S. 92 – 99. Bei Zeiss setzte sich laut Hermann u. a. das Argument durch, die Leistungsfähigkeit der Firma müsse im Interesse der Landesverteidigung gewahrt bleiben. Ebd., S. 97.

40 Vgl. diverse Schreiben in: HStAD 11683-24 und -6.

41 Zitiert nach Schreiber, *Gemeinsinn*, S. 59.

42 Die »belletristische Biographie« Körbers von Alexander S. Wassiljev und Pavel Fraenkel erschien 1993 in Moskau unter dem Titel »Zwei Ringe von Kurt Körber«. Sie ist allerdings nur in russischer Sprache erschienen. Im Archiv der Körber-Stiftung / Hamburg (KöA), Nachlass Kurt A. Körber, liegt das dreiteilige Manuskript (Ms.) unter der Firmierung »Russische Biographie« vor. Die zitierte Passage ist dem Ms., Teil II, S. 22, entnommen.

43 Es ist nicht eindeutig belegt, wenn gleich sehr wahrscheinlich, dass Körber bereits 1937 – wie von ihm behauptet – mit der Prokura ausgestattet wurde, da nur die damit üblicherweise verbundene Gehaltserhöhung überliefert ist. Spätestens am 15. März 1943 war Körber mit der Gesamtprokura ausgestattet. Es bleibt aber unklar, ob dies der Beginn oder nur eine Bestätigung der Prokura-Vollmacht war. Vgl.

Die Dresdner Firma weitete diesen zunehmend lukrativen Geschäftszweig noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges erheblich aus.³⁸ An die Bedeutung des Zeiss-Konzerns, dessen lokaler Ableger auch in Dresden eine herausragende Rolle in der Rüstungswirtschaft einnahm, reichte die der »Universelle« zwar nicht heran. Aber wie bei den Zeiss-Werken scheint einer von der Geschäftsführung aktiv gestützten kriegswirtschaftlichen Effizienz zugunsten des NS-Regimes nichts im Weg gestanden zu haben.³⁹

Einseitig auf Rüstung festlegen lassen wollte sich die »Universelle« jedoch nicht. Offenkundig schätzte man das Engagement in der Kriegswirtschaft frühzeitig nur als eine Beteiligung an einer Sonderkonjunktur ein. Wie andere Unternehmen im »Dritten Reich« war die Dresdner Firma vielmehr bestrebt, ihre zivile Fertigung parallel zur Rüstungsproduktion aufrecht zu erhalten. Der langfristige Bestand des Unternehmens sollte durch die Fähigkeit gesichert werden, mit Zigarettenmaschinen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. So erwarben Johann Carl Müller und sein Schwiegersohn Hans Schwerin 1938 in Wien von der Landmaschinenfabrik Hofherr-Schrantz, Clayton Shuttlewort AG, die Tabakmaschinenabteilung. Allerdings wurde die Herstellung von Zigarettenmaschinen und damit die Weiterführung der zivilen Produktion in der »Universelle« nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst durch politische Vorgaben stark behindert.⁴⁰

Beruflicher Aufstieg in einem sich wandelnden Unternehmen

Am 23. Februar 1935 bewarb sich Kurt Körber »mit deutschem Gruß« bei der »Universelle«. Er erwähnte darin, dass er an der »von Ihnen verwendeten

Zigarettenwende-Maschine [...] zeitweise entwicklungstechnisch mitgearbeitet« habe.⁴¹ Seit Mitte der 1920er Jahre hatte die »Universelle« an der Entwicklung einer Maschine gearbeitet, mit deren Hilfe die damals noch üblichen ovalen Zigaretten automatisch und in ausreichender Stückzahl »auf Spiegel«, d. h. mit den aufgedruckten Markenbezeichnungen nach oben, in die Packungen gelegt werden konnten. Der Durchbruch gelang aber erst durch die Erfindung der Ingenieure von Siemens & Halske und war damals eine große technische Innovation in der Branche, die mühsame und kostenträchtige Handarbeit ersetzte. Körber reklamierte nach außen bald einen zunehmend hohen Anteil an der Erfindung für sich und bezeichnete sich später sogar als Erfinder der ganzen so genannten Spiegelpackmaschine. Im Jahre 1990 gestand er jedoch seinen tatsächlich begrenzten Beitrag ein, als er aussagte, dass er in jungen Jahren »nicht einmal eine neue Zigarettenmaschine gebaut« habe.⁴²

Zum 31. März 1935 schied Körber bei Siemens & Halske aus und trat anschließend in den Dienst der »Universelle«. Dort war er eine von über 100 Personen, die als Konstrukteur, Techniker oder Zeichner arbeiteten. Doch die Spiegelpackmaschine entpuppte sich rasch als Verkaufsschlager. Bis 1939 verkaufte die »Universelle« davon etwa 350 Stück. Körber durfte die Montage der Zigarettenwende-Vorrichtung an den Maschinen in mehreren europäischen Ländern überwachen und Wartungen durchführen. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 reiste er dafür sogar bis nach Kairo. Offenkundig war man mit der Leistung Körbers bei der »Universelle« sehr zufrieden, denn bereits 1937 wurde sein Gehalt deutlich angehoben und ihm die Prokura-Vollmacht erteilt.⁴³ Er arbeitete nun eng mit dem langjährigen Direktor Max Hohn zusammen, der in der Hierarchie des Unternehmens direkt unter dem obersten Chef und Eigentümer Johann Carl Müller angesiedelt war.⁴⁴ Zu Müller habe er ebenfalls einen guten Draht bekommen, berichtete Körber später. Der patriarchalisch agierende und unter anderem wegen seiner über den Betrieb hinaus wirkenden Sozialmaßnahmen respektierte Müller sei sein Vorbild geworden.⁴⁵

Immer mehr technische Mitarbeiter von Dresdner Unternehmen wurden ab 1938 schrittweise in die Rüstungsproduktion einbezogen. Dabei war die nationalsozialistische Kriegswirtschaft mitunter »friedensähnlich« aufgebaut, und den Beteiligten war die militärische Bedeutung des eigenen Beitrages nicht immer – zumindest nicht von Beginn an – bekannt.⁴⁶ Körber

NAGEMA, Vereinigung volkseigener Betriebe des Maschinenbaus, Tabak- und Industriemaschinen Dresden: Gutachten von Erich Wandschneider, geschickt an die Deutsche Handelsgesellschaft West-Ost mbH, [Zweigniederlassung] Hamburg, 28.11.1950, 27 Seiten, hier S. 5 f., in HStAD 1686-1.

44 Schreiben Paul Fleischer an Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, Dresden vom 29.12.1987, in: K6A, Nachlass Kurt A. Körber. Fleischer war ein Mitarbeiter Körbers, der ihm in den letzten Kriegsjahren direkt unterstand. Körber war ab 1937 nach eigener Aussage »Direktor Werksleitung der Universelle«, womit vermutlich seine enge Zusammenarbeit mit Hohn gemeint war. Vgl. Schreiber, *Gemeinsinn*, S. 60.

45 Ebd. und Körber, *Profit-Programm*, S. 18 f.

46 Schulz, *Rüstungsproduktion*, S. 10.

47 So Martin Beheim-Schwarzbach, *Bergedorfer Offensive*, Hamburg 1970 (Erstauflage 1966), S. 24.

48 Gegenüber seinem ersten Biographen gibt Körber an, erst mit Kriegsbeginn an der Rüstungsproduktion beteiligt worden zu sein. Ebd.

49 Ebd., S. 25, und Schreiber, *Gemeinsinn*, S. 62.

50 Lagebericht für die Woche vom 16.-22.12.1940, Bl. 220, in BA-MA RW 20/4-2.

51 Schneider, *Wirtschaftsentwicklung*, S. 80. Im Raum Dresden waren 30 Betriebe mit der Kriegsproduktion befasst, vgl. Schulz, *Rüstungsproduktion*, S. 48 und 107.

52 Schreiber, *Gemeinsinn*, S. 63. Vor allem dürfte auch der erfolgreiche Einsatz des Geräts durch das OKM

jedoch tat diesen Schritt bewusst. Er gehörte nach eigener Aussage zu denjenigen führenden »Universelle«-Mitarbeitern, die frühzeitig dafür plädierten, statt nur Granaten zu drehen, komplette elektromechanische Baugruppen für die Rüstung herzustellen.⁴⁷ Sein Einfluss auf die zügige kriegswirtschaftliche Ausrichtung der »Universelle« in dieser Zeit ist allerdings nicht mehr eindeutig zu eruieren.⁴⁸ Nach Kriegsbeginn führten leitende »Universelle«-Mitarbeiter nachweislich des Öfteren Besprechungen mit hohen militärischen Dienststellen, an denen Körber offenkundig beteiligt war. Unter anderem erinnerte er sich an eine frühe Begegnung mit dem späteren Admiral Kurt Fricke, der seit 1937 dem Oberkommando der Kriegsmarine (OKM) angehörte.⁴⁹

Die »Universelle« überzeugte das OKM vor allem durch die selbstständige Entwicklung eines sogenannten Scheinwerferleitrichtgerätes für die Küstenartillerie und produzierte es bald in großer Stückzahl.⁵⁰ Dieses Gerät – eine Art Vorläufer des Radars – diente zur Ortung von Zielobjekten mit Hilfe eines elektronischen Auges, das der Vorrichtung an der Spiegelpackmaschine ähnelte und an dessen Entwicklung Körber federführend beteiligt war. Die Rüstungsproduktion des Unternehmens umfasste 1939 ferner den Bau neuer Flak-Kanonen und die Montage weiterer Rüstungsgüter. Der monatliche Umsatz im Rüstungsgeschäft steigerte sich bereits damals auf knapp zwei Millionen RM, während er parallel in der zivilen Fertigung auf eine halbe Million RM zurückging und für die »Universelle« zunehmend an ökonomischer Bedeutung verlor.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges gehörte die »Universelle« zu etwa 20 Dresdner Betrieben, die für die Kriegswirtschaft produzierten.⁵¹ Nachweislich lieferte das Unternehmen Anfang 1940 auch Bordwaffen



Körber bei einer Geschäftsreise im Auftrag der »Universelle« einige Monate vor Kriegsausbruch 1939 in Kairo. Quelle: Körber-Stiftung

und Motorenzubehör für die Luftwaffe. Hermann Schreiber zufolge hatte Körber später maßgeblichen Anteil, dass die »Universelle« die »traditionelle Rivalität der Wehrmachtsteile« überwinden und »auch der Luftwaffe das Leitrichtgerät« zuführen konnte.⁵²

Ähnlich wie die Dresdner Zeiss Ikon AG, die eine lokale Schlüsselstellung für die Zünderherstellung einnahm, baute sich auch die »Universelle« für die Rüstungsproduktion ein Netz aus Untertierlieferanten auf. Bis zum Ende des Krieges sollte deren Zahl auf rund 200 anwachsen. Die dem OKM zugeordnete »Abteilung Marine« der »Rüstungsinspektion IV« – so hieß die Wehrwirtschaftsinspektion seit Ende 1939 – stufte die »Universelle« bereits im Juli 1940 als eine »für die Umsteuerung der Rüstung besonders wichtige Firma« ein.⁵³ Vertreter des OKM besuchten das Dresdner Unternehmen wiederholt und unterstützten deren Forderung nach zusätzlichen Fachkräften.⁵⁴

Auf nationaler Ebene übernahm nun das am 17. März 1940 gegründete Reichsministerium für Bewaffnung und Munition mit Fritz Todt an

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

dabei eine wichtige Rolle gespielt haben. Ebd. und Beheim-Schwarzbach, Bergedorfer Offensive, S. 25.

53 Lagebericht für die Woche vom 21. bis 27.7.1940, Bl. 135, in: MA-BA RW 20/4-2.

54 Siehe Lageberichte der Rüstungsinspektion IV für 1940, in: ebd.

55 1942 wurde die Rüstungsinspektion umstrukturiert und regional neu eingeteilt, danach war die »Rüstungsinspektion IVa« für Dresden zuständig. Vgl. Schulz, Rüstungsproduktion, S. 16.

56 Eduard Föhr, Über die Kultur der Architekten und Ingenieure im »Dritten« Deutschen Reich, in: Ulrich Kuder (Hg.), Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-1945, Berlin 1997, S. 53 – 68, hier S. 59; vgl. Ludwig, Technik und Ingenieure, S. 365.

57 Lagebericht für die Woche vom 2. bis 8.9.1940, Bl. 152, in: MA-BA RW 20/4-2.

58 Beheim-Schwarzbach, Bergedorfer Offensive, S. 26.

59 Schreiben Fleischer 1987.

60 Zitiert nach: Schmid / Wegner, Körber, S. 33.

61 Zitiert nach: Schreiber, Gemein-sinn, S. 65.

62 Schmid / Wegner, Körber, S. 35.

der Spitze die Steuerung der Kriegswirtschaft. Die in Dresden ansässige »Rüstungsinspektion IV« mit den ihr zugeordneten Rüstungskommandos in Dresden, Leipzig, Halle, Chemnitz und Reichenberg wurde dem neuen Ministerium unterstellt.⁵⁵ Das Todt-Ministerium weitete die zunächst reichsweit auf Munitionserzeugung konzentrierte Rüstungsproduktion im Juli 1940 auf Waffen und Geräte aus, was die Bedeutung von Unternehmen wie der »Universelle« erhöhte.⁵⁶

Einhergehend mit der Steuerung der Kriegswirtschaft durch das Todt-Ministerium wurden regionale Ausschüsse zur Beratung und Mitwirkung neu eingerichtet oder bestehende aufgewertet. Unter anderem wurde »Universelle«-Direktor Alwin Herrlich damals »die Aufgabe des Arbeitseinsatzes des Rüstungsausschusses übertragen«.⁵⁷ Körber agierte offenbar in dieser Zeit als ein direkter Mittelsmann zwischen den Kommandostellen der Wehrmachtsteile und der »Universelle«. Auf seine Initiative hin, so berichtet Biograph Martin Beheim-Schwarzbach, habe das OKM Offiziere und Matrosen in Dresden zur Bedienung des Scheinwerferleitrichtgeräts ausbilden lassen.⁵⁸ Mit dem erfolgreichen Engagement für die Kriegsproduktion stieg auch Körbers Einfluss im Unternehmen: »Die Dinge im Werk und im Krieg entwickelten [sich,] so wie ich es sah, daß Herr Körber unter den vielen leitenden Köpfen eigentlich das Zepter führte«, erinnerte sich später einer seiner Mitarbeiter.⁵⁹

An Körbers verantwortlicher Tätigkeit im Rahmen der Kriegsproduktion kann nach Sachlage der vorhandenen Quellen nicht gezweifelt werden. Die innere Einstellung Körbers zum Krieg und zum Nationalsozialismus hingegen ist aus ihnen nicht zu rekonstruieren. Allerdings hat sich Körber darüber rückblickend gelegentlich geäußert: »Ich wollte den Krieg gewinnen; dafür habe ich gearbeitet, Tag und Nacht«, hatte er

beispielsweise im Rahmen eines Interviews zu seinem 80. Geburtstag 1989 einem Gesprächspartner von der Tageszeitung »Die Welt« auf das Band gesprochen.⁶⁰ Den sowjetischen Schriftstellern Alexander S. Wassiljev und Pavel Fraenkel hat Körber 1990 auf die Frage, was ihm an Hitler gefallen habe, geantwortet: »Die gewaltigen Vorhaben, die Einheit von Wort und Tat, die Verherrlichung der Arbeit. Das Hitlerreich sollte das vieljährige Streben unseres Volkes nach Freiheit und Wohlergehen krönen.«⁶¹ Solchen Äußerungen ist umso größeres Gewicht beizumessen, als es für Körber in der jeweiligen Gesprächssituation opportun gewesen wäre, zu schweigen oder sich zum Gegner des Krieges und des Nationalsozialismus zu stilisieren. Stattdessen gab er offen zu, aus voller Überzeugung für den Krieg gearbeitet und zumindest zeitweise vom NS-Regime fasziniert gewesen zu sein. Der Verweis auf die »gewaltigen Vorhaben« des Regimes unterstreicht noch einmal, was zu damaliger Zeit gerade Techniker und junge Manager am »Dritten Reich« für attraktiv hielten: sein Modernitätsappeal, verbunden mit dem Denken in großen »Projekten«, das dem eigenen Berufsstand glänzende Zukunftsaussichten suggerierte. Noch ein weiteres Faktum unterstreicht, dass Körber vor allem zu Beginn des Krieges dem NS-Staat alles andere als fern stand: Am 1. Juli 1940 trat er der NSDAP als Mitglied bei.⁶² Der Zeitpunkt war sicher nicht zufällig: sechs Tage nach dem Sieg über Frankreich, als Hitler und das NS-Regime im Zenit ihres Ansehens standen und die meisten Deutschen mit einem baldigen, siegreichen Ende des Krieges rechneten. Wie bereits erwähnt, hat Körber diese Mitgliedschaft später entweder verschwiegen oder auf eine angeblich einjährige »Anwartschaft« 1944/45 reduziert.

Name: Körber Kurt Adolf	Wohnung: Dresden, Schönbergstr. 34
Ob- Ing.	Ort: Dresden Gau: Sachsen
Geb.-Datum: 7.9.09	Ob- Ing. Charlottenburg
Mitgl.-Nr.: 8773110	Aufn.: 1. Juli 1940
Aufnahmebeitrag: 30,- 5,- 40	Wohnung: _____
Wiedererh. beitrags an: _____	Ort: _____ Gau: _____
Arbeits: _____	Wohnung: _____
Gebäude: _____	Ort: _____ Gau: _____
Anschluß: _____	Wohnung: _____
Aufgaben: _____	Ort: _____ Gau: _____
Gezeiten wagn: _____	Wohnung: _____
Zurückgenommen: _____	Ort: _____ Gau: _____
Abgang mit Wehrmacht: _____	Wohnung: _____
Zugang von: _____	Ort: _____ Gau: _____
Gesamt: _____	Wohnung: _____
Bemerkungen: _____	Ort: _____ Gau: _____

Körbers Mitgliedskarte belegt, dass er bereits 1940 in die NSDAP eingetreten war. Quelle: Bundesarchiv, BDC

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

Expansion der »Universelle« im Zweiten Weltkrieg

Im Unterschied zur großen Mehrheit sächsischer Unternehmer, die sich an der Ausbeutung in den besetzten Gebieten nicht beteiligten,⁶³ nutzte die Führung der »Universelle« die anfänglichen militärischen Erfolge der Wehrmacht im Osten rasch zur Expansion in die besetzte Ukraine. Noch 1941 entstanden in Grodno, Bezirk Bialystok, zwei Schwesterwerke: die J.C. Müller & Schwerin Maschinenbau GmbH und das Industrierwerk. Zusammen beschäftigten sie ca. 110 Personen, überwiegend Polen und Ukrainer. Müller & Schwerin fertigte Teile für die Rüstungsproduktion (Scheinwerferleuchtgeräte, Klimaanlage u. ä.), aber auch für Zigarettenverpackungsmaschinen. Die Teilprodukte lieferte das »Ausweichwerk« – so die interne Namensgebung – zur Endmontage nach Dresden. Das Industrierwerk kaufte gebrauchte Landmaschinen, setzte sie in Stand und verkaufte sie wieder.⁶⁴

Nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad Anfang 1943 wendete sich das Kriegsgeschehen zuungunsten des nationalsozialistischen Deutschland. Dort begann die totale Mobilmachung. Ab Februar 1943 wurden alle Frauen bis zu einem Alter von 45 Jahren arbeitszwangsverpflichtet, ab 1944 betraf dies alle bis zum 50. Lebensjahr. Steigende Einberufungszahlen bei gleichzeitig wachsendem Arbeitskräftebedarf in der heimischen Rüstungsindustrie wurden durch den zunehmenden Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern zu kompensieren versucht. Allein in Dresden waren es zwischen 1941 und 1945 mindestens 20 000 Arbeiter. In sieben Betrieben gab es mehr als 1000 Zwangsarbeiter, bei der »Universelle« etwa 3000.⁶⁵ Bereits seit Ende 1941 hatten sich die so genannten Auskammaktionen vermehrt, um Männer zum

Fronteinsatz oder Facharbeiter für vordringliche, d. h. kriegswirtschaftliche Fertigungen zu gewinnen. Nach und nach wurden nicht kriegswichtige Betriebe stillgelegt oder die Belegschaft der Rüstung zugeführt. Spätestens ab 1944 produzierten alle noch existenten Firmen für den militärischen Bedarf: 240 waren es im Raum Dresden, 170 im Stadtgebiet.⁶⁶

Doch vom Luftkrieg blieb man an der »Heimatfront« in Sachsen bis Herbst 1943 noch weitgehend verschont. Ab Anfang 1943 wurden deshalb Rüstungsbetriebe zunehmend auch in diese Region verlagert. Mit dem Bau von Panzerfahrzeugen und Jagdflugzeugen entstanden bislang dort nicht vorhandene Industrien. Die Bedeutung Sachsens für die deutsche Kriegswirtschaft stieg jetzt deutlich an. Besonders Dresden profitierte davon. Die Zentrale der sächsischen Rüstungswirtschaft war später als andere Städte vom alliierten Luftkrieg betroffen. Fliegerangriffe gab es ab Sommer 1944, aber erst das verheerende Bombardement am 13./14. Februar 1945 mit mindestens 25 000 Todesopfern traf auch die dortige Rüstungsindustrie empfindlich. Die industrielle Substanz in Dresden war aber auch danach immer noch groß genug, um zum Beispiel die Weiterführung der Montage von Panzern vorzubereiten.⁶⁷

Die staatlichen Vorgaben für die Struktur und die Bedingungen der Kriegsproduktion hatten sich inzwischen verändert. Nachdem Albert Speer im Februar 1942 Reichsminister für Bewaffnung und Munition (nach der Umbenennung 1943 »für Rüstung und Kriegsproduktion«) geworden war, setzte er die noch unter seinem Vorgänger Todt beschlossene Neuorganisation der Rüstungswirtschaft um. Der Einfluss der Wirtschaft gegenüber militärischen Auftraggebern sollte nach Speers Vorstellungen erhöht werden, um die Effektivität der Rüstungsproduktion zu steigern. Das Ministerium steuerte dabei weiterhin die Fertigung, aber die regionale Umsetzung auf privatwirtschaftlicher Basis gewann an Bedeutung. Die Vergabe von Aufträgen erfolgte vorzugsweise auf der Grundlage von Angeboten der Industrie.⁶⁸ Speer beschrieb später mit kaum verhohlenen Stolz die enorme Produktivitätssteigerung der Rüstungsindustrie unter seiner Regie.⁶⁹

Die »Universelle« verstärkte in der Folge ihre Anstrengungen, die eigenen Produktionsbedingungen für Rüstungsgüter zu verbessern. Gemeinsam mit Hans Schwerin, der Müller 1942 als Unternehmenschef ablöste, suchten Körber und andere leitende Betriebsangehörige in Dresden dafür auch nach geeigneten Standorten zwecks Ausweitung der Produktion. Im

63 Schneider, Wirtschaftsentwicklung, S. 82.

64 Die Leitung dort hatte Kurt Gregor, über dessen Aktivitäten bislang aber nichts Näheres bekannt geworden ist. Als 1944 die Rote Armee näher rückte, wurde die Firma Müller & Schwerin nach Sachsen verlegt. Nach Kriegsende wurde sie aufgelöst. VEB Tabakuni Dresden [Verfasser Fritz Weber]: Betriebschronik – Faktenmaterial, Dresden 17.6.1958, 5 Seiten, hier S. 3, in: HstAD 11683-35.

65 Schulz, Rüstungsproduktion, S. 27; Schmid/Wegner, Körber, S. 36.

66 Schulz, Rüstungsproduktion, S. 12 ff.

67 Müller, Die militärische Bedeutung, S. 75 ff.; Rainer Behring, Das Kriegsende 1945, in: Vollnhals, Sachsen, S. 224 – 238; Thomas Kübler, Die Stadt in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit (1918 bis 1945), in: Dresdner Geschichtsverein (Hg.), Dresden. Die Geschichte der Stadt. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 2002, S. 199 – 234, hier S. 232 ff.;

68 Schulz, Rüstungsproduktion, S. 112.

69 Jürgen Herter, Gehorsam und alltägliches Management im Nationalsozialismus am Beispiel der Selbstzeugnisse von Albert Speer und Rudolf Höß, in: Kuder, Architektur, S. 42 – 52.

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

Visier hatten sie vor allem stillgelegte bzw. von der Stilllegung bedrohte Zigarettenfabriken. Doch der für diese Firmen zuständige Behörde in Berlin behagten die expansiven Pläne der »Universelle« nicht. Mit Hilfe von Philipp F. Reemtsma, der in dieser Branche eine zentrale Machtposition eingenommen hatte, blockierte sie mehrere Versuche der Firmenübernahme durch die »Universelle«.⁷⁰

Als etwa am 18. Dezember 1943 bei der seit den späten 1920er Jahren zum Reemtsma-Konzern gehörenden Dresdner Firma Yenidze die Zigarettenherstellung endgültig stoppte und die Arbeitskräfte per Dienstverpflichtung in Rüstungsbetriebe umgesetzt wurden, besichtigten Hans Schwerin, Kurt Körber und zwei weitere Kollegen das Fabrikgebäude. Die Räumlichkeiten schienen ihnen für die Aufstellung schwerer Maschinen gut geeignet. Nach Plänen der »Universelle« sollten dort mit 400 Männern und Frauen in eigener Regie Torpedoteile produziert werden. Die Firma Reemtsma schlug mit Zustimmung des Rüstungskommandos Dresden das Fabrikgebäude aber dem konkurrierenden Dresdner Rüstungsbetrieb Seidel & Naumann AG zu, welcher vor dem Zweiten Weltkrieg für seine hochwertigen Schreibmaschinen überregional bekannt gewesen war.⁷¹

Anfang 1944 erwarb die »Universelle« schließlich Anspruch auf Dienstverpflichtete und Räume des ehemaligen Zigarettenproduzenten Jasmatzki in Dresden-Striesen. Dieses Mal kam es auch zu einer Verständigung mit Reemtsma. Körber war in die Abwicklung einbezogen. Die Organisation klappte gut und die anschließende »Produktionsleistung stimmte«.⁷²

Mit Blick auf den sich ausweitenden Luftkrieg gegen Deutschland versuchte inzwischen auch die Dresdner Industrie, der Luftwaffe Priorität einzuräumen, zumal staatliche Instanzen dieser Branche nun ebenfalls

zunehmende Förderung zukommen ließen.⁷³ Die Dresdner Rüstungsinspektion hatte 1942 einen Sonderausschuss »Junkers-Triebwerke« etabliert, dem die lokalen Firmen Otto Bark und »Universelle« angehörten. Die »Universelle« bemühte sich danach verstärkt um neue und größere Aufträge von der Luftwaffe und parallel um einen geeigneten Standort, an dem sie eine solche Produktion konzentrieren konnte. Doch damit hatte sie erst 1944 Erfolg.

In diesem Zusammenhang beantragte die »Universelle« 1943 parallel den Bau eines Barackenlagers für Zwangsarbeiter, die speziell für diesen Produktionsbereich eingesetzt werden sollten.⁷⁴ Der Antrag wurde 1943 zunächst jedoch zurückgestellt, da die Firma infolge ausstehender Zahlungen der belieferten Wehrmachtsstäbe zeitweilig in ökonomische Schwierigkeiten geriet.⁷⁵ Erst 1944 gelang der »Universelle« unter Federführung ihres Direktors Fritz Reinhardt, mit Krediten der Bank für Luftfahrt AG die notwendige Vorfinanzierung für Rüstungsaufträge der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG in Dessau sicherzustellen. Diese Aufträge wiesen einen Gesamtumfang von mehr als 23 Millionen RM auf, was mehr als zwei Drittel des – zumindest buchhalterisch erwirtschafteten – gesamten Umsatzes von rund 30 Millionen RM des Vorjahres entsprach.⁷⁶ Die »Universelle« produzierte Mitte 1944 für alle drei Wehrmachtsteile (Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe), und zwar an drei Standorten in Dresden und in drei selbstständig geführten Werken außerhalb Dresdens.⁷⁷ Doch der Junkers-Großauftrag sprengte sogar diesen Rahmen, sodass die Suche nach einer geeigneten zusätzlichen Produktionsstätte weiterging.

Nun erhielt die »Universelle« die Erlaubnis, in der Florastraße 5 in Dresden ein Lager für Zwangsarbeiter zu errichten. Begonnen hatte die kriegsbedingte Beschäftigung von »Fremdarbeitern« in der »Universelle« bereits Ende 1941 mit spanischen Zivilarbeitern. Anfang 1942 kamen Arbeitskräfte aus zahlreichen weiteren Ländern hinzu, bis Kriegsende sollte das Unternehmen Menschen aus elf verschiedenen Nationen zu »ihrer Belegschaft« zählen. In der »Universelle« hatte es auch schon früher ausländische Mitarbeiter gegeben, doch spätestens ab Mitte 1942 wurde der zunehmende Zwangscharakter der Beschäftigung solcher »Fremdarbeiter« unübersehbar. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wuchs in dieser Zeit stark an, im Juli kamen erstmals so genannte Ostarbeiter aus Litzmannstadt dazu. Die Zwangsarbeiter waren überwiegend in den insgesamt neun über

70 Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS), PFR 650,04,14.

71 Erik Lindner, Die Reemtsmas. Geschichte einer deutschen Unternehmerfamilie, Hamburg 2007, S. 280 f.

72 So Lindner, ebd., S. 283.

73 Heusler u. a., Rüstung, S. 5.

74 Von 62 Massivbarackenbauvorhaben im Raum Dresden wurden im Dezember 1943 zehn, darunter das auf 800 Insassen ausgerichtete Lager der »Universelle«, verschoben. Vgl. Kriegstagebuch Rüstungsinspektion IVa, Oktober bis Dezember 1943, in: BA-MA Freiburg RW 20/4-17.

75 Auch die finanzielle Abwicklung des Jasmatzki-Erwerbs erfolgte deshalb verzögert. Vgl. ebd.

76 Geheimes Schreiben Universelle an die Bank für Luftfahrt AG, Berlin, Dresden vom 30.9.1944, Betr.: Auftragsfinanzierung, BA Berlin R 8121/277.

77 Schreiben der Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden, an die Bank der Deutschen Luftfahrt AG, Berlin, Dresden vom 21.11.1944, in: ebd., und Anhaltspunkte über die »Universelle«-Werke, Ms. Dresden, 13.6.1945, in: HStAD 11683-27.

das Stadtgebiet verteilten Lagern untergebracht. Die meisten Lager teilte sich die »Universelle« mit anderen Betrieben, mehrere bestanden nur zeitweilig.⁷⁸ Die Personalabteilung des Unternehmens meldete ab Sommer 1942 wiederholt Arbeiter als »flüchtig«. Insgesamt war die Fluktuation hoch, da viele der zum Teil bereits geschwächt eingetroffenen Zwangsarbeiter krankheitsbedingt als nicht arbeitsfähig eingestuft wurden und nicht oder nur kurzzeitig in den Produktionsstätten zum Einsatz kamen.⁷⁹

Wie andernorts unterschieden sich Unterbringung und Behandlung der Zwangsarbeiter sehr.⁸⁰ Manche waren privat untergebracht und genossen einzelne Privilegien wie zusätzliche Zigarettenrationen, deutlich mehr – vor allem Ostarbeiter – lebten unter sehr schlechten Bedingungen.⁸¹ Reichsminister Albert Speer setzte durch, dass auch KZ-Häftlinge in bereits bestehenden Betrieben eingesetzt wurden. Im September 1944 kamen Frauen aus dem KZ Ravensbrück nach Dresden, von denen mehrere Hundert der »Universelle« zugeteilt wurden. In Dresden entstanden 1944 gleichzeitig sechs voneinander unabhängige Lager mit KZ-Häftlingen. Das KZ Flossenbürg bekam kurz darauf im Rahmen eines Häftlingstausches rund 10 000 Frauen aus Außenlagern des KZ Ravensbrück zugewiesen, darunter das »Universelle«-Lager in der Dresdner Florastraße. Die insgesamt etwa 800 Frauen dieses Lagers mussten im dort ebenfalls neu eingerichteten Werk III der »Universelle« im Schichtsystem unter anderem Regler für Flugzeugmotoren bauen oder kontrollieren. Wegen ihrer Brutalität gegenüber Häftlingen wurden zwei der SS-Aufseherinnen nach Kriegsende zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.⁸²

Körper war am Aufbau des Werkes in der Florastraße beteiligt. »Im September 1944 wurde ich zu Herrn Direktor Körper gerufen, der mir in Anwesenheit des

damaligen Betriebsdirektors Herrn Herrlich mitteilte, dass ich das neu zu errichtende Werk III in der Florastraße als Betriebsleiter übernehmen müsse«, berichtete ein Kollege Körbers, dessen Name nicht überliefert ist, im Oktober 1945 und fügte hinzu: »Herr Körper versicherte mir auch, dass die Betriebsführung für mich sozusagen eine Nebenbeschäftigung darstellen sollte, da ich eingearbeitete Führungskräfte und einen langjährigen Fertigungsleiter als Unterstützung erhalten werde. Ich könnte daher meine Abteilung ruhig weiterführen bzw. ausbauen. Leider ging das nicht so einfach.«⁸³ Der Kriegsverlauf machte bald auch in Dresden das Produzieren schwieriger. Beim Luftangriff am 13. Februar 1945 wurde das Werk III weitgehend zerstört, die meisten Häftlinge kamen dabei ums Leben.

Ein direkter Kontakt Körbers mit KZ-Häftlingen ist nicht nachgewiesen, Zeitzeugen zufolge hielt er sich von Zwangsarbeitern wohl fern.⁸⁴ Doch dürften ihm die Lebensbedingungen der Häftlinge kaum entgangen sein.

Körper, im Februar 1944 zum Technischen Direktor der »Universelle« aufgestiegen, trieb längst energisch den Wiederaufbau der zivilen Produktion voran.⁸⁵ Schon im Sommer 1943 war es dem Unternehmen gelungen, mit Blick auf die Wiederaufnahme der Produktion von Zigarettenmaschinen acht französische Ingenieure von einem Unterverlieferanten in Paris zur »Nachwuchsbildung« nach Dresden überstellt zu bekommen. Diese Ingenieure genossen dann offensichtlich eine bevorzugte Behandlung, u. a. unterstützte die »Universelle« sie bei Urlaubsanträgen. Körper gelang es im Frühjahr 1944 schließlich, das Speer-Ministerium zu veranlassen, die »Universelle« mit der Entwicklung einer Material sparenden Zigarettenverpackungsmaschine zu beauftragen. Die Initiative zur Entwicklung einer solchen Maschine war von Körper selbst ausgegangen. Zur Erfüllung der Aufgabe erhielt er vom Ministerium zusätzlich den Auftrag, die Zigarettenindustrie mit dem Ziel zu beraten, Arbeitskräfte frei zu stellen. In der Folge versuchte Körper aber vor allem trickreich, der eigenen Firma gleichzeitig eine Art Monopolstellung in der Zigarettenindustrie zu sichern, was unter anderem den Widerstand Reemtsmas hervorrief. Körper misslang zwar sein damaliges Vorhaben, aber sein Besuch im Hauptwerk des Reemtsma-Konzerns in Hamburg-Bahrenfeld im März 1944 brachte ihn in einen persönlichen Kontakt mit dem dortigen Chef Hermann F. Reemtsma. Als Körper ab 1946/47 die »Hauni« aufbaute, profitierte er von dem einflussreichen Freund.⁸⁶

78 Vgl. Materialsammlungen in: HStAD 11683-29 und -35.

79 U. a. Schriftwechsel der »Universelle« mit dem Arbeitsamt Dresden 1942 – 1944, in: HStAD 11683, die Transportlisten, Personalakten und diversen Unterlagen über ausländische Arbeitskräfte der »Universelle« 1942 – 1944, in: HStAD 11683-109, -110 und -112.

80 U. a. Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939 – 1945, Hamburg 2006, S. 427 ff.

81 Hans Brenner, KZ-Zwangsarbeiter während der NS-Zeit im Dresdner Raum, in: Sylvia Ehrlich (Red.), Dresden in der NS- und Nachkriegszeit. 4. Kolloquium zur dreibändigen Dresdner Stadtgeschichte 2006 vom 18. März 2000, hg. von der Landeshauptstadt Dresden, Dresden 2000, S. 53 – 62.

82 Ulrich Fritz, Dresden (Universelle), in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hg.), Flossenbürg. Das Konzentrationslager Flossenbürg und seine Außenlager, Red.: Angelika Königseder, München 2007, S. 92 – 95; BA Berlin NS 2-FL/391 Konzentrationslager Flossenbürg.

83 Stellungnahme zu den Vorwürfen bezüglich Werk Florastraße, Bernsbach im Erzgebirge vom 27.10.1945, in: HStAD 11683-35.

84 Annemarie Smaczny mündlich am 19. Januar 2000, Hamburg-Bergedorf.

85 Vgl. dazu den Schriftwechsel in: HIS, PFR 650,01,04 und PFR 650,01,05.

Körber begründete später gegenüber den russischen Schriftstellern Wassiljev und Fraenkel sein wiederholt mehreren Zielen dienendes Vorgehen während des Zweiten Weltkrieges mit einer – im Nationalsozialismus üblichen – unternehmerischen Überlegung, die er damals auch Johann Carl Müller vorgetragen habe: »Wir müssen uns etwas einfallen lassen, was nur wir allein bauen können, und zwar während und nach Ende des Krieges, wenn wieder Friede ist. Wir müssen vorausschauen und im Hinblick auf die Perspektive arbeiten.«⁸⁷

Das alliierte Bombardement Dresdens am 13. Februar 1945 überlebte Körber durch einen glücklichen Zufall, da er seine Tagespläne spontan umwarf und einen Freund an einem Ort traf, der außerhalb der Gefahrenzone lag. Bei einem weiteren Luftangriff am 17. April 1945 saß Körber mit 40 Kollegen stundenlang im betriebseigenen Bunker verschüttet fest. Wieder hatte er Glück, denn fast die Hälfte der Insassen kam damals ums Leben. Später bezeichnete Körber die Stunden im Bunker als ein Schlüsselerlebnis und ein Motiv für seine Stiftungsaktivitäten.⁸⁸ Doch sowohl die »Universelle« als auch ihn selbst hielt dies zunächst nicht davon ab, sich weiter aktiv um die Fortführung der Rüstungsproduktion zu bemühen, wozu geheime Kooperationsabkommen mit zwei betriebsbereiten sächsischen Firmen geschlossen wurden.⁸⁹ Körber selbst übernahm nach eigener Aussage noch kurz vor Kriegsende die Steuerung des gesamten Gasmaskenprogramms. Beide Vorhaben kamen allerdings, bedingt durch das Kriegsende am 8. Mai 1945, nicht mehr zur Ausführung.⁹⁰

86 Jacobs, Rauch und Macht, S. 234.

87 Wassiljev / Fraenkel, Russische Biographie, Ms., Teil 1, S. 60.

88 Körber, Profit-Programm, S. 20.

89 Vgl. den Schriftwechsel dazu in: HStAD 11683-3.

90 Schreiber, Gemeinsinn, S. 63 – 70.

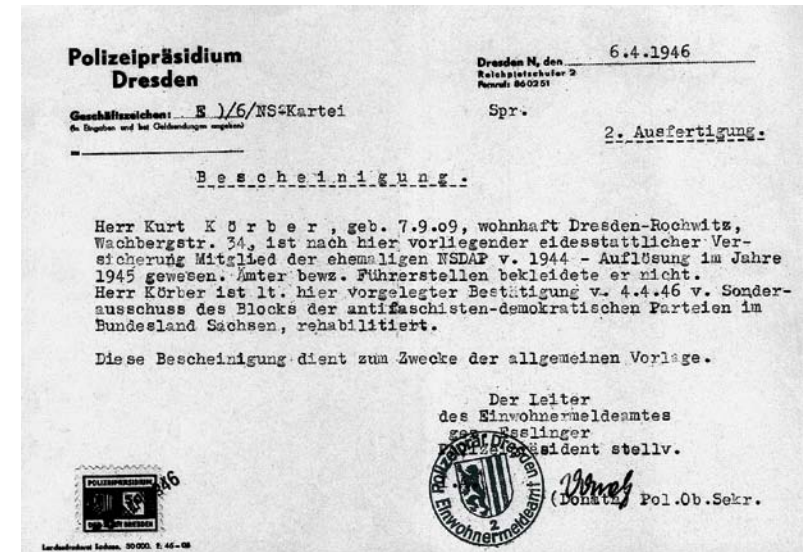
91 Wassiljev / Fraenkel, Russische Biographie, Ms., S. 65 und 86.

92 Beheim-Schwarzbach, Bergedorfer Offensive, S. 29.

93 Vgl. die Kriegstagebücher der Rüstungsinspektion IVa in: BA-MA: RW 20/4 – 20.

Resümee

Gegenüber Wassiljev und Fraenkel erklärte Kurt Körber 1990 sein damaliges Engagement in der nationalsozialistischen Rüstungswirtschaft als eine Handlung, die »nicht weniger als dreitausend Personen vom Kriegsdienst gerettet« habe. Zudem sei er »als einziger« aus der Führungsriege nach der Entnazifizierung durch die sowjetische Besatzungsmacht bei der »Universelle« im Amt geblieben.⁹¹ Beides ist so nachweislich falsch. Körber bot nur wenigen Mitarbeitern »mit dreisten Unabkömmlichkeitserklärungen und Bürgschaften gegenüber der Gestapo Unterschlupf«, wie es sein erster Biograph Martin Beheim-Schwarzbach formulierte.⁹² Wie viel Mut Körber dafür benötigte, sei zudem dahingestellt, denn so genannte Uk-Stellungen zu erreichen, war damals in Dresden zeitweilig vergleichsweise einfach, da parallel zum rüstungspolitischen Bedeutungszuwachs der dortigen Industrie solche Anträge 1944 zunehmend genehmigt wurden.⁹³ Nachweislich setzte er sich für den Sozialdemokraten Alfred Krill ein, der bereits



Das Dresdner Polizeipräsidium bestätigte Körber 1946, dass ihn der zuständige Sonderausschuss zur »Entnazifizierung« in Sachsen trotz der vormaligen NSDAP-Mitgliedschaft als »rehabilitiert« eingestuft hatte. Quelle: Körber-Stiftung

JOSEF SCHMID / FRANK
BAJOHR
■ GEWÖHNLICHER
UNTERNEHMERISCHER
OPPORTUNISMUS?

1933 durch die Gestapo in Schutzhaft genommen und einige Monate im vorübergehend eingerichteten KZ Hohnstein gefangen gehalten worden war. Ein weiteres Beispiel für Körbers Engagement ist der Kommunist Rudolf Thiersch. Beide stellten Körber nach dem Krieg eine Bescheinigung über »antifaschistische Betätigung« aus. Zudem stellte er sich schützend vor die Sachbearbeiterin und Sekretärin Gisela Benfey, die von den Nationalsozialisten als »Halbjüdin« diskriminiert wurde.⁹⁴

Allerdings ist fraglich, ob Körber in diesen Fällen tatsächlich politisches Engagement zeigen wollte. Wahrscheinlicher ist, dass er fähige Mitarbeiter zu behalten suchte und schlicht kollegiale und menschliche Integrität bewies, wie sie ihm später von vielen Zeitzeugen bescheinigt wurde.⁹⁵ So wurde auch die »antifaschistische Betätigung« von Krill, Thiersch oder anderen nie näher erläutert und ist wohl als solche eine Schutzbehauptung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen, um einem geschätzten Kollegen die Weiterarbeit in der Sowjetischen Besatzungszone sichern zu helfen.

Körbers Behauptung von der alleinigen politischen Unbeflecktheit im Entnazifizierungsverfahren ist ebenfalls unrichtig. Denn Direktionskollege Otto Raschke wurde im Juni 1945 Körbers Vorgesetzter, und auch die anderen drei Direktoren wurden weiter beschäftigt. Nur Betriebsführer Hans Schwerin musste das Unternehmen verlassen. Insofern ist Vorsicht geboten bei den von Körber selbst angebotenen Motiven seines Handelns sowie bei zahlreichen Details, die ihn wohl in ein besseres Licht rücken sollten.

Vielmehr wurde bereits direkt nach Kriegsende offensichtlich, was zuvor zur tiefen Verstrickung Körbers in die NS-Kriegswirtschaft wie zur Affinität gegenüber dem NS-Regime geführt hatte: Sein starker

unternehmerischer Tatendrang. Er war 1945 sofort einer der Aktivsten in der »Universelle« und setzte sich bei höchsten sowjetischen Stellen für den Wiederaufbau des Unternehmens ein. Dabei ließ er sich auch von der weitreichenden Demontage und den hohen Reparationsleistungen nicht abschrecken. Er arrangierte sich mit den neuen Machthabern und beteiligte Beschäftigte durch ein genossenschaftliches Modell an der von ihm anvisierten »neuen« Firma.⁹⁶ Erst als er erkannte, dass die politische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone ihn in seinem unternehmerischen Drang dauerhaft hemmen würde, konzentrierte er sich zügig auf den Aufbau eines eigenen Unternehmens in Hamburg.⁹⁷

Nach eigenen Äußerungen über seine Haltung im »Dritten Reich« hat Körber dem NS-Staat keineswegs fern gestanden; vor allem dessen expansive Dynamik hat ihn – einen jungen Mann voller Tatendrang – mindestens zeitweise fasziniert. Ein wichtiges Motiv Körbers scheint darüber hinaus bereits in jungen Jahren ein »betriebswirtschaftlicher Opportunismus« gewesen zu sein, »der sowohl in der Diktatur wie auch in der Demokratie in gewisser Weise das alltägliche Unternehmenshandeln darstellt«.⁹⁸ Dabei ist unter Opportunismus nicht nur die passive Anpassung an vorgegebene Strukturen zu verstehen, sondern auch die aktive Nutzung zur Verfügung stehender Optionen. Diese These wirft grundsätzliche Fragen nach der Ethik unternehmerischen Handelns auf. Neuere biographische Studien über Friedrich Flick oder Günter Quandt haben hervorgehoben, dass die Verstrickung der Unternehmer nicht primär auf ideologische Zustimmung oder die Übernahme nationalsozialistischer Moral gründete. Vielmehr war sie unter Fortführung klassischer unternehmerischer Entscheidungsrouinen einem zweckrationalen, ausschließlich auf den eigenen Firmenerfolg orientierten Utilitarismus geschuldet, der fast durchgängig dazu führte, dass Unternehmer »mitmachten«.⁹⁹ Dies heißt im Umkehrschluss, dass marktwirtschaftliche Ordnungen in einem verbrecherischen politischen Gesamtsystem kein moralisches Resistenzpotential entwickeln. Vielmehr bedürfen sie stets klarer rechtsstaatlich-demokratischer Spielregeln. Kurt Körber hat sich nicht vor 1945, dann aber danach, seiner politischen Verantwortung in der Demokratie und einem ethisch begründeten unternehmerischen Handeln in vielerlei Hinsicht gestellt.

94 Schmid / Wegner, Körber, S. 32 – 39.

95 Siehe Sammlung der Zeitzeugen-Interviews in: K&A, Nachlass Kurt A. Körber.

96 HStAD 11683-5, -6 und -11.

97 Schmid / Wegner, Körber, S. 42 ff.

98 Heusler u. a., Rüstung, S. 3.

99 Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007; Joachim Scholtz, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerdynastie, München 2011.

DOROTHEE WIERLING

URSULA BÜTTNER GEHT IN DEN RUHESTAND

Am 5. Juli 2011 haben wir unsere langjährige Kollegin, Prof. Dr. Ursula Büttner, in einem kleinen Festakt in den Ruhestand verabschiedet. Prof. Büttner war seit 1975 Mitarbeiterin an der FZH. Bei ihrem Eintritt hieß die FZH noch »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg« und bestand aus einer sehr kleinen Gruppe engagierter Wissenschaftler unter der Leitung des ersten Direktors Werner Jochmann. Frau Büttner hat während ihrer insgesamt 36-jährigen »Dienstzeit« drei Institutsumzüge und vier Wechsel im Direktorenamt erlebt und darüber hinaus die Veränderungen in der Rechtsform, den personellen Ausbau der FZH und die Erweiterung ihres Aufgabengebietes mitgemacht und begleitet. Wie niemand sonst personifiziert unsere Kollegin das institutionelle Gedächtnis der Forschungsstelle.

Mit ihren zahlreichen quellengesättigten und einflussreichen Arbeiten zur Geschichte der Weimarer Republik als Vorgeschichte des Nationalsozialismus sowie zur Geschichte und Nachgeschichte politischer und rassistischer Verfolgung im NS hat sie den guten Ruf der Forschungsstelle in diesem, zum Kernbereich unserer Aufgaben zählenden Themenschwerpunkt begründet und zuletzt mit ihrem großen Standardwerk zur Weimarer Republik noch einmal abschließend bekräftigt.

Aber nicht nur innerhalb der FZH hat sie wissenschaftlich gewirkt, sondern auch als Lehrende an der Hamburger Universität und als Historikerin und engagierte Christin in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte. Ursula Büttners wissenschaftliche Kontakte reichen nach Dänemark, Polen, Israel, Großbritannien und die USA. Entsprechend zahlreich fanden sich Gäste zur Abschiedsfeier ein. Die verschiedenen Felder, in denen Prof. Büttner tätig war, wurden durch Prof. Dr. Axel Schildt, Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Prof. Dr. Harry Oelke und Pastor Rien van der Vegt in Grußworten gewürdigt. Im Anschluss hielt Prof. Dr. Wolfgang Benz, der langjährige Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin eine Laudatio, in der das wissenschaftliche Werk von Ursula Büttner, aber auch ihr geschichtspolitisches Engagement und die persönliche Freundschaft, die ihn mit ihr verbindet, ausführlich gewürdigt wurde.

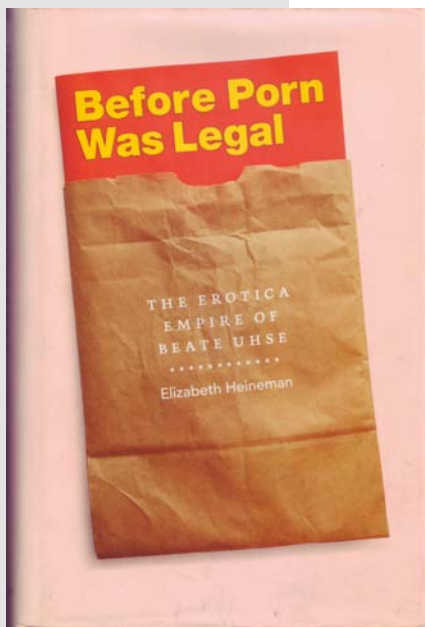
Frau Büttner bedankte sich mit einer nachdenklichen und warmherzigen Rede für die lobenden Worte und das Fest, das anschließend mit einem kleinen Empfang in den Räumen der FZH ausklang. Wir alle wünschen unserer Kollegin einen erholsamen und produktiven »Ruhestand«. Die FZH freut sich darüber, dass Frau Büttner auch weiterhin ihre Expertise zur Verfügung stellen wird. Dafür war die von ihr im Herbst 2011 durchgeführte Tagung anlässlich der posthumen Buchveröffentlichung *The Jews and Germans of Hamburg. The Destruction of a Civilization 1790–1945* ihres langjährigen guten Freundes John Grenville ein vielversprechender Auftakt.



Foto: Beate Meyer, IGdJ

ANGELIKA VOSS

■ DAS BEATE-UHSE-ARCHIV
IN DER WISSEN-
SCHAFTLICHEN UND
MEDIALEN ÖFFENTLICHKEIT



ANMERKUNGEN

- 1 Elizabeth Heineman, Before Porn was Legal. The Erotica Empire of Beate Uhse, Chicago / London 2011.
- 2 Sybille Steinbacher, Wie der Sex nach Deutschland kam, München 2011.
- 3 ZDF, Beate Uhse. Das Recht auf Liebe, Sendedatum: 09.10.2011.

ANGELIKA VOSS

DAS BEATE-UHSE-ARCHIV IN DER WISSENSCHAFTLICHEN UND MEDIALEN ÖFFENTLICHKEIT

Nach wie vor beziehen sich viele Nutzungswünsche an das FZH-Archiv auf die Beate-Uhse-Sammlung. In diesem Jahr erwies sie sich jedoch als besonders öffentlichkeitswirksam. Der Wert des Bestands liegt in seinem Charakter als persönlicher Nachlass und Archiv zur Firmengeschichte. 2011 haben wir weitere wichtige Nachlieferungen auch aus der frühen Zeit des Unternehmens erhalten. Die Firma hat ihre Gründerin wieder entdeckt und schätzt das Archiv hier in Hamburg. Aber auch die wissenschaftliche Nutzung profitiert von der Vielfalt des Materials.

Die FZH hat die Unterlagen für die Forschung aufbereitet und fungiert bei entsprechenden Anfragen als Firmenarchiv. Wir unterscheiden wissenschaftliche und kommerzielle Nutzung und lassen uns die letztere vergüten.

In diesem Jahr fand das Archiv wissenschaftlich wie medial viel Beachtung: Zum einen erschienen die beiden detaillierten Studien von Frau Prof. Dr. Elizabeth Heineman¹ und Frau Prof. Dr. Sybille Steinbacher.² Zum anderen sendete das Zweite Deutsche Fernsehen einen Spielfilm zum Leben von Beate Rotermund, der mit Franka Potente als Hauptdarstellerin ein breites Presseecho fand,³ und strahlte anschließend die Dokumentation »Beate Uhse – Sex made in Germany« aus.

Elizabeth Heineman, deren Initiative die FZH diese Archivsammlung zu verdanken hat, veröffentlichte 2011 ihre – schon Mitte 2010 abgeschlossene – Studie zur sexuellen Konsumkultur in der BRD und hatte zuvor Sybille Steinbacher Zugang zu der Sammlung gewährt. Diese beiden grundlegenden Studien belegen die zeitgeschichtliche Relevanz der in der FZH verwahrten Unterlagen.

Beide Verfasserinnen schildern die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte als einen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess, in dem wachsende politische und sexuelle Liberalität in einer engen Wechselwirkung

standen. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch die Bestrebungen der Politik, über die Kontrolle der Verbreitung jugendgefährdenden Schriftguts eine verbindliche sexual-moralische Grundordnung für die Gesellschaft der BRD festzuschreiben. Die restriktiven Vorstellungen, die konservative Kreise in der Debatte durchsetzen wollten, deckten sich aber nicht mit den sexuellen Konsumbedürfnissen eines Großteils der Bevölkerung. Immer mehr Menschen nutzten die diskreten Angebote des Versandhandels, der eine breite Palette von sexuellen Konsumgütern bereithielt. Die Kaufentscheidung wurde damit in die Privatsphäre verlegt, was den Konsum besonders für Frauen erleichterte. Das Versandhaus Beate Uhse sprach in seiner Werbung vorrangig Ehepaare an, womit nicht nur juristische Schwierigkeiten vermieden werden sollten, sondern auch das Konzept von Gleichberechtigung in einer »partnerschaftlichen Ehe« propagiert wurde. Dieses Gedankengut fand sich nicht nur in den Katalogtexten, sondern auch in den angebotenen Eheratgebern, fast ausschließlich Neuauflagen von Werken aus der Weimarer Zeit. Solche Literatur und Verhütungsmittel waren die meist verkauften Produkte in den ersten Geschäftsjahren. Damit trug die Firma wesentlich zur sexuellen Aufklärung der Bevölkerung bei und übernahm eine wichtige gesellschaftliche Funktion, da die konservativ geprägte Politik staatliche Beratungsstellen nicht förderte.⁴

Die Verfechter einer rigiden Sexualmoral reagierten auf das Wachstum dieses Marktes mit juristischen Mitteln, konnten aber nicht verhindern, dass sich in der BRD die für lange Jahre weltweit größte Erotik-Industrie entwickelte. In beiden Studien wird die teilweise widersprüchliche Rechtsprechung der bundesdeutschen Gerichte nachgezeichnet, wobei es regional erhebliche Unterschiede gab und die norddeutsche

Gerichtsbarkeit tendenziell liberaler urteilte. Wichtige Instanzen der Kontrolle des Marktes waren die 1953 gegründete Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die von den Justizbehörden der Bundesländer eingerichteten Sonderdezernate für »unzüchtiges« Schriftgut sowie das Bundeskriminalamt. Nach Steinbacher wurden in diesen Institutionen so viele, größtenteils NS-belastete Beamte beschäftigt, dass man die Maßnahmen gegen die Herstellung und Verbreitung von »Schmutz und Schund« als eine »willkommene Arbeitsbeschaffung« interpretieren kann.⁵

Die Kategorie »jugendgefährdend« bezog sich auch auf gewalt- und NS-verherrlichendes Schrift- und Bildgut, indiziert wurden aber vorrangig Medien mit sexuellen Bezügen. Entsprechend zahlreich sind die Quellen, in denen Sexualität und liberales Staatsverständnis verhandelt werden. Beide Verfasserinnen weisen anhand einer Vielzahl von Fällen nach, wie sich Gerichte und Politiker zunehmend schwer taten, eine Grenze für »Unzüchtigkeit« bei beanstandeten Produkten festzulegen. In den Diskursen wird deutlich, wie sich ein liberales Staatsverständnis durchsetzte, das keine »zeitlosen« Normen vorgeben wollte, sondern seine Aufgabe darin sah, Schaden vom Individuum und der Allgemeinheit abzuwenden. Dabei wurde der Freiheit des Einzelnen, gerade auch in Fragen seiner Sexualität, immer mehr Bedeutung zugemessen.

Festgeschrieben wurde dieser Wandel durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1969, das den historischen Roman »Fanny Hill« nicht als »unzüchtig« wertete, und des Bundesgerichtshofs, der 1972 die Durchsetzung eines (sexual-)moralischen Standards nicht länger zur Aufgabe des Strafrechts erklärte. Mitte 1973 erfolgte dann eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts, die Anfang 1975 in Kraft trat.

In beiden Veröffentlichungen wird dieser Wandlungsprozess anhand von Verfahren gegen Beate Uhse, seit Mitte der 1960er Jahre Marktführerin und »Gesicht« der westdeutschen Erotik-Industrie, beschrieben und auf vielfältige Weise mit Blick auf die Medienkultur und die Vergangenheitspolitik interpretiert. Dabei unterscheiden sich die herangezogenen Beispiele, so dass sich beide Darstellungen ergänzen und gemeinsam ein sehr dichtes Bild vermitteln.

Sybille Steinbacher liefert zudem eine ausführlichere Analyse des deutschen Sittlichkeitsdiskurses, den sie bis in das Kaiserreich zurückverfolgt; Elizabeth Heineman weitet ihren Untersuchungszeitraum bis zum Ende des

4 Heineman, *Before Porn*, S. 83.

5 Steinbacher, *Sex*, S. 355 und 252.

ANGELIKA VOSS

■ DAS BEATE-UHSE-ARCHIV
IN DER WISSEN-
SCHAFTLICHEN UND
MEDIALEN ÖFFENTLICHKEIT

20. Jahrhunderts aus und geht dabei detaillierter auf die »Porno-Welle« ein. Deren – zunächst hauptsächlich in Dänemark und Schweden hergestellte – Produkte dominierten ab 1969 den deutschen Erotik-Markt. Damit erlebten die Deutschen eine letzte Konsumwelle vor der ab 1973 spürbar werdenden »Ölkrise« und ihren Folgen. Ausführlich zeichnet Heineman die Diskussion nach, an deren Ende die teilweise Freigabe der Pornografie stand und stellt auch bei den Befürwortern der Reform ein Unbehagen fest, das sich auf die in Frage stehenden Produkte, deren Produzenten und Konsumenten bezog.⁶ Waren die früheren Angebote der Erotik-Industrie mehrheitlich für gleichberechtigte, partnerschaftliche Sexualität konzipiert, treten mit der Pornografie die solitären männlichen Wünsche in den Vordergrund, wobei Frauen häufig als sexuelle Objekte dargestellt werden. Spätestens seit 1974 setzt Beate Uhse vorrangig auf Pornografie, was sich auch in einem Rückgang der weiblichen Kundschaft niederschlägt.

Der vom ZDF in Auftrag gegebene Spielfilm wollte dieses Porno-»Fass« nicht aufmachen, wie Franka Potente es in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung formuliert.⁷ Er beschränkt seine Handlung auf die Jahre bis 1972, als die Scheidung von Beate und Ernst-Walter Rotermond ein bundesweites Presseecho findet, und erzählt die Geschichte einer zielstrebigem, mutigen Frau. Ihre Geschäftsidee entwickelt sie gemeinsam mit ihrem Mann, der sich nach ersten Erfolgen dem Risiko und der harten Arbeit nicht länger aussetzen will. Illustriert wird diese Liebes- und Firmengeschichte durch dokumentarische Filmsequenzen aus den Trümmer- und Wirtschaftswunderjahren Westdeutschlands. Damit folgt der Film der Logik der »Beate-Uhse-Story«, die die Firmengründerin seit den 1960er Jahren an die Medien verteilte.

Diese Kurzbiografie wurde gerne aufgegriffen, um an ihr beispielhaft die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen.⁸

In Rezensionen des Films überwiegen die sehr positiven Bewertungen der schauspielerischen Leistungen; negativ vermerkt wird der von Rückblenden geprägte, zähe Erzählfluss. Die dokumentarischen Passagen des Spielfilms werden mehrfach wegen ihres fehlenden Bezugs zu Flensburg oder Schleswig-Holstein kritisiert.

Bei der Vorbereitung des Films lagen die Aufgaben des FZH-Archivs in der Bereitstellung von Archivmaterial für Drehzwecke, der Zuarbeit für die Requisiteurin und der Begutachtung einer frühen Fassung des Drehbuchs. Zudem wurden eine detaillierte Produktpalette und eine chronologische Auflistung von Eckpunkten der Firmengeschichte bis 1972 erstellt. Die beiden letztgenannten Papiere stehen auch für weitere Nutzungen zur Verfügung.

Das Drehbuch wurde von Timo Berndt für die Kölner Produktionsfirma »Zeitsprung« geschrieben. Trotz meiner Einwände siegte die »künstlerische Freiheit« bei der Schilderung des Kriegsendes in Schleswig-Holstein. Überzeichnet erscheint der Einfluss des Volkswartbunds (VWB) in Norddeutschland. Bei dem VWB handelte es sich um einen mit der katholischen Kirche kooperierenden »Sittlichkeitsverein«, der den Markt mit jugendgefährdenden Schriften und Abbildungen sehr genau beobachtete und Indizierungen durch die Bundesprüfstelle vorbereitete. Seine Hochburg war Köln, Heineman spricht von dieser Stadt als dem »ground zero« der staatlich geförderten sexuellen Unterdrückung.⁹ Bundesweit wurde er erst bekannt, als Pardon und Der Spiegel ab 1964 in satirischer Weise über ihn berichteten und dabei auch seine Aktivitäten in der NS-Zeit thematisierten. Dass seine Mitglieder außerhalb des Rheinlands so gut organisiert auftraten, ist unwahrscheinlich und wohl nur der Dramaturgie geschuldet.

Gut im Film gelöst wird der Konflikt zwischen dem Staatsanwalt und seiner Frau um deren Bestellung bei Beate Uhse. Zum einen wird deutlich, dass die Firma zu dieser Zeit Frauen als Kundinnen ansprach und dabei die Idee der ehelichen Partnerschaft mit einem Anrecht der Frau auf sexuelle Befriedigung betonte. Zum anderen verkörpert der Staatsanwalt einen in sexuellen Dingen »sprachlosen« Mann. Heineman¹⁰ sieht hierin ein generationelles Problem, das die Firma klug ausnutzte: Die Kataloge präsentierten die Produkte mit zurückhaltenden Worten und ohne einen eindeutigen

6 Heineman, Before Porn, S. 141.

7 Interview von Michaela Haas mit Franka Potente, in: SZ, 1.10.2011.

8 Elizabeth Heineman interpretiert die Erzählung mit ihren Wandlungen sehr überzeugend. Das öffentliche Interesse an dieser Geschichte ließ nicht nach, auch als nach der teilweisen Freigabe der Pornografie der Kampf gegen eine konservative »Sittlichkeit« gewonnen war und die Idee gleichberechtigter sexueller Partnerschaften durch die Art der verkauften Produkte in Frage gestellt wurde. Viele Medien griffen die Geschichte weiterhin auf, um die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert zu erzählen. Dabei vermieden sie es meist, aktuelle Fragen der sexuellen Konsumkultur zu thematisieren. Heineman, Before Porn, S. 172f. und S. 87-93.

9 Heineman, Before Porn, S. 28. Steinbacher charakterisiert die VDW-Vertreter schon für das Jahr 1955 als »aus der Zeit gefallene Leute«. (S. 271).

10 Heineman, Before Porn, S. 48f.

Kontext, so dass bei juristischen Beanstandungen die sexuellen Bezüge erst verbal hergestellt werden mussten, was vielen Beamten schwer fiel.

Etwas enttäuscht sind wir von dem in ZDF-Eigenregie produzierten Dokumentarfilm. Seine kurze Sendezeit wurde zu großen Teilen mit Spielfilmsequenzen und Ausschnitten von Interviews mit der über 70jährigen Beate Rotermund gefüllt. Der Autor, Bernhard von Dadelsen, stellt die Firmengeschichte bis zur Gegenwart dar. Seine These, Beate Uhse habe »Sittengeschichte« geschrieben, belegt er jedoch nicht ausführlicher und belässt es bei der einfachen Aussage: »Die Deutschen lebten eben viel freier als die herrschenden Sittenvorstellungen. Ein schöner Fall von Doppelmoral.« An dieser Stelle hätte das dokumentarische Format zumindest eine ansatzweise Darstellung der zeitgeschichtlichen Forschungen zu diesem Thema erlaubt. Der Film folgt der Tradition, das Leben Beate Uhse als Folie für die deutsche Geschichte zu nutzen, dabei wird aber leider ihre Katalog-Aktion in der DDR vom Frühjahr 1990 auf den Tag nach dem Mauerfall vordatiert.

Interessant und gelungen sind die Interviewsequenzen mit Alan Vydra, der als früherer Produzent von Porno-Filmen einen Einblick in diese Industrie vermittelt und die Erzählungen von Dirk Rotermund, der als Inhaber der Flensburger Konkurrenzfirma »Orion« an die Tradition des Familienbetriebs anknüpft.

Unsere Zusammenarbeit mit der Produktionsfirma und dem ZDF-Team war sehr angenehm. Wie bei anderen Anfragen bewährte es sich, dass ein großer Teil von zentralen Quellen in digitalisierter Form vorliegt, was es mir wesentlich erleichtert, schnell auf entsprechende Anfragen zu reagieren.

2011 konnte das Archiv außerdem die folgenden Projekte unterstützen, wobei sich wissenschaftliche und mediale Nutzungswünsche die Waage halten:

- Vortrag: Uta van Steen, Galerie Morgenland, 03.03.2011
- Ausstellung: Universität Flensburg, Prof. Dr. Bea Lundt zum »Frauenjahr 2011«
- Universität Marburg: Dissertation zu Stimulanzmitteln
- Universität Rotterdam: Masterarbeit zur Erotikindustrie in der BRD
- Universität Paderborn: Seminararbeit zum Design von Vibratoren
- Universität München: Diplomarbeit zum Stephenson-Verlag (1962 von Beate Uhse übernommen)
- WDR-Fernsehen, »Aktuelle Stunde«, 16.7.2011 (Beitrag zum 10. Todestag von Beate Rotermund)
- ARTE-Dokumentarfilm, »Himmelsstürmerinnen«, 08.06.2011
- NDR-Fernsehen, Beitrag in der Serie »Unsere Geschichte«: Ende eines Tabus. Als Beate Uhse das erste Fachgeschäft für Ehe-Hygiene gründete, 08.01.2012
- Internet-Angebot, SPIEGEL-Online »Als Deutschland mit der Post kam – 60 Jahre Beate Uhse Versand«
- Presse: Werbung für den Spielfilm in verschiedenen Programmzeitschriften
- Ausstellung der Beate Uhse AG in den Räumen des Erotik-Museums, Berlin. Eröffnet am 25.10.2011

Abschließend noch der Hinweis auf eine besondere Quelle zur Hamburger Geschichte, die bei der Lektüre des Buchs von Sybille Steinbacher auffällt: Der Vorsitzende des VWB besuchte 1956 das Hamburger Vergnügungsviertel St. Pauli und sandte darüber einen ausführlichen Bericht an den Kölner Kardinal Frings.¹¹

Diese überregionale Wahrnehmung St. Paulis hält weiter an, so erreichte mich 2008 die Anfrage einer süddeutschen Sanitärfirma nach Bildmaterial für eine PR-Veranstaltung unter dem Motto »Starclub«. Darin heißt es: »Der Starclub war sehr aktuell in der Herbertstraße in Hamburg. Da hier auch die ›leichten Mädchen‹ zu finden waren und Beate Uhse zu dieser Zeit ihren ersten Laden eröffnet hatte, möchten wir auch hier ein bisschen

11 Steinbacher, Sex, S. 272 und 471.

ANGELIKA VOSS
■ DAS BEATE-UHSE-ARCHIV
IN DER WISSEN-
SCHAFTLICHEN UND
MEDIALEN ÖFFENTLICHKEIT

›Nostalgie‹ reinbringen.« Das in diesem Zitat präsentierte Bild des Stadtteils bringt Jugendkultur, Sex und Beate Uhse in einen engen Zusammenhang, obwohl dort weder der Starclub noch ein Laden der Firma waren.

Das letzte Beispiel mag auch zur Illustration der Vielfalt der eingehenden Nutzungswünsche dienen. Die FZH hofft, weitere Studien mit diesem Bestand unterstützen zu können und über die vielfältigen Medienkontakte dort vielleicht auch Interesse an unseren eigenen Forschungsfeldern zu wecken.

MAIKE RAAP
■ DIE HAMBURGER NACHT DES
WISSENS IN DER FZH



Foto: Dagmar Wienrich /IGdJ

MAIKE RAAP

DIE HAMBURGER NACHT DES WISSENS IN DER FZH

Die vierte Nacht des Wissens in Hamburg, initiiert von der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF), fand am 29.10.2011 statt. Die FZH nahm nach 2009 zum zweiten Mal gemeinsam mit ihren Nachbarinstituten, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung an dieser Veranstaltung teil, die von 17.00 Uhr bis Mitternacht interessierten Besuchern Einblicke in die Hamburger Wissenschaftslandschaft bot.



Foto: Dagmar Wienrich /IGdJ



Foto: Jérôme Cholet / IFSH



Foto: Dagmar Wienrich / IGdJ

Die FZH präsentierte sich mit allen Abteilungen, bot verschiedene Formate an, und auch die Unterhaltung kam nicht zu kurz. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren anwesend und beteiligten sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Wissenschaftsnacht. Aus dem Forschungsschwerpunkt »Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« wurden in Kurzvorträgen Schlaglichter auf die Hamburger Stadtgeschichte aus den 1950er bis 1970er Jahren geworfen. Den ersten Teil dieser Veranstaltung, der sich mit Wandlungsprozessen in der Wirtschaft und Arbeitswelt befasste, eröffnete Dorothee Wierling mit ihrem Beitrag zur Neueröffnung der Hamburger Kaffeebörse 1956. Christoph Strupp berichtete von Wirtschaft und Politik im Hamburger Hafen seit 1945 und Knud Andresen vom Wandel gewerkschaftlicher Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai in Hamburg. Im zweiten Teil, der zur »Prime-Time« um 20.15 Uhr stattfand und entsprechend gut besucht war, standen politische Entwicklungen in der Hansestadt seit 1945 im Mittelpunkt. Frank Bajohr erläuterte die Hamburger »Ostpolitik« im Kalten Krieg und die Städtepartnerschaft mit Leningrad, Sylvia Necker sprach über Steilshoop – eine Großsiedlung zwischen Utopie und Wirklichkeit. Joachim Szodrzyński schloss mit seinem Beitrag über die »Bunte Liste/ Wehrt Euch«, zu den Anfängen der Grün-Alternativen in Hamburg. Kirsten Heinsohn übernahm die Einführung und Moderation der Veranstaltung.

»... in schwarzer Nacht und lautloser Stille muss ich meinen Weg alleine suchen ...« – Käthe

Starke-Goldschmidts Deportation nach Theresienstadt und ihre Rückkehr nach Hamburg« lautete der Titel der Veranstaltung, mit der Linde Apel die Arbeit der Werkstatt der Erinnerung vorstellte. Sie führte die Besucher in die Geschichte der Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg ein. Anschließend wurden Passagen der im Sommer 2011 als Hörbuch erschienenen Autobiografie von Käthe Starke-Goldschmidt eingespielt.

Angelika Voss im Archiv und Karl Otto Schütt in der Bibliothek blickten während jeweils drei Führungen mit ihren Gästen in sonst der Öffentlichkeit verborgene Räume. Das Interesse der Besucher am Archiv war breit gestreut. Durch die Führungen wurden Kontakte geknüpft, so dass u. a. ein Gast Tage später dem Archiv ein Fotoalbum überließ. In der Bibliothek stießen besonders unveröffentlichte Manuskripte von Dissertationen sowie Anklageschriften aus der NS-Zeit auf das Interesse der Besucher. Im Lesesaal konnten Hamburger Tageszeitungen aus den 1920er und 1930er Jahren in Augenschein genommen werden. »Und wie kommt das Buch in die Datenbank?« – auch Fragen nach dem Arbeitsalltag in einer wissenschaftlichen Bibliothek blieben nicht unbeantwortet.



Foto: Dagmar Wienrich / IGdJ

MAIKE RAAP
 ■ DIE HAMBURGER NACHT DES
 WISSENS IN DER FZH

Mit dem Programm »Rette das Wissen. Das extra-spannende FZH-Geschichtsquiz« bot die FZH den Besuchern eine neue Mitmach-Aktion an. Für dieses Experiment wurde der Besprechungsraum um 22.00 Uhr zum Quizstudio umgebaut. Die Fragen, die zuvor von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH entwickelt worden waren, rankten sich um den Themenkomplex »Hamburg nach 1945«. Der Besucherandrang war groß und in fünf Raterunden konnten die Kandidaten Bücher zur Zeitgeschichte gewinnen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Claudia Kemper. Nicht zuletzt ihr ist es zu verdanken, dass diese Veranstaltung zu einem vollen Erfolg wurde, bei dem gut aufgelegte Kandidaten als auch Zuschauer gleichermaßen auf ihre Kosten kamen. So verschenkte ein Kandidat seine gewonnenen Bücher an die Zuschauer, da er doch eigentlich gar nicht lese, und ein ehemaliger Hamburger CDU-Politiker, der als Joker eingesetzt wurde, kam in den glücklichen Besitz der Geschichte der Hamburger Sozialdemokratie.

Am Tage danach meldete die BWF einen neuen Besucherrekord: »Knapp 20000 Besucherinnen und Besucher erlebten Samstagnacht, wie spannend Wissenschaft und Forschung sind«, hieß es in der Pressemitteilung der Behörde. Die »Vier Institute Beim Schlump 83« konnten die Besucherzahl ebenfalls verbessern und freuten sich über 672 gezählte Gäste und damit siebzig mehr als zwei Jahre zuvor. Die fünfte Hamburger Nacht des Wissens ist für 2013 geplant. Die Forschungsstelle wird sicher auch dann mit einem abwechslungsreichen Programm dabei sein.

KNUD ANDRESEN /
 CLAUDIA KEMPER
 ■ STRUKTURWANDEL UND
 SOZIALER PROTEST

ANMERKUNGEN

* Zum Programm der Tagung
 s. S. 166

1 Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

KNUD ANDRESEN / CLAUDIA KEMPER

STRUKTURWANDEL UND SOZIALER PROTEST

Ergebnisse einer Tagung*

Am 23. und 24. September 2011 organisierte die Forschungsstelle für Zeitgeschichte die Tagung »Strukturwandel und sozialer Protest. Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren«. Die Veranstaltung sondierte erstmals die Frage, ob sich aus einzelnen Forschungsvorhaben mit norddeutschen Schwerpunkten Verbindungen zur These eines sozialen und gesellschaftlichen Strukturbruchs seit den 1970er Jahren erkennen lassen. »Strukturbruch« meint nach Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael,¹ dass nach der ökonomischen Boomphase seit dem Zweiten Weltkrieg – mit einem relativ stabilen gesellschaftlichen Kern und der Orientierung an den »Westen« – ab Anfang der 1970er Jahre in Europa ein »sozialer Wandel von revolutionärer Qualität« eingesetzt habe. Sofort erkennbar – und zeitgenössisch bereits als »Strukturwandel« wahrgenommen – war der Niedergang der industriellen Traditionszentren. Für Hamburg und Norddeutschland betraf dies vor allem die Werftindustrie und ihre Zulieferer. Industrielle Arbeit veränderte sich durch den Einzug der Mikroelektronik, mit der sich zudem Kommunikationsprozesse beschleunigten. Seit den 1970er Jahren entwickelten viele Arbeitswelten durch zunehmende Dienstleistungstätigkeiten einen neuen Charakter. Politisch war ein »Rückzug des Staates« zu beobachten, der angesichts marktliberaler Leitvorstellungen als politischer Monopolist in die Kritik geriet. Auf gesellschaftlicher Ebene pluralisierten sich die Lebensstile und -entwürfe. Berufliche, räumliche und soziale Mobilität nahmen bei abnehmenden Bindekräften der alten sozialen Milieus zu. Insgesamt ist diese hier nur in Stichworten wiedergegebene Entwicklung durch eine Janusköpfigkeit gekennzeichnet: Während einerseits die soziale Ungleichheit zunahm, ergaben sich andererseits neue

Gestaltungsräume und Freiheiten für die individuelle Lebensführung. Die damit verbundenen Änderungen weisen neue Charakteristika auf, so dass von einem politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen »Strukturbruch« gesprochen werden kann, behaupten Doering-Manteuffel und Raphael.

Mit ihrem inzwischen intensiv diskutierten Essay analysieren die Autoren die strukturellen Entwicklungen seit Anfang der 1970er Jahre aus einer erheblichen Höhe. Theoretisch-konzeptionelle Entwürfe stehen oft zu Beginn einer historiographischen Aufarbeitung neuer Themen, denn sie bieten einen Rahmen an, in dem empirische Ergebnisse mit anderen Forschungsfragen, Perspektiven und Interpretationen diskutiert werden können. Unsere Tagung sollte vor diesem Hintergrund eine erste Annäherung an die systematische Erforschung Hamburger und norddeutscher Zeitgeschichte seit den

1970er Jahren bieten.² Alle Referenten hatten Leitfragen erhalten, um ihre Beiträge in die Forschungsdiskussion einordnen und problematisieren zu können. Die Veranstalter konnten kaum sicher sein, ob der vorab angenommene Zusammenhang zwischen einem Strukturwandel, der die norddeutsche Region seit den 1970er Jahren veränderte, und Konflikten und

Protesten zu Beginn der 1980er Jahre tatsächlich zu erfassen ist. Insofern war die Tagung eine historiographische Expedition, mit der das bislang wenig bekannte Gelände erkundet und das mitunter nur »gefühlte« Wissen über Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren in systematische und quellennahe Untersuchungen eingebunden werden sollte.

In den einzelnen Sektionen – die unter den Oberbegriffen »Wirtschaft und Arbeit«, »Stadt und Land«

sowie »Soziale Proteste« standen – zeigten sich einige immer wieder aufgegriffene Fragen und Bezugspunkte, die wir im Folgenden dokumentieren wollen.

Strukturbruch oder Paradigmenwechsel?

Nicht wenige Beiträger äußerten Skepsis, ob sich der Strukturbruch an Zäsuren in den 1970er Jahren festmachen ließe. Für den Hamburger Hafen lassen sich gleich mehrere Entwicklungs- und Bedeutungsebenen erkennen (Christoph Strupp). Erstens blieb die ökonomische Bedeutung des Hafens für Hamburg konstant hoch, zweitens gehörte Hafenwirtschaftspolitik dauerhaft zu den wichtigen Politikfeldern und drittens trug der Hafen erheblich zur Identitätskonstruktion Hamburgs und der Hamburger bei. Langfristig steigerte sich der Umsatz der Hafenwirtschaft, auch bedingt durch den konstruktiven Umgang mit global ausgerichteten Veränderungen, wie etwa der Einführung des Containers als wichtigstem Transportmittel im Jahr 1968. Allerdings waren die von Euphorie geprägten Pläne des Hamburger Senats in den 1960er Jahren zur Industrialisierung des Unterelberaumes – von dem Tiefseewasserhafen bei Neuwerk bis hin zu weiteren Atomkraftwerken – nicht nur ökonomisch kaum zu finanzieren, sondern gerieten auch aufgrund ökologischer Bedenken in die öffentliche Kritik. Auf die zunehmend komplexe Gemengelage wirtschaftlicher Abläufe und die zugleich artikulierten Nahrauminteressen der Bürger reagierten Unternehmen und Politik zunehmend flexibel. Insgesamt befand sich der Staat aber nur vermeintlich auf dem Rückzug, vielmehr differenzierten sich in dieser Phase Entscheidungswege, Planungsebenen und beteiligte Akteure deutlich aus – eine Beobachtung, die sich bis in die Gegenwart fortsetzen ließe. Die dann in den 1970er Jahren aufgegebenen Planungen bedeuteten demnach eher einen Paradigmenwechsel als einen Strukturbruch, da bestimmte Pfadabhängigkeiten industrieller und kultureller Stadtpolitik nicht verlassen wurden. Eine ähnliche Diagnose stellte sich auch für die Wohnungswirtschaft, die in den 1960er Jahren vollständig liberalisiert werden sollte, aber aufgrund befürchteter sozialer Spannungen bis heute in einem Mischungsverhältnis aus freiem Wettbewerb und staatlichen Interventionen besteht (Karl-Christian Führer). Über das wirtschaftspolitische Panorama von Hafen und Stadt hinaus wurde ein



Foto: Johanna Meyer-Lenz

² Vgl. die methodischen und inhaltlichen Überlegungen für ein Forschungsprofil »Hamburg nach 1945«: Christoph Strupp, Perspektiven und Probleme Hamburger Stadtgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 97 (2011), S. 99 – 130.



Foto: Johanna Meyer-Lenz

kulturgeschichtlicher Zugriff zur Erforschung struktureller Wandlungen eingefordert (Kirsten Heinsohn). In der Tat könnte diese Perspektive helfen, die Veränderungsprozesse nicht nur auf materieller Ebene, sondern auch in Hinblick auf Wahrnehmungen und Aneignungsstrategien bei den Menschen erfassen zu können.

Diese Erweiterung ist umso notwendiger, wenn die Ungleichzeitigkeiten des Strukturwandels ins Auge gefasst werden.

Bereits Doering-Manteuffel und Raphael haben deutlich gemacht, dass der »Strukturbruch« weder ein Epizentrum hatte, noch an einem Schlüsselereignis oder einem spezifischen Jahr festzumachen ist, sondern zeitlich gestreckt und widersprüchlich verlief. Diese Annahme, bereits in ersten wissenschaftlichen Arbeiten aufgegriffen,³ bestätigte sich auf der Tagung. Um die zunehmende »Krisen-Wahrnehmung« in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und die in den 1980er Jahren verbreiteten Ängste zeitgeschichtlich zu erfassen, müssen demnach präzisere Phasen und Regionen eingegrenzt werden. So hatte etwa in Schleswig-Holstein der Agrarsektor schon in den 1960er Jahren als Beschäftigungsträger und Teil des Bruttosozialprodukts an Bedeutung verloren; der Strukturwandel im Werftbereich kündigte sich ebenfalls in den 1960er Jahren an (Sebastian Lehmann). Während im Bereich der Wohnungswirtschaft Befürchtungen vor Mietsteigerungen schon in den 1960er Jahren eine große Rolle spielten, nahmen in den Arbeitswelten mit der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 1970er Jahre Ängste vor Erwerbslosigkeit und Lohnverlusten stetig zu. Angst war in dieser Phase möglicherweise eine eher subkutane Wahrnehmung von schon langfristige

wirkenden sozialen Unsicherheiten, die sich schließlich an Phänomene wie Atomkraft, Atomkrieg und Umweltzerstörung anlagerte und in diesem Zusammenhang artikuliert werden konnte.

Wandlungen der Arbeitswelten

Um den Blick von den sektoralen Zusammenhängen auf konkrete Arbeitsverhältnisse und Wahrnehmungen von Arbeit zu wenden, bieten sich ebenfalls Hafens- oder Werftstandorte an. Die seit den 1970er Jahren zum »Sachzwang« erkorenen Folgen einer Standortkonkurrenz und internationaler Akkumulationsprozesse waren keine zwangsläufigen Folgen beschleunigter Marktäufe, wie anhand der Besetzung und Schließung der Bremer Weser AG 1983 gezeigt wurde (Sarah Graber-Majchrzak). Hier waren es vor allem unternehmerisch einseitige Entscheidungen, die dazu beitrugen, eine Schließung nicht mehr abwenden zu können. Die 1983 erfolgte Besetzung des Betriebes durch die Belegschaft zielte vor allem darauf, politische Unterstützung für eine Weiterführung der Werft zu gewinnen und überraschte auch die gewerkschaftlichen Führungsgruppen. Allerdings lebte mit der Besetzung kaum die frühere Arbeiterradikalität der Weimarer Republik wieder auf, sondern es entstand eine regionalpolitische Abwehrinitiative, wie sie zu dieser Zeit in mehreren norddeutschen Städten zu beobachten war. Ob jedoch weiterführende gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen oder die Vorschläge für eine alternative Produktion – so zum Beispiel von Windkraftträdern – den Erhalt der Werft ermöglicht hätten, wurde in der Diskussion kritisch gesehen. So wie die Werftuntersuchung dem langlebigen Bild vom revolutionär veranlagten Arbeiter widerspricht, verwischt sich auch das hartnäckige Bild des knorrigen und fortschrittsfeindlichen Hafenarbeiters durch eine Untersuchung, in der berufsbiografische Erzählungen von ehemaligen Hafenarbeitern mit den Veränderungen der Hafenarbeit verbunden werden (Janine Schemmer). Kaum einer der interviewten ehemaligen Hafenarbeiter gab an, bei Einführung der Container Angst um seinen Arbeitsplatz gehabt zu haben, vielmehr herrschte ein lakonischer Abgang auf kollektive Arbeitsformen vor.

Aus den Arbeitern mit Spezialwissen wurden Hafenfacharbeiter, die sich ihrer Tradition bewusst waren, aber, je nach Alter, technischen Neuerungen

3 Vgl. Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeits(welten) seit den 1970er Jahren (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 89), Bonn 2011; vgl. als konzeptionelle Kritik, Martin H. Geyer, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 643 – 669.

positiv bis abwartend gegenüberstanden. Zu Recht ließe sich von einer pragmatischen Aneignung von Wandlungsprozessen sprechen (Frank Bajohr), denn Arbeitsverhältnisse veränderten sich zwar vom fordistischen Typus zu differenzierten und entkollektivierten Formen, jedoch blieben Arbeiter im industriellen wie logistischen Bereich den ausdifferenzierten Standards mit hoher Arbeitsverdichtung unterworfen.

Mehr noch: Wandlungen der Arbeitswelten sind ja kein neues Phänomen. Erzählungen über Verlust Erfahrungen von älteren und Mobilitätsinteresse von jüngeren Beschäftigten gehören zu jeder Phase der Industrialisierungsgeschichte. Als neues und wohl auch massenhaftes Phänomen ist aber der durch Bildung ermöglichte soziale Aufstieg zu erkennen. Die Bildungsexpansion ließ seit den 1970er Jahren die sozialen Herkunftsmilieus zwar nicht bedeutungslos werden, aber Letztere bestimmten Lebensläufe in einem abnehmenden Maße (Harry Friebe). Zwar war die Annahme in den 1970er Jahren, durch Weiterbildungsmaßnahmen würden soziale Schranken zunehmend verschwinden, allzu optimistisch. Aber die Erfahrungen der damals Beteiligten belegen, dass die wahrgenommenen Entfaltungsmöglichkeiten zu einem positiven Umgang mit der eigenen Arbeitssituation führten, so dass die Wandlungen der Arbeitswelten kaum allein als Niedergangsgeschichte zu erzählen sind.

Die Relevanz der ›creative class‹ und neuer Dienstleistungstätigkeiten wurde mehrmals unterstrichen, aber eine historiografische Annäherung an dieses komplexe Thema steht noch aus. Schon jetzt sind aber scheinbar widersprüchliche Effekte innerhalb der Stadtentwicklung festzustellen. Neue Medien sind idealtypisch an keinen Standort gebunden. Dennoch konzentrieren sich Arbeitsplätze Kreativer in bestimmten innenstädtischen Quartieren. Offenbar spielen auch in

den gewandelten Arbeitswelten Bedürfnisse nach kleinräumigen Orten mit spezifischen Kommunikations-, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten eine große Rolle.

Proteste

Eine der verfolgten Leitfragen richtete sich auf einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Aufkommen von Protestbewegungen und dem Strukturwandel in Wirtschaft und Stadtpolitik. Lässt sich der Strukturwandel als Hintergrund unterschiedlicher Reaktionen in der Bevölkerung, in Milieus und bestimmten sozialen Gruppen erkennen? Diese Verbindungs-These wurde von den Beiträgern und Teilnehmern eher zurückhaltend bewertet. Deutliche Verbindungen zeigte allein die Wertekrise, wo mit industriellen Arbeitern und den Gewerkschaften Akteure der Industriemoderne auftraten, die aber zugleich in einer defensiven Haltung verharrten. Dies war für die anderen vorgestellten sozialen Proteste jedoch anders, bei denen es zumeist darum ging, Gegen-Räume oder Gegen-Entwürfe zur Gesellschaft zu schaffen.

Neben persönlichen Motiven und politischen Bedingungen lassen sich Reaktionsformen des Protests unterscheiden: Militanz, strikte Basisdemokratie und Selbsthilfe durch Selbstorganisation. In Abgrenzung zu Organisationen wie Gewerkschaften und Parteien, aber in der Tradition subjektiver politischer Ansprüche entstanden beispielweise die »Kriegdem-Krieg«-Bewegung als militanter »Flügel« der Friedensbewegung (Hanno Balz), die Autonomen rund um die Hamburger Hafestraße (Bart van den Steen) oder auch die frühen Grünen, die sich als »Anti-Partei« begriffen und ihren Bewegungscharakter betonten (Silke Mende).

In der Tat fiel bei allen Beiträgen zu Protestbewegungen der implizite, manchmal auch explizite, Vorgang der Individualisierung und Differenzierung von Lebensbereichen auf, der womöglich die Konflikte um Raum- und Ressourcenverteilung angestoßen hat. Diese Individualisierung bedeutete auf räumlicher Ebene auch eine zunehmende Lokalisierung nicht nur von Protesten, sondern auch von Identitäten und politischen Ansprüchen, wie in der Diskussion deutlich wurde (Klaus Weinbauer). Wenn es, zuge-

spitzt formuliert, »'68« um den Umsturz des ganzen Systems gegangen war, dann ging es – zeitversetzt und ungleichzeitig – seit den 1970er Jahren zunehmend um den Umgang mit Veränderung vor Ort im Zeichen wirtschaftlicher und politischer Brüche und Wandlungen. In diesem Kontext entstanden auch neue Subjektstitutionen und Handlungsräume, in denen kleinräumige Sozialgruppen im Vordergrund standen (Detlef Siegfried).

Neuartige Formen von Protest zeigten sich beim Aufgreifen der Aids-Bedrohung (Henning Tümmers).⁴ Basisgruppen spielten eine wichtige Rolle zur Etablierung von Beratungseinrichtungen und gingen gegen

mediale Horrorszenerarien über eine neue Seuche vor. Aber auch die Hamburger Politik – durchaus im Kontrast zu anderen bundesdeutschen Städten – wandte sich früh gegen die soziale Stigmatisierung von Betroffenen. Einige Elemente der sozialen Proteste sind deshalb nicht als abwehrende Reaktionen auf einen Strukturwandel zu verstehen, sondern auch als positiver Bezug auf die zunehmende

Individualisierung. In ganz unterschiedlichen Schattierungen kann »Selbstverwirklichung« als ein Schlüsselbegriff dieser Entwicklung verstanden werden. Ein vielversprechendes Untersuchungsgebiet wäre etwa die häufig mit biografischen Verwerfungen einhergehende Ent-Radikalisierung der Akteure. So könnte dem Nachwirken der sozialen Proteste und der in ihnen erfahrenen Vergemeinschaftung nachgegangen werden.

Diskutiert wurde der Vorschlag, zum Teil verdeckte Thematisierungen von Arbeitsverhältnissen bei unterschiedlichen Protesten nachzuzeichnen (Peter Birke). War die Besetzung der HDW-Werft im September

1983 in Hamburg offenkundig auf den Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen gerichtet, wurde in späteren Protesten die Frage nach Arbeit und ihrem Wert anders thematisiert. Bei den Protesten gegen die Schließung des Hafenkrankehauses Ende der 1990er Jahre standen soziale Ängste vor einer Abkopplung der Gesundheitsversorgung in St. Pauli zwar im Vordergrund, aber es ging auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor. Die Besetzung des Hamburger Gängeviertels durch Künstlergruppen 2009 zielte auf die Aufhebung der Trennung von Produktion und Reproduktion. Ob aber die historische Entwicklung sozialer Proteste als eine anhaltende Thematisierung von Arbeitsverhältnissen in dieser Form erzählt werden kann, müssten vertiefende Forschungen erst zeigen.

Rückzug des Staates?

Wie sich schon andeutete, konnte keine Einigkeit bei der Frage von »Entstaatlichungsprozessen« bzw. des »Rückzuges des Staates« erzielt werden. Lässt sich von einem Verschwinden des Staates sprechen, wenn er in vielgestaltiger Form weiterhin als wesentlicher Akteur Gesellschaft strukturiert? So war etwa die Hafenwirtschaftspolitik durchgängig von einer Dualität geprägt, in der die Infrastruktur durch staatliche Maßnahmen getragen wurde, hingegen Investitionen privat erfolgten. Die Hamburger Hafen- und Lager AG (HHLA) wird seit 1970 nicht mehr mit behördlichen Aufgaben betraut und ist 2007 an der Börse kapitalisiert worden, ist aber bis heute in staatlicher Hand. Da politische Repräsentanten und ihre Reaktionen zu den wesentlichen Untersuchungsgruppen gehörten, wiesen die meisten Beiträger auf methodische Fragen und Probleme beim Umgang mit Staatlichkeit hin. Mit Blick auf Hamburg lässt sich deutlich erkennen, dass der »Rückzug des Staates« nicht sein Verschwinden bedeutete, sondern in Form von Privatisierung staatlicher Versorgungsaufgaben und mit der Forderung nach einem »Unternehmen Hamburg« andere politische Selbstverständnisse hegemonial wurden. An diesem Punkt lässt sich eine mögliche heuristische Ebene zwischen den unternehmerisch orientierten Koordinaten von Stadtpolitik und dem seit den 1970er Jahren einsetzenden gesellschaftlichen Leitbild des »unternehmerischen Selbst«, wie Ulrich Bröckling es nennt, erkennen. Im Ergebnis konnte dies bedeuten, dass die Verantwortung für die eigene



Foto: Johanna Meyer-Lenz

4 Vgl. den Beitrag »Heaven can wait« auf S. 13 – 30.

Lebensführung nicht mehr nur dem Ideal von Selbstverwirklichung folgte, sondern sich die zunehmend subjektiv zugeschriebene Verantwortung als ein gesellschaftlicher Regulierungsmechanismus etablierte. Entkollektivierte Arbeitsverhältnisse, nahraumorientierte Durchsetzung von Interessen oder eigenverantwortlich kreierte Weiterbildungskarrieren ließen sich demnach als Phänomene des Wandels einordnen. Aus Sicht der jüngeren Zeitgeschichte müssen solche bislang nur sozialpsychologisch gedeuteten Vorgänge durch quellengestützte und akteurszentrierte Arbeiten analysiert werden.

Verhältnis von Stadt und Land

Von einem Formwandel oder einem Paradigmenwechsel lässt sich wohl eher sprechen, wenn das Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land angesprochen ist (Michael Ruck). Wanderungen zwischen beiden Bereichen halten seit den 1960er Jahren ungebrochen an, wenngleich seit den 1980er Jahren bis zur Gegenwart eine deutliche Raumdifferenzierung einsetzte. Fortwährend wirken die Faktoren Kapital, Mobilität und freie Zeiteinteilung, um Menschen aus der Stadt heraus oder umgekehrt ziehen zu lassen (Meik Woyke). Während in den 1960er und 1970er Jahren jedoch noch der klassische, aber nicht gleichmäßig verteilte Speckgürtel rund um Hamburg lag, kann seit den 1980er Jahren beobachtet werden, wie sich geografische Ringe aus Innenstadt, Stadtrand, suburbanes Umland und Hinterland in der Bevölkerungszusammensetzung zunehmend unterscheiden. Insofern war die These einer anhaltenden Suburbanisierung umstritten, da zumindest in den beiden letzten Jahrzehnten ein neuer Trend zum Wohnen in der Stadt zu erkennen ist, der

soziale Verschiebungen zwischen den Stadtteilen zur Folge hat. Während die Innenstadt prosperiert, überaltert der Stadtrand, ziehen finanziell gut ausgestattete Familien ins suburbane Umland und verödet das Hinterland immer mehr (Thomas Pohl). Welche Anteile haben Planungen der 1960er/70er Jahre an dieser Entwicklung und in welchen Bereichen konnte die Politik nur nachträgliche Strukturpläne verabschieden, wo schon längst Veränderungen wirksam waren? Eine genauere Untersuchung, wie sich Stadtrand und Suburbia verflochten und voneinander abgrenzten, könnte die Strukturen und Lebensstile der »Zwischenstadt« differenzieren. Einen ersten Ansatz bietet die Untersuchung der Geschichte selbstverwalteter Jugendzentren und Initiativgruppen in den 1970er Jahren etwa im Kreis Pinneberg (David Templin). Fest steht, dass Handlungsoptionen jugendlicher Gruppen nicht allein auf ländliche Strukturschwäche reduziert werden können, sondern mehr auf alltäglicher und kommunaler Ebene und hinsichtlich ihrer Konflikte um Freiräume und Selbstorganisation zu untersuchen sind.

Wie für viele Großstädte, so gilt auch für Hamburg: Die Diskussion um Urbanität und ihre Kennzeichen Verdrängung, Verschiebung, Entgrenzung ist kein neues Thema, sondern beginnt in den 1970er Jahren. So wie es auf dem Land um Schaffung neuer Räume ging, bedeutete Stadtentwicklung, sich mit enger werdenden Räumen zu befassen. Ein deutlicher Verteilungskampf um Raum, nicht nur Wohnraum, setzte ein.

Fazit

Die Tagung war als Workshop, als erste Erkundung der norddeutschen und Hamburger Zeitgeschichte seit den 1970er Jahren konzipiert. Ein »Strukturwandel« ist für viele Bereiche erkennbar, während gegenüber einem »Strukturbruch« eher zurückhaltend argumentiert und Skepsis geäußert wurde. Auch wurden Lücken benannt, denn die komplexen Entwicklungen von Migration, gewandelter Geschlechterverhältnisse oder bei der Vermittlungsfunktion von Medien und kommunikativen Prozessen sind bislang wenig berücksichtigt.

Eine Perspektive für die zukünftige Forschung zur jüngeren Zeitgeschichte mit regionalen Schwerpunkten ist dennoch oder gerade wegen der

Diskussion und Desiderate anschaulich geworden. Die Problematisierung des komplizierten Zusammenhangs von weitreichenden Erklärungsansätzen auf der Makroebene mit den kleinteiligen Vorgängen, die regionale Perspektiven erkennen lassen, steht erst am Anfang. Zugespitzt lässt sich zwar fragen, ob nicht die Gefahr droht, dass die historiographische Empirie der Theorie hinterherläuft. Aber die Beiträge und Diskussionen der Tagung haben gezeigt, wie lokale Forschungen Annahmen zu überregionalem Wandel unterfüttern oder differenzieren können. Während regionale Perspektiven im Verbund mit trans- oder überregionalen Erweiterungen eine vielversprechende Möglichkeit sind, um einem Strukturwandel empirisch belegt auf die Spur zu kommen, sind die zu Tagungsbeginn angenommenen regionalen Spezifika kaum zu erkennen (Cornelia Rau). Deshalb sollte die zeitgenössische Kommunikation über regionale Besonderheiten aufgegriffen werden, um die mehrmals angesprochenen produktiven Aneignungsprozesse der Zeitgenossen erschließen zu können. Darüber hinaus kann nur über den Vergleich mit anderen Regionen herausgearbeitet werden, welche spezifisch norddeutschen Entwicklungen in den 1970er einsetzten oder auch abbrachen.

Die jüngere Zeitgeschichtsforschung wird sich auch bei regionalen Schwerpunktsetzungen mit der fast schon zur Meistererzählung geronnenen Annahme auseinandersetzen müssen, dass nach dem Boom die große wirtschaftliche Krise, die gesellschaftliche Individualisierung und politisch bis 1989/90 und darüber hinaus eine Normalisierung- und Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik einsetzte (Axel Schildt). Hier gilt es, nicht dagegen anzuschreiben, sondern eine konsequente Erweiterung zu suchen. Beispielsweise kann die Stadtentwicklungsgeschichte über ihre räumliche, politische und wirtschaftliche Verflechtung hinaus



Foto: Johanna Meyer-Lenz

auch geschlechter-, medien-, konsum-, wissens- oder umweltgeschichtlich untersucht werden. Weiterhin fordern die vermeintlich politisch wirksamen Zäsuren wie Regierungs- oder Strategiewechsel dazu heraus, diese mit individuellen Erfahrungs- und Orientierungswelten der Bevölkerung zu verknüpfen, um herkömmliche Verlaufsgeschichten gegen den Strich zu lesen. Auf diese Weise kann regionale Zeitgeschichtsforschung dazu beitragen, allzu eindeutige Deutungen der jüngeren Vergangenheit aufzubrechen und eine offene »Auseinandersetzung zwischen vielen Geschichten« zu befördern.⁵ Schließlich müssen die teils zeitgenössisch eingeführten und vom mit-wissenden Historiker nicht unvoreingenommen benutzten Begriffe konsequent historisiert werden: Flexibilisierung, Neoliberalismus, Standortkonkurrenz gehören ebenso dazu wie das vermeintlich gegebene Begriffspaar Nord- und Süddeutschland. Am Letzteren kann man die Uneindeutigkeit historischer Wahrnehmung ablesen, denn die zugewiesenen Grenzen Norddeutschlands unterlagen seit den 1970er Jahren nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen und kulturellen Wandlungen. Aus den orientierenden Fragen der Tagung sind Forschungsaufgaben entstanden, die sich mit multiperspektivischen Ansätzen, oft vergleichenden Studien und verbunden mit einem akteurszentrierten Zugriff bearbeiten lassen, um die von Hans-Günter Hockerts prägnant genannte »problemzentrierte Vorgeschichte der Gegenwart« genauer auszuleuchten.

5 In Bezug auf die deutsch-deutsche Zeitgeschichte: Lutz Niethammer, Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?, in: Christoph Kleßmann u. a. (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 307 – 327, hier S. 321. Vgl. auch Marcus Böick/Angela Siebold, Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen, in: Deutschland Archiv 2/2011. Online <http://www.bpb.de/themen/19R4QK.html> (letzter Zugriff: 15.11.2011).

»ZEITZEUGEN DES HAMBURGER FEUERSTURMS (1943) UND IHRE FAMILIEN«

Abschlussstagung des interdisziplinären Forschungsprojekts (11./12. November 2011)

Im Hamburger Warburg-Haus fand vom 11. bis 12. November 2011 die Abschlussstagung des interdisziplinären Forschungsprojekts »Zeitzeugen des Hamburger ›Feuersturms‹ und ihre Familien« statt.¹ An dem Projekt, das seit Januar 2007 von der Gerda-Henkel-Stiftung sowie der Köhler-Stiftung gefördert wurde, waren Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) sowie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) beteiligt und stellten im Rahmen der Tagung ihre Ergebnisse vor. Der als ›Feuersturm‹ bekannte Bombenangriff auf Hamburg im Sommer 1943 bildete den Ausgangspunkt des Projektes, mit dem sich die aus Historikern und Psychoanalytikern zusammengesetzte Gruppe an Hand von Interviews beschäftigte. Der ›Feuersturm‹ prägte sich »als tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts in Hamburgs Stadtbild und -geschichte« ein.²

Auf der Abschlussstagung diskutierten die Projektmitarbeiter den interdisziplinären Austausch und präsentierten ihre (z. T. vorläufigen) Resultate. Dabei orientierten sie sich überwiegend an den Leitfragen des Projekts. Diese bezogen sich auf die langfristige individuelle Verarbeitung der Erlebnisse im ›Feuersturm‹, die Muster familiärer Verarbeitung, die transgenerationale Weitergabe der Erfahrungen, sowie auf die Rolle

gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und öffentlicher Deutungsangebote. Bei der quantitativen Datenerhebung durch die Psychoanalytiker wurde auch die Frage verfolgt, inwieweit die Überlebenden des Hamburger ›Feuersturms‹ noch heute durch ihr damaliges Erleben gesundheitlich beeinträchtigt sind, inwieweit eine so genannte posttraumatische Belastungsstörung vorliegt und inwiefern die Erfahrungen erzieherisch weitergegeben wurden. Das Projekt zielt darüber hinaus auf eine Definition für den in beiden Disziplinen gleichermaßen häufig benutzten Begriff des ›Traumas‹, der zunehmend pauschal auf Großereignisse wie Krieg und Vertreibung angewandt wird.

Mit Abschluss des Projekts liegen nun 243 Einzel- und Familiengespräche vor, die mit Hamburgern geführt wurden, die die Bombardierung der Stadt im Sommer 1943 erlebten, sowie mit deren Kindern und Enkeln. Die lebensgeschichtlich angelegten Interviews wurden von Psychoanalytikern geführt, nachdem zunächst Fragebögen erste Informationen über die Gesprächspartner lieferten. Teilweise führten Historiker ergänzende Zweitinterviews. Zahlreiche Aufsätze dokumentieren die Ergebnisse des Projekts.³

Der Psychoanalytiker JÖRG FROMMER erörterte im Eröffnungsvortrag aus einer externen Perspektive die Rahmenbedingungen des Projekts. Dabei ging er einer »kollektiven Standortbestimmung zur deutschen Identität« nach und konstatierte eine durch kollektives Beschweigen marginalisierte Erinnerung an die NS-Zeit nach 1945. Daraus resultiere eine krisenhafte gesellschaftliche Zuspitzung 1968, die vor allem von intellektuellen und bürgerlichen Kreisen getragen wurde. Frommer stellte die Frage nach einer gelungenen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, hob die therapeutische Funktion von Projekten wie diesem für eine zerrissene Erinnerungskultur wie die deutsche hervor und beschrieb den ›Feuersturm‹ als Ort kollektiver Erinnerung. Abschließend betonte er die Bedeutung des Projektes für die psychoanalytische Forschung und formulierte die Hoffnung, dass die Geschichtswissenschaft den Rahmen schaffe, bisher »Nichtsagbares sagbar« zu machen.

Am ersten Tag widmete sich die Forschergruppe den Möglichkeiten und Problemen der Interdisziplinarität.

Der Psychoanalytiker ULRICH LAMPARTER betonte die fruchtbare Kooperation beider Disziplinen, um den ahistorischen Ansatz der Psychoanalyse zu

ANMERKUNGEN

- 1 In leicht veränderter Form erschien dieser Tagungsbericht am 23.1.2012 auf dem Fachportal H-Soz-u-Kult.
- 2 Vgl. die Präsentation der Gerda-Henkel-Stiftung mit weiterführenden Hinweisen »Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms und ihre Familien«, http://www.gerda-henkel-stiftung.de/panorama_projekt.php?language=de&nav_id=338 (20.12.2011).
- 3 Vgl. u. a. den Beitrag mit weiterführenden Hinweisen zu Einzelveröffentlichungen aus dem Projekt bei Linde Apel / Christa Holstein / Ulrich Lamparter / Birgit Möller / Malte Thießen / Silke Wiegand-Greife / Dorothee Wierling, Die familiäre Weitergabe von Kriegserfahrungen als Gegenstand interdisziplinärer Forschung, in: ZPPM (Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, Psychologische Medizin), 8 (2010), Heft 1, S. 9 – 24.

LINA NIKOU UND JANINE
SCHEMMER
■ »ZEITZEUGEN DES
HAMBURGER FEUERSTURMS
(1943) UND IHRE FAMILIEN«

überwinden, und verwies auf die Bedeutung der Interdependenz von individueller und historisch gewachsener Realität. Den Realitätsbegriff, den er als wichtigen psychoanalytischen Begriff heraushob, bezeichnete er als für zukünftige Kooperationen anschlussfähig. Er formulierte das Ziel, auf empirischer Grundlage eine Typologie der Weitergabe von Erfahrungen zu entwickeln und präsentierte methodische Überlegungen, die als Basis für eine Herausarbeitung prototypischer Fälle dienen sollen.

DOROTHEE WIERLING setzte sich aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit dem Nutzen interdisziplinärer Arbeit auseinander. Sie begann mit der Beobachtung, dass Empathiefähigkeit sowie erzählte Zeitlichkeit einen Schwerpunkt beider Disziplinen darstelle, wobei Unterschiede in Fragestellungen und Vorannahmen bestünden. Dennoch ermöglichten die expliziten Deutungen der Erzählungen durch Psychoanalytiker sowie die impliziten Schlussfolgerungen der Historiker am Ende gemeinsame Interpretationen. Sie hob allerdings hervor, dass eine Unterscheidung zwischen objektiver Wahrheit und subjektiver Wahrhaftigkeit notwendig sei und Erzählungen immer mentalitätsgeschichtliche Fragen evozierten. Darüber hinaus betonte Wierling die Notwendigkeit der Historisierung des Traumabegriffs. Beide Referenten wiesen auf die Dringlichkeit der Definitionen von konzeptuellen Begriffen wie ›Trauma‹ und ›Gedächtnis‹ hin und beschrieben die unterschiedlichen Publikationsweisen in den Disziplinen als problematisch für eine interdisziplinäre Kooperation.

THOMAS KOHUT, der als Historiker ebenfalls ein psychoanalytisches Studium absolvierte, bemerkte in seinem Kommentar, dass im Austausch der beiden Fächer auf Seiten der Psychoanalytiker die Angst vor akademischer Unterlegenheit herrsche, während Historiker

fürchteten, selbst zum Objekt der Analyse zu werden. Gemeinsamkeiten bestünden im Versuch, die Menschen in ihrer Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen, und ihnen mit Empathie zu begegnen. Unterschiedlich sei hingegen, dass die Psychoanalytiker versuchen, das Subjekt sich selbst verständlich zu machen, während die historische Perspektive den Leser als Adressaten hat. Kritisch merkte er den Rollenwechsel der Psychoanalytiker im Rahmen des Projektes an, da sie nicht als Therapeuten auftraten und somit eine für sie ungewohnte Rolle einnahmen. Er stellte jedoch auch fest, dass die Psychoanalyse letztendlich mehr Überschneidungen mit den Geschichtswissenschaften aufweise als mit der medizinischen Psychologie und ein Zusammenbringen der beiden Ansätze lohnenswert sei.

Das zweite Panel widmete sich den ›Zeitzeugen‹. Insgesamt 82 Interviews mit Angehörigen der sogenannten ›Erlebnisgeneration‹ bilden die Basis der Untersuchungen. Die beiden ersten Vorträge der Psychoanalytikerin Birgit Möller und des Zeithistorikers Malte Thießen beruhten zum Großteil auf gemeinsam erarbeiteten Interpretationen. Da BIRGIT MÖLLER kurzfristig verhindert war, präsentierte Ulrich Lamparter die Ergebnisse der »Typenbildung«, die die Projektgruppe auf Grundlage der Auswertung von Möller und Thießen erarbeitet hat. Nach einer Inhaltsanalyse aller ›Zeitzeugen‹-Interviews unterschieden sie 13 Verarbeitungs-Typen. Diese Typenbildung wurde anschließend von der Projektgruppe erweitert und differenziert und bildete den Ausgangspunkt für Zweitinterviews, die mit einigen »typischen« ›Zeitzeugen‹ geführt wurden. Als charakteristisch hob Möller die Konsistenz der Narrationen hervor und bemerkte, dass darin kaum historisch-kritische Auseinandersetzungen stattfänden. Der Feuersturm würde als einschneidendes biographisches Erlebnis dargestellt, wobei die Gesprächspartner keine psychischen Auffälligkeiten aufwiesen. Häufig würden positive Lebensbilanzen gezogen und Erfolgsgeschichten präsentiert. In vielen Interviews fänden sich darüber hinaus ähnliche lebensgeschichtliche Strategien der Verarbeitung, etwa der Hinweis auf Wohlstand und harmonische Familienverhältnisse. Abschließend bemerkte sie jedoch kritisch, dass sich Erlebtes nicht von der Erzählung trennen ließe. In seinem Kommentar zu Möller stellte WERNER BOHLEBER fest, dass Analytiker nach Brüchen und Gefühlen suchen. Er fragte nach dem Unbewussten und definierte ›Trauma‹ als einen Verlust der Integrationsfähigkeit des Gedächtnisses, in

dessen Folge Erinnerungen nicht verarbeitet würden. Daraus könnte ein Verantwortungsgefühl für nicht beeinflussbare Ereignisse erwachsen, wobei Bohleber darauf aufmerksam machte, dass die Erinnerungsfähigkeit bis ins erste Lebensjahr zurückreiche. Er endete mit der Anmerkung, dass verloren ginge, was nicht erzählt wird und verwies auf die »eigentliche historische Erfahrung«.

MALTE THIESSEN stellte in seinem Beitrag die Ausgangsfrage, wie sich ›Zeitzeugen‹ an den Feuersturm erinnern, wenn sie sich überhaupt erinnern, und konstatierte ein großes Erinnerungsvermögen. Er hob drei Faktoren hervor, mit denen sich dieses Erinnerungsvermögen erklären ließe und die zugleich wichtige Hinweise gäben, warum und wie sich private Erinnerungen an den Bombenkrieg veränderten: erstens den öffentlichen Rahmen, in dem Erinnerungen verhandelt werden. Als Einflussfaktoren unterschied er dabei die Medien, lokale Gedenkkulturen sowie den städtischen Raum als »Ankerplatz« für Erinnerungen. Zweitens nannte er familiäre Strukturen, die durch Berichte, Relikte und persönliche Beziehungen geprägt seien. Drittens führte er individuelle Faktoren für Erinnerungen an das Geschehene an und differenzierte geschlechtsspezifische Sagbarkeitsregeln, gesellschaftliche Milieus sowie altersbedingte Unterschiede, die sich in den Erzählungen niederschlagen. In seinem Fazit plädierte er für eine Erweiterung der Rahmungen von Erinnerungen, etwa hinsichtlich lokaler Erinnerungsgemeinschaften, familiärer Erinnerungsmedien sowie des Blicks auf räumliche, akustische und olfaktorische Einflussfaktoren. LU SEEGERs ergänzte den Vortrag von Malte Thießen auf Grundlage ihrer Habilitation über »Vaterlosigkeit im 20. Jahrhundert«. Ihre Anmerkungen zielten vor allem auf die medialen und gesellschaftlichen Rahmungen. Sie bemerkte, dass

Erinnerungen auch Druck von außen ausgesetzt seien und der Wunsch der ›Zeitzeugen‹ nach Deutungshoheit ebenfalls zu Konflikten führen könne.

Zwei weitere Vorträge des Panels widmeten sich der quantitativen, auf psychoanalytischen Überlegungen fußenden Auswertung des Interviewbestandes. NICOLE DROST referierte zu Verbindungen zwischen qualitativen und quantitativen Befunden und stellte die Ergebnisse ihrer psychoanalytischen Diplomarbeit »Wir sind, was wir erinnern« graphisch vor. Aus neun als prototypisch identifizierten Interviews erarbeitete sie 170 diagnostische Urteile, die sie wiederum in neun Themenbereiche unterteilte. Alle Interviews wurden auf Grundlage dieser Urteile ausgewertet, wobei ihre Ergebnisse mit den zuvor präsentierten qualitativen Befunden übereinstimmten.

Der Psychotherapeut ERHARD MERGENTHALER näherte sich den Narrationen über eine computergestützte Textanalyse. Er präsentierte seine auf linguistischen Prinzipien beruhende Theorie der ›Reasonating Minds‹, die bisher für die Analyse von psychotherapeutischen Gesprächen verwendet wurde. Das von ihm entwickelte Computerprogramm erkennt Signalwörter innerhalb der Erzählungen – beruhend auf einem von ihm entwickelten Zyklusmodell – wodurch Gesprächssequenzen innerhalb der Unterhaltung identifiziert werden und sich dadurch Gesprächsverläufe nachvollziehen lassen. Da er sich erst vor kurzem der Forschergruppe angeschlossen hatte, steht eine intensive Auseinandersetzung mit dem Interviewmaterial noch aus.

Das dritte und letzte Panel setzte sich mit der zweiten und dritten Generation und dem ›Familiengedächtnis‹ auseinander, wobei die Erhebung und Auswertung der Interviews mit Kindern und Enkeln sowie die Familiengespräche von Psychoanalytikern vorgenommen worden waren.

PHILIPP VON ISSENDORF untersuchte quantitative Zusammenhänge zwischen der Schwere der Traumatisierung der ›Zeitzeugen‹ und der Verfassung ihrer Kinder. Er verwies auf methodische Schwierigkeiten und bemerkte, dass die quantitativen Befunde mit Vorsicht interpretiert werden müssten, stellte jedoch fest, dass bei den Kindern deutlich erhöhte Werte für Angst, Depressivität und Somatisierung existierten. Diese Werte korrelierten statistisch signifikant mit der Schwere des traumatischen Erlebens und der posttraumatischen Belastung bei den Eltern. Die Diplom-Psychologin INSA FOOKEN problematisierte in ihrem Kommentar die angenommene

Objektivität der Fragebögen, die nur eine ›Illusion‹ von Gesundheit einfangen würden und verwies auf die Bedeutung von gesellschaftlichen Zuschreibungen. Abschließend merkte sie an, dass der vom Projekt angeregte Vergleich zwischen quantitativen und qualitativen Studien intensiviert werden müsse.

Die Psychoanalytikerin CHRISTA HOLSTEIN stellte die qualitative Auswertung von 45 Kinderinterviews vor und bezog sich dabei auf die Leitfragen des Projekts. Sie stellte fest, dass bei den ›Zeitzeugen‹ eine hohe Motivation des Berichtens bestand, während bei deren Kindern Ambivalenzen spürbar waren. Allerdings bemerkte sie, dass der Feuersturm vorwiegend in der weiblichen Linie kommuniziert werde, wohingegen in der männlichen Linie Gewalterfahrungen und der Nationalsozialismus im Fokus stehen. Generell seien in vielen Familien Konfliktscheue und Harmonisierungstendenzen vorherrschend. Letztendlich müssten die Ergebnisse allerdings vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass über die Hälfte der Kinder nicht interviewt wurde. Die Politikwissenschaftlerin CLAUDIA LENZ beschrieb interdisziplinäres Arbeiten in ihrem Kommentar als Produkt einer gemeinsamen Verfestigung von Sinn und fragte, welche gesellschaftlichen und kulturellen Rahmen an Deutungsmustern der Kindergeneration zur Verfügung stehen und inwiefern sich die Nachkommen mit den Mustern der Eltern identifizieren oder diese hinterfragen.

SILKE WIEGAND-GREFE widmete sich in ihrem Vortrag der transgenerationalen Weitergabe von Erfahrungen aus einer psychoanalytischen und familien-theoretischen Perspektive. Dabei bezog sie außer der Erlebnisgeneration und den Kindern auch die Enkel und Familien mit ein, mit denen insgesamt 24 Interviews vorliegen. Ausführlich präsentierte sie eine Fallgeschichte über drei Generationen und zog den Schluss,

dass der Enkel in diesem Fall einen offeneren und kritischeren Umgang mit dem Themenkomplex Nationalsozialismus an den Tag legte als seine Eltern und plädierte für eine umfassende Einbeziehung der Familienperspektive. GISAL WNUK-GETTE ergänzte den Vortrag sowohl aus Sicht einer Familientherapeutin als auch als Kriegskind und Flüchtling aus Oberschlesien. Sie verwies insbesondere auf die Bedeutung von Familientradierungen und die Übernahme von Unbewältigtem durch die Kinder und Enkel, wobei die systematische Untersuchung der transgenerationalen Weitergabe noch sehr begrenzt sei.

Der Historiker JÜRGEN REULECKE stellte in der von ihm moderierten Abschlussdiskussion eingangs die provokante Frage: »Hat sich das Projekt gelohnt?« Dabei interessierten ihn der wissenschaftliche Ertrag der Untersuchungen, mögliche Anregungen für weitere Arbeitsfelder sowie die Wirkung der Ergebnisse in der interessierten Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sprach er von einer Illusion der ›Vergangenheitsbewältigung‹. Von den vier Diskutanten äußerte sich CARL NEDELMANN, Psychoanalytiker und Psychotherapeut, auch als Angehöriger der ›Erlebnisgeneration‹ und regte einen genaueren Blick auf das Alter der Kriegskinder an. Im Gegensatz zu Reulecke betonte er die Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit, wobei er die »selektive Gruppe« der für das Projekt gewählten Interviewpartner als schwierig erachtete. Als bereichernd hätte er eine Einbeziehung von Soziologen in das Projekt empfunden. Die Historikerin ULRIKE JUREIT stellte fest, dass in den Berichten über den ›Feuersturm‹ ähnliche Muster zu erkennen seien wie bei Interviews mit Überlebenden des Holocaust, ergänzte aber, dass diese Erinnerungsmuster noch stärker spezifiziert und in Beziehung gesetzt werden müssten. Sie forderte desweiteren, dass eine gesellschaftsanalytische Perspektive eingenommen werden sollte, da beide Disziplinen vom Einzelfall ausgehen. ALEXANDER VON PLATO konstatierte, dass einige Aspekte der präsentierten Ergebnisse in früheren Forschungen bereits diskutiert worden seien und daher eine »Selbsthistorisierung« lohne. Interessant fand er zudem die Frage nach dem Spezifischen der Hamburger ›Feuersturm‹-Erzählungen. Antworten könne der Vergleich mit seinen Forschungen zu den Narrationen über die Bombenangriffe auf Dresden geben. Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, den entstandenen Mythen gemeinsam nachzugehen. WERNER BOHLEBER

betonte als Psychoanalytiker die Notwendigkeit von historischem Hintergrundwissen für die Analysen und plädierte für den Blick auf den Einzelfall. Er verwies auf die Gefahr, der Enkelgeneration die eigene Agenda »aufzuzwingen«. Selbstreflexion sei ebenso notwendig wie eine Einbettung der Erzählungen der dritten Generation in aktuelle Kontexte.

Allen Vorträgen und auch der Abschlussdiskussion folgten angeregte Diskussionen über die Termini ›Trauma‹, ›Erinnerung‹, ›Erzählung‹, ›Zeitzeugen‹ und ›Authentizität‹. Außerdem wurde kritisch angemerkt, dass die Interviews nicht abgespielt wurden sowie die Unterscheidung zwischen Einzel- und Sonderfällen für die Zuhörer nicht immer transparent war: allgemeine Ergebnisse wurden der Darstellung von Beispielen vorgezogen. Der Raum für intensive Diskussionen brachte anregende weiterführende Erkenntnisse.

Die Präsentatoren sprachen sich auf dieser Abschlusstagung für interdisziplinäres Arbeiten aus, wobei überraschenderweise vor allem die unterschiedliche Publikationspraxis der Geisteswissenschaften und der naturwissenschaftlich arbeitenden Disziplinen als Probleme herausgehoben und nicht so sehr die Erkenntnisebene als kontrovers beschrieben wurde. Dorothee Wierling schloss ihren Vortrag mit einem Zitat frei nach Karl Valentin, das letztlich als Fazit für die gesamte Tagung gelten kann: »Interdisziplinarität ist schön, macht aber viel Arbeit.«

TÄTIGKEITSBERICHT

INHALT

1. Personal und Gremien der FZH (Stand 31.12.2011)	140
2. Forschung	144
a) <i>Die NS-Herrschaft, ihre Folgen und »zweite Geschichte«</i>	145
b) <i>Das lange 20. Jahrhundert</i>	152
c) <i>Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	153
d) <i>Perspektiven der jüngsten Geschichte (1945–1990)</i>	156
<i>Drittmittel 2011</i>	162
3. Veranstaltungen 2011	163
4. Kooperationsbeziehungen	172
5. Bibliothek	175
6. Archiv	177
7. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)	180
8. Veröffentlichungen der FZH	185
9. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	185
10. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH	193
11. Vorträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	196
12. Medienecho	204
13. Lehrveranstaltungen	206

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH (STAND 31.12.2011)

DIREKTOR (UND VORSTAND)

Prof. Dr. Axel Schildt (für Forschungsprojekt freigestellt
vom 1.10.2011 bis 30.9.2013)

PD Dr. Kirsten Heinsohn (Vertretung seit 1.10.2011)

STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)

Prof. Dr. Dorothee Wierling

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Dr. Knud Andresen

PD Dr. Frank Bajohr

Prof. Dr. Ursula Büttner (bis 31.7.2011)

Dr. Claudia Kemper

Dr. Christoph Strupp

David Templin, M.A.

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Janine Schemmer, M.A.

DOKTORANDENSTIPENDIUM DER ZEIT-STIFTUNG

EBELIN UND GERD BUCERIUS

Lina Nikou, M.A.

LEKTORAT DER FZH-PUBLIKATIONEN

Joachim Szodrzynski

BIBLIOTHEK

Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt, M.A.

Dorothee Mateika, Dipl.Dok.

ARCHIV UND DOKUMENTATION

Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis

Ewald Dawid

Lothar Degen (bis 31.5.2011)

ORGANISATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M.A.

Rupert Marienfeld, M.A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig

STUDENTISCHE MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Jessica Erdelmann

Thomas Käpernick

Alexander Konrad (seit 1.10.2011)

Cäcilia Maag (seit 16.11.2011)

Henrike Rehders

Sebastian Rohr (bis 31.6.2011)

Martin Schneider

Carmen Smiatacz

Lena Vossler (bis 30.9.2011)

PRAKTIKANTEN UND PRAKTIKANTINNEN

Astrid Henning (15.2. – 15.8.2011)

Alexander Konrad (1.6. – 15.7.2011)

Jenny Lindner (29.8. – 14.10.2011)

Alexander Simmeth (bis 31.5.2011)

Marine Viale (seit 1.11.2011)

Carsten Zimmermann (29.8. – 7.10.2011)

- Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Doktorandenstipendium der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucorius
- Lektorat der FZH-Publikationen
- Bibliothek
- Archiv und Dokumentation
- Organisation und Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Studentische Mitarbeiter
- Praktikanten

KURATORIUM

Dr. Dorothee Stapelfeldt
*Zweite Bürgermeisterin, Senatorin der Behörde für Wissenschaft
und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz*

Uwe Grund
Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender Vorsitz

Reiner Adam
Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann
Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Prof. Dr. Christoph Cornelißen
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH

Prof. Dr. Holger Fischer
Vizepräsident der Universität Hamburg

Peter Jaffé
Jüdische Gemeinde Hamburg

Dr. Martin Schmidt (†)
Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Sven Tode
Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Nils Wolk
Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen
*Christian-Albrechts Universität zu Kiel, Vorsitzender
(seit 1.10.2011 Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)*

Prof. Dr. Angelika Schaser
Universität Hamburg, Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Andreas Gestrich
German Historical Institute London

Prof. Dr. Simone Lässig
*Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung,
Braunschweig*

Prof. Dr. Cornelia Rauh
Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Barbara Vogel
Universität Hamburg

Prof. Dr. Dieter Schott
Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze
Ludwig-Maximilians-Universität München

2. FORSCHUNG

Die an der FZH bearbeiteten Forschungsprojekte gruppieren sich um vier inhaltliche Schwerpunkte. Der erste Schwerpunkt – die Geschichte des Nationalsozialismus –, steht in einem engen Zusammenhang mit der »zweiten Geschichte des NS«, also mit den politischen und gesellschaftlichen Folgen der Diktatur sowie der komplexen Geschichte persönlicher Erinnerungen, gesellschaftlicher Verarbeitungen und öffentlichen Gedenkens. Der zweite Forschungskomplex enthält Projekte, die das gesamte 20. Jahrhundert in den Blick nehmen und nach langen historischen Linien sowie nach Brüchen und Kontinuitäten jenseits politischer Systemwechsel fragen. Den dritten Schwerpunkt bildet ein Projekt fast aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH, nämlich Untersuchungen über Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der vierte Schwerpunkt – Perspektiven der jüngsten Geschichte – enthält eine Reihe von Arbeiten, die sich mit verschiedenen Phänomenen der politischen Kulturgeschichte, auch im deutsch-deutschen Vergleich, befassen. Der zeitliche Schwerpunkt dieser Studien liegt in den späten 1960er bis zu den 1980er Jahren, also jener Phase, die die Zeitgeschichtsforschung seit einiger Zeit verstärkt unter dem Gesichtspunkt des Strukturbruchs untersucht.

Einige Forschungsprojekte lassen sich in verschiedene Schwerpunkte einordnen. Solche Überschneidungen oder Verbindungen werden in der folgenden Darstellung nicht eigens aufgeführt.

Konzeptionelle Grundlagen der Forschung werden regelmäßig mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird über den Fortgang der einzelnen Projekte intensiv diskutiert.

a. DIE NS-HERRSCHAFT, IHRE FOLGEN UND »ZWEITE GESCHICHTE«

- Deportationsort Hannoverscher Bahnhof
(Koordination: Dr. Linde Apel)

In Folge der von Linde Apel 2009 kuratierten Ausstellung »In den Tod geschickt« über die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945 entwickelte ein Projektbeirat in 2010 und 2011 das Partizipationsprojekt »Wie wollt ihr euch erinnern?« für Jugendliche aus und um Hamburg, das auch innerhalb der von der Kulturbehörde initiierten Expertenrunde zur Entwicklung des Dokumentationszentrums und Gedenkortes »Hannoverscher Bahnhof« diskutiert wurde. Weiterführende Informationen finden sich auf der Website www.hannoverscher-bahnhof.hamburg.de/wie-wollt-ihr-euch-erinnern/.

- Social Memory and Historical Justice. How Democratic Societies Remember and Forget the Victimisation of Minorities in the Past
(Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Linde Apel war an dem vom Australian Research Council geförderten Kooperationsprojekt als Antragstellerin beteiligt. Das Projekt wurde mit einem produktiven institutsöffentlichen internationalen und interdisziplinären Workshop am 25. Februar 2011 beendet. Deutsche, israelische und australische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen diskutierten auf der Basis von Kurzvorträgen über Aspekte der Geschichtspolitik in Deutschland, Österreich, Ostmitteleuropa, Spanien, Marokko, Ruanda, Canada, Australien und USA.

Im Rahmen des Projektkontexts gründete Klaus Neumann das Historical Justice and Memory Research Network (www.historicaljusticeandmemorynetwork.com). Aus diesem internationalen Netzwerk heraus wird die im Februar 2012 in Melbourne stattfindende, international besetzte und interdisziplinäre Tagung »Historical Justice and Memory« organisiert.

a. DIE NS-HERRSCHAFT, IHRE FOLGEN UND »ZWEITE GESCHICHTE«

- Deportationsort Hannoverscher Bahnhof
(Koordination: Dr. Linde Apel)
- Social Memory and Historical Justice. How Democratic Societies Remember and Forget the Victimisation of Minorities in the Past

- Hamburg im Osten 1939–1945
(Bearbeiter: PD Dr. Frank Bajohr / Prof. Dr. Birthe Kundrus,
Universität Hamburg)

Seit langem weisen viele Indizien darauf hin, dass Hamburger Akteure in der sozialen Praxis deutscher Besatzungsherrschaft im Osten eine bedeutende Rolle gespielt haben und Hamburg sich im Zweiten Weltkrieg durch ein spezifisches »Ost-Engagement« auszeichnete. Das Projekt, das sich in Vorbereitung befindet, möchte den Fokus Hamburgs nutzen, um neue, detaillierte Einblicke in den deutschen Herrschaftsalltag in Osteuropa zu geben und die soziale Praxis des Paradigmas vom »Lebensraum im Osten« näher zu beleuchten. Wie wurde das »Lebensraum-Paradigma« in den Hamburger Medien propagiert? Wie gingen die städtischen Eliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung mit dem Primat der Ostexpansion um, welche Konzepte entwickelten sie, um diese mit den spezifischen lokalen Interessen zu verbinden? Welche Gruppen der Hamburger Gesellschaft standen der Ostexpansion besonders aufgeschlossen gegenüber und hatten diese bereits vor 1939 propagiert? Wo gab es Widerstände gegen diese Neuausrichtung? Vor allem jedoch: Welche städtischen Akteure engagierten sich in der konkreten Praxis deutscher Herrschaft in Mittel- und Osteuropa, im Besatzungsapparat, an der Verfolgung und »Germanisierung«, bei der wirtschaftlichen Durchdringung und Indiennahme der besetzten Gebiete?

Indem das Projekt die expansive territoriale Dynamik des »Dritten Reiches« in den Mittelpunkt rückt, will es eine klassische regionalgeschichtliche Perspektive auf die NS-Herrschaft überwinden, die diese auf die Geschichte der jeweiligen Stadt oder Region reduziert und dadurch zahlreiche Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft und deren verbrecherischer Praxis ausgeblendet hat.

Ein Projektantrag soll durch Quellenrecherchen in osteuropäischen Archiven vorbereitet werden. Für diese Tätigkeit haben die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S, die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius sowie die Katharina und Gerhard Hoffmann-Stiftung entsprechende Zuwendungen bewilligt.

- Der Umgang mit NS-Eigentum nach 1945
(Bearbeiter: PD Dr. Frank Bajohr)

Unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches« beschlagnahmten die Alliierten das Vermögen der NSDAP, ihrer Nebenorganisationen sowie den Privatbesitz zehntausender Nationalsozialisten. Mit deren Verwaltung wurden neu eingerichtete Landesämter für Vermögenskontrolle betraut. Während diese das Privatvermögen ehemaliger Nationalsozialisten nach Abschluss der Entnazifizierung in erheblichem Umfang wieder an die »Ehemaligen« zurückgaben, wurde das Vermögen von NS-Organisationen in einem jahrelangen, komplexen Verfahren auf Bund, Länder, Kommunen, gesellschaftliche Vereinigungen und Organisationen verteilt. Dieser Vermögenstransfer, der quantitativ einen gewaltigen Umfang annahm, ist bislang noch nicht geschichtswissenschaftlich untersucht worden und soll in einem sich noch in der Konzeptionsphase befindlichen Projekt am Beispiel Hamburgs und der britischen Zone nachgezeichnet werden. Dabei soll für Hamburg eine materielle Gesamtbilanz der NS-Herrschaft, ihrer Verlierer und Nutznießer vorgelegt werden. Zudem soll am Beispiel des Vermögenstransfers analysiert werden, wie und nach welchen Kriterien das NS-Herrschaftssystem, das oft weder eine klare Trennung von Staats- und Parteiorganisationen noch von Reichs- und Regionalinstitutionen kannte, in ein föderales, demokratisches Gemeinwesen umgewandelt wurde.

Eine erste Ideenskizze des Projekts wurde auf einer Arbeitstagung der FZH im März 2011 vorgestellt und diskutiert. Außerdem wurden zur Vorbereitung eines Antrages an eine wissenschaftsfördernde Einrichtung umfangreiche Quellenrecherchen im Bestand des ehemaligen Hamburger Landesamtes für Vermögenskontrolle durchgeführt.

- Hamburg im Osten
1939–1945
- Der Umgang mit NS-
Eigentum nach 1945

- Wiedereingliederung der Verfolgten nach 1945
(Bearbeiterin: Prof. Dr. Ursula Büttner)

Das laufende Forschungsprojekt »Nach der Verfolgung allein gelassen. Der Umgang von Briten und Deutschen mit den Opfern des Nationalsozialismus, 1945 bis 1955« wird im Ruhestand der Bearbeiterin weiter betrieben. Die Ergebnisse sollen zunächst in mehreren Teilveröffentlichungen vorgelegt werden und später in eine zusammenfassende Darstellung der britischen und deutschen Politik eingehen.

- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte: Eva Gabriele Reichmann (1897–1998)
(Bearbeiterin: PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Das biografische Projekt verfolgt zwei historische Fragekomplexe: Zum einen wird dem Selbstverständnis einer jüdischen Wissenschaftlerin im Spannungsfeld zwischen Erfahrungen in Deutschland, erzwungener Emigration und beruflichem Erfolg im Exilland England nachgegangen. Zum anderen soll der Zusammenhang zwischen dem Erlebten und der daraus folgenden Zeitdeutung sowie dem Versuch Reichmanns, an der Konzeptionierung der neuen Disziplin Zeitgeschichte in der frühen Bundesrepublik teilzunehmen, untersucht werden.

Die promovierte Soziologin Eva Gabriele Reichmann war in der Weimarer Republik kulturpolitische Referentin für den »Central Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« in Berlin. 1939 floh sie mit ihrem Mann nach London. Dort wurde sie 1945 zum zweiten Mal promoviert, zum Thema »The Social Sources of National-Socialist Anti-Semitism«. Dieses Buch erschien 1954 erstmals in deutscher Sprache (»Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe«). Reichmanns Arbeit bietet eine der ersten soziologischen und sozialpsychologischen Analysen des deutschen Antisemitismus und seiner Folgen und gilt bis heute als ein Standardwerk der Antisemitismusforschung.

In den 1960er und 1970er Jahren veröffentlichte Reichmann

wichtige Beiträge zur historischen Soziologie der deutschen Juden und beteiligte sich an der Diskussion über die entstehende Zeitgeschichtsforschung. Im fortgeschrittenen Alter erhielt sie mehrere große Auszeichnungen, so etwa 1983 das Große Bundesverdienstkreuz.

Bisher sind mehrere Aufsätze zu dem biographischen Projekt erschienen. Weitere Archivrecherchen in England sind nötig, um das Arbeitsvorhaben zum Abschluss zu bringen. Es ist geplant, 2013 ein Manuskript vorzulegen.

- Die Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft Altona. 25 Jahre Geschichte der Wohnungsbaugesellschaft SAGA 1922–1947
(Bearbeiterin: Dr. Sylvia Necker)

Die SAGA-GWG beauftragte 2011 die Forschungsstelle für Zeitgeschichte, die ersten 25 Jahre der Wohnungsbaugesellschaft im Hinblick auf die Genese der Gründungsgeschichte und der Geschichte des Unternehmens im Nationalsozialismus zu untersuchen. Die Studie soll zum einen die Gründung der SAGA 1922 im Kontext der Wohnungsbaupolitik Altonas unter Bürgermeister und Kämmerer Max Brauer sowie das Beziehungsgeflecht von Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in der frühen Weimarer Republik in Altona und Hamburg erforschen. Zum anderen richtet sich der Blick auf die Unternehmenspolitik im »Dritten Reich« und die institutionelle Verankerung der SAGA im neuen politischen System. Durch die Berufung von NSDAP-Mitgliedern in den Vorstand und aufgrund ungebrochener Bautätigkeit konnte sich die SAGA schnell im Feld der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik etablieren. Auch war die SAGA als Bauträger für etliche Wohnbauten vorgesehen, die im Rahmen der »Führerstadt-Planungen« Hamburgs seit 1939 realisiert werden sollten. Die Untersuchung trägt dazu bei, die Erforschung von Wohnungsbaugesellschaften in Altona und Hamburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stärker in den Kontext zeitgeschichtlicher Fragestellungen zu rücken.

a. DIE NS-HERRSCHAFT, IHRE FOLGEN UND »ZWEITE GESCHICHTE«

- Wiedereingliederung der Verfolgten nach 1945
- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte: Eva Gabriele Reichmann (1897–1998)
- Die Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft Altona. 25 Jahre Geschichte der Wohnungsbaugesellschaft SAGA 1922–1947

- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramm deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus (Bearbeiterin: Lina Nikou, M.A.)

Deutsche Großstädte nahmen seit den 1960er Jahren Kontakt zu Verfolgten des NS-Regimes im Ausland auf, die aus so genannten »rassischen Gründen« verfolgt worden waren. Schon bald äußerten daraufhin immer mehr der angesprochenen Emigranten den Wunsch, ihre einstigen Wohnorte zu besuchen. Bis in die 1980er Jahre sprach die Mehrzahl der Städteregierungen aber kaum Einladungen aus. Zögerliches Vorgehen auf deutscher Seite und Sehnsucht nach einem Besuch in der alten Heimat bei den Verfolgten – dieses scheinbare Paradox bildet den Ausgangspunkt des Dissertationsprojekts, das seit November 2010 von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius gefördert wird.

Am Beispiel von Einladungsinitiativen in München, (West-) Berlin und Hamburg strebt das Projekt einen lokalgeschichtlich angelegten Vergleich an, der durch eine deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte ergänzt wird. Denn zwischen den deutschen Städten und den einst vertriebenen (meist jüdischen) Bürgern im Ausland entstanden teilweise jahrelange Verbindungen. Die Untersuchung beginnt mit den Anfängen der Kontakte in den 1960er Jahren, da München 1960 das erste Einladungsprogramm in der Bundesrepublik initiierte und seitdem Einzelgäste empfing. Berlin führte seit 1969 das weitaus umfangreichste »Emigrantenprogramm« durch. Hamburg nahm zwar schon Mitte der 1960er Jahre Kontakt zu einstigen Bürgern auf, wie in den meisten Städten in Deutschland kamen aber erst seit Anfang der 1980er Jahre regelmäßig Besuchergruppen in die Hansestadt.

Somit wird der differierende städtische Umgang mit der gleichen Idee über einen Zeitraum von über 50 Jahren verglichen. Zusätzlich zu dieser auf Erinnerungskultur fokussierten vergleichenden Stadtgeschichte bietet die Untersuchung der Korrespondenzen zwischen deutschen Organisatoren der Programme und Emigranten die einzigartige Möglichkeit, den schwer greifbaren

Bereich der Beziehungen und Annäherungen exemplarisch zu analysieren.

- Zeugen des Hamburger Feuersturms und ihre Familien – ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen. (Bearbeiter: Dr. Malte Thießen)

Die Interdisziplinarität des Projekts spiegelte sich auch in der Förderung wider. So wurde der von Malte Thießen bearbeitete, historiographische Teil von der Gerda-Henkel-Stiftung, der von Psychoanalytikern bearbeitete Anteil von der Köhler-Stiftung finanziell gefördert. Die geschichtswissenschaftlichen Arbeiten wurden schon Ende 2009 durch einen Abschlussbericht an die Gerda-Henkel-Stiftung sowie eine Reihe von Aufsatzveröffentlichungen zu einem erfolgreichen Ende gebracht. Von Seiten der Kooperationspartner aus der Psychoanalyse wurden für Projekterweiterungen noch kleinere Zusatzförderungen eingeworben, sodass sich dieser Teil des Projekts noch länger hinzog. Im November 2011 fand eine gemeinsame Abschlusstagung statt, in der die Ergebnisse vorgestellt und mit auswärtigen Experten diskutiert wurden. Zurzeit wird ein Sammelband zu dieser Tagung vorbereitet.

- Walter Kempowskis Biographien-Archiv als Phänomen der Erinnerungskultur (Bearbeiterin: Dr. Gudrun Wedel)

Das Projekt wurde fristgerecht mit einem Abschlussbericht an die Köhler-Stiftung abgeschlossen. Derzeit werden Möglichkeiten zur Publikation der Ergebnisse in einem längeren Aufsatz oder einer kleinen Buchveröffentlichung eruiert.

a. DIE NS-HERRSCHAFT, IHRE FOLGEN UND »ZWEITE GESCHICHTE«

- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramm deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus
- Zeugen des Hamburger Feuersturms und ihre Familien – ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen.
- Walter Kempowskis Biographien-Archiv als Phänomen der Erinnerungskultur

b. DAS LANGE 20. JAHRHUNDERT

- Eine Familie im Krieg – Lily, Heinrich, Otto Braun und die Freundin Julie Vogelstein: Leben, Sterben und Schreiben im Ersten Weltkrieg (Bearbeiterin: Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das Projekt wurde im Jahr 2011 zurückgestellt, damit die Bearbeiterin sich auf das Projekt »Kaffee-Welten« konzentrieren konnte. Für das kommende Jahr ist geplant, aus dem vorhandenen Rohmanuskript ein Kapitel als Probekapitel auszuarbeiten und mit einem Publikumsverlag zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Danach würde das Buchmanuskript fertiggestellt, um eine Veröffentlichung vor der zu erwartenden Publikationswelle im Jahre 2014 zu verwirklichen.

- Kaffee-Welten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert (Bearbeiterinnen: Prof. Dr. Dorothee Wierling, Dr. des. Christiane Berth, Monika Sigmund M.A.)

Das Projekt ist abgeschlossen. Teilprojekt 1 (Hamburger Handel, Wierling) befindet sich in der Phase der Niederschrift, die zur Hälfte (mit ca. 200 Seiten) fertiggestellt ist. Der Abschluss des Manuskripts ist für den Herbst 2012 geplant. Die Dissertation im Teilprojekt 2 (Hamburg-Lateinamerika, Berth) wird für eine Buchveröffentlichung vorbereitet. Die Dissertation im Teilprojekt 3 (deutsch-deutscher Konsum, Sigmund) ist fertig gestellt und kann im Sommersemester 2012 verteidigt werden.

Für Dezember 2012 ist eine internationale Tagung geplant, bei der jüngst abgeschlossene und laufende Forschungen zur Geschichte des Kaffees (Produktion, Handel, Konsum), vor allem im deutschsprachigen Raum, zusammengebracht und eine Bilanz der bisherigen Forschung sowie zukünftige Forschungsperspektiven diskutiert werden sollen.

c. HAMBURG IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Der Forschungsschwerpunkt über die gegenwartsnahe Stadtgeschichte Hamburgs orientiert sich an aktuellen Debatten in der Zeitgeschichte, die sich in den letzten Jahren verstärkt der Konzeptionalisierung von Forschungen über die 1970er und 1980er Jahre zugewandt hat. Das wissenschaftliche Potenzial dieser Ansätze, z. B. zum Wandel politischer Partizipation, zu Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen und der Arbeitswelt oder zu neuen Formen individueller Lebensgestaltung soll an der FZH in unterschiedlichen Arbeits- und Projektformen gezielt auf die stadtgeschichtliche Forschung bezogen werden.

Neben der Fortführung der Einzelprojekte stand 2011 die Redaktion eines Sammelbandes der Forschungsstelle im Mittelpunkt, der in rund 20 kürzeren wissenschaftlichen Essays Schlaglichter auf Themen und Forschungsperspektiven Hamburger Stadtgeschichte nach 1945 werfen wird. Im März 2011 fand im Seminarzentrum Gut Siggen der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. ein dreitägiges Kolloquium statt, bei dem die Autorinnen und Autoren ihre Beiträge intensiv diskutieren konnten. Darüber hinaus diente das Kolloquium auch der Planung zukünftiger Forschungsprojekte. Im September 2011 fand an der Forschungsstelle eine Tagung über Strukturwandel und Protest in Norddeutschland in den 1970er und 1980er Jahren statt, die sowohl der Präsentation erster Ergebnisse aus FZH-Projekten als auch der Vernetzung mit inhaltlich parallelen Projekten anderer Institutionen diente.

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik (Bearbeiterin: PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Das Projekt soll das gesellschaftliche Feld der »hamburgischen Nahostpolitik« von den 1950er Jahren bis Ende der 1980er Jahre ausleuchten und untersuchen, wer die Träger waren, welche Interessen formuliert wurden, wie sich die offiziellen Vertreter der

b. DAS LANGE 20. JAHRHUNDERT

- Eine Familie im Krieg – Lily, Heinrich, Otto Braun und die Freundin Julie Vogelstein: Leben, Sterben und Schreiben im Ersten Weltkrieg
- Kaffee-Welten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert

c. HAMBURG IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik

Stadt zu diesem Komplex verhielten und welche Wirkung die Initiativen entfalteten.

Die Hamburger »Außenpolitik« war bis in die 1960er Jahre durch vier Elemente bestimmt: Streben nach europäischer Integration, eigenständige Politik in Richtung Osteuropa, enge Bindung an die Führungsmacht des Westens und Impulsgeber für den Aufbau deutsch-israelischer Beziehungen. Allerdings hat es mit Blick auf das letzte Element nur wenige offizielle Verbindungen zu Israel gegeben und fast alle Initiativen gingen von Privatpersonen aus, etwa von Erich Blumenfeld, Axel Springer oder Erich Lüth, Sprecher der Pressestelle und 1951 Initiator der »Friedensbitte an Israel«. Diese Facette der »Außenpolitik« war vor allem eine gesellschaftspolitische und moralische Initiative, keine vom Stadtstaat getragene offizielle Politik. Welche Rolle dabei ökonomische Interessen gespielt haben, ist noch genauer zu untersuchen. Im Bereich der weiteren Nahost-Politik lassen sich im Gegensatz dazu Initiativen für eine selbstbewusste und von Wirtschaftsinteressen geformte Politik nachweisen. Hier ist beispielsweise auf die Wiedergründung des Nah- und Mittelostverein e. V. 1950 in Hamburg zu verweisen.

Das Projekt, eine Kooperation zwischen der FZH und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, wird zurzeit vorbereitet. 2012 sollen die Archivrecherchen beginnen und eine Biographie Erich Lüths geschrieben werden. Außerdem ist geplant, die Geschichte der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg aufzuarbeiten.

- Arbeitswelten im Wandel – Der Hamburger Hafen
(Bearbeiterin: Janine Schemmer, M.A.)

Im Fokus des Projektes stehen Erzählungen ehemaliger Arbeiter über den Wandel der Arbeitswelt im Hamburger Hafen. Ihre berufsbiografischen Schilderungen bilden den Kern der Untersuchung, insgesamt wurden 21 Interviews erhoben. Die Akteure in den Blick zu nehmen, eröffnet dabei neue Perspektiven: die in der Arbeitswelt Hafen stattgefundenen Veränderungen aus ihrer Sicht

zu analysieren, ihre Handlungs- und Deutungsmuster darzustellen sowie die Transformationsprozesse im Kontext mit den damit einhergehenden Bewusstseinsformungsprozessen zu betrachten.

Zwar summierten sich unter der Bezeichnung Hafenerarbeit schon immer äußerst unterschiedliche Berufsprofile, doch mit dem Strukturwandel ging seit den 1970er Jahren eine Verschiebung der Hierarchien von den vormals angesehenen Traditionsberufen hin zu den technischen Berufen vorstatten. Die Veränderungen durch die Technik schlugen sich rückblickend stark in den individuellen Wahrnehmungen der Männer nieder. Die Technisierung brachte zwar Arbeitsplatzverluste, doch auch den sozialen und finanziellen Aufstieg für viele mit sich. Die Untersuchung spürt den atmosphärischen und sozialen Qualitäten des Arbeitsplatzes Hafen nach und analysiert Verluste, Brüche und Kontinuitäten.

In den Erzählungen lassen sich hinsichtlich der Analyse zwei Ebenen ausmachen: die Untersuchung nimmt einerseits die Darstellung der Entwicklungen der Arbeits- und Erlebniswelt der ehemaligen Arbeiter im Hafen in den Blick und betrachtet andererseits die Selbstthematisierungen der Männer, die Ursprünge und Funktionen ihrer Argumentationsweisen.

Im Jahr 2011 konnte die Auswertung der Interviews abgeschlossen und mit der Verschriftlichung des Projektes begonnen werden.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005
(Bearbeiter: Dr. Christoph Strupp)

Der Hafen war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein zentrales Thema Hamburger Stadtpolitik. Zugleich spiegeln sich in seiner Entwicklung wesentliche weltwirtschaftliche Prozesse dieser Epoche. Die Strukturen aller großen Seehäfen und ihre Abläufe waren nach 1945 dramatischen Veränderungen unterworfen. Sie lassen sich als Entwicklung von traditionellen Handels- und Industriehäfen – geprägt durch Stückgut bzw. Massengut und traditionelle Umschlagsweisen – zu modernen Distributions- bzw. Netzhäfen beschreiben, deren Charakter wesentlich von der Containerisierung des Warenverkehrs bestimmt ist.

- Arbeitswelten im Wandel – Der Hamburger Hafen
- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005

Im Rahmen des Projekts soll für Hamburg als erstem europäischen Hafen eine Studie vorgelegt werden, die diese Prozesse detailliert untersucht. Die Komplexität des Hafens mit seinen politischen, makroökonomischen, unternehmensgeschichtlichen und stadtplanerischen Dimensionen ermöglicht es, lokale Entwicklungen im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Veränderungen zu analysieren und aktuelle Perspektiven wie den in der Forschung zuletzt intensiv diskutierten Strukturbruch der 1970er Jahre oder die Folgen der Globalisierung nach 1989/90 zu berücksichtigen. Methodisch werden dabei wirtschaftsgeschichtliche mit politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Ansätzen verknüpft.

Im Laufe des Jahres wurden sowohl die Sammlung und Auswertung von Quellen und Literatur fortgesetzt als auch in Vorträgen zentrale Thesen und erste Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

d. PERSPEKTIVEN DER JÜNGSTEN GESCHICHTE (1945 – 1990)

- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation – Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Das von der DFG geförderte Projekt ist im März 2011 beendet worden, die Berichtspflicht gegenüber der DFG ist erfüllt. Das Manuskript befindet sich zurzeit in der Korrektur- und Überarbeitungsphase. In dem Projekt wurde der Zusammenhang von jugendkultureller Entwicklung, Änderung der Berufsausbildung und gewerkschaftlicher Organisation von den späten 1960er bis Mitte der 1980er Jahre untersucht, konzentriert auf die Jugend der IG Metall als der größten Einzelgewerkschaft sowie der Entwicklung der DGB-Jugend.

Den Ausgangsfragen nach gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen konnte anhand der Gewerkschaftsjugend ertragreich nachgegangen werden. Die Organisationsgeschichte zeigt, dass die Aktivisten sich zumeist linken Utopien zuwandten und darüber hinaus versuchten, einen neuen Zusammenhalt als Arbeiterklasse zu etablieren. Zugleich waren die praktischen Anforderungen der betrieblichen Arbeit und die Anpassungsleistungen an die Gesamtorganisation wirkungsmächtig und begrenzte den Einfluss radikaler Positionen. Die Modernisierung und Verbesserung der Ausbildung als Voraussetzung für berufliche Mobilität war ein Element der individualisierten Lebensführung und führte zu einer »Verberuflichung der Arbeit«. Wenn auch kritisch begleitet, eröffnete die Gewerkschaftsjugend soziale Aufstiegswege in beruflicher wie persönlicher Hinsicht und förderte damit persönliche Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Untersuchung hat eine umfassende Perspektive auf die Geschichte der Gewerkschaftsjugend, der strukturellen Bedingungen der Berufsausbildung und von Individualisierungstendenzen eingenommen. Die Effekte dieses Modernisierungsprozesses in der Berufsausbildung trugen zur politischen und kulturellen Erosion der Arbeiterklasse bei, auch wenn dies von manchen Akteuren selbst nicht gewünscht war. Die Einflüsse einer linksdominierten Jugendkultur führten nur ideell zu einer Wiederbelebung der Arbeiterkultur; die Abnahme lebensweltlicher Bindungen an die Gewerkschaften wurde durch die Jugendarbeit nur teilweise aufgefangen.

- Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume – Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

In dem seit April 2011 von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt wird durch lebensgeschichtliche Befragungen von gewerkschaftlichen Akteuren auf lokaler Ebene erkundet, in welcher Form

d. PERSPEKTIVEN DER JÜNGSTEN GESCHICHTE (1945 – 1990)

- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation – Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre
- Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume – Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland

und Ausprägung die gewerkschaftlichen Aktivitäten unter Bezug auf den eigenen Lebenslauf erinnert und verarbeitet werden. Die Befragungen in drei der vier ausgewählten Regionen – Bruchsal/ Bretten, Leer und Hamburg – sind fast abgeschlossen, als letzte Region steht noch Augsburg aus. Durch Interviews in groß- und kleinstädtischen sowie ländlichen Gebieten werden unterschiedliche gewerkschaftliche Regionen erfasst. So kann ermittelt werden, ob Erfahrungen im gewerkschaftlichen Milieu besonderen regionalen Spezifika folgen, welche übergreifenden Erinnerungsnarrative wirksam sind und in welcher Art und Weise sich die Akteure in ihren Erzählungen darin verorten.

Die Erinnerungserzählungen werden mit offiziellen und lokalen gewerkschaftlichen Rückblicken kontrastiert, da auf diese Weise erkennbar wird, welche Spannungen und Überschneidungen zwischen der individuellen Positionierung und einer gewerkschaftlichen Erinnerungskultur bestehen. Hierfür wurde ein Überblick über die gewerkschaftlichen Schriften zu Verwaltungsstellen und Bezirken erstellt.

Gemeinsames Merkmal der Interviewten sind Aktivitäten in den 1970er Jahren. Der Fokus auf diese Zeit ermöglicht auch, ein subjektzentriertes Bild über die Transformationsprozesse der Arbeitswelten seit den 1970er Jahren bis heute zu gewinnen. Archive in Leer, Bruchsal, Bretten und Hamburg wurden bereits aufgesucht, um zu den Interviews ergänzendes Material zu erhalten.

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Für das Forschungsprojekt wurden in den vergangenen Jahren über 50 Interviews geführt. Die Gespräche sind größtenteils biographisch angelegt, einige Interviews wurden themenzentriert geführt. Dabei handelt es sich überwiegend um Interviews mit ehemals aktiven Schülerinnen und Schülern, wobei sich der Kontakt zu denjenigen, die in linken, an der Studentenbewegung orientierten Organisationen engagiert waren, als wesentlich

unproblematischer erwies und sich dies auch in den Zahlen der Interviews sowie ihrer Länge niederschlug. An den vorliegenden Interviews wird ebenfalls sichtbar, dass die männliche Jugend zumindest retrospektiv einen höheren Anteil an den Aktivitäten innerhalb der Schülerbewegung hatte. Dies wirkte sich auf das Verhältnis von interviewten Frauen und Männern aus.

Befragt wurden auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiter, ehemalige Schulräte und in Bildungsfragen engagierte Politiker. Auf der Basis der Interviews wurden Porträts verfasst, die in die geplante Monographie aufgenommen werden sollen. Zudem wurde die Gliederung modifiziert und weitere Quellenbestände erhoben. Das Forschungsprojekt befindet sich weiterhin in der Phase der Verschriftlichung.

- Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre – Die deutsche Sektion der IPPNW (Bearbeiterin: Dr. Claudia Kemper)

Im Zentrum des von der DFG seit Mai 2010 geförderten Forschungsprojektes steht die deutsche Sektion der internationalen Ärzteorganisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« (IPPNW). Im Jahr zuvor konnte das Archiv der Forschungsstelle den geschlossenen Aktenbestand der deutschen IPPNW, der von 1980 bis in die Mitte der 1990er Jahre reicht, übernehmen. Neben der Organisationsgeschichte untersucht das Forschungsprojekt am Beispiel der international organisierten und national sowie regional agierenden Friedensorganisation unterschiedliche Dimensionen der jüngsten Zeitgeschichte: 1. die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses und ihre transnationalen mentalitätsgeschichtlichen Aspekte; 2. die deutsch-deutschen, europäischen und transatlantischen Beziehungen und Abgrenzungen innerhalb der anti-atomaren Friedensbewegung; 3. das Spannungsverhältnis innerhalb der engagierten Ärzteschaft an der Schnittstelle zwischen medizinischer Expertise und friedensbeweger Öffentlichkeit; 4. Institutionalisierung und Konflikte einer

d. PERSPEKTIVEN DER JÜNGSTEN GESCHICHTE (1945–1990)

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre
- Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre – Die deutsche Sektion der IPPNW

Professionsorganisation und ihre Einordnung in die Geschichte der »Neuen Sozialen Bewegungen«.

Der transnationale Ansatz des Projektes konnte 2011 durch einen dreimonatigen Archivaufenthalt in den USA, gefördert durch ein Stipendium des GHI Washington, zur Sichtung von Material des Central Office und der amerikanischen Sektion der IPPNW wesentlich erweitert werden. Erste Teilergebnisse wurden in verschiedenen Aufsätzen erarbeitet, die 2012 erscheinen werden.

- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)
(Bearbeiter: Prof. Dr. Axel Schildt)

Ausgangspunkt des Projekts ist die Hypothese, dass sich in den westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg – ungeachtet prototypischer Phänomene seit dem 19. Jahrhundert – ein neuer Typus von Intellektuellen etablierte, der eng mit der fortschreitenden Medialisierung verbunden war und sich im medialen Ensemble mehr oder weniger virtuos bewegte, um seine Positionen, in der doppelten Bedeutung inhaltlicher Stellungnahmen wie des sozialen Status, zu befördern. Eine Zeitgeschichte der Intellektuellen lässt sich somit im Schnittpunkt von *Intellectual History* und Mediengeschichte ansiedeln. Der neue Intellektuellen-Typus, so die Annahme, entwickelte sich parallel mit der Modernisierung der Gesellschaft im Wiederaufbau und war, von den Medien hervorgebracht, selbst wiederum ein wesentlicher Faktor für die Orientierung in einer neuen Kultur, die sich durch einen Meinungsppluralismus auszeichnete, der neue mediale Vermittlungsstrategien erforderlich machte. Das Projekt soll die Untersuchung zentraler Stränge intellektueller Positionen verbinden mit einer Analyse von Intellektuellen-Netzwerken in und zwischen Medien.

Das Projekt wird gefördert im Rahmen der Förderinitiative PRO GEISTESWISSENSCHAFTEN/Opus magnum der Volkswagen-Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung.

- Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre
(Bearbeiter: David Templin, M.A.)

Im Rahmen des seit November 2010 von der DFG geförderten Dissertationsprojekts, das sich mit der Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre beschäftigt, wurden im Jahr 2011 Stadtarchive in Hannover, Mannheim, Reinbek, Frankfurt am Main, Tübingen und Wertheim sowie weitere projektrelevante Archive und Bibliotheken (Historisches Archiv des SWR in Stuttgart, Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg, ID-Archiv im International Institute for Social History in Amsterdam, Deutsche Nationalbibliothek in Frankfurt am Main) aufgesucht und dort vorhandene Quellen ausgewertet. Zusätzlich wurde Kontakt zu mehreren Zeitzeugen aus unterschiedlichen Regionen aufgenommen, mit denen sechs Interviews geführt wurden und von denen zwei Zugang zu ihren umfangreichen privaten Sammlungen ermöglichten. Eine intensivere Auswertung der Quellen für das Fallbeispiel Hannover wurde in der zweiten Jahreshälfte vorgenommen.

In zwei Vorträgen – im Doktorandenkolloquium des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und auf der FZH-Tagung »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren« in Hamburg – sowie einem Artikel im FZH-Jahresbericht 2010 wurde das Projekt vorgestellt und erste Ergebnisse präsentiert. Für einen Sammelband zu alternativen Bewegungen in der Bodensee-Region, der voraussichtlich 2012 in Konstanz erscheinen wird, wurde ein Artikel zur Jugendzentrumsbewegung im ländlich-kleinstädtischen Raum verfasst.

d. PERSPEKTIVEN DER JÜNGSTEN GESCHICHTE (1945–1990)

- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)
- Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre

DRITTMITTEL 2011

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH sind 2011 insgesamt ca. 230.000,- € an Drittmitteln eingenommen worden. Aus diesen und noch vorhandenen Mitteln wurden rund 260.000,- € entnommen.

Diese Drittmittel flossen in die laufenden DFG-Projekte zur IPPNW (Bearbeiterin: Claudia Kemper), zur Jugendzentrumsbewegung (Bearbeiter: David Templin), dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt »Erinnerungserzählungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume« (Bearbeiter: Knud Andresen), dem Gerd Bucerus Promotionsstipendium »Einladungen in die alte Heimat« (Bearbeiterin: Lina Nikou) und den Projekten der Werkstatt der Erinnerung »Portraits Jüdischer Emigranten« und »Jeckes in Haifa«, die beide von der Senatskanzlei gefördert wurden.

Frank Bajohr konnte bei der ZEIT-Stiftung eine Förderung der Recherchen im Zusammenhang mit einem neu geplanten Forschungsvorhaben »Hamburg im Osten. Die Hansestadt und die deutsche Besatzung Osteuropas 1939–1945« erreichen. Ebenso konnte ein Restguthaben aus dem abgeschlossenen Projekt »Konsulatsberichte« aus der Zuwendung der Hoffmannstiftung für dieses Projekt umgewidmet werden.

Außerdem wurden die Kosten der Aufsatzsammlung zum 60. Geburtstag von Axel Schildt »Annäherungen an die Westdeutschen« von der Töpferstiftung und der ZEIT-Stiftung übernommen.

Die SAGA beauftragte die Forschungsstelle mit der Erstellung einer Broschüre zum 90. Geburtstag (Bearbeiterin: Sylvia Necker). Die Köhlerstiftung übernahm die Finanzierung der Teilnahme von Dorothee Wierling an der German Studies Association (GSA).

Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung, ohne die wir unser Forschungsprogramm nicht angemessen realisieren könnten.

3. VERANSTALTUNGEN 2011

VORTRAGSREIHEN

- **ZWISCHEN STRASSENKAMPF UND SELBSTFINDUNG. DIE ALTERNATIVEN SIEBZIGER JAHRE**
(Wintersemester 2010 /11)

20.1.2011

Silke Mende (Tübingen): »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«? Die Formierung der Grünen in der Bundesrepublik der siebziger und frühen achtziger Jahre

- **BRÜDER UND SCHWESTERN? DEUTSCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGEN IM KALTEN KRIEG**
(Sommersemester 2011)

14.4.2011

Konrad Jarausch (Chapel Hill /USA): Gemeinsam Getrennt. Herausforderungen einer integrierten Nachkriegsgeschichte

12.5.2011

Christoph Strupp (Hamburg): Hafen und Hinterland. Hamburg und die DDR seit den fünfziger Jahren

19.5.2011

Karin Hartewig (Göttingen): Einen Blick riskieren. Ost- und westdeutscher Fotojournalismus über das andere Deutschland

2.5.2011

Sylvia Necker (Hamburg): Fahren und Rasen. Die Autobahnstrecke A24 zwischen Hamburg und Berlin in den deutsch-deutschen Beziehungen 1971 bis 1998

DRITTMITTEL 2011

VORTRAGSREIHEN

- **Zwischen Straßenkampf und Selbstfindung. Die alternativen siebziger Jahre**

9.6.2011

Anita Krätzner (Rostock): »Wir werden nicht auf Euch schießen! Zeigt Solidarität mit uns!« Zu den studentischen Protesten nach dem Mauerbau an den ost- und westdeutschen Universitäten

- **DAS »DRITTE REICH«. NEUE QUELLEN, NEUE STUDIEN – NEUE PERSPEKTIVEN?**
(Wintersemester 2011/12)

17.11.2011

Frank Bajohr / Christoph Strupp (Hamburg): Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945

1.12.2011

Harald Welzer (Essen): Kriegsgewalt. Zum Töten ohne Motivation

DIE REIHE WIRD 2012 FORTGESETZT:

12.1.2012

Beate Meyer (Hamburg): Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)

19.1.2012

Stefan Kiesel (Hamburg): Hamburg, sein Gauleiter und die Schifffahrt 1933–1934. Maritime Ambitionen und Hamburg-Lobbyismus

2.2.2012

Andreas Wirsching (München): Das Private in der NS-»Volksgemeinschaft«

TAGUNGEN

■ **ERINNERN / VERGESSEN**

Workshop, 23./24.2.2011

Eine Kooperationsveranstaltung des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und des Institute for Social Research, Swinburne University, Melbourne (Australien).

Mittwoch, 23.2.2011:

Öffentliche key note: Klaus Neumann: *Erinnerungswut und Vergesslichkeit*

Donnerstag, 24.2.2011

Ulrike Jureit: *Unbehagen mit der Erinnerung? Opferidentifikation als Grundfigur historischen Erinnerns* ■ Linde Apel: *»Stolpersteine putzen – Erinnerung wachhalten« – Highlights der lokalen Gedächtnislandschaft* ■ Heidemarie Uhl: *Aura und Kontamination. Der Umgang mit den materiellen Überresten der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik* ■ Michael Wildt: *Wohlfelige Entrüstung. Täter, Recht, Erinnerung* ■ Gilad Margalit: *Deutsch-türkische Intellektuelle, die »Community« und der Holocaust* ■ Annette Leo: *Erinnerung an eine fremde Geschichte* ■ Claudia Kraft: *Opfererinnerungen – Tätererinnerungen in postautoritären Gesellschaften: Ostmitteleuropäische Deutungskämpfe seit 1989* ■ Stefanie Schüler-Springorum: *Leichen ausgraben. Erinnerungspolitik in Spanien*

Freitag, 25.2.2011

Fatima Kastner: *Wahrheit ohne Namen? Zur Erinnerungspolitik der Kommission für Gerechtigkeit und Versöhnung im Königreich Marokko* ■ Anne Brandstetter: *Ruanda – Opfer und Täter* ■ Dirk Moses: *The Limits of Contrition: Australia, Canada, and the Dilemmas of Remembering Indigenous Genocides* ■ Anne Rothe: *»Oprah Goes to Auschwitz:« Amerikanische Holocaust-Erinnerung zwischen politischer Instrumentalisierung, Sakralisierung und Populärkultur*

TAGUNGEN

- **Erinnern / Vergessen**

■ **STRUKTURWANDEL UND PROTEST IN HAMBURG UND
NORDDEUTSCHLAND SEIT DEN 1970er JAHREN**

Tagung, 23./24.9.2011

Begrüßung und Einführung: Axel Schildt, Knud Andresen, Claudia Kemper

SEKTION 1: Wirtschaft und Arbeit ■ Moderation: Claudia Kemper ■ Christoph Strupp: *Kisten, Kohlen, Kraftwerke. Hamburger Hafenwirtschaftspolitik seit den frühen 1970er Jahren* ■ Sebastian Lehmann: *Strukturwandel – Schleswig-Holstein als Land. Ein Forschungsprojekt* ■ Kommentar: Kirsten Heinsohn ■ Moderation: Knud Andresen ■ Sarah Graber-Majchrzak: *Strukturwandel ohne Alternativen? Die Schiffbaukrise in Bremen 1978–1983* ■ Janine Schemmer: *»Keine Angst vor dem Container!« Erzählungen über den Wandel der Arbeitswelt Hafen Hamburg* ■ Harry Friebe: *Weiterbildungsbiografien als Indikatoren des sozialen Wandels – die Hamburger Langzeitstudie »Kinder der Bildungsexpansion« (1980–2011) (erkrankt)* ■ Kommentar: Frank Bajohr ■ Abendvortrag: Detlef Siegfried: *Strukturwandel und Protest seit den 1970er Jahren. Überlegungen zur Historisierung*

SEKTION 2: Zum Spannungsverhältnis von Stadt und Land ■ Moderation: Sylvia Necker ■ Meik Woyke: *»Strukturbruch« oder die Perpetuierung des Altbekanntes? Suburbanisierung in den 1970er Jahren* ■ David Templin: *Selbstverwaltung zwischen Aufbruch und Krise – Jugendzentrumsinitiativen im Hamburger Umland* ■ Kommentar: Michael Ruck ■ Thomas Pohl: *Hamburgs Wandel zur postfordistischen Stadt seit den 1970er Jahren* ■ Karl Christian Führer: *Die Stadt, der Markt und die Angst. Der Wohnungsmarkt als bundesdeutscher Krisenherd in den 1970er Jahren* ■ Peter Birke: *Nach dem Boom? Arbeitsverhältnisse und Leitbilder der Stadtteilentwicklung in Hamburg seit 1970* ■ Kommentar: Cornelia Rauh

SEKTION 3: Sozialer Protest ■ Moderation: Linde Apel ■ Hanno Balz: *Jenseits der Friedensbewegung? Sozialer Protest und militante*

Anti-Kriegsbewegung in Norddeutschland zu Beginn der 1980er Jahre ■ Silke Mende: *Grüne Avantgarde oder ökologische Nachzügler? Hamburgs Grüne, Bunte und Alternative – von der »Krise der Linken« zur GAL* ■ Kommentar: Detlef Siegfried ■ Bart van den Steen: *Militanz als Praxis und Identität. Die autonome Bewegung in Hamburg und die Hafestraße während der 1980er Jahre* ■ Henning Tümmers: *»Heaven can wait«: Reaktionen auf die Aids-Bedrohung in Hamburg* ■ Kommentar: Klaus Weinhauer ■ Abschlussdiskussion: eingeleitet von Axel Schildt, Knud Andresen und Claudia Kemper

■ **»ZEITZEUGEN DES HAMBURGER ›FEUERSTURMS‹ UND
IHRE FAMILIEN«**

Abschlussstagung des interdisziplinären Forschungsprojekts,
11./12.11.2011

Begrüßung: Ulrich Lamparter (Hamburg)

Einführung: Keynote – Jörg Frommer (Magdeburg): *Individuelle und transgenerationale Spätfolgen politischer Traumatisierung in Deutschland*

PANEL 1: Interdisziplinarität – Methoden und Perspektiven ■ Ulrich Lamparter (Hamburg): *Psychoanalytische Perspektive* ■ Dorothee Wierling (Hamburg): *Geschichtswissenschaftliche Perspektive* ■ Kommentar: Thomas A. Kohut (Massachusetts) ■ Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

PANEL 2: Zeitzeugen ■ Birgit Möller (Hamburg): *Psychoanalytische Perspektive* ■ Kommentar: Werner Bohleber (Frankfurt/Main) ■ Malte Thießen (Oldenburg): *Geschichtswissenschaftliche Perspektive* ■ Kommentar: Lu Seegers (Konstanz) ■ Nicole Drost (Hamburg): *Zur Verbindung qualitativer und quantitativer Befunde* ■ Erhard Mergenthaler (Ulm): *Narration und computergestützte Textanalyse*

TAGUNGEN

- Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren
- »Zeitzeugen des Hamburger ›Feuersturms‹ und ihre Familien«

PANEL 3: *Die zweite und dritte Generation und das »Familiengedächtnis«* ■ **KINDER** ■ Christa Holstein, Dorothea Mester (Hamburg): *Qualitative Befunde* ■ Philipp von Issendorff (Hamburg): *Quantitative Befunde* ■ Kommentar: Claudia Lenz (Oslo) ■ Kommentar: Insa Fooker (Siegen) ■ **ENKEL UND FAMILIEN** ■ Silke Wiegand-Grefe (Hamburg): Psychoanalytische und familientheoretische Perspektive ■ Kommentar: Gisal Wnuk-Gette (Leipzig) ■ **ABSCHLUSSDISKUSSION** ■ Moderation: Jürgen Reulecke (Freiburg/Gießen) ■ Diskutanten: Werner Bohleber (Frankfurt/Main), Carl Nedelmann (Hamburg), Alexander von Plato (Hagen), Ulrike Jureit (Hamburg)

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

3.2.2011

Alexandra König/Sylvia Necker: Von Hamburg nach Moskau? Architektur zwischen Ost und West im Kalten Krieg. Vortrag, in Kooperation mit der Helmut-Schmidt-Universität (HSU)

17.2.2011

Hans Mommsen: Der Kampf gegen die Heraufkunft des Antichrist. Die Weiße Rose im Widerstand. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Hamburg und die Weiße Rose«, eine Kooperationsveranstaltung mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und der Körber-Stiftung

24.2.2011

Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Buchpräsentation und Lesung, eine Kooperationsveranstaltung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Karl Blessing Verlag

7.4.2011

Sybille Steinbacher: Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik. Vortrag und Buchpräsentation, eine Kooperationsveranstaltung mit dem Historischen Seminar der Universität Hamburg

16.6.2011

Michael Ahrens: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958. Buchvorstellung, eine Kooperationsveranstaltung mit der Heinrich Heine Buchhandlung

21.6.2011

Frank Bajohr: Erik Blumenfeld – »Hanseat und Grenzgänger«. Buchvorstellung, eine Veranstaltung der Galerie Morgenland / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel

18.8.2011

Christian Römmer: Sowjetische Kriegsgefangene im KZ-System. Aktuelle Forschungen zur Überstellungspraxis und Behandlung. Vortrag, eine Kooperationsveranstaltung mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

24.10.2011

The Jews and Germans of Hamburg. The Destruction of a Civilization 1790–1945 ■ Gedenkveranstaltung für John Grenville (1928–2011), Warburg-Haus Hamburg ■ Buchpräsentation, eine Kooperationsveranstaltung mit dem Historischen Seminar der Universität Hamburg und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden

PROGRAMM: Franklin Kopitzsch (Universität Hamburg, Historisches Seminar): Begrüßung ■ Ursula Büttner (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, i. R.): *John A. S. Grenville – Vom deutschen Flüchtlingskind zum englischen Gelehrten. Einblicke in Leben und Werk eines Historikers* ■ Bernd-Jürgen Wendt (Universität Hamburg, Historisches Seminar): *John Grenvilles Wirken an der Universität Hamburg* ■ Raphael Gross (Leo Baeck-Institut London): *John A. S. Grenville, das Leo Baeck-Institut und die Erforschung der deutsch-jüdischen Geschichte* ■ Beate Meyer (Institut für die Geschichte der deutschen Juden): *John Grenvilles letztes Buch: The Jews and Germans of Hamburg. The Destruction of a Civilization 1790–1945* (London: Routledge 2011) ■ Kirsten Heinsohn (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg): Schlusswort

26.10.2011

Daniel Blatman: »Die Todesmärsche 1944/45« Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords.

Buchvorstellung, eine Kooperationsveranstaltung mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, dem Rowohlt-Verlag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

29.10.2011

4. Hamburger Nacht des Wissens

PROGRAMM: Schlaglichter auf die Hamburger Stadtgeschichte aus den 1950er bis 1970er Jahren – Einblicke in den FZH-Forschungsschwerpunkt Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ■ **TEIL 1 (17.15 UHR)**, Wandlungsprozesse in Wirtschaft und Arbeitswelt ■ Dorothee Wierling: *Die Neueröffnung der Kaffeebörse (1956) – Hamburgs Kaufleute im Aufschwung* ■ Christoph Strupp: *Wirtschaft und Politik im Hamburger Hafen seit 1945* ■ Knud Andresen: *Der 1. Mai – Vom Wandel gewerkschaftlicher Demonstrationen und Kundgebungen* ■ Moderation: Kirsten Heinsohn ■ **TEIL 2 (20.15 UHR)**, Politische Entwicklungen am Beispiel der »Ostpolitik« der Ära Sieveking, der Großsiedlung Steilshoop sowie der »Bunten Liste« 1978 ■ Frank Bajohr: *Hamburger »Ostpolitik« im Kalten Krieg – Die Städtepartnerschaft mit Leningrad 1957* ■ Sylvia Necker: *Steilshoop – eine Großsiedlung zwischen Utopie und Wirklichkeit* ■ Joachim Szodrzynski: *Prolog der Grün-Alternativen in Hamburg – Die »Bunte Liste/Wehrt Euch«* ■ **18/21 UHR**, Erinnerungen an die Deportation nach Theresienstadt (Vortrag und Präsentation) »... in schwarzer Nacht und lautloser Stille muss ich meinen Weg alleine suchen ...« Käthe Starke-Goldschmidts Deportation nach Theresienstadt und ihre Rückkehr nach Hamburg. Lesung und erstmalige Präsentation des im Juni 2011 erschienenen Hörbuchs mit Audioeinspielung. Linde Apel führte in die Geschichte der Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg ein. Anschließend wurden Passagen der von Laura de Weck verlesenen Autobiographie von Käthe Starke-Goldschmidt eingespielt. ■ **22 UHR**, »Rette das Wissen: Das extra-spannende FZH-Geschichtsquiz«: Hamburg war

Domstadt, 1842 brannte das Rathaus und Störtebecker war hier mal Pirat! Aber was passierte eigentlich in den vergangenen 60 Jahren? Das FZH-Quiz mit Claudia Kemper. ■ **18/20/22 UHR** Führung durch das Archiv der FZH mit Angelika Voß-Louis ■ **19/21/23 UHR** Führung durch die Bibliothek der FZH mit Karl Otto Schütt

7.11.2011

Rückkehr nach Hamburg. Besuche jüdischer Verfolgter in ihrer Heimatstadt – ein erinnerungskulturelles Engagement. Kooperationsveranstaltung mit der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule / Hamburger Volkshochschule, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Hamburg.

PROGRAMM: Lina Nikou: *Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger* ■ Grußwort der Jüdischen Gemeinde Hamburg ■ **PERSÖNLICHE BEGEGNUNGEN:** Esther Bauer, Tochter des letzten Schulleiters der Israelitischen Töcherschule, Ruben Herzberg, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamburg 2007 bis 2011, Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg 1988 bis 1997, Linde Apel, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

10.11.2011

Thomas A. Kohut: Eine Deutsche Generation – Eine Erfahrungsgeschichte des 20. Jahrhunderts
Buchvorstellung

4. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden: Der Direktor / die Direktorin der FZH ist zugleich Professor / Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre am Historischen Seminar.

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN:

A. MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

- Vorstand des Vereins für Hamburgische Geschichte (Linde Apel, Kirsten Heinsohn)
- Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung (AKHFG) (Kirsten Heinsohn)
- Arbeitskreis Historische Friedensforschung (AKHF) (Claudia Kemper)
- Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte (Axel Schildt)
- Fachkollegium Geschichtswissenschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Axel Schildt)
- Arbeitskreis Hamburger Archivare (Angelika Voß-Louis)

B. MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE UND ANDERER EINRICHTUNGEN

- Assoziierter Hochschullehrer im Niedersächsischen Forschungskolleg »Nationalsozialistische Volksgemeinschaft?« (Frank Bajohr)
- Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) (Frank Bajohr)

- Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Dokumentationszentrums Prora (Frank Bajohr)
- Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der BRD (Ursula Büttner, Kirsten Heinsohn)
- Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte (Ursula Büttner)
- Akademie der Wissenschaften in Hamburg (Axel Schildt)
- Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, Göttingen (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Axel Schildt)
- Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam (Dorothee Wierling)
- Mitglied im Board der German Studies Association, USA (Dorothee Wierling)

C. MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN

- Expertenrunde Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof (Linde Apel)
- Runder Tisch: Wie geht Hamburg mit seinem jüdischen Erbe um? (Linde Apel)
- Projektbeirat Partizipation von Jugendlichen an der Gestaltung des Gedenkortes Hannoverscher Bahnhof (Linde Apel)
- Beirat zur Gestaltung der neuen Dauerausstellung in St. Nikolai (Linde Apel)
- Sachverständigenausschusses für Eintragungen in das Verzeichnis national wertvoller Archive / Hansestadt Hamburg (Kirsten Heinsohn)
- Wissenschaftlicher Beirat der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland (Axel Schildt)
- Internationaler Beirat der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Axel Schildt)
- Gewähltes externes Mitglied des Senatsausschusses Wettbewerb der Leibniz-Gemeinschaft (Axel Schildt)

a. Mitgliedschaft in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

b. Mitgliedschaft in Gremien zeithistorischer Institute und anderer Einrichtungen

c. Mitgliedschaft in Gremien öffentlicher Einrichtungen

- Beirat der Stiftung Historische Museen Hamburg (Axel Schildt)
- European Research Council (ERC) panel: The Study of the Human Past, Advanced Grants Evaluation (Dorothee Wierling)

D. MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN

- Wissenschaftlicher Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung (Kirsten Heinsohn, Axel Schildt)
- Auswahlgremium für die Vergabe von Archivstipendien der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)
- Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)

E. MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEIT- GESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN

- Beraterteam des Editionsprojekts »Zeitungszeugen«. Die Presse in der Zeit des Nationalsozialismus (Frank Bajohr)
- Advisory Board des Leo Baeck Institute Yearbook (Ursula Büttner)
- Rezensionenredaktion H-SOZ-KULT (Kirsten Heinsohn)
- Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Helmut und Loki Schmidt Stiftung zur Herausgabe von Schriften über Helmut und Loki Schmidt (Axel Schildt)
- Herausgeberkreis und Redaktion der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Dorothee Wierling)

- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (Dorothee Wierling)
- Herausgeberkreis der Reihe Selbstzeugnisse der Neuzeit beim Verlag Böhlau (Dorothee Wierling)
- Advisory Board of H-German (Dorothee Wierling)
- Editorial Board der Zeitschrift History and Memory (Dorothee Wierling)
- Mitglied des Board of Editors der Publikationsreihe Spektrum: Publications of the German Studies Association (Dorothee Wierling)

5. BIBLIOTHEK

In diesem Jahr kamen 1812 neue Titel in unsere Bibliothek, was einem »Regalflächenverbrauch« von 45 laufenden Metern entspricht. Der Gesamtbestand der Bibliothek erhöhte sich damit auf nunmehr 88 103 Bücher. Der Hauptteil der regelmäßigen Bibliotheksbenutzer sind Studierende, aber auch Familienforscher oder Schüler, einzelne Wissenschaftler sowie die großen Hamburger Medien, wie DIE ZEIT, der SPIEGEL oder der STERN. Insgesamt verzeichnen wir 25 544 Ausleihvorgänge für 2011.

Neben regulären Zukäufen aus dem Buchhandel beziehen wir neue Literatur durch Belegexemplare, Schenkungen und Nachoder Vorlässe. 2011 konnte der Nachlass von Friedemann Bedürftig übernommen werden, einem Hamburger Historiker, der durch die Herausgabe von Nachschlagewerken zur NS-Geschichte, aber auch mit Arbeiten zu Herbert Wehner und Kaiser Karl IV bekannt wurde. Der zeitgeschichtliche Anteil des Nachlasses von ca. 400 Titeln wurde im Juli übernommen. Gut 100 Dubletten, vor allem aus der »Schwarzen Reihe« des Fischer-Verlages in Frankfurt, leiteten wir als Sachspende an den Deutschen Akademischen Austauschdienst Kiew zum Aufbau einer Handbibliothek für Lektoren weiter. Die Übernahme von ca. 300 Titeln zum Thema Kriegskindertraumata

d. Mitgliedschaft in
Gremien privater
Stiftungen

e. Mitgliedschaft in
Gremien historischer
bzw. zeitgeschichtlicher
Zeitschriften und Buch-
reihen

von Hartmut Radebold, Altersforscher und Gründer des Lehrinstituts für Alternspsychotherapie, schuf einen kleinen Extra-Schwerpunkt an in Hamburg nicht vorhandener und z. T. schwer erreichbarer Literatur. Mit der Übernahme von ca. 150 Titeln zum Thema utopischer Sozialismus, die von Günter Mariske angeboten wurden, erweiterten wir den vorhandenen Bestand zum Bereich der Schriften früher Sozialisten. Außerdem erhielten wir eine Anzahl sozialistischer Literatur von Rolf Becker, einem politisch sehr engagierten Hamburger Schauspieler. Es handelt sich vor allem um Titel zur KPD(O), aber auch um Literatur zur Kommunistischen Internationale, zu den Moskauer Prozessen 1936 – 1939 und zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, dem sogenannten Grünberg-Archiv. Carl Grünberg, Soziologe und Begründer des Instituts für Sozialforschung, gilt als »Vater des Austromarxismus« und war der Vorgänger Max Horkheimers in dem Frankfurter Institut. Einige Titel aus dem Nachlass von Gunnar Schweer, einem früheren Hamburger Genossenschaftler, der auch als Schriftsteller aktiv war, später in England lebte und zum weiteren Widerstandskreis der »Weißen Rose« Hamburg gerechnet werden kann, wurden für die Übernahme ausgewählt. Nach längerem Vorlauf übernahmen wir den Nachlass von Günter Amendt, der als Sexualwissenschaftler bekannt wurde und sich später mit Forschungen und Veröffentlichungen zu Drogenthemen beschäftigte. Die Büchersammlung Amendt wird zurzeit gesichtet. Die Dubletten werden aussortiert und die verbleibenden Titel in die elektronischen Kataloge eingestellt, um sie zügig für die Bibliotheksbenutzer zugänglich zu machen. Nach einem ersten Überblick gehen wir von etwa 900 Titeln aus. Im November erhielten wir aus dem Nachlass des Hamburger KZ-Überlebenden Fritz Bringmann, der auch nach 1945 politisch aktiv war, einen größeren Posten Zeitungen aus der NS-Zeit sowie aus den frühen Nachkriegsjahren. Neben Titeln wie dem »Hamburger Tageblatt«, der täglichen NS-Zeitung in Hamburg, gehören dazu auch Exemplare der »Täglichen Rundschau« und der »Neuen Zeitung«, die Presseorgane in den sowjetischen und amerikanischen Besatzungszonen. Aus dem Nachlass von Peter Rühmkorf übernahmen wir in Arbeitsteilung

mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung ein größeres Konvolut an Hamburger Tageszeitungen der frühen dreißiger Jahre, speziell das »Hamburger Fremdenblatt« und den »Hamburger Anzeiger«. Da die Zeitungen für ein Forschungsprojekt zerlegt worden waren, wurden sie in langwieriger, aufwändiger Arbeit wieder zu möglichst kompletten Einzelausgaben zusammengeführt.

Im Juli gab es vorbereitende Überlegungen zur gemeinsamen Anschaffung eines Buchscanners mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Eine Präsentation dieses Scanners hatte es zuvor in der Staatsbibliothek Hamburg gegeben. Die Anschaffung wird in den Rahmenvertrag der Universität mit dem entsprechenden Anbieter eingebunden. Die Verfilmung der Tageszeitung »Hamburger Nachrichten«, einer konservativen Hamburger Tageszeitung der zwanziger und dreißiger Jahre wurde durch eine spezielle Firma um vier weitere Jahrgänge vorangebracht.

Alexander Konrad und Carsten Zimmermann absolvierten jeweils ein sechswöchiges Praktikum. Seit November 2011 ist Cäcilia Maag als studentische Hilfskraft in der Bibliothek tätig und führt einige notwendig gewordene Umstellarbeiten durch, die den gesamten Bestand tangieren und bis ins nächste Jahr andauern werden. Zum Ende des Jahres werden wir einen weiteren Raum mit neuen Regalen bestückt haben, den wir zur Bestandserweiterung benötigen. Anfragen und Beratungen zu Quellen- und Literatursituationen sowie mehrere Führungen für Erstsemester und in der »Nacht des Wissens« runden die Aktivitäten der Bibliothek in diesem Jahr ab.

6. ARCHIV

2011 arbeiteten 61 Benutzerinnen und Benutzer (2010: 72) in unserem Archiv. In dieser Zahl nicht enthalten sind die FZH-internen Projekte und die vielfältigen Medienanfragen zum Beate-Uhse-Archiv. Die Beständeübersicht wird weiterhin gut angenommen. Anfragen nach Dokumenten aus einzelnen Beständen wurden

zunehmend mit Scans oder Kopien der gewünschten Quellen beantwortet, um Archivreisen für die Anfragenden zu vermeiden. Im letzten Jahr wurden 151 Anfragen beantwortet, die teilweise gründliche Recherchen in den Archivbeständen erforderten.

Wichtige Zugänge in diesem Jahr waren:

- Das Familienarchiv Fraenkel-Jochimsen: Es enthält Dokumente aus drei Generationen der Familie von Prof. Dr. Eugen Fraenkel, dem Entdecker des Gasbranderregers. Ilse Jochimsen ist die letzte lebende Tochter von Dr. Max Fraenkel, einem Arzt, der sich 1938 unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgung das Leben nahm. Sie wurde 1920 geboren und lebt in einem Hamburger Pflegeheim. Der Sohn ihrer Betreuerin hat die Sammlung gesichtet und wesentliche Vorarbeiten zur Familiengeschichte geleistet.
- Der Familiennachlass Lorentzen: Aus diesem Bestand wurden uns zunächst sieben eng beschriebene Tagebuchbände der Ehefrau eines Realschulprofessors in Hamburg-Eilbek aus dem 1. Weltkrieg übergeben. Bei der ersten Durchsicht wurde deutlich, dass das Ehepaar 1919 an der Gründung der DNVP in Hamburg beteiligt war. Inzwischen erhielten wir als Nachlieferung auch das Tagebuch einer Tochter aus den Jahren 1935 – 1947. Sie lebte und arbeitete als Rechtsanwältin im Hamburger Stadtteil Harvestehude.
- Aus den Flohmarktkäufen, die ein Hamburger Lehrer in den letzten Monaten an unser Archiv abgab, sticht ein Tagebuch hervor, das 1935 mit der Konfirmation der Schreiberin in Zagreb beginnt und 1952 mit einem Treffen im Hotel Atlantic endet, bei dem ihr ein ägyptischer Freund ihres Vaters Geld übergibt. Für die Jahre nach 1938 enthält das Tagebuch keine fortlaufenden Eintragungen, sondern Rückblicke auf Ereignisse der jeweiligen Jahre. Aus den Einträgen geht hervor, dass die Familie in sehr wohlhabenden Verhältnissen lebte. 1938 begann die Schreiberin, Magda Göring, in Berlin eine Ausbildung an der Schule »Kunst und Werk«, der früheren Reimann-Schule. 1941 bis 1945 arbeitete sie als Filmassistentin in der »Forschungsstelle

für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzte« und war dort an der Herstellung von »Forschungsfilmen« beteiligt. 1950 zog sie von Buxtehude nach Hamburg und arbeitete dort bei einem SPD-nahen Verlag. Eine Nachfrage beim Bundesarchiv ergab, dass dort leider keine weiteren Informationen über die Verfasserin und ihre Familie vorliegen.

- Eine Ergänzung des Nachlasses von Walter und Anni Bunge: Von diesem Ehepaar aus Hamburg-Rahlstedt, beide Mitglieder der KPD, verwahren wir seit einigen Jahren einen Teilnachlass, der die Denunziation des Ehemannes durch ein Mitglied aus dem weiteren Familienkreis und den sich anschließenden Gerichtsprozess dokumentiert. Walter Bunge wurde 1944 in Brandenburg-Görden hingerichtet. Bei der Vorbereitung einer Stolperstein-Verlegung erzählten die heutigen Eigentümer des Siedlungshauses, dass sie beim Abriss eines Hühnerstalls dort versteckte Unterlagen gefunden hatten. Sie stammen aus der Arbeit Walter Bunges für den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit in den Jahren 1927 bis 1933 und enthalten Baupläne für eine riesige Geflügelfarm, die Albert Malachowski 1931 entworfen hatte. Die FZH bedankt sich sehr herzlich für dieses Geschenk an unser Archiv.
- Eine als »anonym« geführte Korrespondenzsammlung: Ein Hamburger Ehepaar, ohne Verwandte oder Freunde in der DDR, beschloss im Februar 1990, das Osterfest privat bei einer Schweriner Familie zu verbringen und gab eine entsprechende Anzeige in der Schweriner Volkszeitung auf. Die Resonanz war enorm: 350 Ehepaare aus Schwerin und Umgebung antworteten. Bei diesem Bestand bleiben die Originale für die nächsten Jahre unter Verschluss. Gearbeitet werden kann mit vollständigen Kopien aller Briefe, die sorgfältig anonymisiert wurden.

Fortschritte in der Ordnung und Verzeichnung der Sammlungen von Rolf Becker zur Geschichte der KPD(O) und ihrer Nachfolgeorganisationen gelangen durch die Arbeit von Lothar Degen in der ersten Hälfte 2011. Martin Schneider setzt die Ordnung der umfangreichen DGB-Bestände zum 1. Mai in Hamburg fort. Bis

zum Ende des Jahres wird Angelika Voß die Erschließung einer Sammlung zur Arbeit der SPD-Betriebsorganisation/AfA in Hamburg und auf Bundesebene abgeschlossen haben. Damit ist dieser Bestand demnächst nutzbar für das Projekt »Arbeitswelten im Wandel – Der Hamburger Hafen« und andere Forschungsarbeiten zu diesem Thema.

In den letzten Monaten des Jahres 2011 wurde die Vorbereitung eines Hamburger Archivverbunds zur Sicherung privaten Schriftguts vom Staatsarchiv Hamburg und der Staats- und Universitätsbibliothek angeregt. Das FZH-Archiv wird sich an diesem Verbund beteiligen.

Dringend benötigter Platz für Neuzugänge wurde in diesem Jahr geschaffen durch die Abgabe einer umfangreichen Presseauschnittsammlung aus den Jahren 1908 bis 1944 an die Curt-Eisfeld-Nachlassbibliothek in Hamburg und die Abgabe von Quellensammlungen aus anderen Archiven an die Verfasserinnen und Verfasser von Studien in unseren Schriftenreihen. Weitere Abgaben in diesem Bereich werden auch 2012 erfolgen.

7. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSLÄUFE (WDE)

Im Jahr 2011 wurden 151 Anfragen an die Werkstatt der Erinnerung (WdE) gestellt (2010: 163). Während nach wie vor die meisten Anfragen von Hamburgerinnen und Hamburgern stammen (über 80), erkundigten sich über 35 Personen aus verschiedenen Orten der Bundesrepublik, und 17 Anfragen erreichten uns aus dem Ausland: Aus den USA, Israel, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, der Tschechischen Republik, der Schweiz, Polen und Lettland. Besonders häufig stammten die Anfragen von Studierenden für ihre Abschlussarbeiten, aus Museen und Gedenkstätten, aber auch von Journalisten, Wissenschaftlern, Publizisten, Privatpersonen sowie von ehemaligen Interviewpartnern der WdE

und ihren Angehörigen. Die überwiegende Zahl der thematisch breit gestreuten Anfragen konnten nach Recherchen in der FZH von Linde Apel und Janine Schemmer schriftlich oder telefonisch beantwortet werden, 36 Personen (2010: 44) entschlossen sich zu einem in der Regel mehrtägigen Forschungsaufenthalt vor Ort. Von diesen Personen wurden bis zu 39 Interviews eingesehen. Insgesamt wurden 229 Interviews zur Einsicht vorgelegt. Wir freuen uns, dem entstehenden Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig und dem Museum für Hamburgische Geschichte Audioauszüge von Interviews für ihre Ausstellungen bzw. Audioguides zur Verfügung stellen zu können. Auch die Hamburger Polizei recherchierte hier für das geplante Polizeimuseum.

Dass die WdE gelegentlich mit unerwarteten Anfragen konfrontiert ist, zeigte der Besuch eines Herrn, der von uns die Ausarbeitung eines inhaltlich passenden touristischen Programms für seine Gäste aus Israel erwartete. Wir klärten ihn über die Aufgaben der WdE auf und überreichten ihm einen Stadtplan »Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg«.

Der Bestand der WdE wuchs in diesem Jahr um 311 Interviews. Zehn Gespräche wurden mit Gästen aus dem Besuchsprogramm der Senatskanzlei für die jüdischen ehemaligen Bürger Hamburgs geführt. Mittlerweile entstehen in diesem Rahmen Interviews mit Angehörigen der Zweiten Generation, da die Senatskanzlei die Kinder ehemaliger Hamburgerinnen und Hamburger ins Besuchsprogramm einbezogen hat. In Zusammenhang mit der Verabschiedung der langjährigen Organisatorin des Besuchsprogramms in der Senatskanzlei, Carola Meinhardt, sammelte die WdE Abschieds- und Dankesbriefe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Programm und übergab ihr in Anwesenheit vieler Gäste am 15. Juni 2011 eine gebundene, bebilderte Ausgabe dieser Briefe, die auch an die Beiträgerinnen und Beiträger des Bandes verschickt wurde.

Dr. Simone Heil, die an der Jacobs-University Bremen ihre Dissertation über den deutsch-israelischen Jugendaustausch geschrieben hat, stellte uns ihre 130 Interviews aus Deutschland und Israel zur

Verfügung, die derzeit für die wissenschaftliche Nutzung aufbereitet werden.

Im Jahr 2011 wurde der Bestand »Der Freideutsche Kreis«, der uns von dem Projektleiter Prof. Dr. Jürgen Reulecke zur Verfügung gestellt worden war, für die Benutzung freigegeben. 62 Interviews entstanden im vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekt der Universität Siegen mit dem Titel »Die Freideutschen – Seniorenkreise aus jugendbewegter Wurzel. Ein Modell für ein sinnerfülltes Alter?«.

Für die Benutzung stehen seit Ende 2011 auch 144 Interviews aus dem Kooperationsprojekt mit dem Universitätsklinikum Eppendorf »Zeugen des Hamburger ›Feuersturms‹ und ihre Familien – ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen« zur Verfügung und werden seither gut nachgefragt. Einige ehemalige Interviewpartner stellten uns darüber hinaus teils im Original umfangreiche Dokumentensammlungen aus Familienbesitz zur Verfügung.

Die WdE kooperiert mit Prof. Dr. Monika S. Schmid und Dr. Rasmus Steinkrauss in ihrem Projekt »International adaption and language development: a perspective from Kindertransport survivors« am Department of English Language der Universität Groningen, das von The Netherlands Organisation for Scientific Research gefördert wird. Zur linguistischen Auswertung stellte die WdE 42 Interviews mit Teilnehmern von Kindertransporten und 62 Interviews mit Personen zur Verfügung, die als Kinder mit ihren Eltern gemeinsam emigriert waren. Im Austausch erhielten wir die »Refugee Voices«, Kopien der 150 Videointerviews, die die Association of Jewish Refugees, London, mit jüdischen Emigranten in Großbritannien geführt hat. Die Interviews werden derzeit für die Benutzung bearbeitet. Siehe dazu auch: www.refugeevoices.co.uk.

Die Werkstatt der Erinnerung kooperierte mit der Lehrveranstaltung »Überleben im Exil« an den Universitäten Augsburg und Hamburg, die in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle

für Exilliteratur in Hamburg stattfand. Die daraus entstandene Ausstellung über die Exilanten Joachim und Suzanne Lackner war vom 21. September bis zum 5. November 2011 in der Hamburger Staatsbibliothek zu sehen und wird vom 23. November 2011 bis zum 14. Januar 2012 in der Universitätsbibliothek Augsburg gezeigt. Linde Apel begleitete ein Video-Interview von Studierenden mit Helen Lackner und ermöglichte ihnen eine Supervision. Das Interview wird in der WdE archiviert.

Im Rahmen des Partizipationsprojekts »Wie wollt ihr euch erinnern?« interviewten beteiligte Schülerinnen zwei Frauen, die aus Hamburg deportiert worden waren. Daran schloss sich eine Gruppendiskussion an. Beide Videointerviews werden in der WdE archiviert.

Auf Initiative der Zeitzeugenbörse Hamburg, die ihre schriftlichen Erinnerungsberichte der vergangenen 13 Jahre in einer übersichtlichen Datenbank erfasst haben, sollen die Nutzer der WdE und des Archivs der FZH in Zukunft auch auf diesen Bestand zugreifen können. Die technische Umsetzung ist derzeit in Vorbereitung.

Die WdE als stark wachsendes Multimedia-Archiv mit ihren umfangreichen Ton- und Video- sowie Text- und Bilddateien hatte im Jahr 2011 mit gravierenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, da bereits Anfang des Jahres die digitalen Speicherkapazitäten erschöpft waren und eine kostspielige Neuanschaffung nicht möglich war. Ein Antrag bei der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) auf zusätzliche Mittel wurde erfreulicherweise positiv beantwortet.

Eine Einführung in die Arbeit mit lebensgeschichtlichen Interviews, in ihre Archivierung und Präsentation gab Linde Apel in Hamburg bei einer Zusammenkunft der AG ZeitzeugInneninterviews der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung. Linde Apel hatte die Teilnehmer der Übung zur Oral History von Christian Kehrt (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) zu Gast und bestritt eine Sitzung. Sie beriet die Volontärin der KZ-Gedenkstätte Dachau in Sachen Sammlungs Aufbau und Archivierungsstrategien.

Linde Apel beriet darüber hinaus zahlreiche Einzelpersonen oder Forschungsprojekte über die Durchführung von lebensgeschichtlichen Interviews, darunter die Absolventin eines Freiwilligen Sozialen Jahrs am Museum für Hamburgische Geschichte für ein geplantes Videointerview. Sie unterstützte darüber hinaus Journalisten für ihre Text-, Ton- oder Fernsehbeiträge und stellte Kontakte zu Interviewpartnern her oder Dokumente und Fotos zur Verfügung.

Die im vergangenen Jahr von Linde Apel im Norden von Israel geführten Videointerviews mit Jeckes, Israelis mit deutschen Wurzeln, stehen nun für die Benutzung zur Verfügung. Eine neu gestaltete Website (www.werkstatt-der-erinnerung.de/jeckes/jeckes) informiert über die biografischen Hintergründe der interviewten Personen und gibt in Auszügen Einblicke in die Interviews. Wir danken der Senatskanzlei herzlich für die finanzielle Unterstützung der technischen Umsetzung.

Folgende Veröffentlichungen und Ausstellungen nutzten 2011 Interviews oder andere Dokumente aus der WdE (Auswahl):

- Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), *Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«*, München / Hamburg 2011.
- Hiroaki Nagata, *Wir jüdischen Deutschen. Deutsche Geschichte 1893 – 1951 von der Minorität aus gesehen*, Hiroshima 2011 (auf Japanisch).
- Lina Nikou, *Zwischen Imagepflege, moralischer Verantwortung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger*, München / Hamburg 2011.
- Hildegard Thevs, *Stolpersteine in Hamburg-Rothenburgsort. Biographische Spurensuche*, Hamburg 2011.
- In der Sonder-Ausstellung im Museum für hamburgische Geschichte »Atmen und halbwegs frei sein. Flucht nach Shanghai.« (20.5. bis 17.7.2011) wurden Dokumente und Interviewauszüge aus der WdE gezeigt.

8. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat für alle Bände: Joachim Szodrzynski)

- Michael Ahrens, *Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958* (Forum Zeitgeschichte, Band 23), München / Hamburg 2011, 474 Seiten.
- Frank Bajohr / Christoph Strupp (Hg.), *Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933 – 1945* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 49), Göttingen 2011, 600 Seiten.
- Alexander Gallus / Axel Schildt (Hg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und 1930* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 48), Göttingen 2011, 480 Seiten.
- Lina Nikou, *Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besucherprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger* (Hamburger Zeitspuren, Band 8), München/Hamburg 2011, 194 Seiten.
- Axel Schildt, *Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik* (hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) [Festschrift], Göttingen 2011, 320 Seiten.
- David Templin, »Lehrzeit – keine Leerzeit!«. *Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972* (Hamburger Zeitspuren, Band 9), München / Hamburg 2011, 196 Seiten.

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Hg. (mit Ursula Bitzegeio und Jürgen Mittag): *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeits(welten) seit den 1970er Jahren* (Politik und

Gesellschaftsgeschichte, Band 89), Bonn 2011. (Als Lizenzausgabe unter dem Titel »Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitswelten«, Bonn 2011 [Schriftenreihe Band 1197] bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.)

- Strukturbruch in der Berufsausbildung? Wandlungen im Berufseinstieg von Jugendlichen zwischen den 1960er und 1980er Jahren, in: Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hg.): Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeits(welten) seit den 1970er Jahren (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 89), Bonn 2011, S. 159–180.
- The west-German ›Lehrlingsbewegung‹ 1969–1972: Why there is no ›'68er generation‹ of young workers, in: Anna von der Goltz (Ed.): »Talkin' 'bout my generation«. Conflicts of generation building and Europe's ›1968‹ (Göttinger Studien zur Generationsforschung. Veröffentlichung des DFG-Graduiertenkollegs »Generationengeschichte«, Band 6), Göttingen 2011, S. 217–230.

LINDE APEL

- Die richtigen Jeckes sind andere. Israelis mit deutschen Wurzeln zwischen biographischer Selbstreflexion und Fremdzuschreibungen, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2010, Hamburg 2011, S. 88–103.
- Hamburg – Deportationsort Hannoverscher Bahnhof, in: Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.), Erinnerungsorte in Stuttgart. Über den Umgang mit der NS-Zeit. Bürger und Experten im Dialog, Stuttgart 2011, S. 42–45.
- Erinnernte Gefühle, erzählte Erinnerungen. Über Erfahrungen in Krieg und Nationalsozialismus, in: Ruth-E. Mohrmann (Hg.), Generationen-Beziehungen in Familie und Gesellschaft, Münster 2011, S. 35–57.
- Voices from the rubble society. »Operation Gomorrah« and its aftermath, in: Journal of Social History, Vol. 44, No. 4, Summer 2011, S. 1019–1032.
- Hg. (mit Klaus David und Stefanie Schüler-Springorum), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011.

- »Ich mache alles alleine.« Leo Arbel. Hamburger, Latino, Israeli, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 18–31.
- »Ich wollte nicht woanders hin.« Karin Braun. Im Kindesalter ins skandinavische Exil, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 32–46.
- »Confessions of a Nazi-Criminal.« Peter Goetz. Vom stolzen Hamburger zum überzeugten Amerikaner, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 47–60.
- »Ich war eigentlich ein bisschen pro deutsch als Jude.« Adolf Stork. Abgetaucht in den niederländischen Untergrund, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 61–72.
- »Heimat is a state of mind.« Curtis Stanton. Leiden an der Unerklärlichkeit des Überlebens, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 73–86.
- Gesammelte Erzählungen. Mündliche Quellen in der Werkstatt der Erinnerung, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 201–218.
- Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945, in: Barbara Guggenheim / Linde Apel (Hg. für die Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg), »... in schwarzer Nacht und lautloser Stille muss ich meinen Weg alleine suchen ...« Käthe Starke-Goldschmidts Deportation nach Theresienstadt und ihre Rückkehr aus Hamburg. Eine Lesung aus »Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder Impressionen, Dokumente«, Hamburg 2011

(unpag. Booklet zum Hörbuch). Im Internet einsehbar unter: www.hamburg.de/contentblob/2885886/data/booklet-hannoverscher-bahnhof.pdf

FRANK BAJOHR

- Hg. (mit Christoph Strupp), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 49), Göttingen 2011.
- (Mit Dieter Pohl), Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, Gendaishokan, Tokyo 2011 (japanische Ausgabe).
- Von der »Täterforschung« zur Debatte um die »Volksgemeinschaft«. Anmerkungen zur Historiographie der NS-Zeit seit den 1990er Jahren, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2010, Hamburg 2011, S. 55–68.
- Ein fremder Blick von außen. Konsulatsberichte als Quelle über Herrschaft und Gesellschaft im »Dritten Reich«, in: Rüdiger Hachtmann u. a. (Hg.), Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1933–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 27), Göttingen 2011, S. 158–166.

CLAUDIA KEMPER

- Rudolf Pechels intellektuelle Grundposition als Widerstand »mit dem Rücken zur Wand«, in: Axel Schildt / Alexander Gallus (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 49), Göttingen 2011, S. 164–180.
- Das Gewissen 1919 bis 1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011.
- Mehr Streit wagen, in: Evangelische Zeitung 42 (2011), 20.10.2011, online: www.dieevangelische.de/beitraege/?p=1673#more-1673 (24.10.2011).

LINA NIKOU

- Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger, München / Hamburg 2011.
- »Also, ich war ein normales Kriegskind.« Mathel Miriam Gottlieb-Drucker. Auf der Suche nach Zugehörigkeit, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 86–99.
- »Gott wird uns schon helfen.« Jenny Marmorstein. Als Haushaltshilfe nach Großbritannien, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 100–115.
- »I just don't believe in running away.« Anthony und Lara von Hirschfeld. Migration als familiäres Erbe, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 116–128.
- »It's strange that there is a feeling of Heimat, a little bit of it.« Peter Sussman und Hilde Rotenberg. Gemischte Gefühle und vorsichtige Annäherungen, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 129–144.
- »Wer geschnappt wurde, der hatte Pech.« Therese Jonas. Die Deportation überlebt, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 145–160.
- Einladungen nach Hamburg. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger, in: Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011, S. 188–200.

- Frank Bajohr
- Claudia Kemper
- Lina Nikou

JANINE SCHEMMER

- Schicht(en)wechsel. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Arbeitswelt im Hamburger Hafen, in: VOKUS. Volkskundlich-kulturwissenschaftliche Schriften, Hamburg, Jg. 20 (2010), Heft 1, S. 15–30.
- »Arbeitswelten im Wandel – Der Hamburger Hafen.«, in: Geschichtsblog Hamburgische Geschichten, 11.3.2011, www.hamburgische-geschichten.de.
- Die »stille Revolution« – Zum Wandel der Hafendarbeit, in: Rudolf Giesselmann, Stückgut. 21 Hafendarbeiter im Portrait, Hamburg 2011, S. 8–9.

AXEL SCHILDT

- Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik (Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), Göttingen 2011.
- Hg. (mit Alexander Gallus), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 49), Göttingen 2011.
- Auf neuem und doch scheinbar vertrautem Feld. Intellektuelle Positionen am Ende der Weimarer und am Anfang der Bonner Republik, in: Axel Schildt / Alexander Gallus (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 49), Göttingen 2011, S. 13–32.
- Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft. Sieben Thesen, in: Claudia Globisch / Agnieszka Pufelska / Volker Weiß (Hg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, S. 267–279.
- Der schwierige Spagat – Zwischen Publikumswünschen und Kulturauftrag. Die Programmentwicklung des Fernsehens, in: Rundfunk und Geschichte, Jg. 36 (2010), Heft 3/4, S. 57–62.
- »Bibel der außerparlamentarischen Opposition«. Johannes Agnoli / Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie (1967), in: Uffa

Jensen / Habbo Knoch / Daniel Morat / Miriam Rürup (Hg.), Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen. Bernd Weisbrod zum 65. Geburtstag, Göttingen 2011, S. 294–304.

- Liberalisierung und Demokratisierung. Grundzüge der Reformpolitik 1966–1974, in: Bernd Rother (Hg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse (Willy-Brandt-Studien 5), Bonn 2011, S. 175–188.
- Überbewertet? Zur Macht objektiver Entwicklungen und zur Wirkungslosigkeit der »68er«, in: Udo Wengst (Hg.), Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968 (Zeitgeschichte im Gespräch 12), München 2011, S. 89–102.
- Die langen 1960er Jahre – im Schatten des Mythos von 1968, in: Heinrich Grosse / Hans Otte / Joachim Perels (Hg.), Kirche in bewegten Zeiten. Proteste, Reformen und Konflikte in der hannoverschen Landeskirche nach 1968, Hannover 2011, S. 11–30.
- Von der Kampagne »Kampf dem Atomtod« zur »Spiegel-Affäre« – Protestbewegungen in der ausgehenden Ära Adenauer, in: Michael Hochgeschwender (Hg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit (Rhöndorfer Gespräche 25), Bonn 2011, S. 125–140.
- Deutschland seit 1945 (Literaturbericht, Teil 1), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 62 (2011), Heft 9/10, S. 610–635.
- Deutschland seit 1945 (Literaturbericht, Teil 2), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 62 (2011), Heft 11/12, S. 735–759.
- Der Aufbruch der 1960er Jahre. Als die TRIBÜNE gegründet wurde, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Jg. 50 (2011), Heft 200, S. 114–124.
- Die »Ökonomie der Aufmerksamkeit« als heuristische Kategorie einer kulturhistorisch orientierten Mediengeschichte, in: Christiane Reinecke / Malte Zierenberg (Hg.), Vermessungen der Mediengesellschaft im 20. Jahrhundert (Comparativ, Jg. 21, Heft 4), Leipzig 2011, S. 81–92.

CHRISTOPH STRUPP

- Hg. (mit Frank Bajohr), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und

- Janine Schemmer
- Axel Schildt
- Christoph Strupp

Gesellschaft in Deutschland 1933–1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 49), Göttingen 2011.

- Beobachtungen in der Diktatur. Amerikanische Konsulatsberichte aus dem »Dritten Reich«, in: Frank Bajohr / Christoph Strupp (Hg.), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 49), Göttingen 2011, S. 70–137.
- Die Hamburger Hochbahn AG in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, in: Blog Hamburgische Geschichten, 11.3.2011, www.hh-geschichten.uni-hamburg.de/?p=16.
- Niederlande – Entwicklungen und Tendenzen der zeithistorischen Forschung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.3.2011, docupedia.de/zg/Niederlande_-_Entwicklungen_und_Tendenzen_der_zeithistorischen_Forschung.
- Mediale Massenpanik? Orson Welles' Radio-Hörspiel »War of the Worlds« (1938), in: Zeithistorische Forschungen 8 (2011), S. 322–327 (auch online: www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Strupp-2-2011).
- Perspektiven und Probleme Hamburger Stadtgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 97 (2011), S. 99–130.

DAVID TEMPLIN

- Jugendzentrumsinitiativen und Konflikte um selbstverwaltete Freizeiträume im Kreis Pinneberg während der 1970er Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2010, Hamburg 2011, S. 71–87.
- »Lehrzeit – keine Leerzeit!« Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968-1972 (Hamburger Zeitspuren, Band 9), Hamburg 2011.

DOROTHEE WIERLING

- Konservativer Protest: Thomas Mann: »Betrachtungen eines Unpolitischen«, in: Uffa Jensen u. a. (Hg.), Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen, Göttingen, S. 101–111.

10. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

(IN AUSWAHL)

Michael Ahrens, Die Briten in Hamburg, Besatzerleben 1945–1958 (Forum Zeitgeschichte, Band 23), Hamburg 2011.

- Uwe Bahnsen, Befreit, besetzt – und schließlich befreundet, in: Die Welt, 16.6.2011.

Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeits(welten) seit den 1970er Jahren (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 89), Bonn 2011.

- Werner Bühner, Abschied vom Malocher, in: Süddeutsche Zeitung, 27. / 28.8.2011.

Linde Apel / Stefanie Schüler-Springorum / Klaus David (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der Werkstatt der Erinnerung, Hamburg 2011.

- Frank Keil, Vater erzählte nichts aus der Heimat, in: Jüdische Allgemeine, 7.7.2011
- Beate-Christine Fiedler, in: Maajan. Zeitschrift für jüdische Familienforschung, September 2011.

Frank Bajohr / Christoph Strupp (Hg.), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«, Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933 – 1945. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Band 49), Göttingen 2011

- Bernhard Schulz, F. Bajohr u. a. (Hg.), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«, in: H-Soz-u-Kult, 23.11.2011, hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-4-137.

- H.-Georg Lützenkirchen: Berichte aus einem Unrechtsstaat, in: Literaturkritik.de, Nr. 8, August 2011, www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=15757.
- L. Joseph Heid, »Grundsätzlich dem nationalsozialistischen Gemeinschaftsgefühl unzugänglich«, Botschaftsberichte aus dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Jüdische Zeitung, Nr. 65, Juli 2011.
- Rainer Schubert, Depeschen aus dem »Dritten Reich«, in: Business & Diplomacy. Magazin für Außenpolitik und globale Wirtschaftsbeziehungen Nr. 3, 2011, S. 81.
- Norman Domeier, in: Das Historisch-Politische Buch 59, 2011, S. 275 f.

Janina Fuge / Rainer Hering / Harald Schmid (Hg.), Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland (Hamburger Zeitspuren, Band 7), Hamburg 2010.

- Philipp Kratz: Fuge, Janina; Hering, Rainer; Schmid, Harald (Hg.), Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland. München 2010, in: H-Soz-u-Kult, 25.1.2011, hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-1-057.

Uwe Lohalm, Völkische Wohlfahrtsdiktatur. Öffentliche Wohlfahrts politik im nationalsozialistischen Hamburg (Forum Zeitgeschichte, Band 21), Hamburg 2010.

- Sigrid Schambach, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 97 (2011), S. 200 – 203.
- Florian Tennstedt, Völkische Wohlfahrtsdiktatur, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG), 2011, Heft 1, S. 105 f.
- Florian Wimmer, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 52 (2012), www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81288.

Rainer Nicolaysen / Axel Schildt (Hg.), 100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 18), Berlin / Hamburg 2011.

- Joist Grolle, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 97 (2011), S. 235 – 240.

Sven Reichardt / Detlef Siegfried (Hg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 – 1983, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 47), Göttingen 2010

- Michael Hollmann, Abstand zur Mehrheitsgesellschaft, Das alternative Milieu der »langen siebziger Jahre« und seine Nachwirkungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.2.2011.
- Eva-Maria Silies, S. Reichardt u. a. (Hg.), Das Alternative Milieu, in: H-Soz-u-Kult, 25.3.2011, hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-1-227.
- Gottfried Oy, in: Sozial.Geschichte Online, 5 (2011), S. 247-254, publico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26925/Sozial_Geschichte_Online_5_2011.pdf.

Axel Schildt / Alexander Gallus (Hg.), Rückblickend in die Zukunft, Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 48), Göttingen 2011

- Benedikt Wintgens, A. Gallus u. a. (Hg.): Rückblickend in die Zukunft, in: H-Soz-u-Kult, 1.11.2011, hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-4-079.

Christoph Strupp, Nahverkehr und Nationalsozialismus, Die Hamburger Hochbahn AG im »Dritten Reich« (Forum Zeitgeschichte, Band 22), Hamburg 2010

- Christopher Kopper, Nahverkehr und Nationalsozialismus, in: Historische Zeitschrift, 293 (2011), S. 851 f.
- Jan Lubitz, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 97 (2011), S. 221 f.
- (epd), Hochbahn unterm Hakenkreuz, in: Welt am Sonntag, 9.11.2011.
- Hans-Ludger Dienel, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 98, Heft 4, S. 535 – 537.
- Dietmar Fack, Nahverkehr und Nationalsozialismus, in: Technikgeschichte, Bd. 78 (2011), H.4, S. 358 f.

11. VORTRÄGE DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- »Where have all the workers gone?« Überlegungen zum Zusammenhang von Jugendkultur, Gewerkschaften und der »Erosion der Arbeiterklasse« in den 1970er Jahren. Universität Göttingen, Göttingen 13.1.2011.
- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation – Projektvorstellung. Vortrag auf der Tagung »Strukturwandel in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts – Forschungsstand, Projekte und Gegenwartsinteresse« des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg (IZRG) und des Institut for Grænsregionsforskning, Syddansk Universitet, Flensburg 13.5.2011.
- »Krise der Gewerkschaftsjugend« und die Alternativbewegung zwischen 1975 und 1984. Universität Freiburg, Freiburg 29.6.2011.
- 1. Mai – Vom Wandel gewerkschaftlicher Demonstrationen und Kundgebungen. Vortrag bei der 4. Nacht des Wissens in der FZH, Hamburg 29.10.2011.
- The 1968 Student Movements in the West: Origins, Development and Consequences. Vortrag beim International Workshop »Changing Values on Campus in International Perspective« im History Department der Fudan University, Shanghai 24.11.2011.

LINDE APEL

- »Stolpersteine putzen – Erinnerung wachhalten.« Highlights der lokalen Erinnerungslandschaft. Vortrag beim Workshop »Erinnern / Vergessen«, Hamburg 23.–25.2.2011.
- ZeitzeugInneninterviews, Archivierung und Präsentation. AG Zeitzeugeninterviews der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung, Hamburg 9.3.2011.
- Zeitzeugengespräch mit Steffi Wittenberg. KZ-Gedenkstätte Neuen- gamme, Hamburg 18.5.2011.

- Buchvorstellung (mit Lina Nikou) der Bände »Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der Werkstatt der Erinnerung« und »Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger« mit der Zweiten Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, anschließend Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Heidberg und Gästen des Besuchsprogramms, Hamburg 17.6.2011.
- Vortrag auf dem Experten-Workshop »Migration erinnern. Fragen und Überlegungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft« des Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide und des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, Barendorf 8.7.2011.
- Moderation der Sektion »Sozialer Protest« auf der Tagung der FZH »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren«, Hamburg 24.9.2011.
- Vortrag über die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs im Projekt »Wie wollt ihr euch erinnern?«, Hamburg 22.10.2011.
- Vortrag zum Hörbuch von Barbara Guggenheim / Linde Apel (Hg. für die Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg), »... in schwarzer Nacht und lautloser Stille muss ich meinen Weg alleine suchen ...« Käthe Starke-Goldschmidts Deportation nach Theresienstadt und ihre Rückkehr aus Hamburg. Eine Lesung aus »Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder Impressionen, Dokumente«, Hamburg 2011, bei der 4. Nacht des Wissens, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 29.10.2011.
- Vortrag auf der Veranstaltung »Rückkehr nach Hamburg. Besuche jüdischer Verfolgter in ihrer Heimatstadt«, Hamburg 7.11.2011.
- Vortrag und Präsentation der Ausstellung »In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940–1945 im Projekt »Wie wollt ihr euch erinnern?«, Hamburg 2.12.2011.

FRANK BAJOHR

- Prora als Ort der Auseinandersetzung mit der NS-Volksgemeinschaft: Was können wir heute aus der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten für ihre verbrecherische

- Knud Andresen
- Linde Apel
- Frank Bajohr

Politik lernen? Landesgedenkstättenkonferenz Mecklenburg-Vorpommern, Stralsund 20.3.2011.

- Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld. Galerie Morgenland, Hamburg 21.6.2011.
- Kommentar zur Sektion »Wirtschaft und Arbeit« auf der FZH-Tagung »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren«, Hamburg 23.–24.9.2011.
- Raub und »Arisierung« im Nationalsozialismus. Vortrag beim Workshop »Kunstraub und Restitution« des Instituts für Zeitgeschichte, München 25.10.2011.
- Die Städtepartnerschaft Hamburg-Leningrad. Hamburger »Ostpolitik« in den fünfziger Jahren. Vortrag bei der 4. Nacht des Wissens in der FZH, Hamburg 29.10.2011.
- Auf der Suche nach einem kollektiven Leitbild. Die Anfänge zeitgeschichtlicher Forschung in Hamburg in den ersten Nachkriegsjahren. Workshop mit dem Niedersächsischen Forschungskolleg »Nationalsozialistische Volksgemeinschaft?«, Hamburg 15.11.2011.
- (Mit Christoph Strupp): Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. FZH-Vortragsreihe, Hamburg 17.11.2011.

URSULA BÜTTNER

- Deutsche Asylpolitik 1949 bis heute. Evangelischer Arbeitskreis der CDU Kreis Pinneberg, 29.4.2011.
- Stabile Demokratie oder »Hamburger Verhältnisse«? Hamburgs erste demokratische Verfassung in der Bewährungsprobe. Veranstaltung des Vereins für Hamburgische Geschichte in der Staats- und Universitätsbibliothek, Hamburg 4.5.2011.
- »Es geht um die Schuld des Volkes und die Sünde der Kirche«. Elisabeth Schmitz – unbekannte Kämpferin gegen das Schweigen der Kirche zur nationalsozialistischen Judenverfolgung. Kirchengemeinde Halstenbek, Halstenbek 9.6.2011.
- Die christlichen Kirchen im Dritten Reich – zwischen Selbstbehauptung und Schuldverstrickung. Kirchengemeinde Halstenbek, Halstenbek 14.7.2011.

- Weimar – überforderte Republik? Eine Erklärung für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Vortrag beim »Europäischen Kultursommer« der Alfred Toepfer-Stiftung F.V.S., Seminarzentrum Gut Siggen 11.8.2011.
- John A. S. Grenville – Vom deutschen Flüchtlingskind zum englischen Gelehrten. Einblicke in Leben und Werk eines Historikers. Vortrag auf der Gedenkfeier für Professor John A. S. Grenville im Warburg-Haus, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Institut für die Geschichte der deutschen Juden und Historisches Seminar der Universität Hamburg, Hamburg 24.10.2011.
- Späte Umkehr – Novemberpogrom, Vertreibung ins Exil, deutsche Asylpolitik und die Haltung der evangelischen Kirche 1938–2011. Vortrag in der Christuskirche, Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein und Jüdische Gemeinde Pinneberg, Pinneberg 10.11.2011.

KIRSTEN HEINSOHN

- Was ist und wozu brauchen wir Geschlechtergeschichte? Vortrag beim Studientag des Niedersächsischen Forschungskollegs »Nationalsozialistische Volksgemeinschaft?«, Hamburg 15.11.2011.
- Die Notwendigkeit der Diaspora. Reflexionen einer deutschen Jüdin im Exil – Eva Reichmann (1897–1998). Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung »Exil – Literatur – Judentum« der Universität Hamburg, Hamburg 19.12.2011.

CLAUDIA KEMPER

- Die IPPNW – Gründung und Konflikte. Vorstellung des Forschungsprojekts im »Research Seminar« des German Historical Institute, Washington D.C. 16.3.2011.
- Netzwerke und Ideen. Über den Zusammenhang von Biographie und Intellektuellengeschichte. Vortrag beim Workshop »Leben verbinden. Beziehungen als Problem des Biographen«, ProMoHist des Historischen Seminars der LMU München München 14.–15.7.2011.
- Das Geschichtsbureau – eine Kompetenzwerkstatt für das Historische Seminar der Universität Hamburg. Präsentation bei der Veranstaltung »Campus Innovation und Konferenztag Studium und Lehre« der Universität Hamburg 24.–25.11.2011.

- Ursula Büttner
- Kirsten Heinsöhn
- Claudia Kemper

- »Der Atomtod bedroht uns alle« – Ärztliches Engagement im Kalten Krieg zwischen Symbolpolitik und Fachwissen. Vortrag im Workshop »Medizin im Kalten Krieg« des Zentrums für Europastudien (ZEUS) der Universität Köln 9.12.2011.

LINA NIKOU

- (Mit Linde Apel): Buchvorstellung der Bände »Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der Werkstatt der Erinnerung« und »Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger« mit der Zweiten Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, anschließend Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Heidberg und Gästen des Besuchsprogramms, Hamburg 17.6.2011.
- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramme deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus. Präsentation des Dissertationsprojekts auf dem 1. Passauer Symposium zur Geschichtspolitik, Passau 4. – 5.11.2011.
- Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Vortrag anlässlich der Veranstaltung »Rückkehr nach Hamburg. Besuche jüdischer Verfolgter in ihrer Heimatstadt – Im Fokus: ein erinnerungskulturelles Engagement«, Hamburg 7.11.2011.
- Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Projektvorstellung auf der Vorstandssitzung der Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte, Hamburg 15.12.2011.

JANINE SCHEMMER

- Schicht(en)wechsel – Eine berufsbiographische Untersuchung zum Wandel der Arbeitswelt Hafen am Beispiel Hamburger Hafentarbeiter. Vortrag auf der Tagung »Arbeit im Lebenslauf – Normalität in historischer Perspektive« des Instituts für Europäische Ethnologie der Universität Wien und des Instituts für Wissenschaft und Kunst

- in Kooperation mit dem Österreichischen Museum für Volkskunde und dem Institut Français de Vienne, Wien 12. – 14.5.2011.
- Keine Angst vor dem Container! Erzählungen über den Wandel der Arbeitswelt Hafen Hamburg. Vortrag auf der Tagung »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren«, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 23. – 24.9.2011.
- »Rauh, aber herzlich«. Mediale Repräsentation und biographische Konstruktion von Hamburger Hafentarbeitern. Vortrag auf der Jahrestagung »Medialisierungsformen des (Auto-) Biographischen und ihre Kommunikationstexte« der Sektion Biographieforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Hamburg 2. – 4.12.2011.

AXEL SCHILDT

- Die Großstadt als Medienstandort und die Entgrenzung der Publiken im System der Massenmedien. Vortrag beim 41. Frühjahrskolloquium des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte der Universität des Saarlandes, 4. – 5.4.2011.
- Teilnahme am Podium »Warum und wie wurde die Bundesrepublik eine liberale Republik?« im Rahmen der Tagung »Deutschland im langen 20. Jahrhundert«, FRIAS, Universität Freiburg, Freiburg 16. – 17.9.2011.
- Der Aufbruch der 1960er Jahre. Als die TRIBÜNE gegründet wurde. Vortrag auf dem Symposium aus Anlass des 50jährigen Jubiläums der Gründung der TRIBÜNE. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Frankfurt am Main 1.12.2011.
- Jahre des Wiederaufbaus: der Kulturdiskurs der Bundesrepublik und der Konservatismus. Vortrag in der Sektion »Alte und neue Eliten. Die Bonner Republik zwischen Restauration und Aufarbeitung« auf dem Symposium »Neue Städte für einen neuen Staat. Edgar Salin und das »Israelprojekt der List-Gesellschaft« 1958 – 1967«, Berlin 2. – 4.12.2011.
- Jüngste Deutsche Zeitgeschichte – Zum Stand der Forschungsdiskussion. Vortrag vor dem Kasseler Internationalen Graduiertenzentrum Gesellschaftswissenschaften, Kassel 22.6.2011, und im

- Lina Nikou
- Janine Schemmer
- Axel Schildt

Rahmen der Veranstaltungsreihe »Stadtgespräche« im Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund 8.12.2011.

- Phasen und Zäsuren der Zeitgeschichte. Vortrag im Rahmen der »Dortmunder Stadtgespräche« der TU Dortmund und des Museums für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund 8.12.2011.

CHRISTOPH STRUPP

- Nahverkehr für die »Führerstadt«. Zukunftspläne der Hamburger Hochbahn im »Dritten Reich«. Vortrag beim Verein Hamburger Unterwelten e. V., Tiefbunker am Hauptbahnhof, Hamburg 6.5.2011.
- Hafen und Hinterland. Hamburg und die DDR seit den fünfziger Jahren. Vortrag in der FZH, Hamburg 12.5.2011.
- Hochbahn unterm Hakenkreuz. Hamburger Nahverkehr in der NS-Zeit. Vortrag an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg 25.5.2011.
- Die Hamburger Hochbahn in der NS-Zeit. Vortrag beim Verein Hamburger Unterwelten e. V., Museum der Arbeit, Hamburg 13.8.2011.
- Kisten, Kohlen, Kraftwerke. Hamburger Hafenwirtschaftspolitik seit den frühen 1970er Jahren. Vortrag auf der Konferenz »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren« der FZH, Hamburg 23.9.2011.
- Wirtschaft und Politik im Hamburger Hafen seit 1945. Kurzvortrag in der 4. Nacht des Wissens in der FZH, Hamburg 29.10.2011.
- Nahverkehr für die »Volksgemeinschaft«? Die Hamburger Hochbahn AG im »Dritten Reich«. Vortrag beim Studientag des Niedersächsischen Forschungskollegs Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«? in der FZH, Hamburg 15.11.2011.
- Hochbahn unterm Hakenkreuz. Hamburger Nahverkehr im »Dritten Reich«. Vortrag in der Galerie Morgenland, Hamburg 15.11.2011.
- (Mit Frank Bajohr): Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Vortrag in der FZH, Hamburg 17.11.2011.

DAVID TEMPLIN

- Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Vortrag im Doktorandenkolloquium des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam 10.5.2011.

- Selbstverwaltung zwischen Aufbruch und Krise. Jugendzentrumsinitiativen im Hamburger Umland. Vortrag auf der Konferenz »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er Jahren« in der FZH, Hamburg 24.9.2011.

DOROTHEE WIERLING

- 1946 – ein Jahrgang, viele Generationen, Vortrag im Rahmen der Verabschiedung von Bernd Weisbrod durch das Graduiertenkolleg »Generationen«, Universität Göttingen 11.2.2011.
- Love in Times of War. Vortrag im Rahmen der Tagung: History of Emotions des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin und des Van Leer-Institutes in Jerusalem, Jerusalem 12.–13.4. 2011.
- »Maids of all work« – in the Household of the Bildungsbürgertum 1880–1920. Vortrag im Rahmen des workshops »Work and the Household« bei der Forschungsgruppe »Re-work. Arbeit und Lebenslauf«, Humboldt-Universität Berlin 18.6.2011.
- Kommentar zum Forschungsprojekt »Neubauern in Sachsen«, Institut für Volkskunde Dresden, 15.7.2011.
- Kaffee-Welten. Globale, lokale und Wertebezüge des Rohkaffeehandels in Hamburg im 20. Jahrhundert, Freie Universität Berlin, Franz-Mehring-Institut, zeitgeschichtliches Forschungskolloquium, 7.7. 2011.
- Die Berliner Mauer. Vortrag bei der Friedrich-Naumann-Stiftung Hamburg 17.8.2011.
- Public Witnessing and Oral History. Vortrag auf der Jahrestagung der German Studies Association, Louisville, Kentucky 23.9.2011.
- Imagining and Communicating Violence, The Case of a Berlin Family Correspondence 1914 to 1918. Vortrag im Rahmen der Tagung Gender and War, Universität Wien 29. 9.–1.10. 2011.
- Drei Generationen erzählen eine Geschichte, die DDR zwischen Erfahrungen und Erwartungen. Tagung Narrative kultureller Identität – Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989, Sorbonne Nouvelle, Paris 13.–15. 10. 2011.
- Die Neueröffnung der Kaffeebörse, Hamburgs Kaufleute im Aufschwung, Kurzvortrag in der 4. Nacht des Wissens in der FZH, Hamburg 29.10.2011.

- Christoph Strupp
- David Templin
- Dorothee Wierling

- Das Feuersturm-Projekt – eine interdisziplinäre Erfahrung, Vortrag im Rahmen der Abschlusstagung des Feuersturm-Projekts, FZH und UKE, Hamburg, 11.–12. 11. 2011.
- West Germans, East Germans and other Foreigners. Ethnicity and Culture in Germany since 1989. Vortrag im Rahmen der Tagung Transnational Migration and Multiculturalism: The Case of Israel, Germany and Europe, Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung und der Ben Gurion University of the Negev, Jerusalem 28.–29.11. 2011.
- Kaffee-Welten. Rohkaffeehändler in Hamburg im 20. Jahrhundert, Kolloquium Lehrstuhl Zeitgeschichte der Universität Freiburg, 14.12.2011.

12. MEDIENECHO

(AUSWAHL)

FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
(FZH)

- Deutschlandfunk, 13.1.2011, Irgendwo autonom – Das alternative Milieu der 70er Jahre, FZH-Vortragsreihe »Zwischen Straßenkampf und Selbstfindung«.
- Die Welt, 11.4.2011, Es war einmal ein Nadelöhr der Angst, 22 Jahre nach der Wiedervereinigung beschäftigt sich eine Forschungsstelle in Hamburg mit diesem Teil deutscher Geschichte.
- Hamburger Abendblatt, 24.5.2011, Aus Hamburg nach Shanghai, »Atmen und halbwegs frei sein« erzählt vom Schicksal Hamburger Juden im Exil.
- Deutschlandradio, 4.8.2011, Rückblickend in die Zukunft, Geistige Eliten in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik (Interviews mit Claudia Kemper, Axel Schildt u. a.).
- Tagungsbericht »Strukturwandel und Protest in Hamburg und Norddeutschland seit den 1970er-Jahren«, 23.09.2011–24.09.2011, Hamburg, in: H-Soz-u-Kult, 11.11.2011, www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3885.

LINDE APEL

- NDR 90,3, 17.6.2011, Aus Hamburg in alle Welt, Interview.
- Hamburger Abendblatt, 15.10.2011, Der letzte Zug.
- RTL Nord, 10.11.2011, Interview.

FRANK BAJOHR

- NDR Info, Schabat Schalom, 6.5.2011, Verblüffend offene Sprache, Interview.
- art. Das Kunstmagazin, 2.2.2011, Raubgut. 100 000 Hamburger Bürger griffen zu, Interview.
- Hamburger Abendblatt, 5.4.2011, »Liederliche Burschen«. Diplomaten über Nazis.
- taz, 21.6.2011, »Eine besondere Sensibilität«. Eine politische Biografie von Erik Blumenfeld.
- WDR 3, 12.7.2011, »Fremde Blicke auf das ›Dritte Reich‹«, Interview.

LINA NIKOU

- Hamburger Abendblatt, 23.6.2011, »Hamburg, das war weit weg – mein Vater sprach nie davon«. Seit 30 Jahren lädt der Senat Verfolgte des Nazi-Regimes ein.

JANINE SCHEMMER

- Hamburg Journal, 20.3.2011, Blog Hamburgische Geschichten.
- Die Welt, 5.12.2011, Als im Hafen noch Schweiß rann. Janine Schemmer hält die Erinnerungen von alten Hafendarbeitern in ihrer Dissertation fest.

AXEL SCHILDT

- NDR Info, Der Talk, 30.1.2011, Lebendige Geschichtsforschung in Hamburg, Gespräch.

CHRISTOPH STRUPP

- taz, 11.1.2011, »SA-Leute nahmen ihren Dienst lässig«, Hamburger Nahverkehr in der Nazi-Zeit, Interview.
- Hamburger Morgenpost, 4.1.2011, Studie: Hochbahn mit Hakenkreuz.

- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
- Linde Apel
- Frank Bajohr
- Lina Nikou
- Janine Schemmer
- Axel Schildt
- Christoph Strupp

- Deutschlandradio, Aus dem Inneren der Diktatur. Ein Sammelband präsentiert »Fremde Blicke auf das Dritte Reich«, 7.7.2011.

13. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2011

KNUD ANDRESEN

- Altona – Aspekte einer Stadt(teil)geschichte im 20. Jahrhundert, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

FRANK BAJOHR

- Zeitgeschichtliche Kontroversen. Von der »Fischer-Kontroverse« zur Debatte um »1968«, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

AXEL SCHILDT

- Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Intellektuelle in Deutschland II: 1930–1950, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

CHRISTOPH STRUPP

- Umwelt und Naturschutz in Hamburg nach 1945, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

WINTERSEMESTER 2011/12

KNUD ANDRESEN

- Eine zweite Jugendrevolte 1980/81 in Europa? Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

FRANK BAJOHR

- Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945. Wege und Ertrag neuerer Forschungen, Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

KIRSTEN HEINSOHN

- Gewalt und Genozid in der Moderne. Einführungsveranstaltung Teil 1, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Konservatismus, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

CLAUDIA KEMPER

- Das Zeitalter der Atombombe – Angst vor der atomaren Bedrohung im Kalten Krieg, Proseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Kommunikation und Medienkompetenz, Grundkurs im Bereich »Allgemeine Berufsqualifizierende Kompetenzen«, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

JANINE SCHEMMER

- Arbeit – Technik – Biographie, Mittelseminar, Universität Hamburg, Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie.

CHRISTOPH STRUPP

- Hamburg nach 1945 im Spiegel von Autobiographien, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

DOROTHEE WIERLING

- Die DDR 1945–1961, Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

- Knud Andresen
- Frank Bajohr
- Kirsten Heinsohn
- Claudia Kemper
- Janine Schemmer
- Axel Schildt
- Christoph Strupp
- Dorothee Wierling

